



Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 56

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

R. Oldenbourg Verlag München 1988

Frankreich und die deutsche Einheit

Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit
zu den Stalin-Noten 1952

Von Nikolaus Meyer-Landrut

ROU (1988)
00065

R. Oldenbourg Verlag München 1988

Die vorliegende Arbeit ist von der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen worden. Berichterstatter waren die Herren Professoren Dr. Andreas Hillgruber (Erster Referent) und Dr. Hans-Peter Schwarz (Zweiter Referent). Der Tag der mündlichen Prüfung war der 9. Mai 1987.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Meyer-Landrut, Nikolaus:

Frankreich und die deutsche Einheit: d. Haltung d. franz.
Regierung u. Öffentlichkeit zu d. Stalin-Noten 1952 / von

Nikolaus Meyer-Landrut. – München: Oldenbourg, 1988

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd. 56)

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 1987

ISBN 3-486-64556-0

NE: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe

© 1988 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64556-0

Inhalt

Einleitung	7
I. Die Ausgangslage	13
1. Die Bundesrepublik Deutschland: Fehlende Souveränität	13
2. Die Stalin-Note vom 10. März 1952	16
3. Das Frankreich der IV. Republik	23
4. Frankreichs Verhältnis zu Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg	28
II. Die Haltung der französischen Regierung	36
1. Der Ablauf des Notenwechsels anhand der Akten des französischen Außenministeriums	36
a) Überraschung und Mißtrauen nach dem sowjetischen Angebot vom 10. März 1952	36
b) Beruhigung nach der zweiten sowjetischen Note vom 9. April 1952	47
c) Taktische Variante nach der dritten sowjetischen Note vom 24. Mai 1952: Der Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz	59
d) Desinteresse und Ausklang nach der letzten sowjetischen Note vom 23. August 1952	69
2. Die Haltung des Quai d'Orsay zur Frage der deutschen Einheit im Jahre 1952	74
a) Die wirtschaftlichen, die territorialen und die militärisch-strategischen Implikationen	74
b) Die gesamtpolitische Bewertung der Frage der deutschen Einheit	79
3. Die Behandlung der Frage im Ministerrat	83
III. Die Diskussion um das sowjetische Angebot in der französischen Öffentlichkeit	89
1. Die Einstellung zu Deutschland vor dem Notenwechsel: Die Meinungen scheiden sich an der EVG	90
2. Die Behandlung der Frage in Parlament und Presse	98

3. Die unterschiedlichen Reaktionen	101
a) Die Gegner der EVG	101
b) Die Befürworter der EVG	107
c) Weitere außerparlamentarische Meinungen	110
4. Konvergenzen und Divergenzen zwischen Regierungsmeinung und öffentlicher Meinung	113
5. Spätere Meinungen und Wertungen in Frankreich	114
Schlußbetrachtung	118
Anhang	127
Zentrale Dokumente zur Haltung des französischen Außenmini- steriums	127
1. Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März 1952	127
2. Lagebeurteilung der Generaldirektion Politik vom 12. März 1952	132
3. Ausgehendes Telegramm vom 13. März 1952	135
4. Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 15. März 1952	138
5. Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 25. Juni 1952	140
6. Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 26. September 1952	143
Abkürzungen	147
Quellen- und Literaturverzeichnis	148
Quellen	148
Literatur	154

Einleitung

„Gromyko hat mich heute abend um 10 Uhr zu sich bestellt, um mir eine Note zu überreichen, in der der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem vereinten Deutschland vorgeschlagen wird.“¹ Die Übergabe der als Stalin-Note bekannten diplomatischen Notifikation und des begleitenden Projekts eines Friedensvertrages, von der der französische Gesandte in Moskau Jean Marie Brionval mit den zitierten Worten berichtete, fand am Abend des 10. März 1952 im Moskauer Außenministerium statt. Sie eröffnete einen gut sechs Monate dauernden Notenwechsel zwischen der Regierung der Sowjetunion und den Regierungen der drei Westmächte, den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich, über die Frage der deutschen Einheit. Die sowjetische Regierung schlug vor, mit einem in den Grenzen von Potsdam geeinten Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen. Dieses Deutschland sollte neutralisiert werden, aber über ausreichende nationale Streitkräfte zur eigenen Verteidigung verfügen.² Dieser Notenwechsel, der Gegenstand einer breiten politisch-historischen Kontroverse ist, soll hier zum Ausgangspunkt genommen werden, um die Haltung der französischen Regierung zur Frage der deutschen Einheit im Jahre 1952 zu untersuchen. Daneben sollen die unterschiedlichen Einstellungen zur Deutschlandfrage in der französischen Öffentlichkeit erarbeitet werden. Nur durch die gemeinsame Betrachtung der diplomatischen Aktivitäten und der öffentlichen Diskussion, auch wenn die gegenseitigen Einflüsse nicht mit letzter Gewißheit faßbar sind, lassen sich die von unterschiedlichen Facetten geprägten Meinungen in Frankreich zu Deutschland annähernd darstellen und so letztlich ein Beitrag zur Diskussion um die Chancen des Jahres 1952 leisten.

¹ Zitiert nach MAE, Série Europe 1949–1955, Sous-Série Allemagne: Echanges de notes entre l'URSS et les Occidentaux, préliminaires à une conférence à quatre, Telegramm Nr. 614 aus Moskau vom 10. März 1952: „M. Gromyko m'a convoqué ce soir à 10 heures pour me remettre une note proposant la conclusion d'un traité de paix avec une Allemagne unie.“ Als diese Akten für die vorliegende Arbeit ausgewertet wurden, waren die Klassifizierungsarbeiten noch nicht endgültig abgeschlossen. Da die einzelnen Dokumente noch nicht auf Dossiers verteilt waren, muß es hier unterbleiben, auf die Nummern dieser Dossiers zu verweisen. An ihrer Stelle werden jeweils die vollständigen Titel der Dossiers zitiert, die in dem in der Entstehung begriffenen Inventar wieder aufgeführt werden.

² Die Texte der in diesem Notenwechsel getauschten Noten finden sich bei Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die deutsche Frage 1952–1956: Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Berlin/Frankfurt a. M. 1957, S. 23–37. Auf die Bestimmungen der Note wird im weiteren (Kapitel I, 2) genauer eingegangen werden.

Zunächst soll auf Methode, Quellenbasis und Literaturlage kurz eingegangen werden. Am Beginn steht eine Beschreibung der Ausgangslage. Hierbei sollen nacheinander der internationale Status der Bundesrepublik Deutschland, die nationale und internationale Diskussion um die Frage der deutschen Einheit bis hin zur Stalin-Note, die politische Situation in Frankreich und das Verhältnis beider Länder zueinander im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen.

Danach werden in den beiden zentralen Kapiteln zuerst die Haltung der französischen Regierung und dann die Diskussion um das sowjetische Angebot in der französischen Öffentlichkeit dargestellt. Dabei werden insgesamt vier zentrale Fragen zu untersuchen sein:

- Welche Grundposition vertrat das französische Außenministerium hinsichtlich der Frage der deutschen Wiedervereinigung?
- Inwieweit deckten sich Regierungs- und öffentliche Meinung in Frankreich?
- Läßt sich westdeutscher Einfluß auf die Meinungsbildung in Frankreich nachweisen?
- Wie lassen sich die Chancen für eine deutsche Wiedervereinigung unter Berücksichtigung der französischen Einstellung beurteilen?

Die beiden ersten Fragen werden am Ende der beiden darstellenden Kapitel (II und III) behandelt, während die beiden letzten Fragen Gegenstand der Schlußbetrachtung sind. In diesem Zusammenhang wird dann auch der enge Rahmen der auf 1952 begrenzten Untersuchung verlassen, um die gewonnenen Erkenntnisse in den größeren Rahmen der Wiedervereinigungsbemühungen zwischen 1949 und 1955 einzuordnen.

An unveröffentlichten Quellen liegen im wesentlichen die Akten des französischen Außenministeriums zum Notenwechsel, die Protokolle der Ausschusssitzungen der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten des französischen Parlaments und die wenigen zugänglichen Akten des Archivs der französischen Armee vor.³ Die Untersuchung der öffentlichen Meinung basiert auf der Auswertung von zehn Pariser Tageszeitungen und rund dreißig periodischen Publikationen unterschiedlicher Herkunft.⁴ Bei der Auswahl der Zeitungen und Zeitschriften wurde in keiner Weise Vollständigkeit angestrebt. Es ging vielmehr darum, einerseits das Spektrum der geäußerten Meinungen zu erfassen und andererseits die besonders gewichtigen Ansichten herauszuarbeiten.

³ Auf Art, Umfang und spezielle Probleme des jeweiligen Quellenmaterials wird in den darstellenden Kapiteln II und III von Fall zu Fall hingewiesen.

⁴ Eine Aufstellung der herangezogenen Publikationen und Zeitungen enthält das Quellen- und Literaturverzeichnis.

Weitere Aussagen lassen sich aus veröffentlichten Quellen gewinnen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Tagebuch des damaligen französischen Präsidenten Vincent Auriol, das es ermöglicht, die Behandlung der Frage im Ministerrat nachzuvollziehen.⁵ Wegen der insgesamt sehr geringen Aufmerksamkeit, die französische Politiker und Diplomaten dieser Frage in ihren Memoiren entgegengebracht haben, mußte eine begrenzte Anzahl von Kontakten mit Zeitzeugen dazu dienen, diese Lücken annähernd zu schließen.⁶

Die wissenschaftliche Forschung hat sich wegen der bisher unzugänglichen Akten noch nicht in hinreichendem Maße mit den französischen Reaktionen beschäftigt.⁷ Die hier herangezogene Literatur läßt sich in vier Bereiche unterteilen, wobei gewisse Überschneidungen nicht zu vermeiden sind.

- Studien zum Frankreich der IV. Republik;
- Studien zu den deutsch-französischen Beziehungen;
- Studien zur deutschen Nachkriegsgeschichte, insbesondere zur Stalin-Note und zur Frage der deutschen Einheit;
- Studien zur europäischen Integration, insbesondere zur EVG.

Es muß noch kurz auf das Problem der unterschiedlichen Wertigkeiten der einzelnen Quellen eingegangen werden: Die Fülle des vorliegenden Materials macht es bei einer Untersuchung zur jüngsten Vergangenheit besonders nötig, gründliche Quellenkritik zu betreiben. Insofern müssen alle später gemachten Aussagen bereits mit Vorsicht behandelt werden: Die Erinnerung trübt sich, und die vollständige Rekonstruktion länger zurückliegender Vorgänge kann, schon wegen der in der Zwischenzeit aufgenommenen Information, nicht gelingen. Mündliche Mitteilungen sind, da nicht allgemein über-

⁵ Vincent Auriol, *Journal du septennat 1947–1954*, Bd. VI: 1952, Hrsg. Dominique Boché, Paris 1978. Die Protokolle der Ministerratssitzungen unterliegen einer sechzigjährigen Sperrfrist.

⁶ An dieser Stelle sei allen sehr gedankt, die sich bereitgefunden haben, auf meine Fragen zu antworten – eine Aufstellung enthält das Quellen- und Literaturverzeichnis –, und denen, die diese Kontakte ermöglicht haben.

⁷ Peter März, *Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten: Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik*, Frankfurt a.M. 1982, untersucht im wesentlichen die amerikanische Politik (S.35), was dazu führt, daß die britische und die französische Politik zusammengenommen werden. Darüber hinaus wird die französische Position anhand zweier kurzer, nicht unbedingt repräsentativer Äußerungen R. Arons und L. Hamons (nicht Harmon!) dargestellt (S.101–116). Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten*, Bonn 1985, führt in seiner auch getrennt als Taschenbuch erschienenen Einleitung (R. Steininger, *Eine vertane Chance: Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung*, Berlin/Bonn 1985) S.151 aus, daß sich die „französische Position relativ gut aus den vorliegenden britischen und amerikanischen Dokumenten erschließen“ ließe. Inwieweit es bei dieser indirekten Methode zu Fehleinschätzungen gekommen ist, wird an gegebener Stelle gezeigt werden.

prüfbar, für konkrete Aussagen keine ausreichende Grundlage.⁸ Aus diesem Grunde sollen die späteren Wertungen in der Memoiren-Literatur und in der französischen Geschichtsschreibung in einem gesonderten Unterkapitel (III, 5) analysiert werden. Hier werden dann auch die dem Verfasser gegenüber gemachten Äußerungen von Zeitzeugen hinzugezogen. Aber umgekehrt dürfen auch die vor dem Notenwechsel gemachten Aussagen – etwa zur Einschätzung Deutschlands – nicht zu weit vom Bezugsdatum entfernt liegen; auch das kann zu einer Fehlbeurteilung gewisser Reaktionen führen. In diesem Zusammenhang ist hier die Parlamentsdebatte vom 11. bis 19. Februar 1952 in der französischen Nationalversammlung zum Problem der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und der deutschen Wiederbewaffnung als zentraler Bezugspunkt gewählt worden.⁹ Weiter muß man sich auch des unterschiedlichen Charakters der einzelnen Quellen – Parlamentsreden, Artikel in Tageszeitungen oder politischen Zeitschriften, Vorträge und diplomatische Akten – bewußt bleiben. Daß dennoch die Reaktionen im Parlament und in der Presse zusammengenommen werden, hängt mit der starken personellen Verflechtung beider Bereiche zusammen. Die Gefahr einer möglichen Vermischung unterschiedlicher Quellenarten wird an dieser Stelle in Kauf genommen, um sonst unvermeidbare Wiederholungen auszuschließen. Die Folge einer solchen möglichst großen Rigorosität in der Auswahl der Quellen ist, daß möglicherweise Entwicklungen nicht richtig eingeschätzt werden konnten und daß die hier gewonnenen Ergebnisse nur mit größten Einschränkungen über den Untersuchungszeitraum hinaus anwendbar sind. Diese Gefahren müssen aber hingenommen werden, um dem Ziel möglichst nahezukommen, die Haltung der französischen Regierung und der französischen Öffentlichkeit zu den sowjetischen Angeboten des Jahres 1952 in der konkreten historischen Situation zu erfassen. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht also der Versuch, sich so genau wie möglich in die Argumentation des Jahres 1952 hineinzudenken. Dabei sollten Verfasser und Leser die eigene Einschätzung des Jahres 1952 vorübergehend hintanstellen und sich auf den französischen Standpunkt einlassen. Reflexion über den französischen Standpunkt wird erst Thema der Schlußbetrachtung sein, wo es dann darum geht, die nun gewonnenen Ergebnisse für die Diskussion um das Jahr 1952 zu nutzen.

⁸ Steininger, *Eine vertane Chance*, (wie Anm. 7) S. 61 bezieht sich auf Äußerungen Sir Frank Roberts ihm gegenüber an einer zentralen Stelle. Ohne die Überprüfung durch Gerd Bucerius, Adenauer, Preußen und der Kreml, in: *Die Zeit* 14 (28.3.1986) S. 3 wäre man darauf angewiesen gewesen, Steininger zu glauben.

⁹ Die Reden sind enthalten in JOAN (1952) S. 573–794. Als Beispiele wechselnder Einstellungen zu Deutschland und Europa sei auf Edouard Bonnefous (Antoine Marés, *Un siècle à travers trois républiques: Georges et Edouard Bonnefous, 1880–1980*, Paris 1980, S. 189–207) und Michel Debré (Ernst Weisenfeld, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986, S. 39 f.) hingewiesen.

Zur Begrifflichkeit

Im Text wird eine einheitliche Begrifflichkeit angestrebt (etwa durchgehend vier Mächte und nicht Vier-Mächte). Auch hinsichtlich der Bezeichnung der Länder wird auf möglichst große Einheitlichkeit geachtet, auch wenn aus stilistischen Gründen gewisse Bezeichnungen parallel verwandt werden, z. B. die Vereinigten Staaten (USA), (nord-)amerikanisch, Amerikaner; Sowjetunion, sowjetisch (russisch), Russen. Wenn abweichende Begrifflichkeiten in den (übersetzten) Zitaten auftauchen (Sowjets), so geschieht dies aus übersetzungstechnischen Gründen. Bei den Übersetzungen wird auf möglichst große Genauigkeit Wert gelegt, worunter der deutsche Satz gelegentlich etwas leidet. Die vom Verfasser gemachten Einschübe sind durch eckige Klammern gekennzeichnet. Die französischen Textstellen bzw. Texte sind – wenn es sich hier um bisher unveröffentlichte Dokumente handelt – zum Vergleich in die Fußnoten oder in den Anhang aufgenommen worden. Die französische Schreibweise ist dabei vereinheitlicht worden (etwa hinsichtlich Groß- und Kleinschreibung). Offensichtliche Tipp- oder Schreibfehler sind stillschweigend berichtigt worden. Die Hervorhebungen entstammen den Vorlagen. Französische Begriffe sind, wo immer möglich, ins Deutsche übersetzt worden (z. B. les Modérés – die Gemäßigten). Nicht übersetzbare Begriffe (z. B. l'Union française) werden nach einer einführenden Erklärung wie normale Substantive im deutschen Kontext behandelt, d. h. auch großgeschrieben. Auch hier werden gelegentlich aus stilistischen Gründen der französische Begriff und die deutsche Übersetzung parallel verwandt.

I. Die Ausgangslage

1. Die Bundesrepublik Deutschland: Fehlende Souveränität

Die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands ist nicht Gegenstand dieser Arbeit, und es muß hier darauf verzichtet werden, die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland nachzuzeichnen.¹⁰ Es ist dennoch unerlässlich, vor der Erarbeitung der französischen Haltung des Jahres 1952 einen Blick auf die Lage der Bundesrepublik zu werfen. Es geht darum, den internationalen Status der Bundesrepublik zu skizzieren, der den selbstverständlichen Hintergrund aller im Ausland angestellten Überlegungen abgibt. Der Begriff der Souveränität hat dabei für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nur mit Einschränkungen gegenüber seiner umfassenden Bedeutung aus der Zeit des klassischen Völkerrechts im 19. Jahrhundert Gültigkeit. Hier soll Souveränität im Sinne Otto Kimminichs verstanden werden, der den heutigen Zustand wie folgt beschreibt:

„So ist das System, in dem sich die heute bestehenden Staaten zu behaupten haben, zwar keineswegs mehr die Souveränitätsanarchie des klassischen Völkerrechts, sondern ein System der gebändigten und disziplinierten Souveränität, der das wichtigste Attribut, das Recht zum Kriege, völlig fehlt. Aber es ist dennoch ein auf der Souveränität der Staaten beruhendes System, das vielleicht als ‚Souveränitätskonkurrenz‘ bezeichnet werden könnte.“¹¹

Auf Kimminich geht auch die Bezeichnung „fehlende Souveränität“ für den Zustand der Bundesrepublik unter dem Besatzungsstatut zurück.¹²

¹⁰ Aus der umfangreichen Literatur zur Besatzungszeit und den Anfängen der Bundesrepublik sei auf folgende Gesamtdarstellungen verwiesen: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart 1983, und Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981; kürzer Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945–1982: Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, 4. Aufl. Stuttgart 1983; Kurt Düwell, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1961, Köln/Wien 1981; aus marxistischer Sicht Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung: Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975; aus französischer Sicht Alfred Grosser, Geschichte Deutschlands seit 1945: Eine Bilanz, 10. Aufl. München 1982; mit stärkerem Gewicht auf der Entwicklung beider deutscher Staaten Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung: Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982; schließlich zum Forschungsstand Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955: Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986.

¹¹ Otto Kimminich, Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1970, S. 15.

¹² Ebenda, S. 64.

Die Situation hatte sich in den sieben Jahren zwischen der bedingungslosen Kapitulation 1945 und 1952, als Deutschland – nicht nur in den Augen vieler Franzosen – wieder ein von Ost und West umworbener Faktor in Europa geworden war, schnell und gründlich verändert. Im Zuge der weltweit zwischen den Supermächten entstandenen Spannungen war es zur faktischen Teilung Deutschlands gekommen. In dieser Phase hat dann der Ausbruch des Krieges in Korea am 25. Juni 1950 zu einer Beschleunigung der Integrationsbemühung geführt. Die Vereinigten Staaten forderten im September 1950 offiziell einen westdeutschen Beitrag zum westlichen Verteidigungssystem. Sie stießen auf den Widerstand der französischen Regierung, deren sozialistischer Verteidigungsminister Jules Moch sich gegen eine deutsche – auch eine westdeutsche – Nationalarmee aussprach. Als Alternative schlug wenig später der damalige Präsident des französischen Ministerrats René Pleven in einem nach ihm benannten Plan eine integrierte europäische Armee vor. Nachdem man dann im Sommer 1951 zu einer grundsätzlichen Übereinkunft gekommen war und mit ernsthaften Verhandlungen beginnen konnte, erzielte man im Februar 1952 auf der Konferenz in Lissabon den Durchbruch. Das in diesen Verhandlungen entstandene Vertragspaket – Deutschland- und EVG-Vertrag – wurde am 26. und 27. Mai 1952 in Bonn und Paris unterzeichnet.¹³ Der vollständige Titel des Deutschlandvertrages, der auch als „Generalvertrag“ bezeichnet wurde, lautete „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten“. Für diesen Vertrag mit seinen Anlagen, der in Frankreich als „accords contractuels“ bekannt war, wird im folgenden die inzwischen am meisten verbreitete Bezeichnung „Deutschlandvertrag“ verwandt. Mit Inkrafttreten dieses Vertrages sollte das Besatzungsrecht in Westdeutschland enden und die Bundesrepublik die fast uneingeschränkte Souveränität erhalten. Da sich aber die Ratifizierungsverfahren in die Länge zogen und die Verträge schließlich im August 1954 in der französischen Nationalversammlung scheiterten, herrschte auch 1952 noch das Besatzungsstatut.¹⁴

Das Besatzungsstatut war mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten und hatte an die Stelle der bis dahin zuständigen alliierten Militärregierungen eine zivile alliierte Kontrollbehörde gestellt. Dieser Hohen Kommission oblag nicht nur die Kontrolle der neuen Bundesregierung, sondern sie war direkt an den Regierungsgeschäften beteiligt und – in unserem Zusammenhang von größter Bedeutung – für die auswärtigen

¹³ Zum Forschungsstand zur EVG und den Verhandlungen, in deren Verlauf sich das Projekt relativ weit vom ursprünglichen Pleven-Plan entfernte, siehe Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hrsg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Stand und Probleme der Forschung*, Boppard 1985.

¹⁴ Text des Besatzungsstatuts bei Heinrich von Sieglar (Hrsg.), *Dokumentation zur Deutschlandfrage*, Bd. I, 2. Aufl. Bonn/Wien/Zürich 1961, S. 72–78.

Angelegenheiten zuständig; die junge Republik besaß kein Auswärtiges Amt.¹⁵ Das Besatzungsstatut enthielt aber auch eine Revisionsklausel, deren Anwendung schnell zu Kompetenzerweiterungen der Bundesregierung führte. Die beiden wesentlichen Änderungen bis 1952 waren das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 und die Revision des Besatzungsstatuts vom 6. März 1951.¹⁶ Hinsichtlich der außenpolitischen Kompetenzen erreichte die Bundesregierung im November 1949 die Möglichkeit, zu internationalen Organisationen zugelassen zu werden, was schnell zum Beitritt zur Internationalen Ruhrbehörde und zum Europarat führte. Gleichzeitig bekam die Bundesregierung das Recht, Handelsbeziehungen zu anderen Ländern aufzunehmen und mit diesen konsularische Vertretungen auszutauschen. Als Folge der Erklärung, die deutschen Auslandsschulden zu übernehmen, erhielt die Bundesrepublik im März 1951 das Recht, ein Auswärtiges Amt einzurichten und somit selber diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern zu unterhalten. Die Kontrolle verblieb allerdings noch bei der Hohen Kommission, die ausgedehnte Einspruchsrechte besaß. Auch die Beziehungen zu den drei Westmächten blieben hiervon unberührt. Hier war die Hohe Kommission weiter für alle offiziellen Beziehungen zuständig; die Bundesrepublik unterhielt in diesen drei Ländern nur Generalkonsulate.¹⁷ In dieser Situation konnte also 1951 mit dem Aufbau eines neuen Auswärtigen Amtes begonnen werden, dessen erster Minister Konrad Adenauer selbst war. Kern des Ministeriums wurde die schon im Juni 1950 geschaffene Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten im Kanzleramt. Das Personal bestand zu einem guten Teil aus Angehörigen des alten Auswärtigen Amtes an der Wilhelmstraße, was zu nicht unerheblicher Kritik im In- und Ausland führte.

In den Verhandlungen um den Deutschland- und den EVG-Vertrag ging es nun um die Normalisierung der Beziehungen zu den drei Westmächten. Die Bundesrepublik sollte im Gegenzug für ihren militärischen Beitrag als gleichberechtigter Partner der westlichen Siegermächte anerkannt werden. Die Vorbehalte der Alliierten bezogen sich in der Hauptsache nur noch auf die Gesamtdeutschland und Berlin betreffenden Fragen.

Der Bundesrepublik wurden also – zu einem nicht geringen Teil aufgrund der gespannten internationalen Lage im Anschluß an den Ausbruch des Ko-

¹⁵ Eine ältere – vom amerikanischen Hohen Kommissariat herausgegebene – aber umfassende Studie Elmer Plischke, *History of the allied High Commission for Germany*, Bad Godesberg 1953.

¹⁶ Zum Petersberger Abkommen siehe Horst Ladenmacher/Walter Mühlhausen (Hrsg.), *Sicherheit, Kontrolle, Souveränität: Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949*, Melsungen 1985. Zur Revision des Besatzungsstatuts Siegler (wie Anm. 14) S. 119–125. Außerdem Christine von Wylich, *Das Besatzungsstatut*, Masch. Jur. Diss. Univ. Köln 1956.

¹⁷ Eine zeitgenössische französische Darstellung dieser Entwicklung findet sich in der vom französischen Hohen Kommissariat herausgegebenen Monatsschrift *Réalités Allemandes* 34 (Okt. 1951) S. 9–21: *Le ministère fédéral des Affaires étrangères*.

rea-Krieges¹⁸ – schon in den ersten knapp zwei Jahren nach ihrer Gründung beachtliche außenpolitische Kompetenzerweiterungen von den Westmächten zugestanden, allerdings fehlte vor Abschluß und Inkrafttreten des Deutschlandvertrages der wichtigste letzte Schritt auf diesem Wege zur Souveränität. Die Lage der Bundesrepublik konnte also 1952 noch nicht als endgültig geregelt angesehen werden. Hans-Peter Schwarz beschreibt diese Situation zusammenfassend wie folgt:

„So wurden die Anfänge westdeutscher Staatlichkeit von alliierten Souveränitätsvorbehalten schwer überschattet. Die Zukunft lag in einem ungewissen Zwielficht. Je nachdem, aus welcher Perspektive man die Bundesrepublik betrachtete, konnte sie als souveräner Staat in spe, als Provisorium auf dem Weg zu einer Gesamtregelung zwischen den vier Deutschlandmächten oder als eine Art Protektorat mit einem starken Maß innerer Autonomie begriffen werden.“¹⁹

2. Die Stalin-Note vom 10. März 1952

Stalins Note erreichte die Regierungen der Westmächte nur wenige Tage nach dem Abschluß der Lissabonner Konferenz, die weithin als Durchbruch in den Verhandlungen um den Deutschland- und den EVG-Vertrag angesehen wurde.

In der Note wurde vorgeschlagen, unverzüglich einen Friedensvertrag mit Deutschland, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, auszuarbeiten.²⁰ Der Note beigegeben waren die Grundzüge eines Friedensvertrages, die sich in die folgenden Punkte gliederten: Teilnehmer, politische Leitsätze, das Territorium, wirtschaftliche Leitsätze, militärische Leitsätze und Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen. Im einzelnen enthielten diese Punkte die folgenden Bestimmungen: Teilnehmen sollten neben den vier Besatzungsmächten alle mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligten Länder. Deutschland sollte wiedervereinigt werden, die Besatzungstruppen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages abgezogen, die Grundrechte gewährt, demokratische Parteien zugelassen und die ehemaligen Soldaten und Offiziere der Wehrmacht und die ehemaligen Nationalsozialisten, mit Ausnahme der rechtskräftig verurteilten, rehabilitiert werden. Der letzte Punkt der politischen Leitsätze verpflichtete Deutschland zur Neutralität:

¹⁸ Gunther Mai, *Westliche Sicherheitspolitik im Kalten Krieg: Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung*, Boppard 1977.

¹⁹ Schwarz (wie Anm. 10) S. 46 f.

²⁰ Jäckel (wie Anm. 2) S. 23 f.

„Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.“²¹

Hinsichtlich des Territoriums hieß es:

„Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.“²²

Während Deutschland weiter keinen wirtschaftlichen Beschränkungen unterliegen sollte, war eine begrenzte deutsche Nationalarmee zur Verteidigung des Landes vorgesehen unter Einschluß der dafür erforderlichen Produktion von Kriegsmaterial. In die Vereinten Nationen sollte Deutschland nach Abschluß des Vertrages aufgenommen werden. Gleichzeitig erklärte man sich bereit, „auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen“.²³

Das wirklich Überraschende an diesem Angebot waren der sachliche, auf jede Polemik verzichtende Ton und die Vorschläge hinsichtlich einer begrenzten deutschen Nationalarmee. Inwieweit die Gewährleistung der Grundrechte und die Zulassung demokratischer Parteien wirklich im westlichen Sinne einer pluralistischen Demokratie zu begreifen waren, muß – wenn man sich die völlig gegensätzlichen Inhalte von Begriffen wie Demokratie und Frieden in Ost und West vor Augen hält – offenbleiben; Zweifel können bei der Hinzunahme des fünften Punkts der politischen Leitsätze aufkommen, denn hier wurde wie folgt eingeschränkt:

„Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.“²⁴

Die Note vom 10. März 1952 und den anschließenden Notenwechsel darf man nicht als einen isolierten Versuch zur Lösung der deutschen Frage sehen. Bis dahin hatte sich die sowjetische Regierung von der Vorstellung eines entmilitarisierten Gesamtdeutschlands leiten lassen. Seit der Außenminister-Konferenz der vier Mächte in Paris im Frühjahr 1949 im Anschluß an das Ende der Berliner Blockade war es bereits 1950/51 zu einem Notenwechsel zwischen den vier Mächten und in diesem Zusammenhang zu einer Vorkonferenz in Paris im Frühjahr 1951 gekommen, in der die Vertreter der sowjetischen Regierung noch diese alte Vorstellung vertraten. Auf der Vorkonferenz gelang es aber nicht, sich auf eine Tagesordnung zu einigen.²⁵ Nach dem Scheitern dieser Konferenz hat es noch eine Reihe von Versuchen von ost-deutscher Seite aus gegeben, die Bundesrepublik für innerdeutsche Gesprä-

²¹ Ebenda, S. 24.

²² Ebenda, S. 24.

²³ Ebenda, S. 23.

²⁴ Ebenda, S. 24.

²⁵ Siegler (wie Anm. 14) S. 103 f.

che zu gewinnen.²⁶ Vorgeschlagen wurde, eine gesamtdeutsche Regierung durch freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands und in Berlin zu konstituieren. Diese Bestrebungen wurden von der Bundesregierung systematisch zurückgewiesen, und ihnen wurde mit Unterstützung der Westmächte dadurch begegnet, daß man sich um die Einsetzung einer UN-Kommission bemühte, die die Voraussetzungen für freie Wahlen in ganz Deutschland prüfen sollte. Darauf hat sich die ostdeutsche Regierung in einem Schreiben vom 13. Februar 1952 an die vier Mächte gewandt und sich für den schnellen Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen. Dieses Schreiben – auf das weder die Westmächte noch die Bundesregierung reagiert hatten – nahm die sowjetische Regierung für ihre Notenoffensive formell zum Anlaß.²⁷

Da die Kontakte auch nach dem ergebnislosen Ende des hier untersuchten Notenwechsels nicht endeten, sondern im Zusammenhang mit dem folgenden Notenwechsel 1953/54 (nach Stalins Tod) und den Konferenzen der Jahre 1954 und 1955 gesehen werden müssen, war der Notenwechsel des Jahres 1952 in eine Phase mehr oder weniger intensiven Kontakts zwischen den vier Mächten hinsichtlich Deutschlands zwischen 1949 und 1955 eingebettet. Im ganzen Zeitraum hielt die sowjetische Regierung, nachdem sie die Gründung des „Weststaats“ 1949 hingenommen hatte, an der leicht variierten Vorstellung eines neutralisierten Gesamtdeutschlands zur Lösung der Deutschlandfrage fest, auch wenn ein konkretes Neutralisierungsangebot von sowjetischer Seite erst mit der März-Note des Jahres 1952 vorlag. Noch auf der Außenminister-Konferenz Anfang 1954 legte Molotow am 1. Februar als Grundzüge eines Friedensvertrages den Plan von 1952 mit geringfügigen Ergänzungen erneut vor.²⁸

Über die Reaktionen in der Bundesrepublik ist bereits viel geschrieben worden, handelt es sich doch hierbei um das, neben der sowjetischen Deutschlandpolitik, am meisten behandelte Thema im Zusammenhang mit der Stalin-Note.²⁹ So reicht es, auf einige wesentliche Elemente erneut hinzuweisen.

1. Adenauer empfand die sowjetische Note als empfindliche Störung auf dem Weg zur Westintegration der Bundesrepublik, in einem Moment, in dem er gerade ein wichtiges Etappenziel – die Gleichberechtigung mit den westlichen Siegermächten im Gegenzug für einen deutschen Wehrbeitrag –

²⁶ Ebenda, S. 104–119.

²⁷ Jäckel (wie Anm. 2) S. 23.

²⁸ Siegler (wie Anm. 14) S. 185–188.

²⁹ Die wichtigsten Titel zu dieser Kontroverse lassen sich anhand der Angaben in folgenden Veröffentlichungen erfassen: Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie: Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München/Wien 1969, S. 404, Anm. 90; Boris Meissner, Die Sowjetunion und die deutsche Frage, 1949–1955, in: D. Geyer (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Band: Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955, Köln/Wien 1972, S. 480, Anm. 44, und Steinger, Eine vertane Chance (wie Anm. 7) S. 153–156.

zum Greifen nah vor Augen hatte. Bei seinem Verständnis der internationalen Lage und der Sowjetunion konnte er keine Verhandlungen wünschen.³⁰ Damit soll aber noch nichts über seinen Einfluß auf die negative Haltung der Westmächte gesagt sein; darauf kann erst in der Schlußbetrachtung eingegangen werden.

2. Die Gegenposition zu Adenauer, nämlich sich durchaus für eine genaue Prüfung der sowjetischen Vorschläge einzusetzen, vertrat im Kabinett der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und vormalige Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Besatzungszone Jakob Kaiser.³¹ Aber auch er hielt an der Bedingung freier Wahlen für die Konstituierung einer gesamtdeutschen Regierung fest. Im Verlauf des Notenwechsels konnte Adenauer sich gegenüber dieser Strömung im Kabinett und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchsetzen.

3. Die SPD trat nach anfänglichem Zögern ebenfalls für eine genaue Prüfung der Note ein, wobei sie aber erst nach der zweiten sowjetischen Note vom 9. April für ein Aussetzen der Westverhandlungen und für Vier-Mächte-Verhandlungen plädierte. Da sich ihre Vorstellungen aber in der Substanz nur wenig von denen der Regierungsmehrheit unterschieden – man beharrte ebenfalls auf freien Wahlen als erstem Schritt und lehnte sowohl eine Neutralisierung Deutschlands wie die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze ab –, wird man in dieser Haltung nicht zuletzt auch ein innenpolitisches Kalkül der stärksten Oppositionspartei sehen können. Allerdings gilt für den behandelten Zeitraum, daß die SPD grundsätzlich – anders als Adenauer – in der Wiedervereinigung ein primäres Ziel der deutschen Politik sah und deswegen auch die von Adenauer betriebene Westbindung ablehnte.³²

4. Neben diesen Reaktionen innerhalb der großen Parteien gab es noch eine Reihe von Einzelstimmen, die aber 1952 nur vergleichsweise geringe Wirkung hatten und die sich mit gewissen Variationen für die Hinnahme einer Neutralisierung Deutschlands als Preis für eine Wiedervereinigung aussprachen. In diesem Zusammenhang werden immer wieder erstens die nationalliberalen Publizisten Paul Sethe und Karl Silex, zweitens Vertreter einer

³⁰ Andreas Hillgruber, Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Hrsg. D. Blumenwitz u. a., Bd. II, Stuttgart 1976, S. 111–130, und Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 906–924. In diesem Kapitel zur Stalin-Note stützt sich Schwarz auf die neuesten zugänglichen deutschen Quellen zu diesem Fragenkomplex. Siehe auch die Besprechung von Gerd Bucerius, Als die Bomben-Angst noch nachwirkte ..., in: Die Zeit 41 (3. Okt. 1986) S. 23 f.

³¹ Erich Kosthorst, Jakob Kaiser: Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart u. a. 1972.

³² Rudolf Hrbek, Die SPD – Deutschland und Europa: Die Haltung der Sozialdemokraten zum Verhältnis von Deutschlandpolitik und Westintegration (1945–1957), Bonn 1972.

nationalistischen Rechten und drittens Gustav Heinemanns „Notgemeinschaft für den Frieden in Europa“ genannt.³³

Trotz der geringen Wirkung dieser Strömungen im Jahre 1952 haben sie entschieden zur Langzeitwirkung der Stalin-Note beigetragen. Diese Nachwirkungen und ihr politischer Gehalt – die Kritik an Adenauers Westpolitik – traten erst ab 1955 deutlich zutage. Im Jahre 1956 veröffentlichte Paul Sethe sein vielbeachtetes Buch „Zwischen Bonn und Moskau“, in dem er von den verpaßten Chancen des Jahres 1952 sprach.³⁴ 1955 war es schon zur sogenannten „Paulskirchenbewegung“ gekommen. Diese breite, anfangs von der SPD mitgetragene außerparlamentarische Protestbewegung, die sich gegen die 1954 ausgehandelte „Ersatzlösung“ einer Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO wandte, benutzte auch die Vorgänge des Jahres 1952, um der Bundesregierung ihren mangelnden Einsatz für die Wiedervereinigung vorzuwerfen. Die Vorwürfe an die Adresse Adenauers und der CDU, 1952 eine Chance verpaßt oder gar willentlich vereitelt zu haben, gipfelten in der Bundestagsdebatte vom 23. Januar 1958 in den Reden von Thomas Dehler und Gustav Heinemann. Diese in ihren Zügen politische und nicht historisch-kritische Auseinandersetzung der fünfziger Jahre bildet bis heute gleichsam den Hintergrund und den Nährboden der immer noch andauernden Kontroverse um die Stalin-Note.

Den letzten Impuls erhielt die Diskussion, die entscheidend immer erstens um die Absichten der sowjetischen Regierung im Jahre 1952 und zweitens um die Rolle Adenauers bei der Ablehnung der Noten kreist, durch die Hinzuziehung der Anfang der achtziger Jahre frei gewordenen amerikanischen und britischen Aktenbestände. Aber sowohl Hermann Graml³⁵ als auch Rolf Steininger³⁶, die hier interessantes Material aufgearbeitet und wichtige Aspekte herausgearbeitet haben, stehen zu sehr im Schatten der anhaltenden Kontroverse, um sich von den beiden genannten Gesichtspunkten zu lösen und die Einordnung des genutzten Aktenmaterials in den jeweiligen Zusammenhang zu leisten. Beide bleiben in ihrer Argumentation angreifbar, wenn sie meinen, hier die relevanten Quellen gefunden zu haben, um die Absichten Stalins und die Rolle Adenauers klären zu können. Von daher versteht sich auch, daß Steininger in seiner Auseinandersetzung mit Graml hauptsäch-

³³ Rainer Dohse, *Der dritte Weg: Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*, Hamburg 1974; Dieter Koch, *Heinemann und die Deutschlandfrage*, München 1972. Zu den Reaktionen in der Öffentlichkeit Knud Dittmann, *Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung: Die politische Diskussion des Jahres 1952*, Düsseldorf 1981, und Hermann Graml, *Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat. Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik*, in: *VfZ* 25 (1977) S. 821–864.

³⁴ Paul Sethe, *Zwischen Bonn und Moskau*, Frankfurt a. M. 1956.

³⁵ Hermann Graml, *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952*, in: *VfZ* 29 (1981) S. 307–341.

³⁶ Steininger, *Eine vertane Chance*, (wie Anm. 7).

lich dessen Schlußfolgerungen untersucht und dabei die vorher erarbeiteten Aspekte zur Haltung der Westalliierten fast ganz übergeht.³⁷ Aber auch Steiningers eigene Schlüsse hinsichtlich dieser beiden Fragen können nicht wirklich überzeugen.³⁸ Ohne im einzelnen zu wiederholen, was zu seiner Widerlegung in den unterschiedlichen Besprechungen und Reaktionen vorgebracht worden ist, sollen hier kurz zwei seiner Argumente untersucht werden, bei denen er sich auf französische Reaktionen stützt.

Einmal bezieht Steininger sich auf einen Bericht des französischen Gesandten in Washington an sein Außenministerium vom 28. Juni 1952, in dem der Diplomat Äußerungen eines sowjetischen Diplomaten gegenüber seinen Mitarbeitern referiert.³⁹ Dieser Text ist schon hinsichtlich seines Quellenwerts für die Einschätzung der sowjetischen Deutschlandpolitik – wie von Steininger auch indirekt zugegeben⁴⁰ – als höchstens drittrangig zu betrachten: Ein französischer Diplomat berichtet von einem inoffiziellen Gespräch seiner Mitarbeiter mit einem untergeordneten sowjetischen Diplomaten in Washington zu einem Zeitpunkt, als die Entscheidungen längst gefallen sind. Was aber an der Argumentation Steiningers besonders auffällt, ist, daß er zu seinem rund zwei Seiten füllenden Zitat als einzigen Kommentar anfügt:

„Man kann auch dies natürlich als reine Propaganda abtun, macht sich dann aber die Sache wohl zu einfach.“⁴¹

Die Antwort auf die Frage, wie dieses Dokument denn nun wirklich zu verstehen ist, bleibt er somit schuldig. Er vermeidet es, dieses Dokument hinsichtlich seiner Bedeutung für die französische Haltung zu untersuchen. In diesem Zusammenhang fällt der sicherlich höher zu bewertende und für die französische Position so bezeichnende Satz auf:

„Meine Mitarbeiter haben ihm [dem sowjetischen Diplomaten] gegenüber die Bemerkung gemacht, daß es nicht genüge, zu entscheiden, daß Deutschland neutral werde, damit es auch neutral bleibe.“⁴²

³⁷ Ebenda, S. 15 f.

³⁸ An Besprechungen und Reaktionen auf die Arbeit Steiningers seien genannt: Andreas Hillgruber, Eine Chance – oder nicht?, in: FAZ vom 18. Februar 1986; Derselbe, Das Moment des Tragischen, in: Die Welt vom 20. Mai 1986, S. 9; Wolfgang Malanowski, Kurz: Wir sitzen zwischen zwei Stühlen, in: Der Spiegel vom 20. Januar 1986, S. 74–82; Hermann Josef Rupieper, Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952: Das Gespräch Stalin – Nenni, in: VfZ 33 (1985) S. 547–557; Gerd Bucorius, Dann wären nur Scherben geblieben ..., in: Die Zeit 49 (29. November 1985) S. 15 f.; Derselbe (wie Anm. 8); Marion Gräfin Dönhoff, Von der Schwäche starker Politik, in: Die Zeit 13 (21. März 1986) S. 3; Paul Noack, Die Legende der vertanen Chance: Stalins Note vom 10. März 1952 über die Wiedervereinigung, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Januar 1986; Wilhelm Grewe, Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung: Zeitgeschichtliche Kontroversen der achtziger Jahre, Herford 1986, S. 132–155 (Der Band enthält eine Auswahl der Beiträge Grewes zur deutschen Frage aus den letzten Jahren).

³⁹ Steininger, Eine vertane Chance, (wie Anm. 7) S. 23–25.

⁴⁰ Ebenda, S. 19.

⁴¹ Ebenda, S. 25.

⁴² Ebenda, S. 23.

Hier handelt es sich um eine für französische Diplomaten typische Befürchtung im Zusammenhang mit der Stalin-Note. Da auf diesen Punkt im Laufe der Arbeit noch genauer eingegangen werden wird, reicht es hier, an diesem Beispiel zu erkennen, daß es nicht darum gehen kann, die eine oder die andere Bemerkung als Propaganda abzutun oder nicht, sondern daß es darauf ankommt, den Quellenwert eines jeden Dokuments zu ermitteln und es dann in einem angemessenen Zusammenhang auszuwerten.

Weiter geht Steininger kurz auf die Reaktion der französischen Kommunisten ein. Hier heißt es:

„Selbst die französischen Kommunisten wurden auf den neuen Kurs eingeschworen. Ihre Haltung ist ein weiterer Beweis für die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Angebotes – und bisher von der Forschung kaum beachtet.“⁴³

Hierbei stützt er sich auf eine Analyse der amerikanischen Botschaft in Paris, die die „plötzliche Kehrtwendung“ auf einen Wink Moskaus zurückführte. Dabei ist es von zweitrangiger Bedeutung, ob der PCF wirklich einen solchen „Wink“ aus Moskau erhalten hat, was im übrigen in der französischen Presse in keiner Weise geglaubt wurde.⁴⁴ Wichtig ist es, Rolle und Selbstverständnis der französischen Kommunisten Anfang der fünfziger Jahre zu kennen, um zu verstehen, daß diese extrem moskauhörige Partei in dieser Phase jede vermeintliche oder wirkliche Veränderung der sowjetischen Außenpolitik sofort unterstützte. Gerade die Plötzlichkeit der Schwenkung, die die sowjetische Führung den französischen Kommunisten abverlangte, kann als Indiz dafür genommen werden, daß sie eben nicht vorher über die bevorstehende sowjetische Initiative informiert waren und daß die Glaubwürdigkeit der französischen Kommunisten gegenüber der französischen Öffentlichkeit für die Leiter der sowjetischen Außenpolitik in diesem Moment höchstens zweitrangig war.⁴⁵ Einen Beleg für oder wider die Ernsthaftigkeit Stalins jedenfalls wird man aus der Haltung der französischen Kommunisten schwerlich herauslesen können. An diesem zweiten Punkt soll gezeigt werden, daß man bei der Interpretation gewisser Äußerungen auf keinen Fall auf den konkreten Zeitzusammenhang verzichten darf. Gleichzeitig wird an beiden Beispielen klar, daß auch das indirekte Erschließen der französischen Position anhand des anglo-amerikanischen Aktenmaterials ein wohl doch fragwürdiger Versuch bleiben muß, der es höchstens ermöglicht, erste Thesen zu formulieren.⁴⁶ Ohne Steiningers Studie, der auch diese Arbeit viele Anregun-

⁴³ Ebenda, S. 29.

⁴⁴ Etwa *Franc Tireur* vom 13. März 1952, *Le Populaire* vom 13. März 1952.

⁴⁵ Ausführlicher zur Reaktion des PCF siehe Kapitel III, 3.

⁴⁶ Die Gefahren des indirekten Beweisverfahrens zeigen sich schon in solchen Äußerlichkeiten wie den Bezeichnungen der Funktionen der französischen Diplomaten in seinem Personenregister; Steininger, *Eine vertane Chance*, (wie Anm. 7) S. 319–325; Yves Chataigneau war nicht Angehöriger der französischen Botschaft in Moskau, sondern Botschafter; Jean Laloy nicht

gen verdankt und deren Dokumentensammlung sich als sehr hilfreich erwies, schmälern zu wollen, liegt nicht zuletzt in den hier geschilderten Gefahren der Ausgangspunkt zu den einführenden Überlegungen, nämlich die französischen Reaktionen unter Einbeziehung ihres Umfeldes erst einmal möglichst quellennah darstellen zu wollen.

3. Das Frankreich der IV. Republik

Entstehung und Entwicklung der IV. Republik, die 1952 seit etwas mehr als fünf Jahren bestand, sollen hier nicht im einzelnen geschildert werden.⁴⁷ Es muß allerdings auf einige Grundzüge hingewiesen werden, um so die später beschriebenen Reaktionen vor dem Hintergrund der allgemeinen Situation in Frankreich verstehen zu können. Dabei geht es hauptsächlich um die politischen Kräfte und ihre Gewichtung nach den Wahlen vom 17. Juni 1951 und um die außenpolitischen Probleme, denen sich Frankreich gegenüber sah.⁴⁸

Im Anschluß an den raschen Zusammenbruch der III. Republik 1940, die Kriegs- und Besatzungszeit und die Befreiung 1944 war es in Frankreich zu einer starken Verschiebung der politischen Kräfte gekommen. Sie läßt sich an den Ergebnissen der Wahlen zu den beiden Verfassunggebenden Versammlungen (am 21. 10. 1945 und am 2. 6. 1946) – die zweite war notwendig geworden, nachdem das erste Verfassungsprojekt am 5. Mai 1946 in einem Referendum gescheitert war – und den ersten Wahlen zur Nationalversammlung am 10. November 1946 und am 17. Juni 1951 nachvollziehen. Als Vergleich dienen die Ergebnisse der letzten Wahl vor dem Kriege.

Angehöriger der französischen Botschaft in London, sondern Leiter der Unterabteilung Osteuropa in Paris und Mitarbeiter des Generalsekretariats; Jean Sauvagnargues nicht Leiter der Europaabteilung, sondern der Unterabteilung Zentraleuropa in Paris.

⁴⁷ Das umfangreiche Schrifttum zur Geschichte der IV. Republik läßt sich anhand folgender Bibliographien erschließen: René Lasserre (Hrsg.), *La France contemporaine: Guide bibliographique et thématique*, Tübingen 1978 und die *Bibliographie annuelle de l'histoire de France*, die ab 1975 auch Literatur zur Geschichte der IV. Republik verzeichnet. Daneben enthält Jean-Pierre Rioux, *La France de la quatrième république*, 2 Bde. Paris 1980 und 1983, Bd. I, S. 285–301 und Bd. II, S. 359–365 umfangreiche Literaturhinweise.

⁴⁸ Folgende Gesamtdarstellungen sind hinzugezogen worden: Jacques Chapsal, *La vie politique en France de 1940 à 1958*, Paris 1984; Georgette Elgey, *Histoire de la IV^e république*, 2 Bde. Paris 1965 und 1968; Jacques Fauvet, *La IV^e république*, Paris 1959; François Goguel/Gilbert Ziebur, *Das französische Regierungssystem*, 2 Bde. Opladen/Köln 1957; Jacques Julliard, *La IV^e république (1947–1958)*, Paris 1968; Paul-Marie de La Gorce, *Naissance de la France moderne*, 2 Bde. Paris 1978 und 1979; Rioux (wie Anm. 47); Philip Maynard Williams, *Politics in post-war France: Parties and the constitution in the fourth republic*, 2. Aufl. London/Tonbridge 1958; Zur Außenpolitik speziell Alfred Grosser, *La IV^e république et sa politique extérieure*, Paris 1961; Derselbe, *Affaires extérieures: La politique de la France 1944–1984*, Paris 1984; Guy de Carmoy, *Les politiques étrangères de la France 1944–1966*, Paris 1967.

	(1936)	21.10.45	2.6.46	10.11.46	17.6.51
PCF	(15,4)	26,1	26,4	28,8	26,0
SFIO	(19,9)	24,6	21,3	18,1	15,3
Radicaux (RGR)	(22,1)	9,3	11,1	11,4	10,1
Modérés	(42,4)	14,4	13,0	15,4	13,5
MRP	(-)	25,6	28,2	26,3	13,4
RPF	(-)	(-)	(-)	(-)	21,7

Wahlergebnisse der wichtigsten politischen Kräfte in Prozent der abgegebenen Stimmen.⁴⁹

Verlierer waren 1945 die klassische Rechte (les Modérés)⁵⁰, die als Hauptträger der Vichy-Regierung diskreditiert war, und die Radikalen⁵¹, die in hohem Maße mit der 1940 so sang- und klanglos untergegangenen III. Republik identifiziert wurden. Gewonnen hatten die Kräfte des äußeren und inneren Widerstands, besonders die Sozialisten (SFIO) und die Kommunisten (PCF), die nicht zuletzt ihrer strafferen Parteiorganisation ihre wichtige Rolle im inneren Widerstand verdankten.⁵² Als weiterer Sieger kam die 1944 neu gegründete christlich-demokratische Partei (MRP) hinzu, die in einem großen Umfang, wenn auch nicht ausschließlich, aus dem Wählerpotential der Rechten geschöpft hatte. Bis 1951 mußten MRP und Sozialisten starke Einbußen hinnehmen, Kommunisten, Radikale und Gemäßigte konnten sich im ganzen halten, während als sechster Faktor die von de Gaulle 1947 ins Leben gerufene Sammlungsbewegung (RPF) hinzutrat. De Gaulle und seine Gruppierung standen anfangs in Opposition zum herrschenden System. Der RPF zog dabei Wähler an, die vorher sowohl MRP wie Radikal und Gemäßigt gewählt hatten. Vom Wählerpotential her also nicht identisch mit der klassischen Rechten, kann man die Bewegung ihren Zielsetzungen nach durchaus als neue Rechte begreifen. Insgesamt verschob sich zwischen 1945 und 1951 das Schwergewicht in der Nationalversammlung wieder weiter nach rechts; PCF

⁴⁹ Erstellt anhand Rioux (wie Anm. 47) Bd. I, S. 93, 147, 157, 230 und François Goguel, *Chroniques électorales*, Bd. I, Paris 1981. In diesen hier zusammen veröffentlichten Artikeln, die in *Esprit* nach den jeweiligen Wahlen erschienen waren, analysiert Goguel die einzelnen Ergebnisse.

⁵⁰ Unter den Gemäßigten werden hier die unterschiedlichen Gruppierungen der klassischen Rechten verstanden, siehe Williams (wie Anm. 48) S. 107-117.

⁵¹ Zu den Radikalen (Radicaux) werden im wesentlichen die *Parti radical et radical-socialiste* und die *UDSR* gerechnet, die sich ab 1946 gemeinsam mit kleineren Gruppen als RGR den Wählern stellten, siehe Williams (wie Anm. 48) S. 90-106.

⁵² Zur Geschichte des Widerstandes sei auf die Arbeiten von Henri Michel verwiesen, etwa *Histoire de la Résistance en France*, 7. Aufl. Paris 1975.

und SFIO fielen von gemeinsam über 50% auf rund 41% der Stimmen zurück.

Parallel verschob sich auch innerhalb der Regierungskoalitionen der Schwerpunkt langsam nach rechts. Für die Zeit der Übergangsregierung unter de Gaulle bis Januar 1946 konnte man noch von einem breiten nationalen Konsens sprechen. Die dominierenden Parteien waren aber von der Wahl im Oktober 1945 an und endgültig seit dem Rücktritt General de Gaulles die Kommunisten, die Sozialisten und der MRP, deren Zusammengehen als „Tripartismus“ bezeichnet wurde. Nacheinander und aus unterschiedlichen Gründen schieden dann die Kommunisten (1947) und die Sozialisten (1951/52) aus der Regierungsmehrheit aus. Die kommunistischen Minister wurden am 4. Mai 1947 im Zuge der sich verschärfenden Ost-West-Gegensätze, die sich auch auf die Situation in Frankreich auswirkten, aus dem Ministerrat entlassen.

Die Sozialisten stimmten noch für die Investitur (Wahl zum Präsidenten des Ministerrats durch die Nationalversammlung) von René Pleven (August 1951) und Edgar Faure (Januar 1952), stellten aber keine Minister mehr in den entsprechenden Regierungen. Im März 1952 erreichte diese Entwicklung einen ersten Höhepunkt, als mit Antoine Pinay zum erstenmal seit dem Kriege ein Vertreter der klassischen Rechten zum Präsidenten des Ministerrats gewählt wurde. Die Sozialisten stimmten gegen ihn, dafür erhielt er die Stimmen von 27 Gaullisten. Damit begann sich der bis dahin völlig kohärent erscheinende Block der Gaullisten aufzulösen, was im weiteren dazu führte, daß sich de Gaulle am 6. Mai 1953 von der Partei zurückzog und daß im Juni 1953 drei Gaullisten in die Regierung des Konservativen Joseph Laniel eintraten. Im Gegensatz zu den Kommunisten, die ab 1947 in einer fundamentalen Opposition zum System verharrten und die als völlig moskauhörig galten, gehörten die Sozialisten weiter zu den tragenden Kräften der IV. Republik, und sie beteiligten sich auch in den nächsten Jahren wieder an Regierungskoalitionen.

Die Jahre zwischen 1946 und 1958 waren durch häufige Regierungskrisen – insgesamt gab es 25 in den zwölf Jahren – geprägt, die dem politischen System und der Verfassung der IV. Republik den Ruf geringer Effektivität eintrugen. Hierbei lagen die Schwächen aber weniger in der Verfassung selbst als in den politischen Sitten. In der Verfassung lag das Hauptgewicht auf der Nationalversammlung, wenn auch nicht in dem Maße, wie es sich Sozialisten und Kommunisten anfangs im Zusammenhang mit dem gescheiterten ersten Verfassungsprojekt vorgestellt hatten. Der Präsident und die Zweite Kammer, die nicht mehr Senat, sondern Rat der Republik (Conseil de la République) hieß, hatten gegenüber der Verfassung der III. Republik an Bedeutung verloren. Hinsichtlich des hier wichtigen Bereichs der Außenpolitik war es nicht mehr der Präsident, sondern die Regierung, die die internationalen Ver-

handlungen führte: der Präsident mußte nur auf dem laufenden gehalten werden.⁵³ In der Praxis wird man aber gerade den Einfluß des ersten Präsidenten Vincent Auriol (1947–1953) höher einschätzen müssen. Ihm kam das Recht zu, in den häufigen Regierungskrisen den nächsten Kandidaten für die Präsidentschaft des Ministerrats zu designieren. Hierbei stiegen die Chancen eines Kandidaten in der Regel, je länger die Krise dauerte, so daß der Reihenfolge eine große Bedeutung zukam. Außerdem saß der Präsident der Republik den Sitzungen des Ministerrats in dessen ständig wechselnden Kombinationen vor. Obwohl viele Politiker hier wiederholt in unterschiedlichen Funktionen auftraten, war der Präsident der einzig wirklich konstante Faktor, der Einblick in alle laufenden Geschäfte hatte und der allein in seiner Funktion nicht von den ständigen Regierungskrisen bedroht war.⁵⁴ Was dem Frankreich der IV. Republik fehlte, waren größere, besser organisierte und definierte Parteien, die in der Lage gewesen wären, wirklich stabile Mehrheiten zu schaffen. Wenn auch die Parteien der Linken (PCF und SFIO) solchen Ansprüchen im ganzen genügten, fehlte gerade den Parteien der bürgerlichen Mitte und Rechten jede Kohärenz. Sie waren zu einem guten Teil Honorarparteien, die in vielen Sachfragen auch intern gespalten waren und im Abstimmungsverhalten keine Fraktionsdisziplin kannten. Der MRP war eine Partei, die zwar ihre teils unterschiedlichen Minister unterstützte, was aber doch nicht über interne Meinungsverschiedenheiten hinwegtäuschen darf. Auf die Tatsache, daß die Fraktionsdisziplin des RPF schon nach neun Monaten zerbrach, ist in anderem Zusammenhang schon hingewiesen worden.⁵⁵

Dieses Frankreich sah sich neben den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die die Nachkriegszeit mit sich brachte, großen außenpolitischen Problemen gegenüber: Es galt, die Stellung Frankreichs im beginnenden Ost-West-Konflikt zu definieren, die Verhältnisse in Europa – besonders hinsichtlich Deutschlands – zu klären und letztlich die Fragen zu lösen, die aus den überseeischen Besitzungen erwachsen.

⁵³ Siehe den Artikel 31 der Verfassung der IV. Republik. Die Artikel 29–44 beschäftigen sich mit dem Präsidenten.

⁵⁴ Anhand seines Tagebuches (wie Anm. 5) läßt sich seine Rolle nachvollziehen.

⁵⁵ Aus der reichen Literatur zu den einzelnen Parteien sei auf folgende Werke verwiesen: Jean Touchard, *Le gaullisme 1940–1969*, Paris 1978; Jean Charlot, *Le gaullisme d'opposition (1946–1958)*, Paris 1983; René Rémond, *Les droites en France*, Paris 1982; Roger Quilliot, *La SFIO et l'exercice du pouvoir 1944–1958*, Paris 1972; Henri Descampes, *La démocratie chrétienne et le MRP de 1946 à 1959*, Paris 1981; Robert Bichet, *La démocratie chrétienne en France – le mouvement républicain populaire*, Besançon 1980; Philippe Robrieux, *Histoire intérieure du parti communiste*, Bd. II, Paris 1981; Roger Martelli, *Le PCF et la guerre froide, 1947–1953*, in: Roger Bouderon u.a., *Le PCF étapes et problèmes 1920–1972*, Paris 1981, S. 291–398; Jean-Thomas Nordmann, *Histoire des radicaux 1820–1973*, Paris 1974, S. 333–373; Francis de Tarr, *The French radical party: From Herriot to Mendès-France*, London/Oxford 1961.

Frankreichs besonderes Problem, im Vergleich zu den anderen Siegermächten, bestand in dem Mißverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Frankreich fühlte sich – mindestens bis 1947 – als Großmacht, ohne die dazu nötigen Voraussetzungen zu haben und ohne als solche von den Supermächten USA und Sowjetunion anerkannt zu werden. Gelang de Gaulle und seinem Außenminister Georges Bidault am 9. Dezember 1944 auch der Abschluß des Moskauer Pakts mit der Sowjetunion⁵⁶, so zeigte sich die UdSSR dennoch nicht geneigt, eine sofortige Beteiligung Frankreichs an den Konferenzen der Siegermächte zu ermöglichen: Frankreich war weder in Jalta noch in Potsdam vertreten. Das fehlende Interesse der Vereinigten Staaten trat beim Mißerfolg der Washington-Reise de Gaulles und Bidaults Ende August 1945 deutlich zutage. Mit Großbritannien wurde erst 1947 ein Bündnis abgeschlossen (der Vertrag von Dünkirchen vom 4. März), das noch gegen Deutschland gerichtet war. Aus diesem Bündnis entwickelten sich dann die Brüsseler Verträge (17. März 1948) und schließlich der Nordatlantikpakt (4. April 1949), in dem sich Europäer und Nordamerikaner zu einem Verteidigungsbündnis zusammenfanden. In den Jahren zwischen 1947 und 1949 rückte die Abwehr der Sowjetunion in den Vordergrund, wozu der kommunistische Umsturz in Prag vom 24. Februar 1948 nicht unwesentlich beitrug. Frankreich, als „verspätete Siegermacht“, hatte im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt an Bedeutung für die USA gewonnen, hatte sich aber – nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit – in dieser Auseinandersetzung auf deren Seite gestellt. Auch wenn daher eine wirklich eigenständige Politik zwischen Ost und West für Frankreich nicht mehr möglich war, so wuchs doch der französische Einfluß innerhalb des westlichen Bündnisses. Gerade seine wirtschaftliche Schwäche und die starke Position der moskauhörigen Kommunisten in Frankreich erwiesen sich als Trümpfe in den Verhandlungen mit den USA, die in Europa auf keinen Fall auf Frankreich verzichten konnten.

Die Beziehungen zu den überseeischen Besitzungen, auf die sich der äußere Widerstand gestützt hatte und die zur Befreiung Frankreichs beigetragen hatten, mußten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges neu geregelt werden. Um dem Wunsch der ehemaligen Kolonien nach Unabhängigkeit entgegenzukommen, wurde mit der Verfassung von 1946 die „Union française“ geschaffen, die ein Gegenstück zum Commonwealth darstellen sollte, aber von vielen Widersprüchen gekennzeichnet war, etwa in der Frage der Staatsangehörigkeit. Auch entsprach diese Konstruktion nur begrenzt den Ansprüchen der ehemaligen Kolonien.

⁵⁶ R. J. Guiton, Paris–Moskau: Die Sowjetunion in der auswärtigen Politik Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1956.

In der Praxis ergaben sich fast überall Schwierigkeiten, vor allem in Indochina und Nordafrika. In Indochina brach bereits Ende 1946 ein Krieg aus, der Frankreich bis 1954 in Atem halten sollte. In Nordafrika gab es wachsende Unruhen in Tunesien, Marokko und Algerien, die ihren Höhepunkt in dem 1954 beginnenden Algerien-Krieg erreichten. Das Frankreich der IV. Republik war in allen zwölf Jahren seiner Existenz in Kolonialkriege verwickelt, und die Schaffung der Union française hat letztlich nur wenig zu einer friedlichen Entkolonisierung beitragen können.⁵⁷

4. Frankreichs Verhältnis zu Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg

Auch zu den deutsch-französischen Beziehungen gibt es eine reichhaltige Literatur⁵⁸, und es muß hier genügen, einige wichtige Gesichtspunkte einzuführen, die zum Verständnis des Zusammenhangs notwendig sind.

Daß in Frankreich nach 1945 Deutschland- und Europapolitik nicht zu trennen waren, ist kürzlich von Ernst Weisenfeld anschaulich dargestellt worden.⁵⁹ Kurz gesagt lassen sich unter den in Frankreich vorherrschenden Vorstellungen von Deutschland zwei Hauptströmungen erkennen, die schlagwortartig als „europäisch“ und „national“ bezeichnet werden können. Diese Bezeichnungen dienen dazu, den jeweiligen Schwerpunkt im Rahmen der unterschiedlichen Konzeptionen von Nachkriegseuropa – und dem Platz Deutschlands in diesem Europa – zu charakterisieren. Der wesentliche Unterschied bestand in der Tatsache, daß die nationalistisch gesinnten Kräfte eine zukünftige Dominanz Frankreichs, zumindest in Westeuropa, für unerläßlich erachteten, eine Dominanz, die zu Lasten des Kriegsverlierers

⁵⁷ Grosser, La IV^e république, (wie Anm. 48) S. 222–231; Derselbe, Affaires extérieures, (wie Anm. 48) S. 19–143 zur IV. Republik; speziell zur Union française S. 39–48.

⁵⁸ Das Schrifttum zu den deutsch-französischen Beziehungen läßt sich durch folgende Bibliographien erschließen: Fritz Schenk, Deutschland – Frankreich: Bibliographie 1945–1962, Stuttgart 1966, und Dieter Menyesch/Bérénice Manac'h, Deutschland – Frankreich: Internationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtung. Eine Bibliographie, 1962–1982, München u. a. 1984. Aus jüngster Zeit seien folgende Beiträge erwähnt: Klaus Manfrass (Hrsg.), Paris – Bonn: Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wissenschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984 und das Dossier: Dialog zur deutschen Frage, in: Dokumente 42 (1986) S. 111–162.

⁵⁹ Weisenfeld (wie Anm. 9) S. 11. Die unterschiedlichen Meinungen zu Deutschland im Frankreich der IV. Republik stellt er auf den Seiten 29–49 dar. Siehe auch Wilfried Loth, Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Westdeutschland, Hrsg. L. Herbst (wie Anm. 10) S. 37–49. Eine gründlichere Studie zu den französischen Deutschland-Vorstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg scheint nicht vorzuliegen, auch wenn es zusehends mehr Arbeiten zur konkreten Deutschlandpolitik (siehe Anm. 62) und zur französischen Besatzungspolitik (siehe Anm. 65) gibt.

Deutschland gehen sollte, während sich die „Europäer“ nur von einem Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands eine positive Entwicklung für Gesamteuropa versprachen. Die Stärkung dieser auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg vertretenen Position ergab sich zum guten Teil dadurch, daß man in weiten Kreisen nicht die Fehler des Versailler Vertrages wiederholen wollte. Daß ein so grobes Raster die einzelnen Unterschiede nicht hinreichend erfaßt, liegt auf der Hand. So dachten etwa national gesinnte, gaullistische Kreise durchaus in Kategorien eines konföderierten Europas, in dessen Rahmen der Ausgleich mit Deutschland angestrebt werden sollte. Weiter kann man bei den Nationalisten danach unterscheiden, an welche der beiden Supermächte – und in welchem Maße – man sich anlehnen wollte, denn auch die Kommunisten vertraten hinsichtlich Deutschlands durchaus Vorstellungen, die man als national einschätzen kann. Auf der anderen Seite gab es auch bei den mehrheitlich als „Europäer“ geltenden Radikalen, Volksrepublikanern (MRP) und Sozialisten abweichende Stimmen.

Neben diesen Hauptrichtungen, die in unterschiedlicher Weise ihren Ausdruck im Parlament fanden, gab es noch weitere in der öffentlichen Diskussion vertretene Meinungen. Als eine solche Strömung lassen sich die „Neutralisten“ beschreiben. Nach ihren Vorstellungen sollte Frankreich auf gleiche Distanz zu den Supermächten gehen und – gestützt auf seine überseeischen, besonders seine nordafrikanischen Besitzungen – versuchen, sich aus der sich immer deutlicher abzeichnenden Blockbildung herauszuhalten.⁶⁰ Dieses Denken konnte dabei durchaus eine Aussöhnung mit Deutschland einschließen. Die Vorstellung einer Verbindung eines neutralen Frankreichs mit einem neutralen Deutschland zu einer Dritten Kraft zwischen Ost und West spielte auch bei der Einschätzung der Stalin-Note durch diese Kreise eine Rolle.⁶¹ Wenn also im weiteren Verlauf dieser Arbeit versucht wird, dieses Schema zu differenzieren, so zeigt sich schon jetzt deutlich, auf welche Elemente es dabei ankommen wird. Die einzelnen Positionen bestanden erstens aus der Einschätzung der Möglichkeiten Frankreichs – unter Einschluß seiner überseeischen Besitzungen –, zweitens aus der Beurteilung der beiden Supermächte und drittens aus dem Verhältnis zu Deutschland. In alle Beurteilungen floß dabei neben einer ideologischen Grundausrichtung vor allem die Er-

⁶⁰ Diese Meinung wurde vor allem in *Le Monde* von Etienne Gilson (25.12.1948; 2.3.1949; 6./7.3.1949) und dem Herausgeber der Zeitung Hubert Beuve-Méry vertreten (seine Artikel zusammengefaßt in *Réflexions politiques 1932–1952*, Paris 1952, hier S. 166–254). Ähnlich argumentierte Claude Bourdet bis 1950 in der Tageszeitung *Combat* und ab 1950 in der von ihm mitbegründeten Wochenzeitschrift *L'Observateur*. Zum Phänomen des Neutralismus siehe John T. Marcus, *Neutralism and Nationalism in France*, New York 1958.

⁶¹ Claude Bourdet in *L'Observateur* vom 20.3./30.4. und 12.6.1952.

fahrung der Kriegs- und Besatzungszeit ein, wobei in ganz unterschiedlichem Maße allgemeine Gesichtspunkte mit persönlichen Erfahrungen vermischt wurden.

Die Etappen der französischen Deutschlandpolitik, wie sie sich im internationalen Kräftefeld haben herausbilden können, sind bereits vielfach Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen.⁶² Hierbei wird immer wieder darauf hingewiesen, daß auf eine erste Phase nationalistischer Deutschlandpolitik eine zweite folgte, in der sich die französischen Regierungen zusehends die europäischen Perspektiven zu eigen machten. Die erste Phase wird in der Regel durch de Gaulle und seinen Außenminister Bidault personifiziert, die beide anfangs für eine harte Behandlung Deutschlands eintraten. Sie forderten die Internationalisierung der Ruhr und des Rheinlands und die Abtretung der Saar an Frankreich. Gleichzeitig sperrten sie sich gegen jede Einrichtung deutscher Zentralbehörden unterhalb des alliierten Kontrollrats.⁶³ Allerdings wurden sie in ihren Forderungen weder von den anglo-amerikanischen Mächten noch von der Sowjetunion unterstützt. Spätestens auf den Außenminister-Konferenzen 1947 in Moskau und London wurde endgültig das Scheitern dieser Politik sichtbar, da diese Konferenzen bereits vom Ost-West-Gegensatz beherrscht waren und den Franzosen praktisch keine Wahl blieb, als sich den anglo-amerikanischen Mächten anzuschließen. Hinsichtlich Deutschlands hieß dies, die eigenen Vorstellungen aufzugeben und der von der nordamerikanischen Regierung gewünschten „Weststaat“-Lösung zuzustimmen. Die grundsätzliche Einigung in dieser Frage brachte die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz im Frühjahr 1948 (23. Februar–2. Juni) zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten.

In der zweiten Phase gewannen die Europäer an Einfluß: ihr Ziel war es nun, diesen „Weststaat“ im Rahmen eines geeinten Europas an Frankreich zu

⁶² Aus der Menge der Literatur sei verwiesen auf Klaus Hänsch, *Frankreich zwischen Ost und West: die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948*, Berlin/New York 1972; Adalbert Korff, *Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950*, Ambilly-Annemasse 1965; Raymond Poidevin, *La France devant le danger allemand (1944–1952)*, in: *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht*, Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Hrsg. K. Hildebrand/R. Pommerin, Köln/Wien 1985, S. 253–267; Derselbe, *Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949)*, in: *VfZ* 33 (1985) S. 406–419; Derselbe, *Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948–1949*, in: *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, Hrsg. J. Foschepoth, Göttingen/Zürich 1985, S. 129–144; Reinhard Schreiner, *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik, 1944–1948*, Frankfurt a. M./Bern/New York 1985; Robert Schuman, *French policy towards Germany since the war*, London 1954; Wilfried Loth, (wie Anm. 59).

⁶³ Zur Außenpolitik de Gaulles in dieser Phase siehe Walter Lippens, *Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946*, in: *VfZ* 21 (1973) S. 52–102 und derselbe, *Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946*, in: *VfZ* 24 (1976) S. 136–198.

binden. Diese Politik schlug sich in der Gründung des Europarates (1949) und der Montanunion (1951) nieder, die beide von Frankreich ausgegangen waren. Daß die französische Initiative zur EVG nur zu einem Teil auf europäische Überzeugung zurückging, auf der anderen Seite aber als Gegenposition in der Auseinandersetzung um einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu verstehen war, wurde eingangs schon erörtert. In Frankreich gelten immer wieder Robert Schuman (ab Juli 1948 Außenminister) und der Chef der Planungsbehörde Jean Monnet als die diesen Kurs bestimmenden Persönlichkeiten. Hinsichtlich dieses Hervorhebens einzelner Entscheidungsträger ist allerdings Vorsicht geboten.⁶⁴ Nationale und europäische Konzeptionen bestanden nebeneinander seit Kriegsende, und erst das endgültige Scheitern der national ausgeprägten Politik führte dazu, daß die europäische Richtung an Einfluß gewann. Dies ist ohne die internationale Konstellation, sprich die nordamerikanische Hilfe (Marshallplan) und den nordamerikanischen Druck in dem aufbrechenden Ost-West-Konflikt, kaum denkbar. In dieser Situation haben viele französische Politiker, aber bei weitem nicht alle, ihre Vorstellungen den neuen Bedingungen der internationalen Blockbildung angepaßt, und hier boten die Vorstellungen, die auf eine europäische Integration hinzielten, den Ausgangspunkt für eine Neuorientierung.

Im kleineren Rahmen der französischen Politik in ihrer Besatzungszone in Deutschland spiegelte sich diese Entwicklung wider. Unter Verzicht auf eine Darstellung der einzelnen Aspekte dieser Besatzungspolitik⁶⁵ soll nur auf die Frage des organisatorischen Aufbaus eingegangen werden. Dabei steht die Situation, die nach Inkrafttreten des Besatzungsstatuts im September 1949 entstanden ist, im Vordergrund, eine Situation, die auch 1952 noch Gültigkeit hatte.⁶⁶ Die mit dem Besatzungsstatut geschaffene oberste alliierte Behörde in Westdeutschland war die Hohe Kommission, die sich aus den drei Hohen

⁶⁴ Schuman war 1946/48 als Finanzminister und zeitweilig als Präsident des Ministerrats durchaus an der ersten Phase beteiligt, und Bidault war nicht nur zur Zeit der Londoner Sechsmächte-Konferenz noch Außenminister, sondern später noch Verteidigungsminister (1951/52) und ab Januar 1953 wieder Außenminister.

⁶⁵ Aus der Literatur zur französischen Besatzungspolitik seien folgende Titel genannt: Richard Gilmore, *France's postwar cultural policies and activities in Germany. 1945–1956*, Washington 1973; Klaus-Dieter Henke, *Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: VfZ 30 (1982) S. 500–537; Marc Hillel, *L'Occupation française en Allemagne, 1945–1949*, Paris 1983; Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983; Rainer Hudemann, *Wirkungen französischer Besatzungspolitik: Forschungsprobleme und Ansätze zu einer Bilanz*, in: *Westdeutschland 1945–1955*, Hrsg. L. Herbst, München 1986, S. 167–181.

⁶⁶ Neben dem zunehmend breiten Interesse für die ersten Jahre der Besatzung (1945–1949) fällt auf, daß den Jahren 1949–1955 sehr viel weniger Aufmerksamkeit zugewandt wird. So fehlt etwa eine Studie über Organisation, Zusammensetzung und Funktion der unterschiedlichen französischen Organe in diesem Zeitraum.

Kommissaren der Westmächte zusammensetzte. Unterhalb der Ebene der Hohen Kommissare gliederte sich der alliierte Kontrollmechanismus in eine Reihe von Ausschüssen für die verschiedenen Bereiche. Neben dieser interalliierten Behörde gab es die einzelnen Hohen Kommissariate der drei Westmächte mit besonderen Kompetenzen für ihre jeweiligen Besatzungszonen. An der Spitze des französischen Hohen Kommissariats standen von 1949 bis 1955 André François-Poncet und sein Stellvertreter Armand Béard. Das Oberkommando der französischen Besatzungstruppen (*Force française d'occupation*, ab 1950 *Force française en Allemagne*) blieb 1949 in Baden-Baden; die Hohe Kommission hatte sich in räumlicher Nähe zur neuen Bundesregierung auf dem Petersberg bei Bonn eingerichtet. Der Oberkommandierende, 1952 General Noiret, war formell dem Hohen Kommissariat angegliedert, aber er behielt die Entscheidungsfreiheit in militärischen Dingen und war direkt dem Verteidigungsminister in Paris unterstellt. Weiter unterstanden der Hohen Kommission Länder-Kommissariate, an deren Spitze in jedem Bundesland ein Vertreter der jeweiligen Zonenmacht stand. Diesen Länder-Kommissaren waren Beobachter der beiden anderen Mächte zugeordnet. Die Struktur der alliierten Verwaltung wiederholte sich in Berlin, wo die Kommandanten der drei West-Sektoren die gemeinsame alliierte Militärregierung der Stadt bildeten. Der Kommandant des französischen Sektors, 1952 General Carolet, unterstand ebenfalls dem französischen Hohen Kommissariat. Als politischer Berater war ihm 1952 Jean de Noblet d'Anglure zugeordnet. Dieser gehörte dem diplomatischen Dienst an und berichtete direkt ans Außenministerium in Paris, obwohl er formell François-Poncet nachgeordnet war. Stand François-Poncet also an der Spitze der französischen Hierarchie in Deutschland, so gab es durchaus ein gewisses Nebeneinander ziviler und militärischer Stellen, wobei es aber im Zusammenhang mit der hier untersuchten Frage zu keinen Kompetenzschwierigkeiten kam: Die Militärs hielten sich zurück.⁶⁷ Dieser Fall schloß aber nicht aus, daß sich die militärischen Führer in anderen Fragen – die einen weniger eindeutig politischen Charakter hatten – mit ihren Einwänden direkt an das Verteidigungsministerium in Paris wandten.⁶⁸ Insgesamt lag dennoch die Hauptverantwortung für die Deutschlandpolitik beim Außenministerium und natürlich dem Ministerrat.

⁶⁷ In den Akten des Außenministeriums, MAE, *Echanges de notes* (wie Anm.1) fanden sich keine Stellungnahmen der Militärs, wohl aber die Berichte von Noblet, auf die zurückzukommen sein wird. In den nur teilweise zugänglichen Akten der Armee (AAT, *Section contemporaine*, 3 U 1, 2, 8, 9, 23, 28, 29, 52) fanden sich ebenfalls keine Hinweise. Wenn sich somit das Bild ergibt, daß die Militärs sich nicht offiziell äußerten, so bleibt davon unbenommen, daß sie sich eine Meinung zur Frage bildeten, die allerdings nicht aktenkundig ist.

⁶⁸ So im Zusammenhang mit der EVG. Im Laufe der Auseinandersetzung um die EVG griffen zum erstenmal auch aktive französische Offiziere (u.a. Marschall Juin) in die öffentliche Diskussion ein. Siehe Jean Planchais, *Une histoire politique de l'armée*, Bd.II, Paris 1967, S.243–253 und Pierre Guillen, *Les chefs militaires français, le réarmement de l'Allemagne et la CED (1950–1954)*, in: *Revue d'histoire de la Deuxième Guerre Mondiale* 33 (1983) S. 3–33.

Zwei Problemkreise beschäftigten und belasteten Anfang 1952 das deutsch-französische Verhältnis in besonderem Maße: die Saar-Frage und die konkreten Verhandlungen im Rahmen der Erarbeitung von EVG- und Deutschlandvertrag. Die Saar-Frage stellte 1952 in gewissem Sinne den Überrest der nationalen französischen Politik dar; denn die anglo-amerikanischen Mächte hatten 1947 – im Gegensatz zur Sowjetunion – die französischen Ansprüche gegenüber dem Saarland akzeptiert. So war es 1947/48 zu einer weitgehenden Loslösung des Saarlandes von Deutschland gekommen: Es wurde eine eigene Währung eingeführt, im Anschluß an die Wahlen eine den französischen Ansprüchen geneigte Regierung etabliert und eine eigene Verfassung verkündet. In diesem Streit um das Saargebiet, der erst 1955 beigelegt wurde, erreichten die deutsch-französischen Beziehungen Anfang 1952 einen neuen Tiefstand. Am 27. Januar 1952 hatte die französische Regierung den bisherigen französischen Hohen Kommissar im Saarland Gilbert Grandval zum Leiter der französischen Mission im Saarland ernannt, was in Deutschland allgemeinen Unwillen und vielseitige Proteste hervorrief. Auf die Vorschläge Adenauers, das Saargebiet zu europäisieren, was mit der Anschuldigung verknüpft war, daß Frankreich im Saargebiet die Menschenrechte verletze, reagierte die französische Öffentlichkeit ähnlich empört.⁶⁹ Die Saar-Frage war 1952 ein Stein des Anstoßes, der vor allem in der Öffentlichkeit der beiden Länder für viel Aufregung sorgte und so die Atmosphäre vergiftete.

In den Verhandlungen um Deutschland- und EVG-Vertrag⁷⁰ fühlten sich die Franzosen von den Briten und besonders den Amerikanern über Gebühr gedrängt. Sie glaubten, daß man insgesamt der Bundesrepublik zu schnell und zu weit entgegenkomme. Dies wird besonders deutlich in den monatlichen Berichten von André François-Poncet an das französische Außenministerium. So schloß er seinen Bericht vom 2. März 1952, nachdem er gezeigt hatte, in welchem Maße die Bundesregierung es verstanden hatte, die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten auszunutzen, mit den folgenden Worten:

„Leider muß man hinzufügen, daß unsere amerikanischen Freunde sich weigern, aus einer solchen Entwicklung die Konsequenzen zu ziehen. Durch ihre Sorge, die Freundschaft und die militärische Hilfe Deutschlands zu gewinnen, geblendet, verstehen sie nicht, daß es nötig ist, ihm [Deutschland] gegenüber eine feste Haltung einzunehmen. Die Bundesregierung weiß dieses und zieht daraus Gewinn. Die Redner der

⁶⁹ Siehe Raymond Poidevin, *La question de la Sarre entre la France et l'Allemagne en 1952: Quelques aspects de la 'bataille diplomatique'*, in: *L'Historien et les relations internationales, Recueil d'études en hommage à Jacques Freymond*, Hrsg. S. Friedländer/H. Kapur/A. Reszler, Genf 1981, S. 387–396.

⁷⁰ Ausführlich bei Gerhard Wettig, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955: Internationale Auseinandersetzung um die Rolle der Deutschen in Europa*, München 1967, hier S. 450–487 und Baring (wie Anm. 29) S. 103–162.

Mehrheit haben während der Bundestagsdebatte vom 7. und 8. Februar zuvorkommende Redewendungen an die Adresse der Amerikaner vervielfältigt; die amerikanische Karte wird von Adenauer, seiner Regierung und seiner Mehrheit bewußt mehr und mehr gespielt. Im selben Maße, wie sie sich von einem enttäuschten und überdies durch innere Probleme geschwächten Frankreich abwenden, glauben sie, sich auf die amerikanische Unterstützung verlassen zu können. Der Kontakt zwischen Bonn und Washington wird von Mal zu Mal enger. Die Reise in die Vereinigten Staaten, die Adenauer vorhat demnächst zu machen, ist von ihm als logische Krönung seiner politischen Karriere angelegt. Aber ist er sicher, daß in den beiden Ländern die klügsten und friedliebendsten Lager von dieser Annäherung profitieren werden?⁷¹

Wie schwierig die Lage für die französische Außenpolitik war, wird erst wirklich deutlich, wenn man berücksichtigt, daß man der Möglichkeit einer von der SPD geführten Bundesregierung noch viel skeptischer gegenüberstand. Die Frankophobie der Sozialdemokraten zieht sich wie ein roter Faden durch die Berichte François-Poncets.⁷² Mit Bezug auf eine Rede von Herbert Wehner vor dem SPD-Parteitag am 25. September 1952 in Dortmund, in der Wehner von einer möglichen geheimen russisch-französischen Verständigung in der deutschen Frage gesprochen hatte, führte François-Poncet an anderer Stelle aus:

„Es wird dadurch nicht weniger klar, daß der Abgeordnete Wehner – ein Freund ersten Grades von Schumacher – und außerdem ein ehemaliger Kommunist, der bis 1946 in Rußland lebte, der Frankophobie seines Meisters und leider vieler seiner sozialistischen Genossen gehorchend, unserem Land schaden, es gegenüber seinen Alliierten und der deutschen [öffentlichen] Meinung in Verruf bringen, es in den Augen der Amerikaner verdächtigen und diejenigen im Bundestag zögernd machen wollte, die bereit sind, durch die Ratifikation der Bonner und Pariser Verträge sich mit einem so wenig sicheren Partner wie Frankreich zu verbinden.“⁷³

⁷¹ MAE, Série Europe 1949–1955, Sous-Série Allemagne: Dépêches mensuelles, mars 1952–mars 1953, S. 37: „On doit, malheureusement, ajouter que nos amis américains se refusent à tirer les conséquences d'une telle évolution. Aveuglés par la préoccupation d'obtenir l'amitié et l'aide militaire de l'Allemagne, ils ne comprennent pas qu'il est nécessaire de lui opposer une attitude de fermeté. Le gouvernement fédéral le sait, et en tire parti. Les orateurs de la majorité ont multiplié, au cours du débat des 7 et 8 février, les paroles aimables à l'adresse des Américains; la carte américaine est, de plus en plus, celle que jouent délibérément M. Adenauer, son gouvernement et sa majorité. Dans la mesure même où ils se détournent de la France, décevante, et, d'ailleurs affaiblie par ses problèmes intérieurs, ils croient pouvoir miser sur l'appui de l'Amérique. Le contact entre Bonn et Washington devient, chaque fois, plus étroit. Le voyage que M. Adenauer compte faire prochainement aux Etats-Unis est conçu par lui comme le couronnement logique de sa carrière politique. Mais est-il sûr que, dans les deux pays, ce soient les meilleurs éléments, les plus sages, les plus pacifiques, qui profiteront de ce rapprochement?“

⁷² Ebenda, z. B. im Bericht vom 1. April 1952, S. 12.

⁷³ MAE, Série Europe 1949–1955, Sous-Série URSS: France – URSS août 1949–sept. 1952, Telegramm Nr. 8425/26 vom 30. Sept. 1952 aus Bonn: „Il n'en est pas moins évident que le député Wehner – ami au premier degré de Schumacher – et, d'ailleurs, ancien communiste, ayant vécu en Russie jusqu'en 1946, a voulu, obéissant à la francophobie de son maître et, malheureusement, de beaucoup de ses camarades socialistes, nuire à notre pays, le décrier auprès de ses alliés, comme auprès de l'opinion allemande, le rendre suspect aux yeux des Américains, et faire

Wie sich diese Angst vor der deutschen Sozialdemokratie auf die Überlegungen hinsichtlich der Stalin-Note auswirkte, wird später darzustellen sein. Hier genügt es festzustellen, daß die französische Außenpolitik sich auf die Zusammenarbeit mit Adenauer angewiesen sah, daß sie aber doch in der konkreten Situation des Jahres 1952 – nicht nur wegen seines Verhaltens in der Saar-Frage – mehr Vorbehalte gegen ihn hatte, als es die vielen später gemachten positiven Äußerungen vermuten lassen.⁷⁴

Insgesamt zeigt sich also, daß die französische Außenpolitik Anfang 1952 sehr wenig Spielraum in der Deutschlandpolitik besaß. Sie hatte die Initiative längst wieder abgegeben und versuchte nur noch, eine Entwicklung zu verzögern, die sie nicht hatte aufhalten können.

hésiter, au Bundestag, ceux qui sont prêts, en ratifiant les accords de Bonn et de Paris, à se lier avec un partenaire aussi peu sûr que la France.“ Die Kritik fällt wohl auch so bitter aus, weil die Anschuldigungen Wehners gegenstandslos waren: es gab keine geheimen Kontakte zwischen Paris und Moskau, und Wehner hat damals auch keine Beweise für seine These vorlegen können.

⁷⁴ Siehe etwa – um bei Äußerungen François-Poncets zu bleiben – André François-Poncet, Adenauer als historische Gestalt, in: Die politische Meinung 88 (1963) S.25–31. Allgemein zur Problematik der deutsch-französischen Beziehungen in der Anfangszeit der Bundesrepublik siehe jetzt auch Schwarz, Adenauer, (wie Anm.30) im Rahmen der letzten beiden Kapitel (S.617–956), speziell S.671–710.

II. Die Haltung der französischen Regierung

1. Der Ablauf des Notenwechsels anhand der Akten des französischen Außenministeriums

Wenn in einem ersten Schritt der Ablauf des Notenwechsels aus französischer Sicht beschrieben werden soll, so geht es darum, auf diese Weise erstens die interne Meinungsbildung darzustellen, zweitens den Anteil der Franzosen an der Erstellung der Antwortnoten zu fassen und drittens die Kontakte mit Adenauer in den einzelnen Phasen nachzuzeichnen. Dieser chronologische Durchgang erlaubt es, eine Reihe erster Aussagen zur französischen Haltung zu formulieren. Da sich gleichzeitig die zentralen Elemente in der Einschätzung Deutschlands, ausgehend von der Analyse des sowjetischen Angebotes, über den gesamten – kurzen – Untersuchungszeitraum nicht veränderten, soll die hieraus ablesbare französische Haltung im Anschluß unter systematischen Gesichtspunkten betrachtet werden.

a) Überraschung und Mißtrauen nach dem sowjetischen Angebot vom 10. März 1952

Wenn die sowjetische Note auch nicht völlig unerwartet war⁷⁵, so waren Form und Inhalt dennoch so überraschend, daß sich in den ersten Tagen eine rege diplomatische Tätigkeit entfaltete.⁷⁶ Hierbei wird man drei Ebenen unterscheiden können:

1. Die Berichte von den im Ausland tätigen Diplomaten über die dortigen Reaktionen,
2. Die eigentliche interne Meinungsbildung zu den sowjetischen Vorschlägen und
3. Die Vorbereitungen – auch die rein praktischer Natur –, die der Ausarbeitung einer Antwort galten.

⁷⁵ Auf solche vorherigen Überlegungen wies Auriol (wie Anm. 5) S.201 in seiner Eintragung vom 14. März hin: „Les Soviets ont déclenché leur grande offensive de paix. Il fallait s’y attendre. J’ai dit à Parodi qu’il y a deux ans que je demande qu’on prenne ici des initiatives, et on a laissé pourrir la question.“

⁷⁶ Die hier im folgenden untersuchten Dokumente finden sich im MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1). Hier sind in chronologischer Reihenfolge alle Dokumente zusammengetragen worden, die sich auf die Vorbereitung einer Vier-Mächte-Konferenz bezogen.

Obwohl die unterschiedlichen Gesichtspunkte in den einzelnen Dokumenten oft zusammenflossen, läßt sich doch für die Zeit bis zur ersten westlichen Antwort am 25. März folgende Einteilung vornehmen. Während die Berichte über die Reaktionen in den anderen Hauptstädten kontinuierlich eintrafen, lag der Schwerpunkt der Arbeit in Paris bis zum 15. März bei der eigenen Meinungsbildung. Im Anschluß rückten dann die Fragen hinsichtlich der Antwortnote in den Vordergrund.

Dabei enthielten die Berichte aus den verschiedenen Missionen gerade in der Anfangsphase oft auch die persönlichen Einschätzungen der jeweiligen Botschafter. Die ersten Berichte trafen im Laufe des 11. März aus Bonn ein.⁷⁷ Hier wurde das gemeinsame Kommuniqué des Treffens zwischen den Hohen Kommissaren und Adenauer vom selben Tag wiedergegeben, das als zentrale Aussage enthielt, daß man sich durch die sowjetische Initiative nicht von den gemeinsamen Verhandlungen (um den Deutschlandvertrag) abbringen lassen sollte. In einem weiteren Telegramm faßte François-Poncet die Beurteilung, die sich auf diesem Treffen ergeben hatte, wie folgt zusammen:

„Die Note, die Gromyko unseren drei Botschaftern übergeben hat, erscheint uns als eine Offensive großen Stils, die darauf zielt, die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern, indem das vorgeschlagen wird, was Deutschland am meisten verführen kann.“⁷⁸

Er führte weiter aus, daß die sowjetische Regierung immer dann Verhandlungen vorschlage, wenn sie Zeit gewinnen wolle, und daß die Frage der Wahlen – als Voraussetzung für die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung – der am wichtigsten zu klärende Punkt sei.

Am 12. März traf ein erstes analysierendes Telegramm aus Moskau ein, in dem der dortige französische Gesandte Jean Marie Brionval die Meinung vertrat, daß die Note keinen wirklichen Kurswechsel der sowjetischen Regierung in der Deutschlandfrage bedeute. Er führte die Note auf sowjetische Befürchtungen im Anschluß an die westlichen Erfolge in der Frage der gemeinsamen Verteidigung (Lissabonner Konferenz) zurück, wobei er glaubte, daß die sowjetische Regierung meine, hier „psychologische und materielle Schwierigkeiten“ des westlichen Verteidigungsbündnisses ausnutzen zu können.⁷⁹

Die französischen Botschafter in Washington (Henri Bonnet) und London (René Massigli) hielten sich mit eigenen Beurteilungen zurück. Sie beschränkten sich darauf, das zu referieren, was sie bei unterschiedlichen Ge-

⁷⁷ Ebenda, Telegramme Nr. 2162–2173 vom 11. März.

⁷⁸ Ebenda, Telegramm Nr. 2166/73 vom 11. März, S. 1: „La note remise à nos trois Ambassadeurs par M. Gromyko nous apparaissait comme une offensive de grand style visant à empêcher l'intégration à l'Ouest de la République fédérale, en proposant à l'Allemagne ce qui peut le plus la séduire.“

⁷⁹ Ebenda, Telegramm Nr. 626/29 vom 12. März.

sprächen gehört hatten. René Massigli berichtete von einem Mittagessen am 12. März mit dem britischen Außenminister Eden, dem nordamerikanischen Botschafter in London Walter Gifford und dem parlamentarischen Staatssekretär im französischen Außenministerium Maurice Schumann. In diesem Zusammenhang gab er seine Antwort auf das Bestreben Giffords nach möglichst großer Eile wieder:

„Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß es den Pressestellen der Alliierten leichtfallen müßte zu erklären, daß unsere Regierungen gerechtfertigt seien, ein Dokument, welches eine so radikale Änderung der bisher von Moskau vertretenen Position widerspiegelt, in Ruhe prüfen zu wollen.“⁸⁰

Es muß offenbleiben, inwieweit er damit seine Meinung preisgab oder nur ein für die öffentliche Meinung gemünztes Argument vorbrachte, mit dem verhindert werden sollte, daß man unter zu großen Zeitdruck geriet.⁸¹ Allen bisher dargestellten Meinungen war als Tenor gemeinsam, daß man in der Note einen wichtigen Schachzug der sowjetischen Außenpolitik sah, wobei man diesen allerdings mehr als ein Störmanöver zur Verhinderung der Westintegration der Bundesrepublik und weniger als den Ausdruck einer wirklich neuen Deutschlandpolitik verstand. Deutlich aus dem Rahmen fielen nur die Berichte des politischen Vertreters Frankreichs in Berlin Jean de Noblet, der in drei Telegrammen vom 13. und 14. März die Reaktionen in Berlin beschrieb und dabei zum Schluß kam, daß die Russen ein ernsthaftes Angebot unterbreitet hätten und bereit wären, die DDR aufzugeben.⁸² In bezug auf die Ziele der sowjetischen Regierung vermutete er:

„Die Note Stalins bestätigt, daß die Russen sich von dem deutschen Wespennest zurückziehen wollen und daß die beiden von ihnen verfolgten Ziele der Schutz der Oder-Neiße-Linie und die militärische Sicherheit, d.h. der Nicht-Beitritt Deutschlands [...] zum Atlantischen Bündnis, seien.“⁸³

Eine Seite weiter hieß es zusammenfassend:

„Schließlich kann man erwägen: Das sowjetische Angebot hat einen positiven Charakter und die UdSSR ist ängstlich [darauf bedacht], zu einem Abschluß zu kommen: der entscheidende Punkt ist der Schutz der Oder-Neiße-Linie: Dies ist die Grenze, über

⁸⁰ Ebenda, Telegramm Nr. 1221/25 vom 12. März: „Je lui ai fait observer qu'il était facile aux services de presse alliés d'expliquer que nos gouvernements étaient justifiés à vouloir examiner à loisir un document qui traduisait une modification aussi radicale de la position jusqu'ici prise par Moscou.“

⁸¹ Steininger, Eine Chance, (wie Anm. 7) S. 167, Dok. Nr. 46, gibt die Meinung Massiglis wieder, wie er sie am 26. März Eden gegenüber ausgedrückt hatte: „M. Massigli said he himself was convinced that the Soviets were serious in their offer and wanted to come to negotiation.“

⁸² MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Telegramm Nr. 185 vom 13. März und Nr. 188 und Nr. 189 vom 14. März.

⁸³ Ebenda, Telegramm Nr. 188, S. 4: „La note de Staline confirme que les Russes veulent se retirer du guépier allemand et que les deux objectifs poursuivis sont la protection de la ligne Oder-Neisse et la sécurité militaire, c'est-à-dire la non inclusion de l'Allemagne, directe ou indirecte, dans le Pacte Atlantique.“

die hinaus sie nichts aufgeben werden. Die gegenwärtige Grenze Polens wird nicht ohne Krieg zu verändern sein.“⁸⁴

Er hielt das Angebot Stalins für den letzten Versuch, zu einer endgültigen Lösung der deutschen Frage zu kommen. Das Nichteingehen auf dieses Angebot barg in seinen Augen die Gefahr des endgültigen Bruchs zwischen Ost und West und somit auch die Gefahr eines neuen Krieges. Er zitierte einen russischen und einen polnischen Gesprächspartner, die beide Parallelen zum Kriegsausbruch 1939/40 zogen:

„Wir befinden uns im Jahre 1939. Wenn eine deutsche Armee geschaffen wird, werden wir uns im Jahre 1940 befinden.“⁸⁵

Diese abweichende Meinung erregte Aufmerksamkeit in Paris. Zum einen wandte sich der Generalsekretär des Quai d'Orsay Alexandre Parodi in einem Telegramm vom 17. März an Noblet und fragte nach weiteren Anhaltspunkten für seine Meinung, wobei er auch nach Erkenntnissen über sowjetische Truppenbewegungen fragte.⁸⁶ In seiner Antwort vom 21. März gab Noblet u. a. Ernst Lemmer, den evangelischen Pfarrer Gruber und den Leiter der polnischen Militärmission in Berlin Prawin als Informanten an. Zum anderen befragte Vincent Auriol, dem alle Telegramme des Außenministeriums zugeleitet wurden und auf den die Ausführungen Noblets starken Eindruck machten, den amtierenden Verteidigungsminister René Pleven zu diesen Äußerungen. Pleven spielte die Bedeutung Noblets herunter, indem er folgendes zu dessen Person anmerkte:

„Ich habe es durch Ganeval erfahren, der denkt, daß Noblet ein Heuchler ist, der für alle sowjetische Propaganda empfänglich ist. Und ich kann auch nicht völlig die Vergangenheit Noblets vergessen, der 1939 im Zusammenhang mit einer Affäre gestohlener Dokumente schmachvoll vom Quai [d'Orsay] gejagt worden war.“⁸⁷

⁸⁴ Ebenda, S. 5: „En définitive, on peut considérer que: La proposition soviétique a un caractère positif et que l'URSS est anxieuse d'aboutir à un accord: le point essentiel est la protection de la ligne Oder-Neisse: c'est la limite au delà de laquelle ils n'abandonneront rien. La frontière actuelle de la Pologne ne sera modifiée sans guerre.“

⁸⁵ Ebenda, S. 2: „Nous sommes en 1939. Si l'on crée une armée allemande nous serons en 1940.“

⁸⁶ Ebenda, ausgehendes Telegramm vom 17. März.

⁸⁷ Auriol (wie Anm. 5) S. 246: „Je l'ai su par Ganeval, qui pense que Noblet est un esprit faux, sensible à toute propagande soviétique. Et je ne peux pas oublier complètement le passé de Noblet qui, en 1939, a été chassé ignominieusement du Quai pour une affaire de documents volés.“ Pleven scheint sich dabei in den Daten geirrt zu haben. Gemäß *Annuaire diplomatique et consulaire* (1954) S. 613 f. war Noblet am 23. Oktober 1928 vom Dienst suspendiert und am 27. April 1931 entlassen worden. Erst am 8. Juli 1939 ist er wieder in den diplomatischen Dienst aufgenommen worden. Von 1939 bis zu seiner Entlassung durch die Vichy-Regierung am 15. Oktober 1943 war er in Buenos Aires tätig. Nach dem Krieg war er zwischen dem 5. Juni 1945 und dem 7. Oktober 1946 in Moskau tätig, bevor er dann dem Commissariat général des affaires allemandes et autrichiennes zugeordnet wurde. In diesem Zusammenhang kam er auf den Posten in Berlin. Hinsichtlich des Eindrucks, den die Telegramme von Noblet auf Auriol machten, siehe auch derselbe (wie Anm. 5) S. 222, seine Aufzeichnungen von einem Gespräch mit Massigli vom 21. März.

Eine Überprüfung dieser Aussagen war anhand des vorliegenden Materials ausgeschlossen, allerdings wird in den Anmerkungen zu dem Tagebuch Auriols darauf hingewiesen, daß Noblet im Zusammenhang mit dem Prozeß von Maurice Picard 1968 von der Anklage als sowjetischer Spion bezeichnet worden ist.⁸⁸

Am internen Meinungsbildungsprozeß, der sich in den Tagen vom 11. bis 15. März in täglichen drei- bis fünfseitigen Lagebeurteilungen (sogenannten „Notes“) niederschlug, waren folgende Diplomaten führend beteiligt: Der Generalsekretär Alexandre Parodi, sein Sekretär und gleichzeitige Leiter der Unterabteilung Osteuropa Jean Laloy, der Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft Guy le Roy de la Tournelle und sein Stellvertreter Roland Jacquin de Margerie, der Leiter der Europaabteilung François Seydoux de Clausonne und der Leiter der Unterabteilung Zentraleuropa Jean Sauvagnargues. Robert Schuman als Außenminister zeichnete das erste ausgehende Telegramm vom 13. März, welches die Unterabteilung Zentraleuropa verfaßt hatte. Wenn man die große Linie dieser Lagebeurteilungen nachvollzieht, ergibt sich folgendes Bild⁸⁹: In der ersten Beurteilung vom 11. März durch die Europaabteilung wurde die Note in erster Linie als ein sowjetisches Störmanöver aufgefaßt. Man begann mit folgender Feststellung:

„Das sowjetische Angebot einer Vierer-Konferenz tritt zu einem ausgesprochen gut gewählten Zeitpunkt ein, um eine maximale Verwirrung in die westlichen Pläne in Europa zu bringen, während die Situation der Westmächte in Asien jeden Tag ungewisser erscheint.“⁹⁰

Im wesentlichen beschäftigte man sich mit dem Inhalt der sowjetischen Vorschläge. Hier hatte man bereits alle wesentlichen Gefahren analysiert, die die Note – wenn sie ernst gemeint war – aus französischer Sicht mit sich bringen konnte. Abschließend meinte man, daß die Note auch besonders auf die französische öffentliche Meinung zielte, die in ihrer Zurückhaltung gegenüber einer deutschen Wiederbewaffnung bestärkt werden sollte.

Am 12. März ging man davon aus, daß es sich um ein Störmanöver handelte. In der Lagebeurteilung stand allerdings nicht mehr der Inhalt der sowjetischen Note, sondern die Frage der eigenen Reaktion im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde folgende Doppelstrategie vorgeschlagen: einerseits ohne Verzug das eigene Programm (Deutschland- und EVG-Vertrag) zu Ende zu führen und andererseits sich mit den Russen auf Gespräche einzulassen, auf Gespräche, von deren Nutzlosigkeit man von vornherein überzeugt war, die man aber aus taktischen Gründen für unvermeidbar hielt:

⁸⁸ Ebenda, S. 1008.

⁸⁹ Die inhaltlichen Überlegungen, die in diesen Lagebeurteilungen hinsichtlich der deutschen Frage angestellt wurden, werden im nächsten Unterkapitel (II, 2) untersucht werden.

⁹⁰ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März (siehe Anhang Nr. 1).

„Wir müssen uns also im wesentlichen auf das Feld der Taktik verlegen, ohne uns in übertriebener Weise am sowjetischen Dokument selbst aufzuhalten. Wir müssen unser Programm unter solchen Bedingungen voranbringen, daß uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, eine Gelegenheit verpaßt zu haben. Wir können beim Zustand der französischen öffentlichen Meinung und auch der deutschen öffentlichen Meinung nicht weitermachen, ohne zu fragen, abschließen, ohne bis zum letzten Moment Zeugnis von unserem guten Willen abgelegt zu haben. [...]“

Entsprechend sollte es unsere Position sein, die Debatte nicht abzulehnen, den sowjetischen Vorschlägen Gegenvorschläge entgegenzustellen und nicht die Sitzungen eines neuen Palais Rose zu fürchten. Aber gleichzeitig sollte alles in Bewegung gesetzt werden, damit wir die laufenden Verhandlungen in Paris und Bonn abschließen.“⁹¹

Am 13. März wurden von Paris zwei Telegramme an die französischen Vertretungen in London, Washington, Rom, Brüssel, Den Haag und Bonn geschickt. Hierbei wurden einerseits einige zentrale Überlegungen zum Inhalt der sowjetischen Vorschläge, wie man sie am 11. März formuliert hatte⁹², übermittelt, andererseits ging das von Robert Schuman gezeichnete Begleittelegramm auf die einzunehmende Haltung ein. Er hielt an der am Vortag entwickelten Doppelstrategie fest, wobei als zweiter Punkt allerdings nicht mehr von Vier-Mächte-Verhandlungen die Rede war, sondern vorläufig nur von einem Fragen – in der zu übersendenden Antwortnote – nach den sowjetischen Absichten:

„Deswegen sind wir gezwungen, auf das Manöver in der Weise zu antworten, daß wir nicht den Eindruck erwecken, uns durch eine glatte Ablehnung der uns gemachten Geste zu entziehen. Das beste wäre, Fragen zu stellen, Klärungen zu erbitten und abzuschätzen, unter Berücksichtigung der Antworten, die wir erhalten werden, bis wohin die Sowjets wirklich bereit sind zu gehen.“⁹³

Aus dem Telegramm geht auch hervor, daß man den Russen nicht mehr unbedingt ausschließlich taktische Zwecke unterstellte:

„Unter diesen Umständen müssen wir vor allem die nötigen Vorkehrungen treffen, um zu verhindern, uns in dem sehr wahrscheinlichen Falle, daß der neue russische Vorschlag im wesentlichen von taktischen Überlegungen bestimmt wäre, ausmanövrieren zu lassen.“⁹⁴

⁹¹ Ebenda, Lagebeurteilung der Generaldirektion Politik vom 12. März (siehe Anhang Nr. 2). Mit dem Hinweis auf die Sitzungen des „Palais Rose“ meinte man die ergebnislosen Vorverhandlungen der Vier Mächte im Frühjahr 1951 in Paris.

⁹² Hier sieht man, daß die Basis der am 14. März den Angloamerikanern vorgetragenen Bedenken bereits die erste Lagebeurteilung darstellte. Insofern irrte F. Roberts (siehe Steininger, Eine Chance, wie Anm. 7, S. 136, Dok. Nr. 23) und mit ihm Steininger, Eine vertane Chance, (wie Anm. 7) S. 62 in der Annahme, die Franzosen wären am 14. März zu einer völlig neuen Einschätzung der Lage gekommen. Dieser Punkt zeigt konkret die Schwächen einer indirekten Beweisführung.

⁹³ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) ausgehendes Telegramm vom 13. März (siehe Anhang Nr. 3), S. 2.

⁹⁴ Ebenda, S. 1.

Die Vorüberlegungen in Paris erreichten ihren Höhepunkt am 14. März. In zwei Beurteilungen von diesem Tage wurden durch die Unterabteilung Osteuropa die Schritte möglicher Verhandlungen mit den Russen untersucht und durch die Europaabteilung die inhaltliche Analyse des sowjetischen Vorschlags zusammengefaßt. Am selben Abend trafen sich die führend beteiligten Diplomaten bei Generalsekretär Alexandre Parodi, um die Implikationen und die möglichen Reaktionen auf das sowjetische Angebot zu diskutieren. Aus dem Protokoll dieses Gesprächs geht hervor, daß man das sowjetische Angebot nicht unbedingt für reine Propaganda hielt. Ziel der russischen Politik konnte – neben dem nicht zu leugnenden Propagandaeffekt – das Erreichen eines der Lage Österreichs entsprechenden Status für Deutschland sein. Darunter verstand man die Schaffung eines Übergangszustandes auf unabsehbare Zeit, währenddessen die Westintegration nicht mehr weiterbetrieben werden könnte und Deutschland als Ganzes wieder einer Vier-Mächte-Kontrolle unterliegen würde. Gleichzeitig war ein erfolgreicher Abschluß eines Friedensvertrages in keiner Weise gesichert. Ausgehend von dieser Einschätzung der sowjetischen Absichten nahm man sich als Hauptaufgaben vor, zum einen genau dies – ein „régime autrichien“ – für Deutschland zu verhindern und zum anderen mit der Westintegration möglichst schnell zu Ende zu kommen. Damit gab man die ursprüngliche Doppelstrategie praktisch auf. Man wollte nicht mehr einfach Fragen stellen, sondern sichergehen, Vorbedingungen zu stellen, die für die sowjetische Regierung unannehmbar waren. In einer eleganten französischen Formulierung klang dies so:

„D'une façon plus générale, *M. de Margerie* pense qu'il faudrait éviter de poser des conditions préalables qui risqueraient d'être acceptées.“⁹⁵

Zu Verhandlungen mit den Russen war man nun erst bereit, wenn Deutschland- und EVG-Vertrag erfolgreich abgeschlossen sein würden:

„*Monsieur de Margerie* sieht nur eine einzige Möglichkeit: und zwar die Lösung, bestehend aus einer europäischen Armee und Deutschlandvertrag, zum Abschluß zu bringen, bevor man sich auf Gespräche mit den Russen einläßt.“⁹⁶

Er blieb mit dieser Meinung unwidersprochen. Faßt man zusammen, so erkennt man: je mehr man dazu überging, der sowjetischen Initiative nicht nur einen reinen Propagandawert zuzuschreiben, um so mehr schwächte man seine eigene Verhandlungsbereitschaft ab. Hier bestätigt sich, daß diese Bereitschaft von Anfang an als taktische Antwort auf einen Propagandaakt der

⁹⁵ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) „Compte-rendu de la réunion tenue chez M. Parodi le vendredi 14 mars (18 heures), Assistaient à cette réunion: MM. Parodi, de la Tournelle, de Margerie, Seydoux, Sauvagnargues, Laloy“, S. 2.

⁹⁶ Ebenda, S. 7: „*M. de Margerie* ne voit qu'un seul moyen: c'est celui de faire aboutir la solution de l'armée européenne et des accords contractuels avant d'engager les conversations avec les Russes.“

Russen gedacht war. In dem Moment aber, in dem man hinter der sowjetischen Initiative konkrete Absichten zu erkennen glaubte, setzte man alles daran, diese Ziele zu vereiteln. Am 15. März erstellte dann die Unterabteilung Zentraleuropa einen Katalog von Fragen, den man den Russen ganz oder auszugsweise vorlegen konnte. Die Liste bestand aus folgenden acht Punkten.⁹⁷

1. Von welchem Zeitpunkt an eine gesamtdeutsche Regierung an den Friedensverhandlungen teilnehmen sollte?
2. Ob der Rückzug der Besatzungstruppen aus Deutschland auch den Rückzug aus Polen mit sich bringen sollte?
3. Ob der UN-Kommission der Zugang zur sowjetischen Besatzungszone gestattet werden sollte?
4. Ob die Bestimmungen hinsichtlich der demokratischen Freiheiten unmittelbar in den vier Zonen in Kraft treten sollten?
5. Inwieweit die Bestimmungen hinsichtlich der Neutralität die Mitarbeit Deutschlands in den europäischen Organisationen berühren würden?
6. Inwieweit die Oder-Neiße-Linie tatsächlich als endgültige Grenze anzusehen wäre?
7. Wie stark die deutsche Nationalarmee sein sollte und ob eine alliierte Kontrolle erhalten bleiben sollte?
8. Ob die gesamtdeutsche Regierung bei den Verhandlungen um einen Friedensvertrag ungebunden sein sollte?

Die Bemühungen um eine gemeinsame Antwort gingen von dem schon erwähnten Treffen am 12. März in London zwischen Eden, Gifford, Massigli und Maurice Schumann aus. Die Anregung Edens, eine Arbeitsgruppe in London einzusetzen, fand allgemeine Zustimmung. Diese Arbeitsgruppe – auch als Redaktionskomitee bezeichnet – setzte sich aus dem Leiter der Deutschlandabteilung im Foreign Office Frank Roberts, dem französischen Gesandten in London Etienne de Crouy-Chanel und dem amerikanischen Gesandten in London Julius Holmes zusammen. Die Vorbereitungen kulminierten am 19./20. März in Paris, wo Eden sich mit Robert Schuman traf und der amerikanische Botschafter in Paris James Clement Dunn die Vereinigten Staaten vertrat. Im wesentlichen sind zwischen den Westalliierten in den Tagen zwischen dem 12. März und dem 25. März zwei Konzeptionen diskutiert worden. Anfänglich sah man eine Antwortnote vor, die das Hauptgewicht auf die Frage der freien Wahlen zur Konstituierung einer gesamtdeutschen Regierung legte. Damit wollte man sich zu Nutzen machen, daß die sowjetische Regierung in ihrer Note zwar von einer solchen gesamtdeutschen Regierung gesprochen hatte, sich aber über ihre Konstituierung ausschwig. Gleichzeitig

⁹⁷ Ebenda, Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 15. März (siehe Anhang Nr. 4).

brachte man hier die von den Vereinten Nationen – auf Betreiben der Westmächte – geschaffene Untersuchungskommission ins Spiel, die sowohl von der UdSSR wie von der DDR abgelehnt wurde.⁹⁸ Ging diese Idee ursprünglich auf eine britische Initiative zurück, so hielten im folgenden vor allem die Vereinigten Staaten an ihr fest.⁹⁹ Von den europäischen Partnern der Vereinigten Staaten sahen die Franzosen diese Lösung von Anfang an als riskant an, weil man möglicherweise von den Russen beim Wort genommen werden konnte und dann zu Verhandlungen gezwungen gewesen wäre:

„Er [A. Parodi] glaubte andererseits, daß das von Sir Oliver Harvey am Donnerstag überreichte Aide-Mémoire keine gute Diskussionsgrundlage sei. Denn der erste Paragraph – der sich im wesentlichen auf die Wahlen bezieht und aus ihnen eine Vorbedingung macht – birgt das Risiko, uns in die russische Falle endloser Gespräche zu ziehen.“¹⁰⁰

Ausgehend von der am 14. März erreichten Einschätzung der russischen Note drangen die Franzosen bald darauf, in den Text der Antwortnote weitere Fragen aufzunehmen. Diese sollten nicht als Anfang einer Diskussion mit Moskau verstanden werden – wie von den Vertretern der Vereinigten Staaten immer wieder befürchtet –, sondern den eigenen Standpunkt unmißverständlich klarmachen. Nachdem sich die Briten dieser Argumentation schnell anschlossen – wohl auch weil ihr eigener Meinungsbildungsprozeß in dieselbe Richtung verlief –, bestand das Problem darin, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen. Die Einigung auf das französisch-britische Konzept erreichte man bei dem Treffen von Eden, Schuman und Dunn am 19. März in Paris. Hier faßte Schuman den Stand der inneralliierten Diskussion wie folgt zusammen:

„Ich glaube, wir sind uns einig, die beste Methode zu suchen, um das Zusammenbrechen einer Konferenz zu verhindern. Auf welche Weise sollen wir vorgehen? Ohne Zweifel ist es angebracht, auf den diplomatischen Weg zurückzugreifen. Was immer auch sein mag, ich halte es für eine kapitale Notwendigkeit, in unserer Antwort sowohl zur Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands wie zum Angebot des Friedensvertrages Fragen zu stellen. Das bedeutet noch nicht, die Diskussion zu eröffnen. Wir müssen klare Fragen stellen und darauf zählen, daß man uns auf diplomatischem Wege antworten wird.“

⁹⁸ Der Text dieses ersten englischen Entwurfs bei Steininger, *Eine Chance*, (wie Anm. 7) S. 130–132, Dok. Nr. 18.

⁹⁹ MAE, *Echanges de notes* (wie Anm. 1) Telegramm Nr. 1673/6 vom 15. März aus Washington, gezeichnet Bonnet; Telegramm Nr. 1680/85 vom 17. März aus Washington, gezeichnet Bonnet und Telegramm Nr. 1303/05 vom 17. März aus London, gezeichnet Massigli, bezogen sich auf diese Haltung der amerikanischen Regierung.

¹⁰⁰ Ebenda, „Compte-rendu“ (wie Anm. 95) S. 8: „Il croit d'autre part que l'aide-mémoire remis jeudi par Sir Oliver Harvey n'est pas une bonne base de discussion. En effet, le premier paragraphe – qui se réfère essentiellement aux élections et en fait une condition préalable – risque de nous entraîner dans le piège russe des conversations interminables.“

Wir dürfen nicht beim Wort genommen werden und durch die Beschränkung unserer Mitteilung auf die Wahlfrage weiter getrieben werden, als wir es wünschen. Das Ziel, das wir zu erreichen suchen, ist uns gemeinsam, aber die Mittel, um es zu erreichen, sind unterschiedlich.“¹⁰¹

Es gelang ihm, die amerikanischen Einwände auszuschalten, indem er die unterschiedlichen Standpunkte auf die Frage unterschiedlicher Mittel zur Erreichung desselben Zieles reduzierte. Die weiteren – über die Wahlfrage hinausgehenden – Fragen wurden dann nach und nach hinzugenommen und in den Formulierungen noch mehrfach geändert, die Grundsatzentscheidung aber war gefallen.

Letztlich enthielt die Antwortnote vom 25. März sechs Punkte. Auf die Wahlfrage wurde an zweiter Stelle – nach einer einleitenden Bezugnahme auf die sowjetische Note vom 10. März – eingegangen. Punkt drei forderte:

„[...] daß es der gesamtdeutschen Regierung sowohl vor wie nach Abschluß eines Friedensvertrages freistehen sollte, Bündnisse einzugehen, die mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen in Einklang stehen.“¹⁰²

In Punkt vier wurde festgestellt, daß man sich vor der Schaffung der Voraussetzungen für freie Wahlen und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung nicht in der Lage sähe, über Einzelheiten eines Friedensvertrages zu diskutieren. Der Punkt vier schloß mit folgender Generalklausel:

„Es bestehen verschiedene grundsätzliche Fragen, die gleichfalls gelöst werden müssen.“

Punkt fünf wies darauf hin, daß – in den Augen der Westmächte – das Potsdamer Abkommen die Grenzen Deutschlands nicht endgültig geregelt hatte.

Im sechsten Punkt wurde der Vorschlag, eine deutsche Nationalarmee zu schaffen, als nicht vereinbar mit den Zielen der europäischen Integration dargestellt.

Der in diesem Zusammenhang benutzte Begriff des Militarismus hatte dabei zwei Tage vor der Überreichung der westlichen Note noch einmal zu Meinungsverschiedenheiten geführt. An der Frage, ob man von deutschem

¹⁰¹ Ebenda, „Compte-rendu de la conversation entre M. le Président Schuman, M. Eden et M. Dunn, le 19 mars au soir au sujet de la réponse à la note soviétique sur l'Allemagne“: „Je crois que nous sommes d'accord pour rechercher qu'elle est la meilleure méthode en vue d'éviter la réunion d'une conférence. De quelle façon devons-nous procéder? Sans doute convient-il d'avoir recours à la voie diplomatique. Quoiqu'il en soit, je considère qu'il est d'une impérieuse nécessité de poser dans notre réponse des questions, tant sur le gouvernement de l'Allemagne unifiée, que sur le projet de traité. Ce ne serait pas là entamer la discussion. Nous devons poser des questions précises et comptons que l'on nous répondra par voie diplomatique. Il ne faut pas que nous soyons pris au mot et que limitant notre communication à la question des élections, nous ne soyons entraînés plus loin que nous ne le souhaitons. Le but que nous cherchons à atteindre nous est commun, mais les moyens de l'atteindre sont différents.“

¹⁰² Jäckel (wie Anm. 2) S. 24 f.

Militarismus (so die Franzosen) oder nationalem Militarismus (so die Amerikaner) sprechen sollte, wäre fast noch eine gemeinsame westliche Antwortnote gescheitert.¹⁰³ Schließlich ließ man den Begriff ohne jeden Zusatz stehen. Vergleicht man nun diese in der Antwort enthaltenen Punkte mit den möglichen Fragen, die man am Quai d'Orsay am 15. März erarbeitet hatte¹⁰⁴, so erkennt man, daß eine Reihe von Punkten – wenn auch zum Teil abgewandelt – wieder auftauchte (Punkte 3, 5, 6 und 8 der französischen Vorüberlegungen). Insgesamt kann man sagen, daß man am Quai d'Orsay mit der Antwortnote zufrieden sein konnte, hatte man doch erreicht, daß das eigene Grundkonzept akzeptiert wurde. So ist es den französischen Diplomaten tatsächlich gelungen – wie am 14. März formuliert –, für die Russen unannehmliche Bedingungen zu stellen. Waren auch die sehr weitgehenden Bedingungen – etwa hinsichtlich Polens oder der sofortigen Freiheit für politische Parteien in der DDR – nicht einmal in inneralliierten Kreisen diskutiert worden, so waren die übrigen, teils sehr offen formulierten Punkte ausreichend, um den Russen auf diese Weise das Desinteresse an einer Vier-Mächte-Konferenz zu signalisieren. Es konnte niemand ernsthaft damit rechnen, daß die Russen einer wie auch immer geschaffenen gesamtdeutschen Regierung eine völlige bündnispolitische Freiheit zugestehen würden. Dies widersprach diametral den sowjetischen Neutralisierungsabsichten.

Hinsichtlich der Beteiligung Adenauers an der Meinungsfindung auf westlicher Seite brachte René Massigli auf dem schon mehrfach erwähnten Treffen am 12. März in London die Grundhaltung der Westmächte auf einen Nenner:

„Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß ein Dreier-Treffen in jedem Fall jeder Begegnung mit dem Kanzler voranzugehen habe, und meine Gesprächspartner haben dem zugestimmt.“¹⁰⁵

Dieser Gedanke wurde von einem britischen Aide-Mémoire aufgenommen und präzisiert. In diesem am 13. März von der britischen Botschaft dem Quai d'Orsay überbrachten Text hieß es, daß Eden erst mit Vertretern der Regierungen in Washington und Paris diskutieren wolle (der 17. März wurde vorgeschlagen), bevor Adenauer hinzugezogen würde; Adenauer solle erst dann

¹⁰³ Am 22. März hatte der amerikanische Botschafter Dunn wegen dieses Punktes bei Maurice Schumann vorgeschlagen. MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Aufzeichnung der Europaabteilung, „Audience de l'Ambassadeur des Etats-Unis au sujet de la réponse à la note soviétique le 22 mars à 21 heures“.

¹⁰⁴ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 15. März (siehe Anhang Nr. 4).

¹⁰⁵ Ebenda, Telegramm Nr. 1221/25 vom 12. März: „J'ai fait observer qu'une réunion tripartite devrait toutefois précéder toute rencontre avec le Chancelier et mes interlocuteurs l'ont admis.“

informiert werden, wenn die Westmächte sich geeinigt hätten.¹⁰⁶ An diese Übereinkunft hat man sich im folgenden gehalten und Adenauer hatte zwar am 11. und 17. März Gelegenheit, der Hohen Kommission seine Meinung vorzutragen, zur konkreten Antwortnote ist er aber offiziell erst am 21./22. März in Paris gehört worden, nachdem die Westalliierten zu einer grundsätzlichen Übereinkunft gekommen waren. Adenauer, dessen Meinung schon von den Hohen Kommissaren als beruhigend dargestellt worden war¹⁰⁷, fand die Antwortnote seinen Vorstellungen entsprechend. Im einzelnen haben seine Einwände nur zu kleineren redaktionellen Änderungen Anlaß gegeben. Dies schloß nicht aus, daß er über inoffizielle – besonders amerikanische – Kanäle schon vorher recht gut im Bilde war. Aber gerade die Franzosen legten in dieser Frage mehr Wert auf Zurückhaltung, wie ein Telegramm Alexandre Parodis vom 26. März zeigte. Er beschwerte sich darüber, daß die Amerikaner in den vorangegangenen Tagen die Bundesregierung über den Stand der inneralliierten Verhandlungen informiert und daß sie der Bundesregierung zweimal das Projekt der Antwortnote vorab zugänglich gemacht hätten.¹⁰⁸ Wichtig bleibt festzuhalten, daß es erstens über die Behandlung Adenauers inneralliierte Meinungsverschiedenheiten gab und daß zweitens Adenauer offiziell erst dann eingeschaltet wurde, als die wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen waren.

b) Beruhigung nach der zweiten sowjetischen Note vom 9. April 1952

In der Zeit zwischen der Überreichung der ersten westlichen Antwortnote am 25. März und der zweiten sowjetischen Note vom 9. April herrschte im französischen Außenministerium abwartende Ruhe. Es gingen eine Reihe von Telegrammen ein, besonders über die Reaktionen in Deutschland auf die Antwortnote.¹⁰⁹ Von einiger Bedeutung war ein Brief des französischen Botschafters in Bern Jean Chauvel an Robert Schuman vom 26. März, in dem er Äußerungen Otto Nuschkes wie folgt wiedergab:

¹⁰⁶ Das „Aide-Mémoire“ vom 13. März basierte auf einem Telegramm von Eden vom 12. März an die britische Botschaft in Paris; Steinger, *Eine Chance* (wie Anm. 7) S. 128 f., Dok. Nr. 16 enthält dieses Telegramm.

¹⁰⁷ MAE, *Echanges de notes* (wie Anm. 1), die Telegramme Nr. 2162, 2163 und 2166/73 vom 11. März aus Bonn, gezeichnet A. François-Poncet; Nr. 2215/9 vom 12. März aus Bonn, gezeichnet A. François-Poncet; Nr. 2349, 2351/55, 2374/81 vom 17. März aus Bonn, gezeichnet A. François-Poncet. Die Siegener Rede vom Vortage war für François-Poncet kein Anlaß zur Beunruhigung über die Haltung Adenauers. Er verstand diese Rede des Kanzlers als ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung. François-Poncet begründete seine Meinung damit, daß Adenauer am 17. März der Hohen Kommission gegenüber eine genauso harte, ablehnende Meinung vertrat wie schon am 11. März.

¹⁰⁸ Ebenda, ausgehendes Telegramm vom 26. März nach Washington, gezeichnet Alexandre Parodi.

¹⁰⁹ Ebenda, z. B. Telegramm Nr. 2602/5 vom 25. März und Nr. 2841/43 vom 2. April aus Bonn.

„Der stellvertretende Vorsitzende [des Ministerrats] der DDR hätte betont, daß es sich hier um eine „Wende“ der sowjetischen Politik handle, die ihrer Bedeutung nach mit der des August 1939 vergleichbar sei, und daß die Russen zu sehr weitgehenden Zugeständnissen bereit seien, um ihr Ziel zu erreichen.“¹¹⁰

Schon die Sprache Chauvels zeigte seine eigene Distanz zur Argumentation Nuschkes. Tatsächlich wurden diese Äußerungen von ihm – und am Quai d’Orsay – nur als unvermeidbare Begleitmusik zur sowjetischen Initiative verstanden. Aussagen von Vertretern des Ostblocks – wie auch die gegenüber Noblet gemachten – wurden nicht als Beleg für die Ernsthaftigkeit Stalins gewertet.

Am 9. April traf dann die zweite sowjetische Note in den westlichen Hauptstädten ein.¹¹¹ Die Russen wiederholten hier, daß es ihnen um „die schnellstmögliche Bildung einer gesamtdeutschen Regierung“ gehe. Die vier Mächte sollten „unverzüglich Maßnahmen zur Vereinigung Deutschlands und zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung treffen“. In diesem Zusammenhang erklärten sie sich bereit, die Frage „der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen“ mit den Westmächten zu erörtern. Die UN-Kommission lehnten sie aber weiterhin – mit Hinweis auf den Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen – ab und schlugen statt dessen eine Kommission der vier Mächte vor. Im nächsten Punkt wurde die Verzögerung – die durch den andauernden Notenwechsel entstand – den Westmächten angelastet, die nicht sofort auf Gespräche eingegangen waren, sondern erst Fragen gestellt hatten. Zu einigen dieser Fragen bezog die sowjetische Regierung anschließend Stellung. Hinsichtlich der Neutralitätsverpflichtung Deutschlands wurde jetzt – über die Aussagen vom 10. März hinausgehend – ausgeführt:

„Dieser Vorschlag schließt jedoch auch eine Einbeziehung Deutschlands in diese oder jene, gegen irgendeinen friedlichen Staat gerichtete Mächtigegruppierung aus.“

Was die Stärke einer deutschen Nationalarmee anging, verwies man auf Japan als Präzedenzfall. Der letzte Absatz dieser Ausführungen fiel durch seine bisher in diesem Notenwechsel von den Russen vermiedene Polemik auf. Ein letzter Punkt bezog sich auf die Grenzfrage und erklärte „die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz [...] für vollauf ausreichend und für endgültig“.

Die Note schloß mit einem Absatz, in dem angemerkt wurde, daß sich die deutsche Frage „gerade gegenwärtig“ entscheide. Neu war an dieser Note vor allem, daß man freie gesamtdeutsche Wahlen befürwortete und zur Überprüfung eine Kommission der vier Mächte vorschlug.

¹¹⁰ Ebenda, Brief vom 26. März 1952 aus Bern (Jean Chauvel an Robert Schuman): „Le Vice-Président de la République démocratique allemande aurait souligné qu’il s’agissait là d’un „tour-nant“ de la politique soviétique d’une importance comparable à celui d’août 1939, et que les Russes seraient prêts à de très larges concessions pour atteindre leur but.“

¹¹¹ Jäckel (wie Anm. 2) S. 25–27.

Nach Eintreffen dieser Note entwickelte sich sofort wieder eine rege diplomatische Tätigkeit in Paris. Doch löste diese zweite Note keine Überraschung mehr bei den französischen Diplomaten aus. Die Vertreter Frankreichs im Ausland beschränkten sich in der Zeit nach dem 9. April darauf, die unterschiedlichen Meinungen zu referieren, äußerten selber aber keine neuen Einschätzungen der sowjetischen Initiative. In Paris bestand der Meinungsbildungsprozeß aus einer genauen Analyse der einzelnen Punkte des sowjetischen Angebotes. Das Hauptinteresse galt fast sofort der eigenen Antwort.

Der Meinungsbildungsprozeß spiegelte sich erneut in einer Reihe interner Lagebeurteilungen (vom 10., 11., 14. und 15. April) wider. Allerdings kam es diesmal – soweit aus den Akten ersichtlich – weder zu einer internen Gesprächsrunde noch zu einem Zirkulartelegramm. In der ersten Beurteilung vom 10. April wurden die wesentlichen Bestandteile der russischen Note inhaltlich analysiert.¹¹² Dabei hielt man folgende Punkte fest: Erstens wandte man sich gegen die russische Interpretation des Artikels 107 der Charta der Vereinten Nationen:

„Die besagte Bestimmung erlaubt tatsächlich den Unterzeichnern der Charta gegen die Staaten, mit denen sie sich im Krieg befunden haben, jede Aktion in die Wege zu leiten, die sie für nützlich halten. Sie verbietet den Unterzeichnern in keiner Weise, die Vereinten Nationen mit dieser oder jener Mission in einem beliebigen Gebiet der ehemaligen Gegner zu betrauen.“¹¹³

Man sah hier einen russischen Vorwand, die UN-Kommission ablehnen zu können. Motiviert war diese Ablehnung auch mehr durch das Anfang der fünfziger Jahre bestehende klare Übergewicht der Vereinigten Staaten in den Vereinten Nationen. Im Frühjahr 1952 war es noch keine zwei Jahre her, daß sich die Amerikaner vom Sicherheitsrat – in Abwesenheit der Vertreter der Sowjetunion – das Mandat zur Intervention in Korea hatten geben lassen. In diesem Kontext kann die Schaffung einer UN-Kommission durch die Westmächte sicher nicht als Entgegenkommen interpretiert werden.

Zweitens stellte man fest, daß die sowjetische Note auf die Frage des Status einer gesamtdeutschen Übergangsregierung überhaupt nicht einging.

Drittens führte man hinsichtlich der in der eigenen Antwort vom 25. März enthaltenen Generalklausel aus, daß man unter „verschiedenen grundsätzli-

¹¹² MAE, Echanges des notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung durch die Generaldirektion Politik vom 10. April.

¹¹³ Ebenda, S. 2: „Ladite disposition autorise en effet les signataires de la charte à engager contre les Etats avec lesquels ils ont été en guerre, toute action qu'ils estimeraient utile. Elle n'interdit nullement ses signataires de charger les Nations Unies de telle ou telle mission sur l'un quelconque des territoires ex-ennemis.“ Der Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen lautet zum Vergleich: „Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkrieges in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“

chen Fragen“ nicht nur Deutschland betreffende Fragen meinte – wie die Russen in ihrer zweiten Note unterstellten –, sondern „mehrere grundsätzliche Fragen außer der deutschen Frage“¹¹⁴.

Viertens widersprach man der russischen Interpretation der Potsdamer Beschlüsse in bezug auf die Grenzfrage.

Fünftens schließlich beobachtete man, daß die Neutralitätsverpflichtung noch zweideutig gehalten war als in der ersten russischen Note.

In der zweiten Analyse vom 11. April durch die Europaabteilung kamen zwei weitere Punkte hinzu. Einmal setzte man sich mit dem Hinweis auf Japan auseinander. Diesen Hinweis konnte man tatsächlich als beruhigend auffassen, da die Russen in ihrem Gegenvorschlag vom 7. Mai 1951 zum amerikanischen Entwurf eines Friedensvertrages mit Japan nur sehr begrenzte Streitkräfte für Japan vorgesehen hatten.¹¹⁵

Im übrigen versuchte man in der Beurteilung vom 11. April die taktischen Absichten der Russen zu analysieren. Die Frage war, wie sie sich den weiteren Verlauf vorstellen könnten. Dabei kam man zu dem Schluß, daß es den Russen wohl in erster Linie darauf ankam, Vierer-Gespräche in Gang zu bringen.

Man schloß dies daraus, daß die Russen in keiner Weise auf die unterschiedlichen Phasen – Wahlen, Konstituierung einer gesamtdeutschen Regierung und Aushandlung und Abschluß eines Friedensvertrages – eingingen, sondern über alles mit den Westmächten zugleich verhandeln wollten:

„Anders gesagt, es wird vor jedem anderen Schritt zu einem ‚Dialog‘ zwischen den vier Mächten kommen, der sich auf die eine oder andere Weise fortsetzen wird und der ihnen erlauben wird, ihre jeweiligen Positionen zu definieren. Es ist also, [wie] es scheint, die Eröffnung von Vierer-Gesprächen über die Gesamtheit des Problems, von der die Moskauer Regierung den Eindruck vermittelt, ihr den höchsten Stellenwert geben zu wollen.“¹¹⁶

¹¹⁴ Ebenda, S. 2: „[...] plusieurs questions fondamentales autres que la question allemande [...]“

¹¹⁵ Der Artikel 9 der japanischen Verfassung aus dem Jahre 1947 schränkte bereits die Möglichkeit einer japanischen Wiederbewaffnung stark ein. Als die Amerikaner darangingen, 1950/51 einen Friedensvertrag mit Japan auszuarbeiten, unterbreiteten die Russen am 7. Mai 1951 einen Gegenvorschlag. In ihrem Vorschlag – der in seiner Anlage der Note zu Deutschland im März 1952 verwandt war – führten sie hinsichtlich zukünftiger japanischer Streitkräfte aus, daß sie so zu beschränken seien, daß sie die Forderungen des Selbstschutzes nicht überstiegen. In der Analyse vom 11. April nannte die Europaabteilung folgende Stärken: 175 000 Heer, 25 000 Marine und 20 000 Luftwaffe. Der Unterzeichnung des Friedensvertrages in San Francisco am 8. September 1951 blieben die Russen fern. Die Amerikaner hatten sich auf keine Diskussion mit den Russen über deren Vorschlag eingelassen. Siehe Paul Ostwald, *Japans Weg von Genf nach San Franzisko 1933–1950*, Stuttgart 1955; W. G. Beasley, *The modern history of Japan*, London 1966, S. 279–304 und Arnulf Baring/Masamori Sase, *Zwei zaghafte Riesen: Deutschland und Japan seit 1945*, Stuttgart/Zürich 1977.

Daß die Franzosen das sowjetische Vorgehen gegenüber Japan und Deutschland für verwandt hielten, ging bereits aus MAE, *Echanges de notes* (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März (siehe Anhang Nr. 1) S. 4 hervor.

¹¹⁶ MAE, *Echanges de notes* (wie Anm. 1) Lagebeurteilung durch die Europaabteilung vom 11. April, S. 2 f.: „Autrement dit, avant toute autre procédure il y aurait un ‚dialogue‘ que se poursuivrait, d’une manière ou d’une autre, entre les quatre puissances et qui leur permettrait de

Nach dem Wochenende faßte die Europaabteilung am 14. April das bisher Erarbeitete in einer Lagebeurteilung, einer Vergleichstabelle zwischen den beiden russischen Noten und einem ersten Versuch einer Antwort zusammen. In einer vorläufig letzten Lagebeurteilung vom 15. April durch die Unterabteilung Osteuropa ging man auf die möglichen Motive der sowjetischen Regierung ein. In dem Schlußabsatz wurde nun das ausgesprochen, was bisher im Hintergrund der eigenen Überlegungen gestanden hatte und was wohl entscheidend zur Beruhigung der französischen Diplomaten beigetragen hatte. Es handelte sich um die Vorstellung, daß die Russen immer dann Entgegenkommen in Einzelbereichen zeigten, wenn sie sicher sein konnten, daß das Gesamtpaket scheitern und sie somit nicht Gefahr laufen würden, hinsichtlich dieser Einzelbereiche beim Wort genommen zu werden:

„Es scheint indessen, daß die sowjetischen Vorschläge um so großzügiger werden, je weniger Chancen sie haben, akzeptiert zu werden. [Da] die Hypothese einer fehlenden Einigung über die Bedingungen der Schaffung einer deutschen Regierung am wahrscheinlichsten ist, kann Moskau hoffen, daß dadurch, daß man die Verantwortung für das Scheitern der durch ihre Note eröffneten Verhandlungen den Westmächten und der Bonner Regierung zuschiebt, die Unzufriedenheit der deutschen [öffentlichen] Meinung eine militärische Integration Westdeutschlands verhindern wird und der sowjetischen Regierung erlauben wird, das von der UdSSR angestrebte negative Ergebnis zu erreichen, ohne einen anderen Preis als rein scheinbare Zugeständnisse zu zahlen.“¹¹⁷

Man ging also – zusammenfassend – am Quai d’Orsay davon aus, daß die Russen in erster Linie Verhandlungen der vier Mächte wünschten und daß dabei – selbst wenn man sich in der Wahlfrage einigen sollte – die Frage nach der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung und spätestens die Frage nach dem Handlungsspielraum dieser Regierung zum Scheitern der Konferenz führen würden. Somit waren alle Angebote, die die Wahlfrage oder bereits den Friedensvertrag selber betrafen, für die Russen ungefährlich. Mittels solcher Verhandlungen – würden sie nur lange genug dauern – aber würden die Russen ein Aussetzen und möglicherweise ein endgültiges Scheitern der Westverhandlungen erreichen.

définir leurs positions respectives. C’est donc, semble-t-il, à l’ouverture de pourparlers à quatre portant sur l’ensemble du problème que le gouvernement de Moscou donne l’impression de vouloir accorder le plus de prix.“

¹¹⁷ Ebenda, Lagebeurteilung durch die Unterabteilung Osteuropa vom 15. April, S. 6: „Il semble cependant que les propositions soviétiques deviennent d’autant plus libérales qu’elles ont moins de chances d’être acceptées. L’hypothèse d’une absence d’accord sur les conditions de formation d’un gouvernement allemand étant la plus probable, Moscou peut espérer qu’en rejetant sur les Puissances occidentales et le gouvernement de Bonn la responsabilité de l’échec des négociations amorcées par sa note, le mécontentement de l’opinion allemande empêchera l’intégration militaire de l’Allemagne occidentale et permettra au gouvernement soviétique de parvenir au résultat négatif que L’URSS recherche, sans payer d’autre prix que des concessions purement apparentes.“

Hatte man zwischen dem 10. und 25. März noch befürchtet, daß die Note doch etwas mehr darstellen könnte als einen Propagandaakt, so war man jetzt in dieser Hinsicht beruhigt: es schienen doch keine ernsthaften Absichten der Russen hinter der Initiative vom 10. März zu stehen.¹¹⁸ Die teilweise ausweichende Beantwortung der – von den Franzosen früh geforderten – Zusatzfragen hatte dies deutlich gemacht.

Die Erarbeitung der Antwortnote dauerte vom 9. April bis zum 13. Mai und war von größeren Meinungsverschiedenheiten als die der ersten Antwort geprägt. Da man gleichzeitig der zweiten sowjetischen Note nicht mehr soviel Bedeutung zumaß – mit Ausnahme ihrer Wirkung auf die westdeutsche Öffentlichkeit –, kann man gerade in diesen im wesentlichen auf unterschiedliche taktische Vorstellungen zurückgehenden Meinungsverschiedenheiten und der daraus resultierenden Verzögerung ein Anzeichen für die wieder größere Gelassenheit erkennen. Man sah sich nicht mehr so unter Zeitdruck. Auch die Tatsache, daß man bereits erwog, den Notenwechsel ganz abzubrechen, spricht für eine solche Beruhigung.¹¹⁹ Daß man diese Idee schnell wieder verwarf und sich daranmachte, eine Antwort zu formulieren, hing nicht zuletzt damit zusammen, daß man seinen Standpunkt auch gerade der deutschen Öffentlichkeit noch einmal klar darlegen wollte.

Diesmal arbeiteten alle drei Außenministerien getrennt ihre ersten Vorschläge aus – wobei allerdings ein Meinungs austausch stattfand –, bevor die aus Etienne de Crouy-Chanel, Frank Roberts und Julius Holmes bestehende Arbeitsgruppe ab dem 23. April in London ihre Arbeit wieder aufnahm. Während der ganzen Zeit kam es zu keinem Treffen auf Ministerebene, was den Prozeß zusätzlich erschwerte. Zwischen dem 23. April und dem 13. Mai hat die Arbeitsgruppe, in der Etienne de Crouy-Chanel auf französischer Seite zeitweise durch den nach London entsandten Jean Laloy unterstützt wurde, eine ganze Reihe von vermittelnden Positionen entwickelt, die aber immer wieder aus Washington – und aus Paris – torpediert wurden. Die Auseinandersetzungen um Worte und Formulierungen erreichten zwischen dem 10. und 13. Mai einen Höhepunkt an Intensität.¹²⁰

Bereits am 14. April hatte man am Quai d'Orsay einen ersten Versuch unternommen, Punkte für eine Antwort zu sammeln. Diese durch die Europaabteilung verfaßte Aufstellung enthielt acht Paragraphen.¹²¹ An erster Stelle ging man ausführlich auf den Schlußabsatz der russischen Note ein, der

¹¹⁸ Warum diese Erkenntnis beruhigend wirken mußte, wird bei der Hinzunahme der Vorstellungen des Quai d'Orsay von Deutschland augenfällig (siehe Kapitel II, 2).

¹¹⁹ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Telegramm Nr. 2370/76 vom 11. April aus Washington, gezeichnet Bonnet, und eine interne Beurteilung vom 11. April, deren Kopf fehlt.

¹²⁰ Ebenda, Brief von Crouy-Chanel an R. Schuman vom 15. Mai und die beigefügte detaillierte Zusammenstellung der Vorgänge zwischen dem 10. und dem 13. Mai ebenfalls vom 15. Mai und aus der Feder Crouy-Chanels.

¹²¹ Ebenda, Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 14. April.

die derzeitige Entscheidung als die Weichenstellung für die weitere Entwicklung Deutschlands dargestellt hatte. Diesem Gedankengang wollte man nicht folgen, und man sah auch nicht in der Teilung Deutschlands ipso facto eine Kriegsbedrohung für Europa:

„Aber sie [die französische Regierung] geht nicht so weit zuzugestehen, [...] daß der Moment gekommen sei, die Teilung Deutschlands zu beenden, weil sie sozusagen die Gefahr eines Krieges in sich trage, als ob die verantwortlichen Mächte einem tragischen Dilemma gegenüberstünden.“¹²²

Dieser gerade für die französische Grundhaltung aufschlußreiche Absatz spielte im folgenden bei der Redaktion der Antwortnote keine Rolle mehr.¹²³

Der zweite Paragraph beschäftigte sich mit der UN-Kommission und der sowjetischen Interpretation des Artikels 107 der Charta der Vereinten Nationen. Im dritten Absatz wandte man sich erneut dem Thema der deutschen Übergangsregierung zu. Der vierte Punkt wiederholte die Differenzen in der Grenzfrage.

Im fünften Absatz setzte man sich mit der Frage der deutschen Wiederbewaffnung auseinander. Hier hielt man die Möglichkeit einer deutschen Nationalarmee für gefährlicher als die Mitgliedschaft Westdeutschlands in der EVG. Auch nahm man sich des folgendermaßen lautenden polemischen Satzes der russischen Note an:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es sowohl für die Sache des Friedens als auch für die deutsche Nation bedeutend besser wäre, solche für die Verteidigung bestimmte Streitkräfte zu schaffen, als in Westdeutschland Söldnertruppen der Revanchepolitiker mit hitlerfaschistischen Generalen an der Spitze aufzustellen, die bereit sind, Europa in den Abgrund eines dritten Weltkrieges zu stürzen.“¹²⁴

Dem hielt man entgegen, daß gerade die Bestimmung in der sowjetischen März-Note hinsichtlich der Rehabilitierung ehemaliger Offiziere, Generale und ehemaliger Nationalsozialisten in Frankreich zu großer Sorge Anlaß gäbe.¹²⁵

Der sechste Punkt warf die Frage der Bündnisfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung auf. Im siebten Abschnitt stellte man fest, daß die sowjetische Note kein klares Programm über den weiteren Ablauf der zu ergreifenden Maßnahmen enthielt. Im achten Punkt schließlich ging man noch einmal auf das eigene Bestreben ein, eine neue Friedensordnung in Europa zu schaffen, was als Hinweis auf die europäischen Integrationsbemühungen zu verstehen war.

¹²² Ebenda, S. 2: „Mais il [le gouvernement français] ne va pas jusqu'à admettre, en ce qui le concerne, que, la division de l'Allemagne comportant soi-disant en soi une menace de guerre, le moment est venu de la faire cesser, comme si les Puissances responsables se trouvaient placées devant un dilemme tragique.“

¹²³ Siehe auch ausführlicher zur französischen Grundhaltung im folgenden Unterkapitel (II, 2).

¹²⁴ Jäckel (wie Anm. 2) S. 26.

¹²⁵ Ebenda, S. 24, Politische Leitsätze Nr. 6.

In einer weiteren Lagebeurteilung durch die Europaabteilung vom 19. April, die sich mit dieser Antwort befaßte, wurde hinsichtlich einer Gewichtung der genannten Punkte darauf hingewiesen, daß man nicht der Frage der Kontrollkommission, sondern der Frage der Freiheit der Wahlen und der Freiheit der aus ihnen hervorgehenden Regierung die zentrale Bedeutung zumessen sollte:

„Was wichtig ist, ist den Akzent auf die Freiheit der Wahlen und die Freiheit der aus den Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Regierung zu legen.“¹²⁶

Demgegenüber regten die Vereinigten Staaten früh an, der sowjetischen Regierung begrenzte Gespräche vorzuschlagen. Bereits am 17. April berichtete Henri Bonnet von ähnlichen Überlegungen im State Department:

„[...] die alliierte Antwort darf, nach Ansicht des Botschaftsrats im State Department [Bohlen], die Möglichkeit einer Vierer-Verhandlung nicht ausschließen. Als Kommentator erklärte Bohlen, daß es in jedem Falle unmöglich sei, die Pläne der Westintegration Westdeutschlands zu widerrufen. Er erweckte den Eindruck, anzunehmen, daß es darauf ankäme, möglichst schnell zu einer endgültigen Lösung zu kommen, um die Manöver der Sowjets schnell zu unterbinden.“¹²⁷

Schon aus dieser ersten Bemerkung zu möglichen Verhandlungen ging eindeutig eine taktische Motivierung hervor. Bei den folgenden Dreier-Treffen in London ab dem 23. April wiederholten die Amerikaner diese Absicht und präzisierten im Laufe der inneralliierten Verhandlungen ihren Vorschlag.¹²⁸ Es ging ihnen um Gespräche auf der Ebene der Hohen Kommissare oder ihrer Vertreter zur Frage der UN-Kommission. Nachdem sie sich ein erstes Mal durch die Einwände der Briten und Franzosen von diesem Vorschlag hatten abbringen lassen (zwischen dem 23. und dem 25. April), kamen sie am 1. Mai mit einem neuen Projekt auf ihn zurück. Dabei wurde die Fragestellung für solche Gespräche etwas weiter gefaßt (in der Formulierung Massiglis):

„Schließlich nimmt das Projekt den früheren amerikanischen Vorschlag eines Treffens der vier Hohen Kommissare oder ihrer Vertreter wieder auf. Jedoch schlägt [man] jetzt als Gegenstand dieser Gespräche vor, die Möglichkeit zu untersuchen, eine Untersu-

¹²⁶ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 19. April: „Ce qui importe, c'est de mettre l'accent sur la liberté des élections et la liberté du gouvernement central allemand issu de ces élections.“

¹²⁷ Ebenda, Telegramm Nr. 2471/74 vom 17. April aus Washington, gezeichnet Bonnet: „[...] la réponse alliée, de l'avis du Conseiller du Département d'Etat [M. Bohlen], ne devrait pas exclure la possibilité d'une négociation quadripartite. En guise de commentaire, M. Bohlen a déclaré qu'il était, en tout état de cause, impossible de revenir sur les plans d'intégration de l'Allemagne de l'Ouest dans l'Occident. Il a paru estimer qu'il y avait intérêt à en arriver le plus rapidement possible à une solution définitive afin de couper court aux manœuvres des Soviets.“

¹²⁸ Ebenda, Telegramm Nr. 1801/03 aus London vom 23. April, gezeichnet Massigli. Dasselbe geht hervor aus einer internen Stellungnahme der Europaabteilung vom 23. April.

chung auf deutschem Boden durch eine unabhängige Kommission durchführen zu lassen. Es sei gleichzeitig geboten, die Funktionen und Vorrechte dieser Kommission zu definieren wie auch die Prinzipien, von denen sie sich leiten lassen solle.“¹²⁹

Die taktische Marschroute der Amerikaner basierte auf der Vorstellung, daß es sich bei dem russischen Vorschlag um Propaganda handele und daß man die Russen auf diese Weise am einfachsten überführen könne.¹³⁰ Dies darf in keinem Falle aus den Augen verloren werden, wenn man über die Tragweite der Ablehnung dieses amerikanischen Vorschlags nachdenkt.¹³¹

Die Franzosen und Briten konnten aber auch diesen Versuch der Amerikaner verhindern, ein konkretes – wenn auch taktisch motiviertes – Verhandlungsangebot in die Antwortnote zu übernehmen. Dabei erwuchs die französische Ablehnung aus der geschilderten eigenen Grundeinstellung. Man hielt es am Quai d’Orsay für möglich, daß die Russen bezüglich der strittigen Untersuchungskommission weitgehende Konzessionen machen könnten, da sie durch die fehlende Einigung in den weitergehenden Fragen nicht Gefahr laufen würden, diese Zugeständnisse praktisch ausführen zu müssen. Deswegen beharrten die Franzosen auf der Aufnahme weiterer Verhandlungspunkte – besonders hinsichtlich der deutschen Übergangsregierung. Zusammen mit den Briten konnten sie dieses Prinzip letztlich durchsetzen¹³², auch wenn sie bei einer Reihe von Einzelfragen nachgeben mußten. Die Antwort signalisierte schließlich nur eine allgemeine Verhandlungsbereitschaft, die durch die anschließenden Punkte stark eingeschränkt war:

¹²⁹ Ebenda, Telegramm Nr. 1982/89 aus London vom 1. Mai, gezeichnet Massigli: „Enfin le projet reprend la proposition américaine antérieure d’une réunion des quatre hauts-commissaires ou de leurs représentants. Toutefois il propose maintenant, pour objet à ces conversations d’examiner les possibilités de faire une enquête sur tout le territoire allemand par une commission impartiale. Il conviendrait en même temps de définir les fonctions et les prérogatives de cette commission ainsi que les principes dont elle devrait s’inspirer.“

¹³⁰ So referiert Bonnet aus Washington (ebd., Telegramm Nr. 2878/82 vom 5. Mai): „Le raisonnement des partisans de cette thèse, tel qu’il a été exposé à un de mes collaborateurs par M. Bohlen est le suivant: les Soviets n’iront pas jusqu’à accepter des conditions d’élections véritablement démocratiques. Il leur faudrait pour cela suspendre l’application de leurs méthodes policières, sacrifier le gouvernement de Pankow et faire bon marché des répercussions que ces abandons pourraient entraîner dans les pays satellites. Nous avons avantage à engager la discussion sur ce terrain où il nous sera possible de faire éclater assez rapidement leur mauvaise foi.“

¹³¹ Was Steininger, *Eine vertane Chance*, (wie Anm. 7) S. 86–88 passiert ist. Nachdem er eingangs die taktischen Gründe zwar erwähnt, spricht er dann im Zusammenhang mit der Ablehnung durch Adenauer von „einer historischen Entscheidung, mit der Adenauer seine Politik schwer belastete“.

¹³² Zur Abstimmung der englischen und französischen Meinung gehörte ein persönliches Schreiben Schumans an Eden vom 6. Mai (Steininger, *Eine Chance*, wie Anm. 7, Dok. Nr. 104a, S. 244 f.) und bis zum 12. Mai dauernde koordinierte Aktionen der beiden europäischen Botschafter in Washington (siehe den Bericht von Crouy-Chanel, Anm. 120).

„Die Regierung Ihrer Majestät ist bereit, über diese Fragen Verhandlungen mit der Sowjetregierung aufzunehmen; sie wünscht dies zu tun, sobald sie die Überzeugung gewonnen hat, daß die sowjetische Regierung die Absicht hat, fruchtlose Diskussionen wie in der Vergangenheit zu vermeiden.“¹³³

In den folgenden neun Paragraphen wurden alle bereits dargestellten westlichen Bedenken aufgezählt. Ohne diese Punkte erneut im einzelnen zu nennen, genügt es in diesem Zusammenhang, darauf hinzuweisen, daß erstens die beiden für die Franzosen zentralen Themen betreffend der Freiheit der Wahlen und der aus den Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Regierung vertreten waren (Punkte 7 und 8) und daß zweitens das für die Amerikaner so essentielle Problem der Untersuchungskommission einen breiten Raum – wenn auch am Ende der Note – einnahm (Punkte 9–11).

Wie nach der ersten sowjetischen Note bemühte sich Adenauer sofort um ein Treffen mit der Hohen Kommission, um so den Westmächten seine Meinung vortragen zu können. Allerdings kam es vorerst nur zu einem Treffen zwischen Kirkpatrick, dem britischen Hohen Kommissar und amtierenden Vorsitzenden der Hohen Kommission, und Adenauer, da das Pariser Außenministerium François-Poncet nicht ermächtigt hatte, mit Adenauer über die Frage zu sprechen.¹³⁴ Dennoch erreichte Adenauer sein Ziel, da seine gegenüber Kirkpatrick geäußerte Meinung auch das amerikanische und französische Außenministerium erreichte.¹³⁵ Zu einem Treffen zwischen der Hohen Kommission und Adenauer kam es erst am 16. April. Im Hinblick auf diese Gelegenheit instruierte Robert Schuman François-Poncet dahingehend, nur die Meinung Adenauers entgegenzunehmen, sich aber nicht selber zur Sache zu äußern¹³⁶, woran man sich beim Treffen mit Adenauer auch hielt. In die-

¹³³ Jäckel (wie Anm. 2) S. 27.

¹³⁴ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) ausgehendes Telegramm vom 10. April nach London/Washington und zur Kenntnisnahme nach Bonn, gezeichnet Schuman.

¹³⁵ François-Poncet berichtete in einem Telegramm (ebenda, Nr. 3172/74 vom 11. April) von diesem Treffen. Am 12. April übermittelte er im Telegramm Nr. 3182/3190 einen „compte rendu“ der Unterhaltung. Den Stellenwert dieser Äußerungen Adenauers überschätzt Steininger, Eine vertane Chance, (wie Anm. 7) S. 76 f. wohl deutlich, wenn er auf der Basis eines Vergleichs zwischen Adenauers Bemerkungen und einer Analyse Frank Roberts' vom 15. April argumentiert. (Dabei kann diese Analyse Roberts' vom 15. April nicht die erste im Foreign Office sein – wie er behauptet –, da er selber auf der vorangehenden Seite von einer ersten Analyse durch Brook Turner vom 10. April berichtet. In Paris hatte man wesentliche eigene Überlegungen schon vor dem Eintreffen der Berichte von diesem Treffen angestellt und sah sich durch diese Berichte auch nicht zu irgendwelchen Neueinschätzungen veranlaßt.)

¹³⁶ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) ausgehendes Telegramm vom 15. April nach Bonn, gezeichnet R. Schuman. Es war also nicht François-Poncet persönlich, „der am liebsten überhaupt nicht mit Adenauer über die Note gesprochen hätte“ (Steininger, Eine vertane Chance, wie Anm. 7, S. 78), sondern der französische Außenminister, der dies erst (am 11. April) nicht zuließ und dann nur mit Einschränkungen genehmigte.

ser ersten Phase wurde Adenauer also in keiner Weise in die Vorüberlegungen einbezogen, sondern ihm wurde nur die Möglichkeit eingeräumt, seine Meinung darzulegen. Wesentlichen Anteil an dieser zurückhaltenden Behandlung Adenauers durch die Westmächte hatten die Franzosen.

Die nächste Stellungnahme Adenauers, die für einige Unruhe sorgte, war sein am 24. April im Nordwestdeutschen Rundfunk ausgestrahltes Interview mit Ernst Friedlaender. In diesem Interview zeigte er sich dem sowjetischen Angebot gegenüber aufgeschlossener als bisher, was gerade die französische Öffentlichkeit in Aufregung versetzte.¹³⁷ François-Poncet hingegen – und mit ihm der Quai d’Orsay – beurteilten diese Äußerungen Adenauers nicht als Ausdruck eines Gesinnungswandels, sondern einer offeneren Taktik, zu der er durch die Diskussion in der Bundesrepublik nach der April-Note gezwungen war.¹³⁸ Gleichzeitig ging François-Poncet auf den Brief Schumachers vom 22. April an Adenauer und die Empörung der SPD ein:

„Dieses Interview war vor mehreren Tagen beschlossen und 48 Stunden im voraus aufgenommen worden. Über diese Sachverhalte informiert, war die Sozialdemokratie dennoch nicht bereit, an den guten Willen des Regierungschefs zu glauben. In diesem [zeitlichen] Zusammentreffen hat sie nur eine unehrliche Ausrede sehen wollen, um durch eine einseitige Stellungnahme den ihm von der Opposition angebotenen Versuch zur loyalen Zusammenarbeit zum Scheitern zu bringen.“¹³⁹

Wer letztlich recht hatte – Regierung oder Opposition –, ist hier nebensächlich, wichtig bleibt, daß François-Poncet der Regierung glaubte. Dabei führte man in dem französischen Hohen Kommissariat das starke Drängen der SPD auf eine Vierer-Konferenz – nach der April-Note – auf ein innenpolitisches Kalkül zurück:

„In den politischen Bonner Kreisen zeigt man sich überzeugt, daß die sozialistischen Anführer nicht mehr an die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge hinsichtlich einer Wiedervereinigung Deutschlands glauben. Aber Schumacher und seine Leutnants nehmen an, daß sie eine gute Gelegenheit darstellen, um die Politik des Kanzlers anzugreifen. Sich darüber klar werdend, daß der Abschluß der vertraglichen Vereinbarungen [Deutschlandvertrag] und des die EVG begründenden Vertrages für Ade-

¹³⁷ Dazu ausführlicher in Kapitel III, 2.

¹³⁸ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Telegramm Nr. 3560/65 und Nr. 3599/3603 vom 25. April aus Bonn, gezeichnet François-Poncet.

¹³⁹ Ebenda, Telegramm Nr. 3599/3603 vom 25. April: „Cette interview avait été décidée depuis plusieurs jours et avait été enregistrée 48 heures auparavant. Mise au courant de ces faits, la sociale démocratie n’a, cependant, pas accepté de croire à la bonne foi du chef du gouvernement. Dans cette coïncidence, elle n’a voulu voir qu’un subterfuge malhonnête pour faire échouer par prise de position unilatérale l’essai de collaboration loyale que lui offrait l’opposition.“

nauer ein Prestigeerfolg wäre, verlangen sie, daß die Unterzeichnung bis zu dem Moment aufgeschoben werde, wo alle Chancen erschöpft sein werden, Deutschland zu vereinigen.¹⁴⁰

In der letzten Phase der Formulierung der Erwiderung Anfang Mai wurde Adenauer noch einmal von den Westmächten zu Rate gezogen. Ging es doch jetzt um die taktische Marschroute – die ja gerade auch im Hinblick auf die deutsche Öffentlichkeit festgesetzt werden sollte – und nicht mehr um die grundsätzliche Einschätzung der sowjetischen Note. Hier lehnte Adenauer – wie auch die Franzosen und Briten – den amerikanischen Vorschlag begrenzter und konkreter Verhandlungen ab.¹⁴¹ Daß die Franzosen sich in ihrer Ablehnung nicht von Adenauer leiten ließen, zeigte schon die Tatsache, daß sie sich von Anfang an gegen solche Überlegungen gestellt hatten. Auch spielten bei Adenauer andere Argumente eine Rolle. So hielten zwar auch die Franzosen eine Rückkehr zur Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands für unzumutbar, aber ein Alptraum – wie für Adenauer¹⁴² – war eine solche Vorstellung für sie nicht.

Mithin scheint Steininger bei seiner folgenden These die Einflußmöglichkeiten Adenauers zu überschätzen:

„Hätte Adenauer das amerikanische Angebot angenommen, hätten wohl auch Foreign Office und Quai d’Orsay zustimmen müssen, wo Achesons Vorschlag auf Widerspruch gestoßen war.“¹⁴³

Gerade der Quai d’Orsay hatte in den zurückliegenden April- und Maityagen seine Reserve gegenüber Adenauer deutlich gezeigt, und das parallele Ablehnen des amerikanischen Vorschlags darf nicht als Einfluß Adenauers gedeutet werden. Man war am Quai d’Orsay mit der Haltung Adenauers in dieser Frage zufrieden – weil man von unterschiedlichen Ansätzen zum gleichen Ergebnis kam –, aber dies heißt nicht, daß man Adenauer etwa im Falle einer anderen Meinung gefolgt wäre. Dafür waren die französischen Eigeninteressen zu ausgeprägt. Auch die Einschätzung der SPD ist in dieser Hinsicht aufschlußreich.

¹⁴⁰ Ebenda, Telegramm Nr. 3318/22 vom 18. April aus Bonn: „Dans les milieux politiques de Bonn, on se montre convaincu que les dirigeants socialistes ne croient guère la sincérité des propositions soviétiques relatives à la réunification de l’Allemagne. Mais M. Schumacher et ses lieutenants estiment qu’elles fournissent une bonne occasion d’attaquer la politique du Chancelier. Se rendant compte que la conclusion des arrangements contractuels et du traité instituant la CED serait, pour M. Adenauer, un succès de prestige, ils réclament que cette signature soit différée jusqu’au moment où toutes les chances de réunir l’Allemagne auront été épuisées.“

¹⁴¹ Ebenda, Telegramm Nr. 3994 vom 4. Mai aus Bonn, gezeichnet Bérard.

¹⁴² Siehe Schwarz, Adenauer, (wie Anm. 30) S. 833.

¹⁴³ Steininger, Eine vertane Chance, (wie Anm. 7) S. 88.

*c) Taktische Variante nach der dritten sowjetischen Note vom 24. Mai 1952:
Der Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz*

Nach Überreichung der zweiten westlichen Antwortnote konzentrierte sich das Interesse in Paris – und in den anderen Hauptstädten – auf die abschließenden Verhandlungen im Zusammenhang mit Deutschland- und EVG-Vertrag.

Die letzten französischen Einwände in den Tagen vor der Unterzeichnung zwangen noch zu langwierigen Verhandlungen.¹⁴⁴ Hierbei ging es um eine Reihe von Punkten – u.a. um eine Garantie der anglo-amerikanischen Mächte für den Fall eines deutschen Rückzuges aus der EVG –, die der französische Ministerrat zu Vorbedingungen seiner Zustimmung gemacht hatte und auf die Robert Schuman somit bei den Verhandlungen in Bonn festgelegt war. Auf diese Weise wurde noch einmal in aller Deutlichkeit demonstriert, daß die französischen Vorbehalte gegenüber Deutschland stärker waren als die der anglo-amerikanischen Mächte.¹⁴⁵

In dieser Schlußphase der Verhandlungen um den Deutschland- und den EVG-Vertrag traf die dritte sowjetische Note am 24. März (zwei bzw. drei Tage vor der feierlichen Unterzeichnung der genannten Verträge in Bonn und Paris) fast unbemerkt ein. Dazu trugen allerdings auch wesentlich die offensichtlichen Schwächen der Note bei, die überall sofort erkannt wurden¹⁴⁶ und die dafür sorgten, daß sie nirgends als Sensation empfunden wurde. Die sowjetische Regierung konstatierte einleitend die „Dringlichkeit der Lösung der deutschen Frage“ und die „Verschleppung des Notenaustausches zu dieser Frage durch die Westmächte“¹⁴⁷. Dabei äußerte sie sich erneut zur Frage der Untersuchungskommission, ohne hier etwas Neues vorzubringen. Der zentrale und längste Teil der Note war den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten um EVG- und Deutschlandvertrag gewidmet, die von den Russen als „unüberwindbare Hindernisse“ auf „dem Weg des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Vereinigung Deutschlands“ bezeichnet wurden. Diese Passagen waren von den bekannten propagandistischen Angriffen auf die Politik des Westens gekennzeichnet. Im letzten Teil wurde der sowjetische Vorschlag resümiert, wobei man über den Handlungsspielraum einer gesamtdeutschen Übergangsregierung folgendes ausführte:

¹⁴⁴ Schwarz, Adenauer, (wie Anm. 30) S. 925–956, und Wettig (wie Anm. 70) S. 450–487.

¹⁴⁵ Auriol (wie Anm. 5) S. 343–361, zeigt, welchen großen Wert gerade Auriol selber auf diese Punkte legte.

¹⁴⁶ Steining, Eine vertane Chance, (wie Anm. 7) S. 94, zu den ersten britischen und amerikanischen Reaktionen.

¹⁴⁷ Jäckel (wie Anm. 2) S. 29–31.

„Was die gesamtdeutsche Regierung und ihre Machtbefugnisse anbetrifft, so versteht sich von selbst, daß sich diese Regierung ebenfalls von den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und nach dem Abschluß eines Friedensvertrages von den Bestimmungen des Friedensvertrages, der der Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens in Europa dienen soll, leiten lassen muß.“¹⁴⁸

Dieses explizite Bestehen auf einer Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands im Sinne des Potsdamer Abkommens mußte in diesem Notenwechsel als Rückschritt verstanden werden, und dazu konnte man sich auch keine Zustimmung in der westdeutschen Öffentlichkeit erhoffen. Insgesamt vermittelte diese Note den Eindruck, hauptsächlich gegen EVG- und Deutschlandvertrag gerichtet zu sein, um so den Westmächten die Verantwortung für das Nicht-Vorankommen der Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands zuschieben zu können.

Wegen der Plumpheit der Note entfiel ein ausführlicherer Meinungsbildungsprozeß am Quai d'Orsay. Jean Laloy, Leiter der Unterabteilung Osteuropa, analysierte am 26. Mai die sowjetische Note eingehend; danach beschäftigte man sich nur noch mit der Antwortnote, die schließlich am 10. Juli übergeben wurde. Jean Laloy eröffnete seine Beurteilung mit einer Bemerkung, die in das Bild der allgemeinen Reaktionen paßte und die sowjetische Note abqualifizierte:

„Die sowjetische Antwort ist eine der verworrensten, die man in dieser Gattung, wo die Klarheit indes nicht die Hauptqualität ist, je gesehen hat.“¹⁴⁹

Im einzelnen untersuchte er die Widersprüche und Unklarheiten, die diese Note auszeichneten. So legten sich die Russen bezüglich der Untersuchungskommission nicht fest, ob sie aus Vertretern der vier Mächte gebildet werden oder ob sie nur durch die vier Mächte konstituiert werden sollte:

„Am Ende des Paragraphen weiß man immer noch nicht, ob es sich um eine Kommission der Vier oder um eine von den Vier ernannte Kommission, bestehend aus unter Vertretern von Dritt-Staaten ausgewählten Mitgliedern, handelt.“¹⁵⁰

Im zweiten Teil seiner Ausführungen hob er hervor, daß aus dieser Note noch deutlicher als aus den bisherigen hervorging, daß die Unabhängigkeit Deutschlands an den Friedensvertrag gebunden sei. Das wiederum hieß, daß in der Übergangszeit, während der Verhandlungen um einen Friedensvertrag, nur eine abhängige deutsche Regierung existieren würde: eine Regierung, die

¹⁴⁸ Ebenda, S. 31.

¹⁴⁹ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Unterabteilung Osteuropa vom 26. Mai: „La réponse soviétique est l'une des plus confuses qu'on ait vues dans un genre où la clarté n'est pourtant pas la qualité première.“

¹⁵⁰ Ebenda, S. 1: „A la fin du paragraphe, on ne sait toujours pas s'il s'agit d'une commission des Quatre ou d'une commission désignée par les Quatre, comportant des membres choisis parmi les représentants d'Etats-tiers.“

der Vier-Mächte-Kontrolle unterliegen sollte. Die sich daraus ergebende höchst ungewisse Übergangsphase aber war eine Situation, die die Franzosen von Anfang an gefürchtet hatten. Eine solche Übergangszeit wurde auch an dieser Stelle von Laloy als destabilisierend bezeichnet. Mit Bezug auf den Friedensvertrag führte er aus, daß die Neutralisierung Deutschlands nicht mehr erwähnt würde. In einem weiteren Punkt stellte er die Propagandaabsichten der sowjetischen Note heraus:

„Eine nahezu ungeschickte Anstrengung wird unternommen, um die sozialdemokratische These aufzunehmen: Die Bundesrepublik kann nicht für ein vereintes Deutschland abschließen; alles was in Bonn unterzeichnet wird, trägt nur dazu bei, die Teilung zu vollziehen. Dabei gehen die Russen etwas zu weit; sie versichern, daß die Deutsche Demokratische Republik ‚durch keine Vereinbarung gebunden ist‘, obwohl sie mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge hinsichtlich der Anerkennung der Potsdamer Grenzen unterzeichnet hat.“¹⁵¹

Schließlich zog Laloy das Fazit, daß man bei einem weiteren Notenwechsel nicht mit Fortschritten rechnen dürfe:

„Es erscheint in jedem Falle, daß wir aufhören müssen zu glauben, daß der Notenwechsel in diesem Bereich das geringste Licht bringen wird.“¹⁵²

Die Bemühungen um die gemeinsame Antwortnote der Westalliierten gingen von einem Treffen der drei Außenminister am 28. Mai in Paris aus. Im Anschluß an dieses Treffen erarbeiteten die drei Außenministerien erste konkrete Vorschläge, die zuerst in Paris und abschließend in Washington abgestimmt wurden. Die hier entstandenen Differenzen wurden bei einem weiteren Treffen der drei Außenminister am 27. Juni in London aus dem Weg geräumt. Danach wurden vor der Überreichung am 10. Juli noch Konrad Adenauer und Ernst Reuter – als Bürgermeister von Berlin – befragt und kleinere Korrekturen auf Adenauers Wunsch hin vorgenommen. Bei der Zusammenkunft am 28. Mai ergaben sich keine Unterschiede in der Einschätzung der sowjetischen Note, und man einigte sich darauf, den Notenwechsel nicht abzubrechen, sondern die eigenen Vorschläge aufrechtzuerhalten:

„Nach seiner [Edens] Vorstellung waren zwei Lösungen möglich: entweder den Dialog einzustellen, wie Acheson es vertrat, oder, was ihm persönlich besser erschien, zu er-

¹⁵¹ Ebenda, S. 3: „Un effort presque maladroit est fait pour reprendre la thèse social-démocrate: la République fédérale ne peut contracter pour l'Allemagne unifiée; tout ce qui est signé à Bonn n'est fait que pour consommer la division. Ce faisant, les Russes vont un peu loin; ils affirment que la République démocratique allemande ‚n'est liée par aucun engagement‘, alors qu'elle a signé avec la Pologne et la Tchécoslovaquie des accords portant reconnaissance des frontières de Potsdam.“ Hierbei bezieht man sich auf die Warschauer Deklaration vom 6. Juni 1950 (DDR–Polen) und das Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 (DDR–ČSSR).

¹⁵² Ebenda, S. 4: „Il apparaît, en tous cas, que nous devons renoncer à croire que l'échange de notes apportera en ce domaine la moindre lumière.“

klären, daß wir die bisher von uns formulierten Angebote aufrechterhielten. Diese letzte Lösung hat schließlich die Zustimmung der drei Minister gefunden.“¹⁵³

Am 7. Juni formulierte der Leiter der Europaabteilung François Seydoux einen französischen Vorschlag für die Antwort. Hauptgegenstand in dem insgesamt knappen Text war der Vorschlag eines Treffens von Regierungsvertretern der vier Mächte, die die Organisation der freien Wahlen und den Status einer gesamtdeutschen Übergangsregierung diskutieren sollten. Dabei legte man von vornherein Wert auf die Handlungsfreiheit dieser Regierung und sprach sich gegen eine Vier-Mächte-Kontrolle aus:

„Die französische Regierung [...] wünscht [...] die Aufrechterhaltung ihres Vorschlages bezüglich eines Treffens von Vertretern der amerikanischen, sowjetischen, britischen und französischen Regierung, die über die Organisation, zu einem nahen Zeitpunkt, von freien Wahlen für ganz Deutschland diskutieren würden, in Erinnerung zu rufen; die Notwendigkeit, auf demselben Treffen den Status eines vereinten Deutschlands zu erörtern, welches die wesentlichen Freiheitsgarantien enthält, von denen eine Regierung eines vereinten Deutschlands, hervorgehend aus freien Wahlen, in der Periode vor dem Friedensvertrag profitieren sollte: das heißt, daß eine solche Absicht der Wiederherstellung eines vierseitigen Kontrollsystems, was auch immer die Modalitäten davon wären, entgegenstehen würde.“¹⁵⁴

Dieser französische Vorschlag, der bis zum 27. Juni in seinem Wesensgehalt unter den Westalliierten diskutiert wurde, war nicht Ausdruck eines Wunsches, wirklich mit den Russen zu einer Lösung der deutschen Frage zu kommen. Er zielte eindeutig auf die französische Öffentlichkeit, von der man erwartete, daß sie nach einer gescheiterten Vier-Mächte-Konferenz eher bereit sei, EVG- und Deutschlandvertrag zu unterstützen, und daß somit die Chancen einer parlamentarischen Zustimmung in Frankreich steigen würden. Wie zentral dieses Thema für Robert Schuman war, zeigte folgende Passage aus einem Telegramm nach Washington:

¹⁵³ Ebenda, ausgehendes Telegramm vom 28. Mai nach London, Washington, Bonn und Berlin; zur Kenntnisnahme nach Moskau, Den Haag, Brüssel, Rom und Bern, gezeichnet Seydoux: „A son avis [M. Eden], deux solutions étaient possibles: soit, comme M. Acheson le préconisait, arrêter le dialogue, soit, ce qui lui apparaissait personnellement préférable, déclarer que nous maintenions les propositions antérieures formulées par nous. Cette dernière solution a finalement recueilli l'assentiment des trois Ministres.“

¹⁵⁴ Ebenda, französischer Vorschlag einer Antwort, erarbeitet von der Europaabteilung am 7. Juni: „Le Gouvernement français [...] souhaite rappeler [...] le maintien de sa proposition relative à une réunion des représentants des gouvernements américain, britannique, soviétique et français qui discuteraient de l'organisation, à une date rapprochée, d'élections libres pour toute l'Allemagne; la nécessité d'étudier dans la même réunion un statut de l'Allemagne unifiée établissant les garanties essentielles de liberté dont un gouvernement de l'Allemagne unifiée, issu d'élections libres, devra bénéficier pendant la période antérieure (S.2) au traité de paix: c'est à dire qu'une telle intention s'oppose au rétablissement du système de contrôle quadripartite, quelles qu'en soient les modalités.“

„Ich mache darauf aufmerksam, daß während einer Debatte zum Deutschlandproblem im Rat der Republik am Donnerstag, den 12. [Juni], alle politischen Parteien, abgesehen von den Kommunisten, sich entschieden für Vierer-Gespräche ausgesprochen haben, der einzigen Möglichkeit, die russischen Absichten kennenzulernen und die Möglichkeiten für eine Entspannung festzustellen.“¹⁵⁵

Dieser in der französischen Öffentlichkeit weitverbreitete Wunsch¹⁵⁶ war auch der Grund, warum Robert Schuman diesen Vorschlag schon früh – lange vor Abschluß der inneralliierten Meinungsfindung – dem Ministerrat zuleitete (am 11. Juni), von diesem bestätigen ließ und im Anschluß an die Ministerratssitzung in einer Presseerklärung vorab bekanntmachte.¹⁵⁷ Daß der Vorschlag aber nur taktisch motiviert war, ließe sich an einer Vielzahl von Belegen aus diesen Tagen zeigen; am deutlichsten allerdings äußerte sich Jean Sauvagnargues in einer grundsätzlichen Analyse über die möglichen Ergebnisse einer Vierer-Konferenz zur deutschen Frage. Zu diesen Überlegungen gezwungen, da die Diskussion um die Vierer-Konferenz kein Ende fand, spielte er aus französischer Sicht alle Möglichkeiten durch. Dieses Dokument – das auch viel über die Grundhaltung der französischen Diplomaten hinsichtlich einer deutschen Wiedervereinigung verriet – endete mit folgender Bemerkung:

„Es erscheint, daß man aus den vorhergehenden Überlegungen folgende Schlußfolgerungen ziehen kann: Keine Vierer-Konferenz, beschränkt auf die deutsche Frage, kann zu vorteilhaften und bleibenden Ergebnissen für den Westen führen, es sei denn, die Errichtung eines Modus vivendi, der darauf zielt, die Erhaltung des Status quo zu erleichtern. Eine auf Deutschland beschränkte Vierer-Konferenz kann also nur sehr begrenzte Zielsetzungen haben: entweder ein rein taktisches Ziel oder die Suche nach einem Modus vivendi.“¹⁵⁸

Dieser französische Vorschlag setzte also in gewissem Sinne das um, was man schon zwischen dem 11. und 14. März an Vorüberlegungen angestellt hatte. War man doch anfangs durchaus für den Gedanken einer taktisch motivierten Zustimmung zu Vierer-Verhandlungen offen gewesen, hatte aber solche Gespräche mit den Russen letztlich auf die Zeit nach der Unterzeichnung der Westverträge aufgeschoben wissen wollen.

¹⁵⁵ Ebenda, ausgehendes Telegramm vom 14. Juni nach Washington, gezeichnet Robert Schuman: „Je signale que lors d'un débat sur le problème allemand au Conseil de la République le jeudi 12, tous les partis politiques, en dehors des communistes, se sont résolument prononcés en faveur d'une conversation à Quatre, seul moyen de connaître les intentions russes et d'établir les possibilités d'une détente.“

¹⁵⁶ Siehe Kapitel III, 3 dieser Arbeit.

¹⁵⁷ Auriol (wie Anm. 5) S. 388; Keesing's Archiv der Gegenwart 22 (1952) S. 3516, deutscher Text der Erklärung; französischer Text in *Le Monde* vom 11. Juni 1952.

¹⁵⁸ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 25. Juni (siehe Anhang Nr. 5).

Die Briten hatten früh dem französischen Vorschlag im Prinzip zugestimmt, auch wenn sie einige Änderungen anregten, die sie für nötig erachteten, um die amerikanische Zustimmung zu gewinnen.¹⁵⁹ Allerdings sprachen sich die Amerikaner gegen den französischen Vorschlag aus.¹⁶⁰ Sie waren zu einer Konferenz – nach anfänglich grundsätzlichem Zögern – nur bereit, wenn die Russen vorher konkrete Bedingungen hinsichtlich der Zusammensetzung, der Zuständigkeit und der Befugnisse der Untersuchungskommission akzeptieren würden. Am 27. Juni schließlich einigten sich die drei Minister auf einen Kompromiß. Hierbei gingen die Amerikaner von den genannten Vorbedingungen ab, dafür gestanden die Franzosen zu, die Themen dieser Vorbedingungen zum Gegenstand der angestrebten Gespräche zu machen. Die Statusfrage einer gesamtdeutschen Regierung wurde für eine weitere Gesprächsrunde ins Auge gefaßt. Den Franzosen wurde dabei in der Weise entsprochen, daß man das Abhalten freier Wahlen erst für den Zeitraum nach der Einigung in der Statusfrage vorsah:

„Die angenommene Formel erlaubt baldige, auf die Fragen bezüglich der Untersuchungskommission beschränkte Vierer-Gespräche; sie erlaubt andererseits, daß zu gegebener Zeit der Status einer provisorischen Regierung geprüft wird. Es wird angeregt, was uns Genugtuung verschafft, daß freie Wahlen in keinem Falle stattfinden können, solange der Status der Regierung eines vereinten Deutschlands nicht klar definiert sei.“¹⁶¹

Ähnlich wie die Franzosen mit ihrer taktischen Vorstellung Rücksicht auf ihre öffentliche Meinung nehmen wollten, begründeten die Amerikaner ihre Vorstellung mit der Rücksicht auf die Stimmung in Deutschland. Vierer-Gespräche hätten in ihren Augen das parlamentarische Zustimmungsverfahren in Westdeutschland – und in den USA – gefährdet. Das begrenzte Verhandlungsangebot, auf das man sich in London geeinigt hatte, stellte dann die zentrale Aussage (Punkt 7) der Antwortnote vom 10. Juli dar:

„Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, schlägt Ihrer Majestät Regierung vor [...], daß bald eine Konferenz von Vertretern der vier Regierungen stattfinden soll, vorausgesetzt, es besteht Übereinstimmung darüber, daß alle vier Regierungen freie Wahlen

¹⁵⁹ MAE, Echanges des notes (wie Anm. 1) Telegramm Nr. 2699/2701 vom 10. Juni aus London, gezeichnet Massigli.

¹⁶⁰ Ebenda, die Europaabteilung faßte die amerikanischen Bedenken am 10. Juni zusammen. Siehe auch Telegramm Nr. 3988/92 vom 11. Juni aus Washington, gezeichnet Bonnet. Gleichzeitig ärgerten sich die Amerikaner über die öffentlichen Verlautbarungen der französischen – aber auch der britischen – Regierung im Zusammenhang mit diesem Vorschlag; siehe Telegramm Nr. 1054/60 vom 12. Juni aus Washington, gezeichnet Bonnet.

¹⁶¹ Ebenda, Lagebeurteilung der Generaldirektion Politik vom 1. Juli, S. 4f.: „La formule adoptée permet de prochaines conversations à quatre, limitées aux questions relatives à la commission d'enquête; elle permet d'autre part que soit examiné, au moment opportun, le statut du gouvernement provisoire. Il est stipulé, ce qui nous donne satisfaction, qu'en aucun cas des élections libres ne pourront avoir lieu aussi longtemps que le statut du gouvernement de l'Allemagne unifiée n'aura pas été clairement défini.“

in ganz Deutschland, im Sinne des Absatz 4 der vorliegenden Note, und die Teilnahme einer freien deutschen Regierung an den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag wünschen. Das Ziel dieser Konferenz würde sein, eine Übereinstimmung zu erzielen über die erste Frage, die gelöst werden muß, wenn überhaupt weitere Fortschritte gemacht werden sollen, nämlich die Zusammensetzung und die Funktionen der Untersuchungskommission, die zu entscheiden hat, ob die notwendigen Vorbedingungen für freie Wahlen bestehen.¹⁶²

Eingangs erklärte man, an den eigenen Vorschlägen festhalten zu wollen. Dann ging man auf die Reihenfolge der zu ergreifenden Maßnahmen – Untersuchungskommission, freie Wahlen, Schaffung einer freien Regierung und Aushandlung eines Friedensvertrages – ein (Punkte 2–4). Fünftens lehnte man eine Vier-Mächte-Kontrolle einer Übergangsregierung ab. An sechster Stelle wurden die Maßnahmen an der innerdeutschen Grenze behandelt, die die DDR und die UdSSR nach der Unterzeichnung von EVG- und Deutschlandvertrag in die Wege geleitet hatten.¹⁶³ Im achten Punkt hieß es, daß Wahlen erst dann abgehalten werden könnten, wenn man „Übereinstimmung über das Programm zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung“ erzielt habe. Das Resultat der inneralliierten Verhandlungen war in erster Linie ein komplizierter Kompromiß unterschiedlicher taktischer Vorstellungen. Im Ernst konnte eigentlich niemand damit rechnen, daß die Russen dieses Angebot attraktiv finden könnten. Dafür waren die Bedingungen, die das Angebot einrahmten, zu weitreichend, legte man sich doch hinsichtlich der Reihenfolge der zu ergreifenden Maßnahmen ebenso fest wie bezüglich der Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Übergangsregierung. Da die Russen in beiden Punkten entgegengesetzte Standpunkte vertraten, hätte selbst ein Erfolg in Verhandlungen über die Untersuchungskommission und die Wahlfrage zu keinen greifbaren Fortschritten hin auf eine deutsche Einigung geführt. Die Note war mithin kein konstruktives Verhandlungsangebot, sondern der erneute Versuch, die eigenen Prioritäten aufzuzeigen und möglichst der westeuropäischen Öffentlichkeit nahezubringen. Allerdings war der Text dafür in den langen Verhandlungen zu umfangreich und kompliziert geworden. So war auch die Aufnahme der Note in der Öffentlichkeit entsprechend reserviert.

Man darf aber nicht übersehen, daß auch schon der erste französische Vorstoß vom 7. Juni das Verhandlungsangebot an die Bedingung der Freiheit einer deutschen Übergangsregierung geknüpft hatte und somit für die Russen unannehmbar war. Entsprechend ist es auch nicht verwunderlich, daß die Presseerklärung vom 11. Juni – in der nur allgemein von der Bereitschaft zu Vierer-Gesprächen, nicht aber von deren Bedingungen die Rede war – mehr

¹⁶² Jäckel (wie Anm. 2), S. 32 f.

¹⁶³ Einführung eines Schutz- und Kontrollstreifens entlang der Zonengrenze und Einführung des Schießbefehls.

Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte als die letztlich überreichte Antwortnote. In deutscher Übersetzung lautete die Presseerklärung:

„Die französische Regierung ist einer Vierer-Erörterung gewogen, die auf präzise Fragen unmittelbaren Interesses bezüglich der Vereinigung der beiden Deutschland (West- und Ost-) beschränkt ist. Die Entscheidung hierüber steht der Gesamtheit der vier interessierten Mächte zu. Im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen kann keine Präzisierung zu dem Thema gegeben werden.“¹⁶⁴

Damit konnte der Eindruck entstehen, daß man am Quai d’Orsay tatsächlich zu Verhandlungen bereit war, was aber in Wirklichkeit nicht zutraf. Der ursprüngliche französische Vorschlag vom 7. Juni hatte allerdings den Vorteil, knapper und klarer formuliert zu sein, was die Wirkung auf die öffentliche Meinung vermutlich erhöht hätte.

Die Spannungen zwischen den Westalliierten und Adenauer erreichten in dieser Phase ihren Höhepunkt, was zum einen Teil durch das französische Verhalten ausgelöst wurde und zum anderen Teil auf Adenauers neues Selbstbewußtsein – nach Unterzeichnung der Westverträge – zurückzuführen war. Der Ärger begann, als sich die drei Außenminister am 28. Mai in Paris ohne Adenauer trafen, mit dem sie am Vortag noch gemeinsam den EVG-Vertrag unterzeichnet hatten, um die Angelegenheit der letzten sowjetischen Note zu erörtern. In dieser Frage blieb Adenauer also weiter auf den Kontakt mit den Hohen Kommissaren angewiesen, da sich die Minister wie folgt einigten:

„Es ist andererseits vereinbart worden, daß der Kanzler Adenauer durch die Hohen Kommissare informiert werden soll über die Tatsache, daß ein Meinungsaustausch zwischen den drei Ministern über diese Frage stattgefunden hat, und über die vereinbarte Vorgehensweise für die Erarbeitung der Antwort.“¹⁶⁵

Zu einem offiziellen Treffen der Hohen Kommission mit Adenauer bezüglich der Antwortnote kam es erst am 25. Juni. In den Tagen nach der französischen Presseerklärung vom 11. Juni suchte Adenauer die Westmächte über seine Vorbehalte gegenüber Vierer-Gesprächen vor der Ratifikation der Westverträge in der Bundesrepublik zu informieren. François-Poncet berichtete von Gesprächen mit Adenauer selbst am 14. Juni und mit Blankenhorn am 18. Juni.¹⁶⁶ Seinen Eindruck von der Haltung Adenauers faßte er wie folgt zusammen:

¹⁶⁴ Siehe Anm. 157.

¹⁶⁵ Siehe Anm. 153, S. 3: „Il a été d’autre part, convenu que le Chancelier Adenauer serait informé par les Hauts-Commissaires du fait que des échanges de vues avaient eu lieu entre les trois Ministres sur cette question ainsi que de la procédure envisagée pour la rédaction de la réponse.“

¹⁶⁶ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Telegramm Nr. 5619/5622 und 5629/5639 vom 14. Juni und Telegramm Nr. 5676/5686 vom 18. Juni aus Bonn, alle gezeichnet François-Poncet.

„Der Wunsch des Kanzlers scheint mir zu sein, daß kein Treffen vor der Ratifikation der Verträge durch die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik stattfinden solle. Er würde keine Unannehmlichkeiten darin erkennen, wenn Gespräche nach diesem Datum und vor der Ratifikation durch das französische Parlament, von der er annimmt, daß sie nicht vor dem Herbst eintreten dürfte, stattfänden.“¹⁶⁷

In einem weiteren Telegramm vom 21. Juni wies François-Poncet darauf hin, daß Adenauer McCloy eindeutiger als ihm seine negative Einstellung zu Vierer-Gesprächen offenbart habe. Adenauer hoffte also, mit Hilfe der Amerikaner Druck auf die Franzosen ausüben zu können. Auf dem offiziellen Treffen vom 25. Juni – das gegen den Willen der Franzosen zustande kam – sprach er sich erneut gegen Verhandlungen vor der Ratifikation der Westverträge in der Bundesrepublik aus. Dennoch konnte er sich in diesem Punkt nicht durchsetzen. Am 27. Juni einigten sich die drei Außenminister auf den bereits dargestellten Kompromiß. Dabei hatte man nur zu geringem Teil auf Adenauers Sorgen Rücksicht genommen:

„Die drei Minister haben sich andererseits darum bemüht, den Vorstellungen des Kanzlers Rechnung zu tragen. Auf den Vorschlag von Eden haben sie am Ende des ersten Paragraphen einen Satz eingefügt, der bestätigt, daß die westlichen Regierungen ihre Absichten und bisherigen Vorschläge vollständig aufrechterhalten. Dagegen haben sie gemeint, daß es ihnen unmöglich sei, der negativen Haltung zuzustimmen, die Dr. Adenauer bezüglich des Prinzips selber von Gesprächen einnimmt.“¹⁶⁸

Entsprechend unzufrieden reagierte Adenauer auf diesen Kompromiß der Westmächte.¹⁶⁹ Am 3. Juli präsentierte er dann der Hohen Kommission seine Einwände – zu einem Zeitpunkt also, als der französische Ministerrat den Kompromiß bereits gebilligt hatte (am 2. Juli). François-Poncet faßte die Beschwerden Adenauers wie folgt zusammen:

„Die vorbereitete Antwort ist ein Rückschritt gegenüber den vorangegangenen Noten; sie ist viel zu entgegenkommend; sie offenbart bei den Franzosen mehr oder weniger verdächtige Absichten, und es ist sehr bedauerlich, daß die Amerikaner und Engländer die Naivität hatten, sich dem anzuschließen. Aber der Kanzler war noch mehr durch

¹⁶⁷ Ebenda, Telegramm Nr. 5676/5686: „Le souhait du Chancelier me paraît être qu'aucune rencontre n'ait lieu avant la ratification des accords par les Etats-Unis et la République fédérale. Il ne verrait pas d'inconvénient à ce que des conversations prennent place après cette date et avant la ratification par le parlement français qu'il pense ne devoir intervenir qu'à l'automne.“

¹⁶⁸ Ebenda, Telegramm Nr. 2937/44 aus London vom 27. Juni, gezeichnet Massigli, S. 2: „Les trois Ministres ont eu d'autre part, souci de tenir compte de l'état d'esprit du chancelier. Sur la proposition de M. Eden, ils ont introduit à la fin du paragraphe 1 une phrase affirmant que les gouvernements occidentaux maintiennent intégralement leurs vues et leurs propositions antérieures. Ils ont estimé, en revanche, qu'il leur était impossible d'approuver l'attitude négative préconisée par le Dr. Adenauer en ce qui concerne le principe même de conversations.“

¹⁶⁹ Dies äußerte Lenz gegenüber Bérard am 1. Juli; siehe ebenda, Telegramm Nr. 6140/45 vom 1. Juli aus Bonn, gezeichnet Bérard. In einem Brief vom 2. Juli an François-Poncet sprach Adenauer sein Mißfallen noch deutlicher aus.

die Tatsache schockiert, daß die drei Minister der Alliierten die Grundzüge ihres Antwortprojekts in London festgelegt hatten, ohne daß die Bundesregierung auch nur durch einen offiziellen Vertreter gegenwärtig gewesen wäre.¹⁷⁰

Gleichzeitig mit der inhaltlichen Diskrepanz wurde hier deutlich, daß von Gleichberechtigung nicht die Rede sein konnte und daß Adenauer diese Zurücksetzung deutlich spürte. Am 4. Juli sind dann in Paris die von Adenauer unterbreiteten Änderungsvorschläge bearbeitet und eine Reihe redaktioneller Änderungen vorgenommen worden.¹⁷¹ Den zentralen Punkt der Antwortnote (Punkt 7) hat man allerdings nicht mehr verändert, sondern nur um den Rückverweis auf den Paragraphen vier der vorliegenden Note ergänzt. Dies war ein mehr formales Zugeständnis – war doch der Punkt 4 auch vorher schon im Projekt enthalten –, das aber Adenauer den Eindruck vermitteln konnte, daß seine Meinung Berücksichtigung gefunden hatte, was als Tatsache für ihn innenpolitisch wichtig war.¹⁷²

Wichtig bleibt hier festzuhalten, daß nach der Unterzeichnung der Westverträge keine sofortige Änderung im Verhalten der Westmächte gegenüber der Bundesrepublik eintrat. Adenauer mußte weiter mit den Hohen Kommissaren verhandeln, nicht aber von gleich zu gleich mit den Außenministern, die sich ohne ihn auf eine gemeinsame Linie einigten, von der Adenauer sie bei allem Nachdruck nicht abbringen konnte. Die wenigen Zugeständnisse, die man machte, sollten dazu dienen, daß Adenauer innenpolitisch das Gesicht wahren konnte. Gerade die Franzosen mißtrauten Adenauer (wie auch umgekehrt), und man kann sich fragen, ob eine frühere und bessere Information nicht viel Ärger und Verstimmung erspart haben könnte. Hätte Adenauer gewußt, daß die Franzosen eigentlich gar keine Verhandlungslösung der deutschen Frage mit den Russen anstrebten, dann hätte er in dieser Frage vielleicht sehr viel gelassener reagieren können.

¹⁷⁰ Ebenda, Telegramm Nr. 6240/47 aus Bonn vom 3. Juli, gezeichnet François-Poncet: „La réponse préparée est un recul sur les notes précédentes; elle est beaucoup trop conciliante; elle y révèle, chez les Français, des intentions plus ou moins suspectes, et il est bien regrettable que les Américains et les Anglais aient eu la naïveté de s’y associer. Mais le Chancelier a été plus encore choqué par le fait que les trois Ministres alliés aient arrêté, à Londres, les termes de leur projet de réponse, sans que le gouvernement fédéral ait eu auprès d’eux un représentant au moins officieux.“

¹⁷¹ Ebenda, ausgehendes Telegramm vom 5. Juli nach Bonn; zur Kenntnisnahme nach London, Washington und Moskau, gezeichnet M. Schumann.

¹⁷² Wie Steininger, *Eine vertane Chance*, (wie Anm. 7) S. 100 f., den Eindruck gewinnen konnte, daß der endgültige Text der Note den Wünschen Adenauers entsprach, bleibt unverständlich. Daß er behauptet, daß „das Thema, wie der ‚Status‘ einer gesamtdeutschen Regierung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aussehen sollte“, nicht mehr erwähnt wurde, ist – mit Blick auf den Punkt acht der Note vom 10. Juli – offensichtlich falsch.

d) Desinteresse und Ausklang nach der letzten sowjetischen Note vom 23. August 1952

In bezug auf die Einschätzung der sowjetischen Note vom 23. August, der Erstellung der letzten westlichen Antwort und der Rolle Adenauers ergab sich im Zeitraum zwischen dem 23. August und dem 23. September nichts grundlegend Neues mehr. Die sowjetische Regierung ging in ihrer Note auf alle bisher erörterten Fragen erneut ein und wiederholte die bereits bekannten Aussagen.¹⁷³ Gleichzeitig nutzte sie die Note, um gegen EVG- und Deutschlandvertrag Front zu machen. Ein neues Element in diesem Notenwechsel war der Vorschlag, die Untersuchungskommission aus Deutschen – mit Zustimmung der vier Mächte – zu bilden. Allerdings nahm man damit einen Vorschlag der DDR vom 15. September 1951 auf, der von der Bundesregierung und den Westmächten abgelehnt worden war. Mit der abschließenden Einladung zu einer Vierer-Konferenz unterbreitete man eine Tagesordnung für eine solche Konferenz, die die von den Westmächten vorgeschlagene Reihenfolge umkehrte. Gleichzeitig wollte man alle Fragen auf derselben Konferenz behandeln. Als erstes sollte „über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland“ verhandelt werden, im Anschluß erst „über die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung“ und schließlich „über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und über die Kommission zur Prüfung der Frage, ob in Deutschland die Voraussetzungen für die Durchführung derartiger Wahlen gegeben seien, über die Zusammensetzung, die Aufgaben und die Vollmachten dieser Kommission“¹⁷⁴. Die Einschätzung der Note durch die Beamten des Quai d’Orsay geht aus einem Zirkulartelegramm vom 25. August hervor. In dem von Maurice Schumann gezeichneten Telegramm wurden die wichtigsten Überlegungen zusammengefaßt.¹⁷⁵

Im ersten Absatz wandte man sich den Propagandaabsichten der Russen zu. In diesem Zusammenhang meinte man, daß die Russen den Eindruck vermeiden wollten, daß ihre Hinweise auf das Potsdamer Abkommen den Wunsch nach einer Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands zum Ausdruck brächten. Weiter hob man hervor, daß die sowjetischen Vorschläge hinsichtlich der Untersuchungskommission und der Beteiligung beider Deutschlands an den Vierer-Verhandlungen dazu bestimmt seien, der deutschen Öffentlichkeit zu schmeicheln.

Im zweiten Absatz führte man aus, daß die Russen versuchten, ihrer Note einen weniger negativen Anstrich zu geben:

¹⁷³ Jäckel (wie Anm. 2) S. 32–35.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 35.

¹⁷⁵ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) ausgehendes Telegramm vom 25. August nach London, Moskau, Den Haag, New York, Washington, Luxemburg, Rom, Bonn, Brüssel und Ottawa, gezeichnet Maurice Schumann.

„Man kann gleichzeitig bei dieser neuen Mitteilung die Sorge der Sowjets hervorheben, nicht zu negativ zu erscheinen und ebenso eine gewisse Uneindeutigkeit über ihren Absichten schweben zu lassen.“¹⁷⁶

Man erkannte dies Bestreben darin, daß die Russen in bezug auf die Neutralisierung Deutschlands ausdrücklich den Beitritt zur NATO ausschlossen, Deutschland aber nicht verweigern wollten, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Staaten zu vereinigen. Hieraus könnte man schließen, daß sie sich nicht gegen eine Zugehörigkeit Deutschlands zur Montan-Union oder dem Europarat stellen wollten. Diese Interpretation sei aber dadurch in Frage gestellt, daß die „Prawda“ noch am 18. August die Montan-Union als „Instrument der Aggression“ dargestellt hätte.¹⁷⁷

Im Punkt drei untersuchte man die wirkliche Bedeutung der russischen Note und kam somit zum Kern der eigenen Einschätzung. Hier hieß es:

„Es ist erlaubt, sich zu fragen, ob die Sowjets unter diesen Umständen nicht einfach versuchen, die Eröffnung einer Konferenz zu provozieren mit der einzigen Absicht, im Westen die Zweifel und Widerstände in der Stunde zu vermehren, in der sich die Frage der Ratifikation der vertraglichen Vereinbarungen im französischen und im deutschen Parlament stellt.“¹⁷⁸

Am Ende dieser Passage sprach man noch die Überlegung aus, daß es den Russen vielleicht nicht mehr darum gehe, Deutschland zu vereinigen, sondern die Ostzone völlig dem Block ihrer Satelliten einzufügen. Das Telegramm schloß mit dem Hinweis, daß es nicht angebracht sei, überhaupt nicht zu antworten, sondern daß man vielmehr an den bisherigen Positionen festhalten solle. Bei der Erarbeitung einer Antwort ergaben sich dann auch keine größeren Komplikationen mehr. Der Text wurde vom 1. September an von der Expertenrunde in London (Etienne de Crouy-Chanel, Frank Roberts und Julius Holmes) entworfen. Nachdem ein erster Vorschlag am 10. September nicht die Zustimmung der Amerikaner gefunden hatte¹⁷⁹, überarbeitete die Arbeitsgruppe einen amerikanischen Gegenvorschlag, der vom 12. September an den beteiligten Regierungen vorlag. Ausgehend von diesem Text einigte man sich ohne größere Mühe auf die definitive Fassung, die bereits am 16. September feststand. In der Note, die schließlich am 23. September in Moskau übergeben wurde, formulierten die Westmächte erneut ihre Vor-

¹⁷⁶ Ebenda, S. 2: „On relève en même temps dans cette nouvelle communication la préoccupation des Soviétiques de ne pas apparaître comme trop négatifs et également de laisser planer un certain équivoque sur leurs intentions.“

¹⁷⁷ Diese Analyse steht der Behauptung Steiningers, Eine vertane Chance, (wie Anm. 7) S. 107, entgegen, der meint, „Moskau verlangte nicht den Austritt aus der Montanunion“.

¹⁷⁸ MAE (wie Anm. 175) S. 3: „Il est permis de se demander si, dans ces conditions, les Soviétiques n'essaient pas simplement de provoquer l'ouverture d'une conférence dans le seul dessein d'accroître chez les Occidentaux les hésitations et les résistances à l'heure où va se poser, devant le Parlement français et allemand, la question de la ratification des accords contractuels.“

¹⁷⁹ Ebenda, Telegramm Nr. 3904 vom 10. September aus London, gezeichnet Massigli.

schläge vom Ablauf einer deutschen Wiedervereinigung, wobei weiterhin freie Wahlen am Anfang des Prozesses stehen sollten. Gleichzeitig nahm die Note zu den Beschuldigungen der Russen in bezug auf NATO, EVG- und Deutschlandvertrag Stellung.¹⁸⁰

Adenauer wurde wieder in der nun schon gewohnten Weise beteiligt. Zwar leitete man ihm und Ernst Reuter jetzt den Text der an die Westmächte gerichteten Note offiziell zu, was beiden ermöglichte, auch offiziell Stellung zu nehmen; an der Gestaltung der Antwort aber beteiligte man Adenauer wegen der Widerstände im Quai d'Orsay und im Foreign Office nicht direkt, wie von den Amerikanern anfangs gewünscht. Am 4. September trug Adenauer seine Ansichten der Hohen Kommission vor. Da es zu keinen Differenzen in der Beurteilung kam, entstanden auch im Zusammenhang mit der letzten westlichen Note keine Spannungen zwischen der Bundesregierung und den Westalliierten. Ernst Reuter teilte am 18. September seine Überlegungen den westlichen Besatzungsmächten schriftlich mit.¹⁸¹

Die Einschätzung der sowjetischen Absichten hatte sich nach der April-Note fundamental gewandelt. Man schloß bei der Analyse der März-Note noch nicht endgültig aus, daß die Russen vielleicht doch den Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands in Gang setzen wollten, auch wenn man die propagandistischen Absichten der Note erkannt hatte. Nach der April-Note glaubte man nicht mehr an einen solchen Willen der sowjetischen Regierung. Damit verschob sich auch der Schwerpunkt bei der Gestaltung der Antwortnoten. Schon bei der zweiten westlichen Note vom 13. Mai spielte die Rücksicht auf die eigene öffentliche Meinung eine wesentliche Rolle. Da nun aber die öffentliche Meinung im Westen (speziell in Frankreich und Deutschland) auf die April-Note in unterschiedlicher Weise reagierte, kam es zu Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagende taktische Marschroute; in der Beurteilung der sowjetischen Absichten war man sich einig. Auf diese Tatsache – und die dadurch erschwerte Redaktion der gemeinsamen Antworten – muß man auch die länger werdenden Zeitabstände bei der Beantwortung der zweiten und dritten sowjetischen Note zurückführen. Das Hauptthema dieses auf die öffentliche Meinung gemünzten Notenwechsels war spätestens ab Mai der Deutschland- und EVG-Vertrag.

Deswegen verdeutlichte das in den Noten Gesagte auch nur zum Teil die wahren Grundhaltungen zur Frage einer deutschen Wiedervereinigung. Für die Haltung der Westmächte noch am aussagekräftigsten war in dieser Hinsicht ihre erste Antwort vom 25. März. Will man nun diese Grundeinschätzung erkennen, muß man sich von den taktischen Aussagen freimachen und versuchen, die dahinterstehenden Absichten zu erfassen. Erst der Vergleich

¹⁸⁰ Jäckel (wie Anm. 2) S. 35–37.

¹⁸¹ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Telegramm Nr. 623 vom 18. September aus Berlin, gezeichnet Noblet.

der östlichen und der westlichen Grundpositionen – wobei die Positionen der drei Westmächte nicht vollständig deckungsgleich waren – kann zeigen, ob es 1952 eine Möglichkeit zur Verständigung in der deutschen Frage, mithin eine Chance zur Wiedervereinigung, gab oder nicht.¹⁸²

Die so oft gestellte Frage nach der Ernsthaftigkeit des Angebots Stalins ist also nicht letztlich entscheidend, sondern die Frage nach seinen Absichten und der anschließende Vergleich mit den Absichten der Westmächte; denn auch für die östliche Großmacht gilt mit größter Wahrscheinlichkeit, daß die Noten nur einen ersten Anhalt zur Erschließung der sowjetischen Grundabsichten geben konnten. Da die Absichten Stalins also weder aus den Noten direkt hervorgehen noch das sowjetische Aktenmaterial zugänglich ist, kann das Ziel dieser Arbeit nur sein, die französische Grundposition anhand der Akten möglichst genau herauszufiltern und zu konkretisieren. Diese Grundposition aber wird nur vor dem Hintergrund der Einschätzung der sowjetischen Absichten hinsichtlich einer deutschen Einigung – unter Hintanstellung der propagandistischen Ziele – deutlich. Dabei kommt es hier erst einmal auf die französische Sicht der Dinge an, da diese zumindest das taktische Verhalten der französischen Diplomaten in hohem Maße mitbestimmt hat.¹⁸³ Jean Sauvagnargues, der Leiter der Unterabteilung Zentraleuropa, der diese Beurteilung verfaßte, ging dabei über eine Analyse der sowjetischen Note hinaus und richtete sein Augenmerk auch auf die Äußerungen der Russen aus den vorangegangenen Jahren und etwa hinsichtlich Österreichs. Sein Ausgangspunkt war ein „Prawda“-Artikel zu Österreich. Dabei entwickelte er folgenden Gedankengang. In der „Prawda“ wurde ein verkürzter Vertragsentwurf der Westmächte im Zusammenhang mit Österreich, der am 13. März 1952 der sowjetischen Regierung zugegangen war, als unzureichend bemängelt.¹⁸⁴ Als zentralen Kritikpunkt der „Prawda“ hob Sauvagnargues folgende Überlegung hervor:

„Der verkürzte Vertrag[sentwurf] ist nach den Redakteuren der ‚Prawda‘ jetzt ein ‚Fetzen Papier, der niemanden zu nichts verpflichtet‘ und der die ‚Vier-Mächte-Verpflichtungen hinsichtlich Österreichs‘ überhaupt nicht erwähnt.“¹⁸⁵

Daraus schloß er, daß es der sowjetischen Regierung auch im Hinblick auf Deutschland darauf ankäme, einer gesamtdeutschen Regierung eine Reihe von Verpflichtungen aufzuerlegen. Solche möglichen Verpflichtungen versuchte er im weiteren aus dem Notenwechsel zu Deutschland und aus den

¹⁸² In der Schlußbetrachtung soll versucht werden, von der Basis des in dieser Studie Erarbeiteten ausgehend, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

¹⁸³ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 26. September (siehe Anhang Nr. 6), in der die sowjetischen Absichten aus französischer Sicht analysiert werden.

¹⁸⁴ Gerald Stourzh, Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages, Graz/Wien/Köln 1975, S. 68–71 zu diesem westlichen Vorstoß; S. 159–161 Text dieses Vorschlages.

¹⁸⁵ MAE (wie Anm. 183) S. 2.

Vorgängen zu Österreich zu erschließen. Der Ausgangspunkt war die Untersuchung der drei Prinzipien, die die sowjetische Regierung – mit Rückgriff auf das Potsdamer Abkommen – in den Noten vom 10. März und vom 23. August für ein vereintes Deutschland aufgestellt hatte. Hier war die Rede von „ein[em] friedliebende[n], demokratische[n], unabhängige[n] und einheitliche[n] deutsche[n] Staat“¹⁸⁶ gewesen.

„Unabhängig“ sei nach Ansicht Sauvagnargues' für die Russen gleichbedeutend mit „neutralisiert“. „Demokratisch“ bezeichne in der sowjetischen Vorstellungswelt einen Komplex politisch-wirtschaftlicher Fragen. Sauvagnargues nannte u. a. die Entnazifizierung, das Verbot faschistischer und militaristischer Parteien und die Maßnahmen gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht. Er meint, daß „Demokratisierung, so verstanden, eindeutig der erste Schritt zur Sowjetisierung“ sei. Einem „friedliebenden“ Staat sollte nur erlaubt werden, „die für die Verteidigung seines Territoriums nötigen Streitkräfte“ zu unterhalten. Diese müßten also in Quantität und Qualität genau begrenzt sein. An diese Überlegungen schloß er die Frage an, wie solche Verpflichtungen überprüft werden könnten, Verpflichtungen, die allgemein und ungenau formuliert wären, um ständig Beanstandungen zu ermöglichen. In dieser Hinsicht ging er davon aus, daß die Russen auf einer Kontrolle in der einen oder anderen Form bestehen würden und sich somit einen Einfluß auf eine gesamtdeutsche Regierung sichern wollten:

„Bei jeder Hypothese ist es offensichtlich die Absicht der Moskauer Regierung, weiterhin die Regierung eines vereinten Deutschlands auf die eine oder andere Weise zu kontrollieren, indem diese mehr oder weniger genau definierten Verpflichtungen unterworfen ist, die genügend Vorwände für sowjetische Einmischung abgeben würden.“¹⁸⁷

Man ging also davon aus, daß die sowjetische Regierung in jedem Falle Einflußmöglichkeiten aufrechterhalten wolle; deswegen hatte man auch von Anfang an in den Antwortnoten und in den inneralliierten Beratungen darauf bestanden, den sowjetischen Vorschlägen das Prinzip einer ungebundenen Regierung eines vereinten Deutschlands entgegenzusetzen. Damit wollte man die sowjetischen Absichten – wie man sie zu erkennen glaubte – im Kern treffen. Wieweit Sauvagnargues hier die sowjetischen Absichten richtig beurteilte, muß offenbleiben, aber daß dies durchaus eine mögliche Interpretation war, kann kaum bestritten werden.¹⁸⁸ Hier ist jetzt zu fragen, wie sich

¹⁸⁶ Jäckel (wie Anm. 2) S. 23 und S. 33.

¹⁸⁷ MAE (wie Anm. 183) S. 5.

¹⁸⁸ Mit der Analyse der sowjetischen Absichten beschäftigten sich vor allem folgende Studien: Alexander Fischer, Anmerkungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik in der Phase der EVG, in: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Hrsg. H.-E. Volkmann/W. Schwengler, Boppard, S. 221–238; Boris Meissner (wie Anm. 29) S. 449–501; Gerd Meyer, Die sowjetische Deutschland-Politik im Jahre 1952, Tübingen 1970; Gerhard Wettig, Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952. Wiedervereinigungsangebot oder Propagandaaktion?, in: Deutschland Archiv 2 (1982) S. 130–148.

die französische Regierung selbst eine mögliche gesamtdeutsche Regierung vorstellte und ob sie tatsächlich an der völligen Handlungsfreiheit einer solchen Regierung interessiert war.

2. Die Haltung des Quai d'Orsay zur Frage der deutschen Einheit im Jahre 1952

Zum Erkennen der Grundhaltung des französischen Außenministeriums kann nicht auf das eine oder andere Dokument zurückgegriffen werden, wie es noch hinsichtlich der Einschätzung der sowjetischen Absichten möglich war. Dennoch kann es gewagt werden, die französischen Absichten zusammenhängend darzustellen, da eine größere Anzahl von Dokumenten immer wieder Elemente der Grundhaltung verrät und da fast alle der entscheidenden Gedanken über den gesamten Zeitraum wiederholt auftauchen. Die folgende Analyse stützt sich also auf die Gesamtheit der internen Beurteilungen, die in diesem Zeitraum angestellt worden sind, wobei auffällt, daß die ersten Untersuchungen im März und dann wieder die Überlegungen im Juni – im Zusammenhang mit dem Vorschlag einer Vierer-Konferenz – besonders aufschlußreich waren. Gleichzeitig muß man bei diesem Versuch die Entwicklungen der vorangegangenen Jahre mit berücksichtigen, ohne die die französische Position unverständlich bliebe.

a) Die wirtschaftlichen, die territorialen und die militärisch-strategischen Implikationen

Mit Hinblick auf die wirtschaftlichen Konsequenzen des von den Russen vorgeschlagenen Friedensvertragsentwurfs gingen die französischen Bedenken von dem Absatz zu den „Wirtschaftlichen Leitsätzen“ aus:

„Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.“¹⁸⁹

Diese Bestimmungen wurden am Quai d'Orsay für diejenigen gehalten, die auf die Deutschen am attraktivsten wirken konnten. Am 14. März hieß es in der Lagebeurteilung der Europaabteilung:

¹⁸⁹ Jäckel (wie Anm. 2) S. 24.

„In dieser Hinsicht würden die Deutschen alles erhalten, was sie sich wünschen können. Sie sehen, wie sich ihnen die osteuropäischen und asiatischen Absatzmärkte ohne Einschränkung öffnen.“¹⁹⁰

Dieser allgemeine Gesichtspunkt des Zugangs zu den osteuropäischen und den asiatischen Märkten wurde an anderer Stelle mit der Vorstellung verknüpft, daß Deutschland gerade auch durch die vorgesehene Liberalisierung des Handels zu einer Drehscheibe im Ost-West-Handel werden könnte, was nicht nur für die deutsche Wirtschaft positiv wäre, sondern was auch alle Handelsbeschränkungen zwischen Ost und West hinfällig machen würde:

„Die entscheidende Bestimmung ist die, die auf die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen zwischen Deutschland und den anderen Ländern zielt. Diese Bestimmung würde aus Deutschland eine ‚Freizone‘ machen und zu einer Aufhebung aller Beschränkungen strategischen Charakters zwischen Ost und West führen.“¹⁹¹

Die Bedenken gegen eine wirtschaftliche Freiheit, die im ganzen nur eine untergeordnete Rolle spielten, wurden von Roland de Margerie in einer Bemerkung während der Gesprächsrunde am 14. März zusammenfassend wiedergegeben:

„Für *Monsieur de Margerie* bedeutet die Abfassung der wirtschaftlichen Bestimmungen das Verschwinden des Schuman-Plans und der gemeinsamen Märkte. Er meint, daß der Vertrag die Vorstellung der Freiheit der [Vorstellung] der Gemeinschaft entgegenstellt.“¹⁹²

Ob die sowjetischen Vorschläge tatsächlich das Ende der deutschen Integration in die westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaften bedeutet hätten – wie hier von Margerie befürchtet –, kann aus dem Notenwechsel nicht mit letzter Gewißheit geschlossen werden. Am Quai d’Orsay glaubte man es noch nach der letzten sowjetischen Note.¹⁹³ Wichtig ist die Erkenntnis, daß die Franzosen an einer völligen Freiheit der deutschen Friedenswirtschaft nicht interessiert waren. Sie hatten seit Kriegsende unaufhörlich auf eine Kontrolle gerade der deutschen Schwerindustrie gedrungen. Auch die Montan-Union war für sie – neben den wirtschaftlichen Perspektiven, die sie eröffnen konnte – vor allem ein Instrument zur Einflußnahme auf die deutsche Schwerindustrie. Die Furcht vor dem deutschen ökonomischen Potential ging – wie Ziebura es ausdrückte – als eines der Leitmotive aus dem „Monnet-Memorandum“ vom 3. Mai 1950 hervor, welches der Initiative zum Schuman-Plan

¹⁹⁰ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 14. März, S. 1: „A cet égard les Allemands obtiendraient tout ce qu’ils peuvent désirer. Ils se voient ouvrir sans limite les débouchés de l’Est européen et asiatique.“

¹⁹¹ Ebenda, Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März, S. 3 (siehe Anhang Nr. 1).

¹⁹² Ebenda, „Compte-rendu“ (wie Anm. 95) S. 6: „Pour *M. de Margerie*, le libellé des clauses économiques suppose la disparition du Plan-Schuman et des marchés communs. Il pense que le traité oppose la notion de la liberté à celle de la communauté.“

¹⁹³ Ebenda, Zirkulartelegamm vom 25. August (wie Anm. 175); siehe auch Anm. 177.

vom 9. Mai 1950 zugrunde lag.¹⁹⁴ Die französische Einflußnahme auf die deutsche Schwerindustrie sollte sich also den Umständen entsprechend wandeln, nicht aber verschwinden; an die Stelle der Kontrolle durch die Internationale Ruhrbehörde auf der Grundlage des Ruhrstatuts von 1949 sollte die internationale Kooperation im Rahmen der Montan-Union treten. Obwohl im Verlauf des Notenwechsels die wirtschaftlichen Implikationen in den Hintergrund traten, kann man nicht annehmen, daß die Franzosen leicht dazu bereit gewesen wären, ihre Einflußmöglichkeiten auf die deutsche Schwerindustrie preiszugeben. In den Antwortnoten wurde auch regelmäßig auf die Bemühungen um eine europäische Integration hingewiesen, die eben neben den EVG-Plänen auch die Montan-Union umfaßte.

Ähnlich wie die wirtschaftlichen Fragen waren auch die territorialen Bestimmungen in den sowjetischen Vorschlägen eindeutig: Die Russen bestanden auf der Endgültigkeit der Potsdamer Beschlüsse. Die Westmächte lehnten dies ab und stellten sich auf den Standpunkt, daß erst in einem Friedensvertrag die territorialen Fragen endgültig geklärt werden könnten.¹⁹⁵ Hinter dieser Argumentation verbargen sich auf französischer Seite zwei Gedankengänge. Zum einen bedeuteten die Potsdamer Beschlüsse für Frankreich die Aufgabe des Saarlandes¹⁹⁶, zu der man 1952 nicht ohne weiteres bereit war. Zum anderen befürchtete man, daß die Deutschen die endgültige Festlegung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze nicht hinnehmen würden und daß somit eine deutsche Irredenta-Bewegung entstehen könnte:

„Die Gefahr ist, daß dieses Deutschland [...] eines Tages versucht sein könnte, sich mit der UdSSR zu verbinden und [so] den Versuch von Rapallo oder von 1939 zu wiederholen, um seine Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zurückzugewinnen.“¹⁹⁷

Die Russen würden also – im Gegensatz zu den Franzosen – ein territoriales Faustpfand in der Hand behalten, was ihnen ermöglichen könnte, Deutschland auf ihre Seite zu ziehen. Allerdings erkannte man in Paris auch,

¹⁹⁴ Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 195–200. Zur Ruhrfrage Raymond Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951, in: HZ 228 (1979) S. 317–334. Zur Gründungsgeschichte der Montan-Union und den damit verbundenen Kontrollabsichten der Franzosen siehe jetzt auch den Beitrag von John Gillingham, Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans, in: VfZ 35 (1987) S. 1–24.

¹⁹⁵ Man bezog sich auf den Absatz 6 des Potsdamer Abkommens, siehe Sieglar (wie Anm. 14) S. 42.

¹⁹⁶ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März, S. 2, hielt diesen Punkt bereits fest (siehe Anhang Nr. 1). Siehe auch Raymond Poidevin, La question de la Sarre, (wie Anm. 69).

¹⁹⁷ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Generaldirektion Politik vom 12. März, S. 1 (siehe Anhang Nr. 2). Im selben Dokument etwas weiter unten (S. 1 f.) wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß auch Westdeutschland alles unternehmen werde, um die verlorenen Ostgebiete zurückzugewinnen. „[...] par tous les moyens l'Allemagne occidentale cherchera à rentrer en possession des provinces perdues.“

daß der Spielraum hier für die sowjetische Regierung – etwa für eine Verständigung mit Deutschland über Polen hinweg – gering war, weil dadurch das ganze Gefüge der Ostblockstaaten in Bewegung geraten konnte:

„Man kann ohne Zweifel behaupten, daß die Sowjets, indem sie einem zukünftigen Deutschland die unter polnische Verwaltung gestellten Gebiete verweigern, sich für jeden Moment die Möglichkeit zur Erpressung und zu einer deutsch-russischen Verständigung zum Nachteil Polens offenhalten. Es ist nicht weniger deutlich, daß auf diesem Felde die Moskauer Regierung gegenwärtig nicht sehr weit gehen wollen oder können. Wenn sie anders gehandelt hätte, hätte sie ihre Politik gegenüber den Satelliten-Staaten, die schon durch die Perspektive einer deutschen Wiederbewaffnung beunruhigt sein müssen, völlig durcheinandergebracht.“¹⁹⁸

Das französische Streben nach einem Offenhalten der territorialen Frage entsprang also weniger der Akzeptierung deutscher Ansprüche als dem Wunsch, nicht von der Lösung der territorialen Frage ausgeschlossen zu werden. Die deutsche öffentliche Meinung sollte annehmen, daß diese Frage nur mit Hilfe der Westmächte im deutschen Sinne zu lösen sei. Gleichzeitig versprach auch das Festhalten an diesem Punkt in den Antwortnoten eine positive Wirkung in der Auseinandersetzung um die Gunst der deutschen Öffentlichkeit, da die Russen starr an ihrer – damals für keine wichtige politische Kraft Westdeutschlands annehmbaren – Position festhielten.

Die militärischen Bestimmungen der sowjetischen Vorschläge setzten sich aus zwei Elementen zusammen. Erstens sollte Deutschland gestattet werden, „eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind“¹⁹⁹. Hinsichtlich der Stärke dieser Streitkräfte wurden in der ersten Note keine weiteren Angaben gemacht. In der April-Note wurde in diesem Zusammenhang auf die sowjetischen Vorschläge im Falle Japans hingewiesen²⁰⁰, was bedeutete, daß die Russen nur an vergleichsweise schwache nationale Streitkräfte dachten. Die Produktion des notwendigen Kriegsmaterials sollte Deutschland gleichfalls gestattet werden.

Zweitens hieß es, „sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländische Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.“²⁰¹

¹⁹⁸ Ebenda, Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 14. März, S. 1: „On ne peut sans doute prétendre que les Soviétiques en refusant à la future Allemagne les régions placées sous l'administration polonaise, se réservent à tout moment des possibilités de chantage et d'accord germano-russe au détriment de la Pologne. Il n'en demeure pas moins [sûr] qu'actuellement dans ce domaine, le gouvernement de Moscou n'a pas voulu ou n'a pas pu aller très loin. S'il avait agi différemment, il aurait bouleversé sa politique vis-à-vis des États satellites que la perspective du réarmement allemand doit déjà inquiéter.“

¹⁹⁹ Jäckel (wie Anm. 2) S. 24.

²⁰⁰ Siehe Anm. 115.

²⁰¹ Jäckel (wie Anm. 2) S. 23.

Beide Bestimmungen waren für die Franzosen von großer Bedeutung und gaben Anlaß zu starken Bedenken. Die Reaktionen zeigten mit aller Deutlichkeit das sicherheitspolitische Dilemma, in dem sie sich 1952 befanden. Die beiden Elemente wurden bereits in der Analyse der Europaabteilung vom 11. März und auch in der Gesprächsrunde vom 14. März hervorgehoben.²⁰² Auf der einen Seite belebte die Vorstellung einer neuen deutschen Nationalarmee die noch kaum oder nur teilweise überwundene Angst vor Deutschland. Verstärkt wurde diese Sorge durch den russischen Vorschlag, der auf eine Amnestie „aller ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale“ zielte.²⁰³ Auch darf man nicht das französische Engagement innerhalb der Union française vergessen, das bedeutende Teile der französischen Armee – 1952 besonders in Indochina, aber auch in Nordafrika – band. Auf der anderen Seite befürchtete man eine nicht vertretbare Schwächung der westlichen Verteidigung für den Fall, daß die Besatzungstruppen aus Deutschland abgezogen werden sollten und es außerdem zu keinem westdeutschen Beitrag zur westlichen Verteidigung kommen sollte. Man war besorgt, daß die Amerikaner in einen neuen Isolationismus zurückfallen und daß sie sich in Europa möglicherweise auf Basen an der Peripherie des Kontinents zurückziehen könnten.²⁰⁴ In der Lagebeurteilung vom 11. April durch die Europaabteilung, die auf den sowjetischen Hinweis auf Japan einging, hieß es:

„Die Note vom 10. März hatte in zahlreichen Milieus die Vorstellung erweckt, daß die UdSSR die Absicht hätte, eine besonders starke deutsche Nationalarmee zu schaffen, die sich eines Tages der sowjetischen Armee annähern könnte, um so die Allianz zwischen Deutschland und der UdSSR vorzubereiten. Man kann sich fragen, ob die Moskauer Regierung durch den Hinweis auf die von Gromyko gemachten Vorschläge in bezug auf die japanische Armee den drei Westmächten nicht eine Idee von der Stärke einer zukünftigen Nationalarmee hat geben wollen. Die von Gromyko vorgebrachten Zahlen (175 000 Mann für das Heer, 25 000 für die Marine, 20 000 für die Luftwaffe) sind eindeutig dazu bestimmt, die zutage tretenden Ängste zu zerstreuen. Gleichzeitig ist es für die Alliierten unmöglich, den Sowjets zu antworten, daß sie die Bildung einer Art Vakuum in der Mitte des Kontinents zulassen wollen.“²⁰⁵

²⁰² MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März (siehe Anhang Nr. 1) und „Compte-rendu“ (wie Anm. 95).

²⁰³ Jäckel (wie Anm. 2) S. 24 (Politische Leitsätze Nr. 6).

²⁰⁴ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 25. Juni, S. 3: „Aussi, est-il important de souligner que la neutralisation de l'Allemagne remettrait en cause l'ensemble des plans de défense de l'Occident et conduirait à l'abandon de la stratégie de défense continentale sur laquelle ils sont fondés.“

²⁰⁵ Ebenda, Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. April, S. 1: „La note du 10 mars avait éveillé dans de nombreux milieux l'appréhension que l'URSS n'eût l'intention de reconstituer une armée nationale allemande particulièrement forte qui pourrait, un jour ou l'autre, se rapprocher de l'armée soviétique pour préparer l'alliance entre l'Allemagne et l'URSS. On peut se demander si, en rappelant les propositions faites par M. Gromyko en ce qui concerne l'armée japonaise, le gouvernement de Moscou n'a pas voulu donner aux trois Puissances occidentales une idée de l'importance que devrait avoir la future armée nationale. Les chiffres mis

Damit traten jetzt am Quai d'Orsay die Befürchtungen hinsichtlich der westlichen Sicherheit gegenüber den Sorgen vor einer neuen deutschen Nationalarmee in den Vordergrund. Insgesamt sah man 1952 nur einen schmalen Grat, auf dem ein Ausweg aus der Zwangslage der doppelten französischen Besorgnisse vor einerseits der Roten Armee und andererseits der Möglichkeit einer neuen deutschen Nationalarmee gefunden werden konnte. Als einzig gangbare Lösung erschien die Vorstellung, westdeutsche Truppen so in das westliche Verteidigungsbündnis einzubinden, daß sie auf der einen Seite Schutz gegen die Rote Armee gewähren und auf der anderen Seite aber auf keinen Fall selber zu einer Bedrohung Frankreichs werden konnten. Die Frage der deutschen Wiederbewaffnung war in Frankreich ein äußerst heikles Problem, bei dem man auf die völlig gespaltene öffentliche Meinung Rücksicht nehmen mußte. Denn obwohl einige Militärs schon früh von der Unvermeidbarkeit einer deutschen Wiederaufrüstung überzeugt waren²⁰⁶, hatte man erst 1950 – unter starkem amerikanischen Druck nach dem Ausbruch des Korea-Krieges – der Lösung dieses Problems durch die Schaffung einer integrierten europäischen Armee (Pleven-Plan vom 26. Oktober 1950) zugestimmt, weil man hoffte, so die nötige Zustimmung in der französischen Öffentlichkeit finden zu können. Hier zeigte sich besonders deutlich, daß die europäische Integration für die Franzosen eben auch Kontrolle und Einflußnahme auf die Entwicklung in Deutschland bedeutete, auf die man nicht verzichten wollte.

b) Die gesamtpolitische Bewertung der Frage der deutschen Einheit

Einen ersten Hinweis auf die Einordnung des Problems gab der bereits zitierte Anfangsparagraph der ersten Lagebeurteilung vom 11. März durch die Europaabteilung, in dem eine Verbindung zwischen der Situation Europas und der Situation Asiens hergestellt wurde.²⁰⁷ Am 14. März wurde erneut darauf hingewiesen, daß das deutsche Problem in den europäischen und mög-

en avant par M. Gromyko (175 000 hommes pour l'armée de terre, 25 000 hommes pour la marine, 20 000 hommes pour l'armée de l'air) sont évidemment destinés à dissiper les craintes qui se sont fait jour. En même temps, il est impossible aux trois Alliés de répondre aux Soviétiques qu'ils veulent laisser se créer au centre du continent une sorte de vacuum.“

²⁰⁶ Siehe Guillen (wie Anm. 68) und Pierre Billotte, *Noch ist es Zeit: Kritik und Vorschläge zur Verteidigung des Westens*, Baden-Baden 1951. Pierre Billotte war 1946 stellvertretender Chef des Generalstabs der französischen Streitkräfte. Ab Oktober 1947 gehörte er zur französischen Delegation bei der UNO und setzte sich hier früh für eine gemeinsame Verteidigung des Westens ein. Die zitierte Schrift verfaßte er 1948 in New York und veröffentlichte sie 1950 nach seinem Austritt aus der Armee. Ab 1951 gehörte er der gaullistischen Fraktion in der Nationalversammlung an. In seiner Schrift trat er für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag ein. Ebenfalls für einen solchen westdeutschen Beitrag sprachen sich die Generale Ely und Stehlin in einem Brief an den Präsidenten des Ministerrats und den Verteidigungsminister im Jahre 1948 aus. Siehe Elgey (wie Anm. 48) Bd. II, S. 215.

²⁰⁷ Siehe Anhang Nr. 1.

licherweise auch in den Rahmen der Weltpolitik gehöre.²⁰⁸ Ausführlicher wurde dieser Zusammenhang von Jean Sauvagnargues am 25. Juni durchdacht. Hier zeigte sich, wie er ihn verstand:

„Es bleibt das letzte Argument zu untersuchen, wonach die Beendigung der Teilung Deutschlands für sich selbst genommen ein wichtiges Ziel darstellt, um die Entspannung zwischen Ost und West zu sichern. Es ist die Teilung der Welt und ihre Aufteilung in zwei feindliche Systeme, die der tiefere Grund der gegenwärtigen Spannung ist. Die Teilung Deutschlands ist nur die Folge davon. Sie resultiert daraus, daß keiner der beiden Blöcke akzeptieren kann, Deutschland, dessen Potential eine entscheidende Unterstützung darstellen kann, in den Bannkreis seines Rivalen gleiten zu lassen. Diese Teilung stellt also einen stabilen Faktor dar, der nicht an sich konfliktauslösend ist, obwohl er natürlich dazu Gelegenheit geben könnte.“²⁰⁹

Sah man den Zusammenhang so, dann konnte man allerdings von der isolierten Behandlung der deutschen Frage keine wirklichen Ergebnisse erwarten. Man würde sich mit den Symptomen beschäftigen, ohne die Ursachen zu bedenken. Man versprach sich ja auch am Quai d'Orsay von Verhandlungen mit den Russen – begrenzt auf die deutsche Frage – sehr wenig.²¹⁰ Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß man grundsätzlich davon ausging, eine Lösung der deutschen Frage nur durch Verhandlungen mit den Russen zu erreichen. Auch Sauvagnargues betonte dies am 25. Juni:

„Es ist seit drei Jahren ein leitendes Prinzip der französischen Deutschlandpolitik, die Möglichkeit eines Dialogs mit der UdSSR über das deutsche Problem zu erhalten.“²¹¹

Man ging also am Quai d'Orsay von einem weltweiten Problem aus, das nicht durch Teilarrangements zu lösen war. Die deutsche Frage als eine Folge der weltweiten Blockbildung war somit nur in einem weltweiten Entspannungsprozeß zu regeln.

Mit Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Deutschland im Anschluß an die sowjetische Initiative unterschieden die französischen Diplomaten zwei Möglichkeiten für den Fall einer deutschen Einigung. Einmal konnte es zu einer Rückkehr zur Vier-Mächte-Kontrolle kommen, die man wegen des ungewissen Ausgangs für wenig erstrebenswert hielt. Außerdem war in ihren Augen nach der Gründung einer – selbst unter Vier-Mächte-Kontrolle stehenden – gesamtdeutschen Übergangsregierung kein Zurück zur „Weststaat“-Lösung mehr möglich:

²⁰⁸ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 14. März, S. 4.

²⁰⁹ Ebenda, Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 25. Juni, S. 3 f. (siehe Anhang Nr. 5).

²¹⁰ Ebenda, S. 4.

²¹¹ Ebenda, S. 1; ähnlich Lagebeurteilung der Generaldirektion Politik vom 12. März, S. 2 (siehe Anhang Nr. 2).

„Hier handelt es sich um eines der zentralen, vielleicht um das zentrale Problem. Ist eine zentrale Regierung einmal geschaffen, wird es tatsächlich sehr schwierig umzukehren und erneut eine Regierung Westdeutschlands zu gebären, und wir wären dennoch nicht sicher, ob je ein irgendwie gearteter Vertrag zustande käme.“²¹²

Gleichzeitig sah man auch eine solche Übergangsregierung starkem sowjetischen Druck ausgesetzt, schon allein wegen der deutschen Ostgebiete.

Die zweite Möglichkeit bestand in der Neutralisierung Deutschlands. Dies hieß für die Franzosen nicht nur die Aufgabe der eigenen Einflußmöglichkeiten auf Deutschland und die negativen Auswirkungen auf das westliche Verteidigungsbündnis, sondern vor allem die Angst vor einer für Frankreich unberechenbaren deutschen Politik in der Folgezeit. Ein neutralisiertes Deutschland würde – alle diese Begriffe tauchten häufig auf – zum Schiedsrichter in Europa werden, eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West treiben oder in Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten. Immer wieder wurden diese Ängste mit der Rapallo-Politik und dem Hitler-Stalin-Pakt des Jahres 1939 in Verbindung gebracht. Dabei ging es gar nicht um einen konkreten Vergleich der Bedingungen der Jahre 1922, 1939 und 1952, sondern um eine Namensgebung für die Angst vor einer deutsch-russischen Verständigung.²¹³ Dieser ganze Komplex von Sorgen steckte bereits in einer Bemerkung vom 11. März, die hier beispielhaft für viele vergleichbare Äußerungen zitiert werden soll:

„Es ist sicher, daß die Unterzeichnung eines solchen Instruments [das sowjetische Projekt eines Friedensvertrages] aus unserer Sicht außerdem die Konsequenz hätte, Deutschland in einem von den amerikanischen Truppen verlassenem und der sowjetischen militärischen Bedrohung ausgesetztem Europa zum Schiedsrichter zu machen.“²¹⁴

Beide Möglichkeiten bedeuteten mithin für die französischen Diplomaten eine Zunahme des sowjetischen Einflusses in Europa und eine Aufwertung der Position Deutschlands. Man war deswegen weder zu einer Vierer-Kontrolle noch zur Hinnahme einer Neutralisierung Deutschlands bereit. Ein von Margerie vorgebrachter Teilaspekt war in diesem Zusammenhang interessant: nämlich die Vorstellung, daß eine Neutralisierung Deutschlands und Österreichs praktisch den „Anschluß“ bedeuten würde.²¹⁵ Man sah sich also mit

²¹² Ebenda, Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 14. März. S. 3 f.: „Il y a là un problème capital, peut-être même le problème capital. Une fois que le gouvernement central aura été constitué, il sera, en effet, bien difficile de revenir en arrière, de donner de nouveau naissance à un gouvernement de l'Allemagne occidentale et nous ne serons pas sûrs, pour cela, qu'un traité quelconque voit jamais le jour.“

²¹³ Zum „Rapallo-Komplex“ in Frankreich siehe Renata Fritsch-Bournazel, Rapallo: naissance d'un mythe: La politique de la peur dans la France du bloc national, Paris 1974.

²¹⁴ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März, S. 4 (siehe Anhang Nr. 1).

²¹⁵ Ebenda, „Compte-rendu“ (wie Anm. 95) S. 2.

der Möglichkeit eines unberechenbaren und großen neutralisierten Blocks in Mitteleuropa konfrontiert.

Eine Einigung Deutschlands erschien zu diesem Zeitpunkt gefährlich und in keiner Form erstrebenswert. Dies hieß aber nicht, daß man grundsätzlich und definitiv gegen eine Wiedervereinigung war, nur eben nicht unter den Bedingungen des Jahres 1952 und nicht um den Preis einer deutschen Neutralität. François Seydoux meinte hinsichtlich dieser Frage am 19. April:

„Man behauptet, wir befänden uns vor der Alternative: Integration oder Einigung. Wenn die Einigung zuerst eintritt, ist die Integration möglich, aber zweifelhaft. Wenn die Integration zuerst stattfindet, ist die Einigung nicht deswegen ausgeschlossen; sie kann sich verzögern, aber sie ist unvermeidbar.“²¹⁶

Damit kommt man nun der französischen Position des Jahres 1952 einen Schritt näher. An einer Einigung Deutschlands über kurz oder lang zweifelten die – selber national denkenden – französischen Diplomaten nicht. Es galt nur, die Einigung in ihrem Sinne zustande zu bringen. Hier wiederum bot die europäische Integration Westdeutschlands den Ansatz. Ein geeintes Deutschland sollte fest in den Westen eingebunden werden. Da ein jetzt geeintes Deutschland möglicherweise sehr viel weniger Interesse an der Integration haben könnte, galt es die Integration des danach strebenden Westdeutschlands vorher abzuschließen. An dieser Stelle ordneten sich nun auch die letzten französischen Vorbehalte in den Verhandlungen um EVG- und Deutschlandvertrag ein. Mittelpunkt des französischen Konzepts war die sogenannte Bindungsklausel im Deutschlandvertrag. Mit ihr sollte auch ein später zu schaffender gesamtdeutscher Staat auf die Westbindung verpflichtet werden.²¹⁷ In einer Analyse vom 20. Juni wurde dies expressis verbis gesagt:

„In den vorangegangenen Noten haben wir unterstrichen, daß diese Regierung die nötige Freiheit haben müsse, um das deutsche Volk wirklich in den Verhandlungen um den Friedensvertrag vertreten zu können. In Wirklichkeit gehen unsere Anliegen sehr viel weiter. Wir wünschen, daß diese Regierung durch die vorher von der Bundesregierung abgeschlossenen europäischen Verpflichtungen gebunden ist. Anders gesagt, wir

²¹⁶ Ebenda, Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 19. April, S.2: „On prétend que nous nous trouvons en présence de l'alternative: intégration ou unification. Si l'unification intervient la première, l'intégration est possible, mais douteuse. Si l'intégration a lieu d'abord, l'unification n'est pas, pour cela, exclue; elle peut tarder; mais elle est inévitable.“

²¹⁷ Die Bindungsklausel (Artikel 7 Abs. 3 des Deutschlandvertrages) lautet: „Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands – vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung – werden die Drei Mächte die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereintes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den Drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt.“ Zitiert nach Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972, S. 211. Das Bekanntwerden dieser Klausel löste in Deutschland heftige Reaktionen aus; siehe Schwarz, Adenauer, (wie Anm. 30) S. 925–936.

begnügen uns nicht damit, für diese Regierung eine volle Wahlfreiheit zu fordern; wir wollen sie von vornherein durch die Anerkennung der Verträge, die sie nicht selber abgeschlossen hat, binden.“²¹⁸

Man strebte also eine Erhaltung des eigenen Einflusses auf Westdeutschland und möglichst auf ein zu schaffendes Gesamtdeutschland an. Daß dies keine Basis für Verhandlungen mit den Russen darstellte, gestand man sich selber im Nachsatz ein:

„Man soll sich nicht verhehlen, daß eine solche Haltung die Gefahr birgt, uns an einem Konferenztisch in eine unterlegene Position zu bringen.“²¹⁹

Insgesamt wollte der Quai d’Orsay 1952 weder die westliche Verteidigung noch die Integration Westdeutschlands gefährden. An eine Lösung der deutschen Frage glaubte man nur bei einer weltweiten Entspannung. Vorher aber wollte man die westdeutsche Integration – die man an sich schon nicht für eine ideale Lösung hielt – auf jeden Fall vollenden, bei Hinnahme einer fort-dauernden Teilung Deutschlands, die man für die weniger gefährliche Lösung ansah:

„Keine Formel hinsichtlich Deutschlands wird uns je genügen. Es gibt eine, für die wir uns dennoch ausgesprochen haben. Wir könnten sie nur aufgeben, wenn weltweit eine andere Lösung Konsequenzen von großer Tragweite und eine wahrhafte Entspannung zwischen Ost und West mit sich brächte.“²²⁰

3. Die Behandlung der Frage im Ministerrat

Die letzten Entscheidungen über die Antwortnoten und somit über die einzunehmende Haltung traf in Frankreich der Ministerrat, der sich in den Monaten März bis September 1952 zwölfmal mit dieser Frage beschäftigte.²²¹

²¹⁸ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 20. Juni, S. 2: „Dans nos notes précédentes, nous avons souligné que ce gouvernement devrait avoir la liberté nécessaire pour représenter valablement le peuple allemand dans les négociations relatives au traité de paix. En réalité, nos préoccupations vont plus loin que cela. Nous désirons que ce gouvernement soit lié par les engagements européens que la République fédérale aurait antérieurement contractés. Autrement dit, nous ne nous contentons pas de demander pour ce gouvernement une pleine liberté de choix; nous voulons le lier à l’avance par respect d’engagements qu’il n’aurait pas lui même conclus.“

²¹⁹ Ebenda, S. 2: „Il ne faut pas se dissimuler que pareille attitude risque de nous placer en position d’infériorité à la table d’une conférence.“

²²⁰ Ebenda, Lagebeurteilung der Generaldirektion Politik vom 12. März, S. 4 (siehe Anhang Nr. 2).

²²¹ Da die Protokolle der Ministerratssitzungen der Forschung noch nicht zugänglich sind (60jährige Sperrfrist), bildet das veröffentlichte Tagebuch des ersten Präsidenten der IV. Republik, Vincent Auriol (wie Anm. 5), S. 201–565, die entscheidende Grundlage dieses Teils. Auriol zeichnete von jeder Sitzung des Ministerrats seine Eindrücke und die – für ihn – bedeutsamen Ausführungen der unterschiedlichen Minister auf. Aufgrund dieser Quellenlage lassen sich im wesentlichen die Meinungen Robert Schumans und Vincent Auriols vergleichen.

Dabei war die amtierende Regierung Pinay nach der zweiten Regierungskrise des Jahres 1952 nur zwei Tage vor der sowjetischen Initiative vom 10. März an die Regierung gekommen. Die Vorgängerregierung (Edgar Faure) war am 29. Februar nach nur 40 Tagen im Amt zurückgetreten. Sie war an denselben Budgetproblemen gescheitert wie schon die vorangegangene Regierung René Pleven, die am 7. Januar zurückgetreten war. Nachdem die Lissabonner NATO-Tagung Ende Februar 1952 die finanziellen Verpflichtungen Frankreichs an den gemeinsamen Verteidigungsbemühungen des Westens endgültig festgelegt hatte, war der Fehlbetrag im Budget noch einmal um 125 Milliarden Francs gestiegen, was die Regierung Faure dazu zwang, eine 15%-Steuererhöhung zu fordern. Nachdem sich noch alle Parteien – mit Ausnahme der Kommunisten – für die Erhöhung der Militärausgaben ausgesprochen hatten, erhielt die Regierung Faure keine Mehrheit mehr für ihre Pläne zur Steuererhöhung. In der Regierungskrise Anfang März versuchte erst der Konservative Paul Reynaud, eine Regierung auf breiter parlamentarischer Basis zu bilden, was an der Zurückhaltung der Sozialisten scheiterte. Nachdem weitere prominente Politiker es abgelehnt hatten, den Versuch einer Regierungsbildung zu unternehmen, griff Auriol auf Antoine Pinay zurück, der vorher nicht zu den bestimmenden Politikern der IV. Republik gezählt hatte²²², obwohl er seit 1950 den wechselnden Regierungen als Minister für Transport und öffentliche Arbeiten (Transport et Travaux publics) angehört hatte. Die Beauftragung des Gemäßigten Pinay mit der Regierungsbildung und noch mehr sein Erfolg bei der Wahl zum Präsidenten des Ministerrats in der Nationalversammlung (Investitur) am 6. März (die Regierungsbildung folgte dann am 8. März) werden in der Regel als überraschend dargestellt.²²³

Dagegen steht die von Edgar Faure und vorher schon von Pierre-Oliver Lapie vertretene Meinung, daß Pinay sich auf diese Aufgabe vorbereitet habe.²²⁴ Ohne diese Frage hier klären zu können, bleibt festzustellen, daß seine Investitur mit einer knappen Mehrheit (324 bei mindestens erforderlichen 314 Stimmen) erfolgte und daß er diesen Erfolg den Stimmen von 27 Abgeordneten der gaullistischen Fraktion verdankte.²²⁵ In der neuen Mitte-Rechts-Re-

²²² Interessant die Darstellung Auriols von der Regierungsbildung gegenüber Massigli vom 21. März (ebenda, S. 222 f.).

²²³ Zu Pinay siehe Sylvie Guillaume, Antoine Pinay: Ou la confiance en politique, Paris 1984. Zu seiner Regierungsübernahme z. B. Rioux (wie Anm. 47) Bd. II, S. 10 f.

²²⁴ Edgar Faure; Mémoires: Bd. II: „Avoir toujours raison ... c'est un grand tort“, Paris 1982, S. 395 f. und Pierre-Oliver Lapie, De Léon Blum à de Gaulle: Le caractère et le pouvoir, Paris 1971, S. 427–434.

²²⁵ Damit kam es zum ersten öffentlichen Auseinanderbrechen der RPF-Fraktion. Da nach den neuesten Untersuchungen auch der Gegensatz zwischen Jacques Soustelle (dem Fraktionsvorsitzenden) und de Gaulle schon während der Regierungskrise im Januar zutage trat (Jean Lacouture, De Gaulle: Bd. II: Le politique 1944–1959, Paris 1985, S. 380–384) und nicht erst im Dezember 1952, war dieses Abstimmungsverhalten ein Zeichen für eine offene Krise beim RPF.

gierung blieb Robert Schuman Außenminister, und René Plevin übernahm erneut das Verteidigungsministerium. Allerdings war die Stellung Schumans geschwächt. Auriol hatte auf seine Ablösung gedrängt, worauf Pinay im Laufe der Verhandlungen, die der Regierungsbildung vorausgegangen waren, verzichtet hatte.²²⁶ Allerdings hatte Schuman dadurch mehr Spielraum, daß Pinay selbst sich in erster Linie den innen- und finanzpolitischen Problemen zuwandte; Pinay hatte das Finanzministerium mitübernommen. In seiner Rede vor der Nationalversammlung anlässlich seiner Investitur ging er dann auch nur am Rande auf die Außenpolitik ein. Seine Prioritäten brachte er dabei mit folgendem Satz deutlich zum Ausdruck: „Wenn der Franc seinen Platz wieder eingenommen haben wird, dann wird auch Frankreich seinen Rang schnell wiedergewinnen.“²²⁷

Das Hauptproblem für die Europa- und Deutschlandpolitik der Regierung Pinay/Schuman bestand in der parlamentarischen Konstellation. Die knappe Mehrheit, die sich am 19. Februar für eine Fortsetzung der Verhandlungen um EVG- und Deutschlandvertrag ausgesprochen hatte (327 gegen 287 Stimmen, bei 7 Enthaltungen), entsprach nicht der ebenfalls knappen Mehrheit, die am 6. März für Pinay gestimmt hatte. Bei einer möglichen Abstimmung über die Fragen der Europa- und Deutschlandpolitik konnte die Regierung Pinay nicht auf die Stimmen der sie ansonsten unterstützenden Gaullisten rechnen. Auch 35 von den Parteifreunden Pinays (den Gemäßigten) hatten am 19. Februar gegen die Pläne der Regierung Faure gestimmt. Hier war es – wegen der fehlenden Fraktionsdisziplin – mehr als fragwürdig, wie viele jetzt der Regierung Pinay ihre Stimme geben würden.²²⁸ So hätte Pinay bei einer solchen Abstimmung auf die Zustimmung der sozialistischen Fraktion bauen müssen, die gegen seine Investitur gestimmt hatte und die seine finanzpolitische Linie angriff. Darüber hinaus hatte es schon Edgar Faure die größte Mühe gekostet, die Sozialisten im Februar zu einer weiteren Zustimmung zur EVG zu bewegen. Trotz der Aufnahme der Bedenken der Sozialisten in den Leitantrag der Regierung war es zu einer Abspaltung von 20 Abgeordneten gekommen, die gegen die Partei- und Fraktionsdisziplin verstoßend am 19. Februar gegen den Leitantrag der Regierung gestimmt hatten.²²⁹ Man kann daraus schließen, daß die Regierung Pinay zwar eine Mehrheit für in-

²²⁶ Auriol (wie Anm. 5) ging am 19. März (S. 213) gegenüber René Mayer, am 21. März (S. 223) gegenüber Massigli, am 26. April (S. 285) in einem Gespräch mit Pinay und am 16. Mai (S. 339) erneut gegenüber Massigli auf die Schwäche Schumans ein.

²²⁷ Guillaume (wie Anm. 223) S. 95: „Lorsque le franc aura repris sa place, la France aura vite retrouvé son rang.“

²²⁸ Ebenda, S. 98. Aufschlußreich war auch das Abstimmungsverhalten im Rat der Republik zur Montan-Union. Trotz Pinays Einsatz vor der Kammer für das Projekt, das am 25. März 1952 mit einer Mehrheit von 182 zu 32 Stimmen angenommen wurde, hatten sich 26 der 47 Senatoren der Gemäßigten der Stimme enthalten.

²²⁹ Quillot (wie Anm. 55) S. 475–502.

nenpolitische Maßnahmen – besonders zur Sanierung der Staatsfinanzen – hatte, es aber nicht darauf ankommen ließ zu erproben, ob sie auch eine Mehrheit zur Fortführung der bisherigen Europa- und Deutschlandpolitik hatte. Die Erkenntnis der Ungewißheit einer solchen Mehrheit war wohl auch der entscheidende Grund für das Vermeiden jeder Debatte zur Europa- und Deutschlandpolitik in diesen neun Monaten; man wollte die Innenpolitik nicht durch eine mögliche Abstimmungsniederlage über außenpolitische Themen gefährden.²³⁰ So brachte die Regierung Pinay die im Mai unterzeichneten Verträge bis zu ihrem Rücktritt im Dezember 1952 nicht im Parlament ein. Als Grund führte man an, daß man erst die Ratifikation anderer Staaten abwarten wolle.

Dieses Argument war sowohl ein Vorwand für das Aufschieben wie auch symptomatisch für das Verhalten der Regierung in der geschilderten Situation. Der Wunsch, eine solche Debatte zu vermeiden, ging direkt aus Ausführungen Auriols gegenüber dem Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung Jacques Bardoux vom 1. Juli hervor. Auriol meinte, daß eine solche Debatte zu einer Regierungskrise führen könnte und daß man vor allem nicht vor den Deutschen abstimmen sollte, um diesen keinen Vorwand zu Ablehnung zu liefern. Da man im Ministerrat beschlossen habe, die Verträge erst nach den amerikanischen Wahlen (vorgesehen für den 4. November 1952) und der Ratifikation durch die Bundesrepublik dem Parlament vorzulegen, sollte nun auch im Parlament jede Anfrage (Interpellation) zu diesem Thema unterbleiben.²³¹ Nur vor diesem Hintergrund läßt sich die Behandlung der Frage im Ministerrat verstehen, der in diesem Zusammenhang nur einen begrenzten Handlungsspielraum besaß.

Die Regierung führte den Kurs der Vorgänger-Regierungen fort, ohne sich einer parlamentarischen Mehrheit sicher zu sein, aber auch ohne die Möglichkeit, mit der neuen Mehrheit eine einheitliche, neue Deutschlandpolitik einleiten zu können. Robert Schuman, der im Sinne der Analysen des Quai

²³⁰ Zum selben Ergebnis kommt Jean-Pierre Rioux, *Die französische öffentliche Meinung und die EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerung?*, in: *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*, (wie Anm. 13) S. 159–176, hier S. 164.

²³¹ Auriol (wie Anm. 5) S. 419: „Une interpellation sur les affaires extérieures serait en ce moment inopportune et dangereuse, car les Allemands font tout ce qu'ils peuvent pour ajourner leur débat sur les accords contractuels et sur l'armée européenne. [...] Ils seraient heureux de pouvoir se prévaloir d'un refus de l'Assemblée nationale comme prétexte à leur refus à eux. Il faut qu'on leur laisse le soin de se prononcer les premiers. Vous n'empêchez pas les RPF de déposer un ordre du jour flétrissant le ministre des Affaires étrangères et se servant des accords de Bonn qu'ils combattent, il y aurait là unité de vote et crise ministérielle. [...] D'autre part, j'ai demandé au Conseil des Ministres de ne pas soumettre les textes de ratification avant les élections américaines [...] ni avant la ratification par l'Allemagne. Qu'on veuille donc bien renoncer à l'interpellation. Qu'il y ait des explications à la Commission des affaires étrangères, mais pas de motion. Tout débat public ou toute motion qui contiendrait une décision hostile serait catastrophique.“ Im gleichen Sinne äußerte er sich gegenüber Bonnet am 26. Juni (S. 414).

d'Orsay argumentierend die europäische Integration in der gegebenen Lage an die erste Stelle der Prioritäten stellte, erhielt im Ministerrat eine Mehrheit für diese Vorgehensweise. Dazu trug entscheidend mit bei, daß sowohl René Pleven als auch Antoine Pinay dies für die unter den gegebenen Umständen beste Lösung hielten.²³² Dennoch gab es auch im Ministerrat Opposition gegen die Pläne der europäischen Integration und entsprechend Zweifel am Verhalten der Regierung in der Behandlung der Stalin-Note. Als treibende Kraft muß man dabei bisher – nicht zuletzt wegen der Quellenlage – Vincent Auriol ansehen. Auriol ging davon aus, daß man sich in jedem Falle mit den Russen werde einigen müssen. Da sich gleichzeitig die Angst vor einer deutschen Irredenta wie ein roter Faden durch die Beurteilungen des Präsidenten zog und er deswegen grundsätzlich Bedenken gegen jede Form der Wiederbewaffnung Deutschlands hatte, war er durchaus bereit, in der sowjetischen März-Note einen Ansatz zur Einigung zu sehen. Nachdem er wiederholt darauf bestanden hatte (auch schon vor dem März 1952), daß man eigene Vorstellungen entwickeln müsse, bemühte er sich in einem persönlichen Schreiben an Antoine Pinay vom 11. April, seine eigenen Ideen zu einer möglichen Gegenposition zu skizzieren. Seine Vorstellungen liefen auf ein entmilitarisiertes und militärisch neutrales Gesamtdeutschland hinaus:

„Gemäß allem, was schon entschieden worden war, wäre Deutschland entmilitarisiert und militärisch neutralisiert, und zwar mit folgenden Auflagen [...]“²³³

Daß dieser Vorschlag nicht unmittelbar Anwendung finden konnte, ging daraus hervor, daß auch er an der Konstituierung einer europäischen Armee festhalten wollte, bis es zu einem Friedensvertrag käme. Er sah eine weitere Möglichkeit in einer russischen Beteiligung an der europäischen Integration:

„Deshalb glaube ich, daß man bekräftigen muß, daß Frankreich, solange es keinen von allen am Krieg gegen Deutschland Beteiligten unterzeichneten Frieden gibt, die Organisation der europäischen Armee und die Konstituierung eines Europas mit Deutschland verfolgen wird, daß uns nichts von diesem Weg abbringen wird und daß es von den Russen abhängt, die Organisation Europas zu vergrößern, indem sie sich ihr anschließen.“²³⁴

Diese Anregungen Auriols, die – soweit nachvollziehbar – keine Resonanz fanden, waren also für einen späteren Zeitpunkt gedacht. Ihre Verwirklichung setzte eine andere internationale Konstellation voraus als die 1952 herrschende Blockbildung. In einem Gespräch mit Yves Chataigneau, dem fran-

²³² Zu Pinay Guillaume (wie Anm. 223) S.97f. Er hatte auch am 19. Februar persönlich für die EVG-Pläne gestimmt, JOAN (1952) S.794. Zu Pleven siehe seine Einleitung zur EVG-freundlichen Studie des Generals E. de Larminat, *L'Armée européenne*, Paris 1952.

²³³ Auriol (wie Anm. 5) S.270–272, hier S.271.

²³⁴ Ebenda, S.270f. (Hierbei unterließ dem Herausgeber ein sinnentstellender Fehler: Es muß heißen „[...] l'Europe avec l'Allemagne“ anstelle von „sans“.) Vgl. auch die Wiedergabe dieses Briefes bei Steininger, *Eine Chance*, (wie Anm. 7) Dok. Nr. 64, S.195f.

zösischen Botschafter in Moskau, am 19. März hatte er diese Gedanken bereits vorgetragen.²³⁵ In diesem Gespräch nannte er den Vorteil einer solchen Regelung:

„Dieses System hätte den Vorteil, zwischen uns und Rußland ein Niemandsland zu schaffen.“²³⁶

Insgesamt spielte bei Auriol die deutsche Gefahr noch die zentrale Rolle. Er ging davon aus, daß sich die Spannungen mit der Sowjetunion wieder legen würden, während die Gefährdung Frankreichs durch Deutschland immer bestehenbliebe. In einem Gespräch mit René Pleven am 28. März drückte er sich wie folgt aus:

„Man muß sich beeilen, keine Zeit bei der Organisation der europäischen Armee zu verlieren, wir müssen uns so früh wie möglich rüsten. Aber vergessen Sie nicht, daß man sich eines Tages mit den Russen wird verständigen müssen, wenn wir nicht wollen, daß sie sich mit den Deutschen verständigen. Das ist es, was ich sagen will. Sie haben geglaubt, daß ich von der europäischen Armee Abstand nähme. Aber nein! Aber ich gestehe ganz offen, daß ich entzückt wäre, wenn ich eines Tages ein russisches Bataillon in die europäische Armee einbeziehen könnte, um Deutschland zu halten.“²³⁷

Den Ärger darüber, daß man ihm in dieser Einstellung nicht folgte, drückte er auf der ersten Ministerratsitzung nach der ersten Antwortnote am 26. März aus.²³⁸ Auriols Überlegungen, die man kaum als ausgereiftes Konzept bezeichnen kann, legen Zeugnis ab davon, daß es durchaus Strömungen gab, die bereit waren, ernsthaft mit den Russen zu verhandeln. Aber auch hier erkannte man, daß die internationale Lage des Jahres 1952 nicht die nötigen Voraussetzungen für eine Verständigung mit den Russen mit sich brachte. So gab es auch in der französischen Regierung 1952 keine weiterreichenden Pläne, die diese Anregungen Auriols aufnahmen. Man hielt an dem einmal eingeschlagenen Weg fest, der der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland Vorrang gab. Allerdings kann man das taktisch motivierte Verhandlungsangebot vom Juni 1952 als Versuch verstehen, einer wichtigen, bis in die Regierung vertretenen Strömung Rechnung zu tragen.

Gleichzeitig deutet dieser Gegensatz in der Regierung auf die Polarisierung in der Diskussion in Presse und Parlament hin: Die Einstellung zur EVG entschied über die Haltung zur Stalin-Note. Die Befürworter der europäischen Integration neigten dazu, hier nur ein unliebsames Störmanöver zu erkennen, während ihre Gegner meinten, hier eine Möglichkeit zu haben, um die EVG-Pläne aufzuschieben oder ganz überflüssig zu machen.

²³⁵ Auriol (wie Anm. 5) S. 214 f.

²³⁶ Ebenda, S. 215.

²³⁷ Ebenda, S. 245.

²³⁸ Ebenda, S. 231.

III. Die Diskussion um das sowjetische Angebot in der französischen Öffentlichkeit

Ziel dieses Teils der Darstellung ist es, das Spektrum der geäußerten Meinungen aufzuzeigen, diese nach ordnenden Gesichtspunkten zusammenzufassen und so die Hauptlinien dieser Diskussion herauszuarbeiten. Im Vordergrund steht dabei die Analyse der von den „opinion leaders“ geäußerten Meinungen. Die Wirkung dieser Meinungen auf die französische Öffentlichkeit soll ausgekammert werden, da eine Zuordnung kaum zu bewältigende methodische Probleme aufwirft. Erstens wurde in der Diskussion um Einzelheiten dieser komplizierten Frage gestritten, die für eine weitere Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar waren. Zweitens lassen sich anhand der Umfrageergebnisse, wie sie in Sondages regelmäßig veröffentlicht wurden, nur Aussagen zum grundsätzlichen Bild von Deutschland und der deutschen Frage in der französischen Öffentlichkeit fassen.²³⁹ Drittens deckten sich in dieser Diskussion die vertretenen Positionen nicht mit den Parteizugehörigkeiten, so daß man in den meisten Fällen nicht einmal von einem Redner einer Partei auf die Gesamtpartei und schon gar nicht auf die Wähler schließen konnte. Aus demselben Grund geben auch die Auflagenstärken der Zeitungen nur einen ungenauen Anhalt, da die Leser einer Zeitung in diesem Punkt durchaus anderer Meinung sein konnten als die Redaktion. Manche Zeitungen stellten auch durch Diskussionsbeiträge unterschiedlicher Politiker mehrere Ansichten einander gegenüber.

Da die Parteizugehörigkeit als Ordnungsschema nicht hinreichend war, bestand die Notwendigkeit, andere Kriterien zu erarbeiten. Dabei erwies sich die Auseinandersetzung um die EVG als Kristallisationspunkt. Diese Auseinandersetzung, die die französische Öffentlichkeit über vier Jahre – besonders zwischen 1952 und 1954 – spaltete, war noch am Vorabend der sowjetischen Initiative in aller Öffentlichkeit ausgetragen worden: in der Debatte der Nationalversammlung vom 11. bis 19. Februar 1952 zur EVG und der Frage der deutschen Wiederbewaffnung. Die Befürworter der EVG befanden sich im Lager der Regierungsmehrheit. Aber während der MRP noch fast geschlossen dieses Projekt unterstützte, gab es sowohl bei den Radikalen wie bei den Sozialisten und den Gemäßigten unterschiedliche Auffassungen. Geschlossen

²³⁹ Rioux (wie Anm. 230); La Gorce (wie Anm. 48) S. 113–115, stützen sich auf solche Umfrageergebnisse.

gegen das Projekt machten einerseits der RPF und andererseits Kommunisten und Progressisten Front. Ausgehend von dieser Diskussion in der Nationalversammlung sollen die unterschiedlichen Einschätzungen Deutschlands vorgestellt werden, ohne die die eigentlichen Reaktionen auf die Stalin-Note nicht verstanden werden können. Da im französischen Parlament die Hauptströmungen von rechts bis links vertreten waren, kann es hier genügen, wenn die außerparlamentarischen Strömungen am Ende gesondert untersucht werden. Auch die spätere Behandlung der Frage in der Memoiren-Literatur und in der wissenschaftlichen Forschung in Frankreich wird getrennt bearbeitet.

1. Die Einstellung zu Deutschland vor dem Notenwechsel: Die Meinungen scheiden sich an der EVG

Abgesehen von den einleitenden Ausführungen Robert Schumans, der für das Projekt der EVG eintrat und versuchte, möglichen Angriffen die Spitze zu nehmen, stand der erste Tag der Debatte ganz im Zeichen der Gegner der EVG.²⁴⁰ Im Laufe der Generaldiskussion (11.–13.2.1952) traten als Gegner der Pläne der Regierung Redner aller wichtigen Gruppierungen in der Nationalversammlung auf: Joseph de Goislard de Monsabert, Raymond Triboulet, Pierre Billotte und Philippe Barrès für die gaullistische Fraktion; Etienne Fajon, Alfred Malleret-Joinville und Rose Guérin für den PCF; Gilbert de Chambrun für die Progressisten; Jules Moch bei der SFIO; André-François Monteil beim MRP; Edouard Daladier bei den Radikalen (RGR); Adolph Aumeran und Georges Loustaunau-Lacau bei den Gemäßigten.

Die vier Redner des RPF nahmen zu unterschiedlichen Aspekten Stellung. Sie teilten aber alle de Gaulles Ablehnung der EVG, die dieser, der selber nicht im Parlament saß, wiederholt öffentlich bekundet hatte.²⁴¹ Während Monsabert sich im wesentlichen mit militärisch-technischen Einwänden beschäftigte²⁴², vertrat Triboulet die Meinung, daß man eine europäische Armee nicht vor einem politischen Zusammenschluß Europas schaffen könnte.²⁴³ Die Einstellung des RPF hinsichtlich Deutschlands – auf die die beiden ersten Redner dieser Fraktion nur am Rande eingegangen waren – verdeutlichten die Beiträge Billottes und vor allem Barrès'.²⁴⁴ Billotte untersuchte zum

²⁴⁰ Zur Debatte siehe JOAN (1952) S. 573–794 und die Berichterstattung in *Le Monde* vom 11. bis 19. Februar 1952.

²⁴¹ Charles de Gaulle, *Discours et messages*: Bd. II: *Dans l'attente, février 1946 – avril 1958*, Paris 1970, S. 512–524: Seine Äußerungen vom 1. Mai 1952 und etwa der so charakteristische Satz vom 6. Juni: „Pêle-mêle avec l'Allemagne et l'Italie vaincues, la France doit verser ses hommes, ses armées, son argent, dans un mélange apatride.“ (ebd., S. 524).

²⁴² JOAN (1952) S. 597–600.

²⁴³ Ebenda, S. 627–630.

²⁴⁴ Ebenda, S. 650–654 (Billotte) und S. 686–690 (Barrès).

einen die Notwendigkeit einer deutschen Wiederbewaffnung, von der er zum gegebenen Zeitpunkt nicht restlos überzeugt war, obwohl er grundsätzlich kein Gegner einer deutschen Wiederbewaffnung war.²⁴⁵ Zum anderen ging er auf Pläne eines konföderierten Europa ein, wie er sie mit den anderen Mitgliedern des RPF am 29. Dezember 1951 der Nationalversammlung vorgelegt hatte. Daß man aus den Plänen der Regierung die Gefahr einer deutschen Übermacht in Europa herauslas, legte schließlich Barrès dar. Seine Befürchtungen gingen davon aus, daß Frankreich allein im Rahmen der EVG kein ausreichendes Gegengewicht gegen ein überhaupt noch nicht endgültig definiertes Deutschland darstellen könnte. Die anglo-amerikanischen Mächte würden sich heraushalten und Frankreich so als einzige der drei westlichen Siegermächte eine enge Bindung mit den Kriegsverlierern Deutschland und Italien – erweitert nur um die Benelux-Länder – eingehen und dabei auf die eigene Armee verzichten. Das in seinen Ausführungen enthaltene Mißtrauen gegenüber Deutschland soll durch zwei Absätze seiner Rede illustriert werden. Er stellte die einleuchtende Frage, welches Deutschland es sei, mit dem man verhandle:

„Mit welchem Deutschland verhandeln wir? Wir wissen nichts. Handelt es sich um Westdeutschland, um ein geeintes Deutschland, um ein nazistisches Deutschland, um ein bolschewistisches Deutschland oder nur um das Deutschland Adenauers? Ich erinnere nebenbei daran, daß Adenauer 73 [76!] Jahre alt ist. Ich glaube nicht, ohne pessimistisch zu sein, daß er den Rahmen unseres fünfzigjährigen Pakts ausfüllen wird.“²⁴⁶

Als eine mögliche Entwicklung stellte er einige Sätze weiter folgende Hypothese auf:

„Nehmen Sie an, daß Deutschland, wenn es erst einmal durch Ihre Bemühungen wieder aufgerüstet ist, Ihnen unter Wahrung der diplomatischen Formen sagt: Jetzt bin ich wiederbewaffnet. Ich habe mit euch einen fünfzigjährigen Pakt, einverstanden, und ich möchte ihn respektieren. Aber das Leben ist das Leben, ich habe meine Probleme, das Problem der Einheit, das Problem der Ostgebiete. Die UdSSR bietet mir an, diese Probleme mittels eines fünfzigjährigen Pakts zu lösen. Ich bin ein loyaler Vertragspartner, ich will nicht mit euch brechen, aber findet Wege, um mir dieselben Vorteile zu verschaffen, wie sie mir der Pakt mit der UdSSR verschaffen würde.“ In diesem Moment, meine Damen und Herren, würden Sie Krieg führen, um die Ostgebiete zurückzugewinnen, oder würden Sie Deutschland ziehen lassen?“²⁴⁷

Faßt man das Anliegen des RPF in dieser Frage zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Man hatte durchaus Vorbehalte gegenüber Deutschland und glaubte, daß das Projekt der Regierung unweigerlich zu einem deutschen Übergewicht in Europa führen würde. Grundsätzlich erkannte man an, daß

²⁴⁵ Billotte, Noch ist es Zeit, (wie Anm. 206).

²⁴⁶ JOAN (1952) S. 687.

²⁴⁷ Ebenda, S. 687 f.

eine Wiederbewaffnung Deutschlands für den Westen notwendig werden könnte, auch wenn man den Zeitpunkt nicht für gekommen ansah. Gleichzeitig war man jedoch nicht bereit, auf eigene nationale Streitkräfte zu verzichten, und entwarf deswegen die Gegenvorstellung eines konföderierten Europa, in dem unterhalb der Organe der europäischen Konföderation nationale Organe und nationale Streitkräfte erhalten bleiben sollten.²⁴⁸

Die Kommunisten vertraten in dieser Debatte eine einheitliche Meinung.²⁴⁹ Sie nutzten die Auseinandersetzung, um der Regierung ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten vorzuwerfen, und sie sahen in dem Projekt der EVG eine doppelte Gefahr:

„[...] es ist die Wiedererrichtung und die Übermacht der ‚Wehrmacht‘, es ist die Denationalisierung und die Auflösung der französischen Armee.“²⁵⁰

Überdies waren die Reden der kommunistischen Abgeordneten von der üblichen Polemik gegen das „revanchistische Regime“ Westdeutschlands durchzogen. Zur Lösung des deutschen Problems berief man sich auf die Vorschläge der DDR und der Sowjetunion und schlug in deren Sinn ein nach freien Wahlen zu konstituierendes „demokratisches und pazifistisches“ Gesamtdeutschland vor. Dieses Deutschland sollte in jedem Falle entmilitarisiert sein, was die Abgeordnete Rose Guérin besonders betonte. Dieses Anliegen stand auch im Mittelpunkt des kurzen Leitantrags der Kommunisten:

„Die Nationalversammlung verlangt ausdrücklich von der Regierung, jede Wiederbewaffnung Deutschlands, in welcher Form auch immer, einschließlich der Wiedererrichtung der Wehrmacht unter dem Deckmantel einer sogenannten europäischen Armee, abzulehnen.“²⁵¹

Die den Kommunisten nahestehenden Progressisten unterstützten die Position des PCF in dieser Frage und brachten den zitierten Leitantrag mit ein.²⁵² Ihr Redner Gilbert de Chambrun schlug vor, in Vier-Mächte-Verhandlungen mit den Russen einzutreten und so ein vereintes, demokratisches und entmilitarisiertes Deutschland in den gegenwärtigen Grenzen (d.h. den in Potsdam festgelegten) zu schaffen.

Sowohl RPF wie PCF lehnten die Pläne der Regierung geschlossen ab, während die verbleibenden Fraktionen von den Sozialisten bis hin zu den Gemäßigten in dieser Frage gespalten waren. Bei den Sozialisten waren die Vorbehalte vielfältig, auch wenn am Ende nur eine Minderheit (20 von 107) gegen die Pläne der Regierung stimmte. Diese Abgeordneten nahmen aller-

²⁴⁸ Daß diese Vorschläge auch westdeutschen Politikern damals bekannt waren, schildert Gustav Adolf Sonnenhol, *Untergang oder Übergang? Wider die deutsche Angst*, Herford 1984, S. 176 f.

²⁴⁹ JOAN (1952) S. 593–597 (Fajon), S. 634 f. (Guérin) und S. 683–686 (Malleret-Joinville).

²⁵⁰ Ebenda, S. 683.

²⁵¹ Ebenda, S. 693.

²⁵² Ebenda, S. 582–585 (Chambrun).

dings für ihr Verhalten innerparteiliche Disziplinarverfahren in Kauf, da sie nicht der Fraktions- und Parteidisziplin gehorcht hatten.²⁵³ Der exponierteste Gegner der EVG-Pläne in den Reihen der Sozialisten war in dieser Debatte der vormalige Verteidigungsminister Jules Moch (bis 11. August 1951 im Amt), der seine Gründe in einer langen Rede darlegte.²⁵⁴ Dabei begründete er seine Vorbehalte gegenüber Deutschland mit der Mentalität der Deutschen und ihren möglichen Ansprüchen, womit er sich auf territoriale Ansprüche im Osten bezog. Seine Hauptargumente aber schöpfte er aus einem Vergleich zwischen dem ursprünglichen Plevén-Plan (vom Oktober 1950), für den er als Verteidigungsminister mitverantwortlich gewesen war, und dem jetzigen Projekt der Regierung. Als wesentliche Unterschiede führte er folgende sechs Punkte an:

- das Fehlen einer britischen Beteiligung;
- das Fehlen einer politischen europäischen Autorität;
- das Verfahren zur Festlegung des Budgets innerhalb der EVG;
- das Fehlen nationaler französischer Streitkräfte zumindest während einer Übergangszeit;
- das Niveau der Integration, d. h. das Vorhandensein deutscher Divisionen, auch wenn die Bezeichnung vermieden würde, und
- die zu große Kostspieligkeit dieser Pläne bei gleichzeitigem Zwang zur Verlängerung des Wehrdienstes in Frankreich auf mindestens zwei Jahre (von 18 Monaten).

Er schloß seine Rede mit der Aufforderung, alle endgültigen Entscheidungen hinsichtlich der Aufrüstung Deutschlands bis zum 1. Juni auszusetzen, da zwischen März und Juni eine Abrüstungskommission der UNO tagen sollte, deren geringe Chancen man nicht noch verringern sollte.²⁵⁵ Als Hauptziel definierte er die Erhaltung des Friedens:

„Wir wollen den Frieden zwischen den beiden Universen, dem demokratischen und dem stalinistischen, sichern, und wir erklären, daß nichts vernachlässigt werden darf, was den Anfang einer Entspannung (*détente*) herbeiführen kann.“²⁵⁶

Innerhalb des MRP, der immerhin mit Robert Schuman den Außenminister und mit Georges Bidault den Verteidigungsminister in der Regierung Edgar Faure stellte, war die Gruppe der Opponenten am kleinsten. Am Ende stimmten nur 7 der 86 Abgeordneten des MRP nicht für das Projekt.

Wortführer der EVG-Gegner in der Nationalversammlung war André-François Monteil. Innerhalb der Gesamtpartei wurde er etwa von dem Senator Léo Hamon unterstützt. Monteil führte in seiner Rede eine Reihe von uns

²⁵³ Quilliot (wie Anm. 55) S. 475–502.

²⁵⁴ JOAN (1952) S. 615–619.

²⁵⁵ Jules Moch vertrat Frankreich in dieser Kommission.

²⁵⁶ JOAN (1952) S. 618.

nun schon bekannten Argumenten an – das Fehlen Großbritanniens, die Angst vor einem deutschen Übergewicht auf dem Kontinent und auch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung in Westdeutschland –, bevor er sich der Frage der deutschen Einheit zuwandte: „Eine explosive Idee jenseits des Rheins ist die Einheit.“²⁵⁷

Damit bezog er sich auf die sowjetischen und ostdeutschen Initiativen. Seiner Meinung nach war der Zeitpunkt gekommen, um mit den Russen zu verhandeln:

„Wir glauben, daß der Moment gekommen ist, die Initiative zu ergreifen zu einer Vierer-Konferenz bezüglich Deutschlands auf der Basis eines vereinten, demokratischen, nicht in dem Sinne wie man es auf dieser Seite der Versammlung (extreme Linke) versteht, aber mit einer gewählten Regierung, hervorgehend aus von den Vereinten Nationen kontrollierten und garantierten Wahlen, und eines entmilitarisierten Deutschlands, was nicht heißt, Monsieur de Chambrun, von den Besatzungstruppen evakuiert.“²⁵⁸

Allerdings sprach er sich auch für den Fall eines Scheiterns einer solchen Konferenz gegen eine deutsche Wiederbewaffnung aus. Man könnte die Westdeutschen, auch ohne westdeutsche Truppen aufzustellen – etwa finanziell –, an der Verteidigung des Westens beteiligen.

Unter den Radikalen hat sich die Opposition gegen die EVG erst auf den Parteitag im Mai und Oktober 1952 wirklich formiert, aber Edouard Daladier brachte in einer Stellungnahme vor der Nationalversammlung bereits seine Ablehnung der Pläne zum Ausdruck.²⁵⁹ Immerhin stimmten 12 von 91 Abgeordneten mit Daladier gegen die Pläne ihrer Regierung. Daladier argumentierte ähnlich wie Moch, von einem Vergleich zwischen dem ursprünglichen Pleven-Plan mit dem jetzigen Projekt ausgehend, und er hielt Deutschland aus den bekannten Gründen für einen unsicheren Partner. Sein Vorschlag war, mit der Sowjetunion über Abrüstung zu verhandeln.

Unter den Gemäßigten schließlich war die Opposition stark vertreten (38 von 96 Abgeordneten versagten der Regierung ihre Unterstützung). Auch wenn hier die Argumente denen der anderen EVG-Gegner glichen, waren sie von einer stärkeren nationalen Note geprägt. Für viele Konservative war die Aufgabe der eigenen Armee undenkbar. Gleichzeitig wurde von ihnen besonders starkes Mißtrauen gegen Deutschland artikuliert. Aumeran z. B. lehnte eine deutsche Wiedervereinigung kategorisch ab:

„Desto größer ihre Anzahl [der Deutschen] ist, um so leichter ist die Operation. Deswegen ist die deutsche Einheit eine schreckliche Gefahr. [...]

Geteilt können die Deutschen einer Diktatur, der Penetration einer Doktrin der Macht, wie der sowjetischen Doktrin, widerstehen, nicht ein vereintes Deutschland.

²⁵⁷ Ebenda, S. 585–589, hier S. 587.

²⁵⁸ Ebenda, S. 588.

²⁵⁹ Ebenda, S. 589–592.

Keine Demokratie für Deutschland, das entspricht nicht seinem Klima. Selbst um die Hälfte von sich selbst verringert, ist es noch zu groß.“²⁶⁰

Da Aumeran, wie viele Konservative, ein ebenso starkes Mißtrauen gegenüber der kommunistischen Sowjetunion hatte, trat er auch nicht für Verhandlungen ein, sondern für eigene Verteidigungsanstrengungen (unter Einschluß von Kernwaffen im Rahmen der NATO). Eine westdeutsche Beteiligung konnte er sich in Form von Arbeitsleistungen und finanziellen Beiträgen, im Kriegsfall in Form von Partisanen-Verbänden, denken. Ein anderer Redner der Gemäßigten, Loustaunau-Lacau, der ebenfalls entschieden gegen die EVG Stellung bezog, schlug allerdings eine andere Lösung vor. Er meinte, daß die Russen und die Westmächte sich aus Deutschland zurückziehen sollten und ein entmilitarisiertes Deutschland als „no man's land“ einen Puffer zwischen den verfeindeten Blöcken abgeben könnte.²⁶¹

Völlig aus dem Rahmen der bisher analysierten Reden fiel die stark emotionale, antideutsche Rede Georges Heuillards (RGR). Er hatte zwei Jahre in einem Konzentrationslager verbracht, und er mußte aufgrund seiner schwachen körperlichen Konstitution zur Rednertribüne getragen werden. Sein alle Parlamentarier gleichermaßen bewegender Auftritt erreichte seinen Höhepunkt in folgenden Sätzen:

„Ich werde sterben, Herr Minister. Ich bin zum Tode verurteilt. Meine Wahl überraschte mich in einer chirurgischen Klinik. Seitdem hat sich mein Gesundheitszustand verschlechtert. Ich sterbe wegen der deutschen Armee (je meus du fait de l'armée allemande).“²⁶²

Auch wenn andere Redner von deutschen Greuelthaten berichtet hatten, so erhob sich hier die Stimme eines Opfers der Deutschen, und sie hinterließ einen starken Eindruck.

Die Befürworter der Regierungspläne, die letztlich eine knappe Mehrheit erringen konnten, gehörten den vier zuletzt untersuchten Gruppierungen (SFIO, MRP, RGR, Gemäßigten) an. Neben den Vertretern der Regierung, Robert Schuman (MRP), Georges Bidault (MRP) und Edgar Faure (RGR), traten folgende Parlamentarier in der Generaldebatte für das Projekt ein: Alfred Coste-Floret und Pierre-Henri Teitgen beim MRP, Yvon Delbos und Paul Devinat beim RGR, Guérin de Beaumont bei den Gemäßigten und mit Einschränkungen Gérard Jaquet und Marcel-Edmond Naegelen bei der SFIO.

Hierbei befanden sich die Sozialisten in einer zwiespältigen Lage; denn auch Jaquet, Naegelen und wohl die Mehrzahl der sozialistischen Abgeordneten, die schließlich für das Projekt stimmten, hatten starke Bedenken. In ihren Reden gingen Jaquet und Naegelen ausführlich auf die Nachteile des Re-

²⁶⁰ Ebenda, S. 577–582, hier S. 580.

²⁶¹ Ebenda, S. 654–657.

²⁶² Ebenda, S. 625.

gierungsprojekts ein.²⁶³ Beide wollten die EVG-Pläne mit einer stärkeren politischen Einigung Europas verbunden wissen, und beide bedauerten das Fernbleiben Großbritanniens.

Insgesamt war auch der von den Sozialisten am 13. Februar eingebrachte Leitantrag²⁶⁴ gegen die EVG gerichtet und stark von den Ausführungen Jules Mochs geprägt. Die Regierung konnte die Zustimmung der Mehrheit der Sozialisten erst nach langen Verhandlungen und der Aufnahme einer Reihe von Bedingungen in den Leitantrag der Regierung erreichen. Dieser ausgesprochen lange Text enthielt unter anderem folgende Bestimmungen:

- Deutsche Truppen sollten nicht vor der Ratifikation des Vertrages ausgehoben werden.
- Die Zulassung Deutschlands zur EVG dürfe nicht den Eintritt Deutschlands in die NATO nach sich ziehen.
- Die anglo-amerikanischen Regierungen sollten um Garantien für den Fall eines Vertragsbruchs gebeten werden.
- Die Integration nationaler Einheiten sollte sich auf möglichst niedrigem Niveau vollziehen, um der Gefahr der Konstituierung nationaler deutscher Truppen vorzubeugen.
- Die europäische Armee sollte einer supranationalen politischen Autorität mit begrenzten aber reellen Kompetenzen untergeordnet werden, die den Vertretern der Parlamente oder den europäischen Völkern verantwortlich sein sollte.
- Eine nationale deutsche Armee und ein deutscher Generalstab sollten nicht wiedererstehen.²⁶⁵

Der Grund, warum die Sozialisten den Beitritt Deutschlands zur NATO ablehnten – und sie standen nicht allein mit dieser Ablehnung –, lag darin, daß man in der Defensivallianz NATO keinen Partner mit territorialen Ansprüchen haben wollte, der die anderen in einen Krieg zur Durchsetzung seiner Ansprüche hätte hineinziehen können. Festgemacht wurde dies in der Regel an den wiederholten Äußerungen Adenauers, daß die Westbindung die Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung sei.

Bezeichnend für die Stimmung unter den Sozialisten war auch die Tatsache, daß etwa Naegelen am 19. Februar noch für diesen Antrag stimmte, sehr bald aber innerhalb der Partei zu den Gegnern der EVG zählte. Wenn die Sozialisten also am 19. Februar in der Mehrheit für die Weiterführung der EVG-Pläne stimmten, dann geschah dies unter starken Vorbehalten und zu einem guten Teil sicher auch aus Loyalität zum Regierungschef Edgar Faure, den sie bei der Investitur unterstützt hatten und der im Zusammenhang mit dem erwähnten Leitantrag die Vertrauensfrage stellte.

²⁶³ Ebenda, S. 626 f. (Jaquet), S. 630–634 (Naegelen).

²⁶⁴ Ebenda, S. 692 f.

²⁶⁵ Ebenda, S. 726.

Bei den Befürwortern der anderen Parteien glichen sich die Argumente. Am meisten Vorbehalte formulierte noch Paul Devinat²⁶⁶, der vor allem auf die französischen Lasten im Krieg in Indochina verwies und damit seine Befürchtungen hinsichtlich einer deutschen Übermacht in Europa begründete. Sein Anliegen war es, die Verteidigungsanstrengungen der westlichen Welt in einem weltweiten Zusammenhang zu sehen. Er forderte für Frankreich besondere amerikanische Unterstützung wegen des Engagements in Indochina. Die Argumente von Beaumont, Teitgen, Alfred Coste-Floret und Delbos lagen mit geringen Variationen auf der Linie der Regierung.²⁶⁷ Hier ging man davon aus, daß die Gefährdung der freien Welt durch die Sowjetunion höher zu bewerten sei als ein Wiederaufkommen der deutschen Gefahr. Außerdem meinte man, durch die Integration der deutschen Truppen in die europäische Armee dieser Gefahr vorzubeugen, die europäische Integration damit überhaupt ein Stück weiterzubringen und so auch der deutsch-französischen Aussöhnung zu dienen. Der zentrale Beweggrund aber war die Sorge, keine andere Wahl zu haben; denn auch im Falle einer Ablehnung der von Frankreich ausgegangenen EVG-Pläne durch die französische Nationalversammlung würden die USA nicht auf die Wiederaufrüstung Westdeutschlands verzichten, es sei denn, sie gäben das Konzept der kontinentalen Verteidigung auf und zögen sich an die Peripherie des europäischen Kontinents zurück. Alle Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung mit den Russen wurden – trotz der prinzipiellen Einsicht, daß man letztlich die deutsche Frage nur so lösen könne – für den Moment als illusorisch bezeichnet. Man war der Meinung, daß man mit der sowjetischen Regierung nur aus einer Position der Stärke heraus verhandeln könne. Diesen Gedanken führte am ausführlichsten Delbos aus. So hieß es unter anderem in seiner Rede:

„Eine Anstrengung Europas ist also notwendig auf dem Felde der Rüstung, um uns in den Stand zu versetzen, uns zu verteidigen und vor allem, möglicherweise, um zu verhandeln.“²⁶⁸

Darüber hinaus erschien eine Neutralisierung Deutschlands, als mögliches Ergebnis einer solchen Verhandlungslösung, nicht wünschenswert, weil gefährlich für die Verteidigung des Westens. Delbos brachte diese Überlegung mit einem knappen Einschub klar zum Ausdruck:

„[...] und vergessen wir nicht, daß eine Neutralisierungslösung unser westliches Verteidigungssystem zunichte macht [...].“²⁶⁹

²⁶⁶ Ebenda, S. 635–637.

²⁶⁷ Ebenda, S. 612–615 (Beaumont), S. 677–683 (Teitgen), S. 648–650 (A. Coste-Floret), S. 619–623 (Delbos), S. 573–576 (R. Schuman), S. 694–697 (Bidault) und S. 704–708 (E. Faure).

²⁶⁸ Ebenda, S. 620, siehe auch Teitgen (S. 678) oder A. Coste-Floret (S. 648).

²⁶⁹ Ebenda, S. 622.

2. Die Behandlung der Frage in Parlament und Presse

Nach der Debatte im Februar 1952 in der Nationalversammlung kam es erst im November 1953 (17.–27.11.) wieder zu einer Debatte über die Europa- und Deutschlandpolitik. Eine Untersuchung der Reaktionen in der Nationalversammlung auf die Stalin-Note muß sich also im wesentlichen auf die leider nur lückenhaft erhaltenen Protokolle der Ausschußsitzungen für auswärtige Angelegenheiten stützen.²⁷⁰ Von besonderer Bedeutung ist das Fehlen des Protokolls der Sitzung vom 30. April, die ganz im Zeichen des Notenwechsels stand.²⁷¹ Gérard Jaquet (SFIO) als Berichterstatter – er war am 26. März dazu bestimmt worden und hatte bereits am 28. März ein erstes Mal referiert – legte in Gegenwart Robert Schumans einen Bericht über den Notenwechsel vor, über den im Anschluß diskutiert wurde. Erhalten ist nur die wenig aussagekräftige Zusammenfassung im Bulletin des Commissions und eine Presseerklärung, die auf besagter Sitzung beschlossen worden war.²⁷² Robert Schuman hat darüber hinaus am 18. März und am 8. Juli 1952 vor dem Ausschuß zum Notenwechsel Stellung genommen. Im April und Mai (24.4., 21.5., 28.5.) drängte der Ausschuß auf eine Debatte zur Außenpolitik, die aber, da sie nicht im Interesse der Regierung lag, nicht zustande kam. Am 22. November schließlich lag dem Ausschuß ein Bericht von André Denis über „die Möglichkeit einer Verhandlung zwischen den vier Besatzungsmächten“ vor.²⁷³

In der zweiten Kammer (dem Rat der Republik) beschäftigte sich der zuständige Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ebenfalls mit dem Notenwechsel, wenn es auch nur einmal nach mehrfachen Vertagungen zu einer gründlicheren Auseinandersetzung mit der Frage kam. In den Monaten März bis Juni beschränkte man sich darauf, daß der Vorsitzende des Ausschusses Marcel Plaisant (RGR) in seiner einführenden Stellungnahme zur internatio-

²⁷⁰ AAN, Commission des Affaires étrangères, Procès-verbaux (1952). Die Sammlung der Protokolle stellte sich als unvollständig heraus. Anhand der von der Nationalversammlung herausgegebenen Bulletins des Commissions, Bd. I: Assemblée Nationale 2^o Législature (24.7.1951–10.6.1952) und Bd. II: Assemblée Nationale 2^o Législature (17.6.1952–18.5.1953), Paris 1956, ließ sich feststellen, daß der Ausschuß zwischen März und September 1952 17mal tagte. Dabei sind die Protokolle bis Februar und ab Juli 1952 komplett. Aus den Monaten März bis Juni 1952 dagegen fehlen von zehn Sitzungen die Protokolle (12.3., 18.3., 28.3., 4.4., 30.4., 21.5., 28.5., 4.6., 18.6. und 25.6.). Nur drei Protokolle liegen vor (26.3., 20.4. und 11.6.). Zur Rolle des Parlaments in der Außenpolitik Gerhard Kiersch, *Parlament und Parlamentarier in der Außenpolitik der IV. Republik*, Phil. Diss. Berlin 1971; Philippe Pondaven, *Le parlement et la politique extérieure sous la IV^e république*, Paris 1973.

²⁷¹ Bulletin des Commissions, Bd. I (wie Anm. 270) S. 577 f.

²⁷² Zur Berichterstattung in der Presse siehe *Le Monde* vom 3. Mai und *Le Figaro* vom 2. Mai, auch Gérard Jaquet selbst hat keine Aufzeichnungen mehr von dieser Sitzung, wie er dem Verfasser in einem Brief vom 6. Mai 1986 versicherte.

²⁷³ AAN, Commission des Affaires étrangères, Documents: N^o 42: Allemagne.

nalen Lage auf die jeweils neueste Entwicklung im Notenwechsel einging. Am 16. Juli dagegen trug Léo Hamon (MRP) einen Bericht über Deutschland vor.²⁷⁴ Darüber hinaus gaben zwei Debatten im Rat der Republik Anlaß, sich mit der Deutschlandfrage zu beschäftigen. Am 25. März, 27. März und 1. April fand die Ratifikationsdebatte zum EGKS-Vertrag²⁷⁵ und am 12. Juni eine Debatte zur EVG statt.²⁷⁶ Der Notenwechsel und die Frage einer möglichen Vier-Mächte-Konferenz kamen nur am 12. Juni zur Sprache. In der Debatte haben sich dann unter dem Eindruck des Notenwechsels und der am Vortage gemachten Erklärung der französischen Regierung hinsichtlich der Wünschbarkeit von Vierer-Gesprächen Vertreter aller Parteien für die Aufnahme von solchen Gesprächen ausgesprochen, ohne daß dies in dem schließlich angenommenen Leitantrag zum Ausdruck kam. Nur die Kommunisten sahen zu diesem Zeitpunkt – nach Unterzeichnung von EVG- und Deutschlandvertrag – keinen Anlaß mehr zu Vierer-Verhandlungen.

Diese gerade für die Nationalversammlung dünne Quellenbasis ist einer der Gründe, warum die Reaktionen in Parlament und Presse gemeinsam betrachtet werden müssen, da sich viele Parlamentarier in den unterschiedlichen Zeitungen und Publikationen zu Worte meldeten. In der französischen Presse wurde den Fragen der EVG und der deutschen Wiederbewaffnung Anfang der fünfziger Jahre reges Interesse entgegengebracht.²⁷⁷ So verwundert es nicht, daß auch im Frühjahr und Sommer 1952 die sowjetische Initiative vom 10. März und der sich anschließende Notenwechsel aufmerksam verfolgt wurden. Im Zeitraum von März bis September 1952 ergaben sich folgende Schwerpunkte in der Darstellung in der Presse: die sowjetische Note vom 10. März, das Friedlaender-Interview Adenauers vom 24. April 1952, die – hier nur am Rande interessierenden – Vorgänge um die Unterzeichnung von Deutschland- und EVG-Vertrag am 26. und 27. Mai und der Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz durch den französischen Ministerrat vom 11. Juni. Eine ganze Reihe von Zeitungen und Zeitschriften verhielt sich 1952 zurückhaltend und beschränkte sich darauf zu berichten. Zu diesen deswegen für diese Untersuchung unergiebigsten Publikationen zählten die Wirtschaftszeitungen *Les Echos* und *L'Economie*, die Gewerkschaftsblätter wie *Le Peuple*, *Syndicalisme*, *La Vie Ouvrière* und *Force Ouvrière*, aber auch die katholische Tageszeitung *La Croix* oder Massenblätter wie *Le Parisien Libéré* und *Ce Matin*. Die Zeitungen *Paris-Presse-L'Intransigeant* und *L'Informa-*

²⁷⁴ AS, Commission des Affaires étrangères, Procès-verbaux (1952) S. 29–38.

²⁷⁵ JOCR (1952) S. 712–785.

²⁷⁶ Ebenda, S. 1207–1242.

²⁷⁷ Allgemein zur Presselandschaft Claude Bellanger/Jacques Godechot/Pierre Guirad/Fernand Terrou (Hrsg.), *Histoire générale de la presse française*: Bd. IV: de 1940 à 1958, Paris 1975. Speziell zum Ost-West-Konflikt Hänsch (wie Anm. 62) und zur EVG Jean-José Marchand, *Tableau de la Presse*, in: *La guerre de la CED*. Hrsg. R. Aron/D. Lerner, Paris 1956, S. 157–175.

tion, die ebenfalls keine eigene Meinung äußerten, waren deswegen von Interesse, weil sie Politikern unterschiedlichen Standorts die Möglichkeit einräumten, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Andere Publikationen lassen sich dagegen bestimmten politischen Kräften zuordnen. Durch sie kann man auch auf die Meinungen der jeweiligen Kreise schließen. L'Humanité als Parteiorgan des PCF und Ce Soir vertraten die Meinung der Kommunisten. Libération war die Stimme der extremen Linken (der Progressisten), die in dieser Frage die Ansicht der Kommunisten teilte. Die beiden sozialistischen Tageszeitungen Le Populaire und Franc-Tireur spiegelten in gewissem Sinne die Spaltung innerhalb der SFIO wider. Während Franc-Tireur der Linie des Parteivorstandes folgte, zeigte sich Le Populaire der EVG gegenüber deutlich zurückhaltender. Daneben äußerten sich sozialistische Abgeordnete in den sozialistischen Zeitschriften Bulletin Intérieur du Parti Socialiste und La Revue Socialiste, aber auch in weniger eindeutig parteipolitisch ausgeprägten Publikationen der Linken wie La Nef. Der MRP hatte sein Organ in der Zeitschrift Forces Nouvelles, die Radikalen in L'Information Radicale-Socialiste und die Gaullisten in Le Rassemblement. Aber Abgeordnete dieser Gruppierungen kamen auch in anderen Blättern zu Worte. Der gemäßigten Rechten stand Le Figaro am nächsten, auch wenn er als Verfechter der EVG in dieser Frage sicher nur einen Teil der Gemäßigten repräsentierte.

Neben diesen einzelnen politischen Parteien oder Gruppierungen nahestehenden Blättern lassen sich zwei weitere Tendenzen ausmachen. Auf der einen Seite der von Le Monde, L'Observateur und Esprit vertretene Neutralismus und auf der anderen Seite der in Aspects de la France vertretene extreme Nationalismus eines Charles Maurras. Le Monde, die gegen die EVG Stellung bezog und deren Meinung von den meisten Parlamentariern nicht geteilt wurde, genoß gleichzeitig wegen ihrer Berichterstattung großes Ansehen, obwohl gerade in den betreffenden Zeitraum die Affäre um den „Rapport Fechteler“ fiel. Le Monde veröffentlichte am 10. Mai einen Bericht, den der amerikanische Admiral Fechteler dem Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten vorgelegt haben sollte und in dem vorgeschlagen wurde, die amerikanischen Verteidigungsanstrengungen in Europa auf den Mittelmeerraum zu konzentrieren, um von dort ein möglicherweise von den Russen besetztes Europa zurückzuerobern.²⁷⁸ Dieser im ersten Moment große Aufregung auslösende Bericht, der die Befürchtungen über eine amerikanische Strategieänderung zu bestätigen schien, stellte sich bald als Wiedergabe eines zwei Jahre vorher in den USA erschienenen Artikels des Marineoffiziers Antony Talelico heraus. Die Affäre wurde in weiten Kreisen genutzt, um die Glaubwürdigkeit von Le Monde in Zweifel zu ziehen, während die Verteidiger der Zei-

²⁷⁸ Jean-Noël Jeanneney/Jacques Julliard, „Le Monde“ de Beuve-Méry ou le métier d'Alceste, Paris 1979, S. 159–163 (S. 337–346 eine Wiedergabe des fraglichen Berichts vom 10. Mai 1952) und Jacques Thibau, Le Monde: Histoire d'un journal, un journal dans l'histoire, Paris 1978.

tung bis heute davon ausgehen, daß westliche Geheimdienste hinter dem Vorfall standen, eben um Le Monde zu diskreditieren. Die Zeitschrift *La Nef* schließlich widmete ihre Dezemberausgabe ganz dem „problème allemand“. Hierbei kamen Vertreter der unterschiedlichen Parteien – vor allem der Linksparteien – zu Worte.

3. Die unterschiedlichen Reaktionen

a) Die Gegner der EVG

Bei den Gegnern können drei Richtungen unterschieden werden: die Gaullisten, die Kommunisten und die Angehörigen der Regierungsparteien, die sich gegen das EVG-Projekt gestellt hatten.

Der RPF war in den Monaten nach der Investitur Pinays mit innenpolitischen und vor allem mit innerparteilichen Problemen beschäftigt. Dennoch kann man aus Äußerungen des gaullistischen Abgeordneten Gaston Palewski und des damaligen Senators Michel Debré die Haltung der Partei rekonstruieren.²⁷⁹ De Gaulle selbst ging in seinen Verlautbarungen und Reden des Jahres 1952 – soweit sie veröffentlicht vorliegen – nicht ausführlich auf dieses Thema ein.²⁸⁰ Insgesamt kann man drei Gesichtspunkte hervorheben.

Zum ersten sah man sich darin bestätigt, daß die Lage Deutschlands noch viel zu ungewiß war, um mit einem Teildeutschland dauerhafte Bindungen einzugehen:

„Für Frankreich [...] ist es sicher, daß durch diese Tatsache das berüchtigte Projekt der sogenannten Euopaarmee jetzt nicht in Frage kommt. Wie könnten wir die politische Kontrolle unserer Armee einem Ganzen überlassen, in dem der Hauptpartner Deutschland voll im Werden ist? Wenn wir nicht wissen, welches seine Fläche, seine Grenzen, seine Bevölkerung und vor allem seine Politik sein wird.“²⁸¹

Die russische Initiative war somit für Palewski ein weiteres Argument gegen die EVG.

Zum zweiten hielt man eine Neutralisierung Deutschlands für unmöglich. Das von den Russen vorgeschlagene Deutschland charakterisierte Palewski wie folgt:

„Ein rehabilitiertes, bewaffnetes, evakuiertes und dadurch, trotz aller diplomatischer Versicherungen, über sein Schicksal frei bestimmendes und damit über das Schicksal Europas entscheidendes Deutschland.“²⁸²

²⁷⁹ Palewski am 12. März in *Le Monde*, am 15. April und am 18. Juni in *Paris-Presse-L'Intransigeant* und Debré am 12. Juni vor dem Rat der Republik (*JOCR*, 1952, S. 1207–1212), am 13. Juni und am 16. August in *L'Information*.

²⁸⁰ De Gaulle, *Discours et messages*, (wie Anm. 241).

²⁸¹ Palewski am 15. April in *Paris-Presse-L'Intransigeant*.

²⁸² Ebenda.

Man sah die Gefahr, daß ein solchermaßen determiniertes Deutschland eine Anlehnung an die Sowjetunion suchen würde und somit die aus französischer Sicht gefährliche Erfahrung einer deutsch-russischen Verständigung wiederholen würde. Daß hierbei auch anti-deutsche Ressentiments zum Vorschein kamen, zeigte sich besonders in der Wochenschrift der gaullistischen Partei. Le Rassemblement trat am 21. März mit folgenden Überschriften an die Leser heran:

„Zum zweiten Mal in zwölf Jahren macht sich die UdSSR zum Komplizen eines gefährlichen Deutschland.“

und:

„Vorsicht, Gefahr: Lassen wir sie nicht machen! Stalin für die Wiedererrichtung der Wehrmacht. Schuman für die Auflösung der französischen Armee. Kämpfen wir an der Seite de Gaulles.“²⁸³

Drittens schließlich war man grundsätzlich durchaus für Verhandlungen der vier Mächte, aber unter drei Voraussetzungen. Man verlangte ein klares Konzept, eine Einbeziehung der weltweiten Spannungen in den Verhandlungsprozeß und eine von der Bundesregierung unabhängige Verhandlungsführung.

Die Forderung nach einem klaren Konzept entsprang einer grundsätzlichen Kritik an der Europapolitik dieser Jahre. Hinsichtlich der Aussichten einer auf Deutschland beschränkten Konferenz erklärte Debré lapidar:

„Eine begrenzte Vierer-Konferenz ist ein sicherer Mißerfolg.“²⁸⁴

Mit der Forderung nach einer von der Bundesregierung unabhängigen Verhandlungsführung wurde auf die – nach Palewskis Ansicht – unakzeptable Festschreibung der westlichen Deutschlandpolitik auf die Ziele der Regierung Adenauer hingewiesen. Er bezog sich dabei darauf, daß man im Deutschlandvertrag festgehalten hatte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland dieselben Rechte genießen sollte wie die, die man der Bundesrepublik im Deutschlandvertrag zugestanden hatte (Artikel 7, Abs. 2). Darüber hinaus habe man im Notenwechsel Adenauers Position bezüglich der prinzipiellen Offenheit der Frage der polnischen Westgrenze übernommen. Er folgerte daraus:

„Vierer-Gespräche müssen also ohne Verzug stattfinden. Die Alliierten müssen dort gegenüber Deutschland mit freien Händen ankommen, im Interesse selbst von Einigungsmöglichkeiten, von denen es profitieren würde.“²⁸⁵

²⁸³ Le Rassemblement vom 21. März 1952. Der Artikel von Claude Couband lag auf derselben Linie wie die Äußerungen Palewskis und Debrés. Siehe auch die Ausgabe vom 28. März, dort ein Artikel Jacques Vendroux' im selben Tenor.

²⁸⁴ Debré am 13. Juni in L'Information.

²⁸⁵ Palewski am 18. Juni in Paris-Presse-L'Intransigeant.

Die Kommunisten, die sich vorher in ihrer Propaganda ganz auf das Ziel eines entmilitarisierten Deutschlands eingestellt hatten, wurden von dem Absatz zur deutschen Nationalarmee in der sowjetischen Note überrascht. Der für alle offensichtliche Widerspruch zwischen der Kampagne der französischen Kommunisten und den sowjetischen Vorschlägen wurde von Vertretern aller Parteien (von SFIO bis RPF) und in fast allen Zeitungen mit von Genugtuung bis Schadenfreude reichenden Kommentaren zur Kenntnis genommen.²⁸⁶ Die sowjetische Initiative wurde am 12. März von Jacques Duclos, der damaligen Führungsfigur der französischen Kommunisten, bei einer Veranstaltung in Romainville ausführlich kommentiert.²⁸⁷ An der von Duclos vorgegebenen Linie wurde festgehalten. Am umfangreichsten waren die häufigen Kommentare von Pierre Courtade im Parteiorgan *L'Humanité*.²⁸⁸ Daneben äußerten sich auch Etienne Fajon und Yves Moreau in *L'Humanité*.²⁸⁹ Die Argumentationslinie der Kommunisten kann man an folgenden Punkten veranschaulichen: Der sowjetische Schritt wurde insgesamt immer wieder als Initiative für den Frieden herausgestrichen. Dies begründete man damit, daß ein Festschreiben der Oder-Neiße-Linie deutschen Revanchegelüsten ein Ende bereiten würde. Dieser Zusammenhang wurde auch immer genutzt, um Kritik an der aggressiven Politik der Vereinigten Staaten zu üben. Hinsichtlich der deutschen Wiederbewaffnung wurde ausgeführt, daß die EVG-Pläne der Regierung in den Kontext der aggressiven amerikanischen Politik gehörten; so wurde die Analyse der sowjetischen Note auch von den Kommunisten genutzt, um ihre Kritik an der EVG zu wiederholen. Die Defensivarmee eines geeinten Deutschlands – wie von den Russen ins Spiel gebracht – wurde dagegen als dem Frieden dienend dargestellt. Hierbei versuchte man, sein Gesicht zu wahren, indem man die bisherige Position, jede deutsche Wiederbewaffnung, unter welchen Umständen auch immer, abzulehnen, um den Zusatz erweiterte:

„Unter den gegebenen Umständen.“²⁹⁰

Am 14. März führte Courtade aus, was er darunter verstand:

„Unter den gegebenen Umständen, charakterisiert durch die Teilung Deutschlands.“²⁹¹

²⁸⁶ *Franc-Tireur* vom 12. und 13. März; *Le Populaire* vom 12., 13. und 14. März; Palewski am 12. März in *Le Monde*; *Combat* vom 22. März; Delbos am 13. März in *Le Monde*; Bonnefous am 13. März in *L'Information*; Reynaud am 17. März in *Paris-Presse-L'Intransigeant*; R. Aron am 17. März in *Le Figaro*.

²⁸⁷ *L'Humanité*, Supplément N° 2340 vom 13. März, siehe auch *Le Monde* vom 14. März.

²⁸⁸ So am 12., 14., 19., 21., 25., 26. März, 10. April, 14. Mai und 4. September 1952.

²⁸⁹ Am 20. März (Moreau) und am 25. September (Fajon).

²⁹⁰ Courtade am 12. März in *L'Humanité*.

²⁹¹ Courtade am 14. März in *L'Humanité*.

Damit gelang es ihm wieder, zu einem Angriff auf die Vereinigten Staaten anzusetzen. Die von den Russen vorgeschlagene Nationalarmee wurde dagegen als selbstverständliches Attribut der Souveränität bezeichnet.

Von Interesse ist es noch, die Interpretation Duclos' der politischen Leitsätze 4 und 5 hinsichtlich der Freiheit demokratischer Parteien in Deutschland (Nr. 4) und dem Verbot von Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind (Nr. 5)²⁹², wiederzugeben:

„Die sowjetischen Vorschläge zielen darauf:

[...]

3) Die Handlungsfreiheit der Parteien und demokratischen Organisationen zu garantieren, was den Verfolgungen, die die Demokraten und die Parteigänger des Friedens in Westdeutschland erleiden, ein Ende setzen würde.

4) Das Bestehen der Demokratie feindlichen Organisationen, wie zur Zeit viele in Westdeutschland gegründet werden, zu verbieten.“²⁹³

Er bezog diese Bestimmungen auf die Situation in Westdeutschland, wo er hoffte, daß die Kommunisten mehr Handlungsspielraum erhalten würden, nicht aber auf Ostdeutschland, womit er im Gegensatz zu allen Interpretationen stand, die meinten, daß die Russen bereit seien, in der DDR demokratische Rechte im westlichen Sinne einzuführen.

Bei der Kommentierung des weiteren Notenwechsels – besonders im Zusammenhang mit der ersten alliierten Antwort – ging es den Kommunisten nur noch darum zu zeigen, daß die Westmächte, allen voran die Vereinigten Staaten, mit Unterstützung Adenauers das russische Angebot abgelehnt hätten. Auf der Seite der Progressisten folgte man im Ganzen der Interpretation der Kommunisten, wie sich anhand der Artikel in der von dem progressistischen Abgeordneten Emmanuel d'Astier de la Vigerie herausgegebenen Zeitung *Libération* nachvollziehen ließ.²⁹⁴ Auch hier hielt man ein neutralisiertes Deutschland für die beste Lösung. Den russischen Vorschlag, diesem Deutschland eine Nationalarmee zuzugestehen, führte man – bei prinzipiellem Festhalten an einem entmilitarisierten Deutschland als der besten Lösung – auf die Sorge der Westmächte vor einem militärischen Vakuum in Deutschland zurück, der die Sowjetunion damit jetzt bereit sei zu entsprechen.

Die Opponenten der EVG-Pläne im Regierungslager gingen in ihren Reaktionen von einem gemeinsamen Punkt aus. Sowohl der Konservative Jacques Bardoux wie die Radikalen Marcel Plaisant, Edouard Daladier und Edouard Herriot, die christlichen Demokraten Léo Hamon und André-François Monteil und die Sozialisten Jules Moch, Daniel Mayer, Marcel-Edmond

²⁹² Jäckel (wie Anm. 2) S. 23 f.

²⁹³ Duclos am 13. März in *L'Humanité*.

²⁹⁴ Siehe die Artikel von Jean-Maurice Hermann vom 12., 13. März und 26. April und etwa Marcel Fournier vom 14. März in *Libération*.

Naegelen und Albert Gazier sahen sich in ihrer Ansicht bestärkt, daß man mit den Russen verhandeln müsse.²⁹⁵ Aus dem Spektrum dieser Meinungen läßt sich als Grundkomponente folgender Argumentationsstrang herausfiltern: Die Einheit Deutschlands erschien unvermeidlich und folgerichtig in der historischen Entwicklung. Man war sich weiter einig, daß eine solche Einheit nur in Verhandlungen mit den Russen zu erreichen war. Deswegen erschien alles, was man vorab mit der Bundesregierung aushandelte und unterzeichnete, unzureichend und vor allem als wahrscheinlich in Kürze hinfällig. Dies galt in besonderem Maße für die EVG, da durch die Wiederbewaffnung Westdeutschlands die Einigung mit den Russen nur erschwert werden konnte, ohne dauerhaft sein zu können. Eine Bestätigung für diese Überlegung sah man in den Äußerungen Adenauers im Friedlaender-Interview vom 24. April, wo er sich dahingehend geäußert hatte, daß eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung nicht durch vorherige Vertragsabschlüsse West- oder Ostdeutschlands gebunden sein könnte. Mit einer Vier-Mächte-Konferenz hoffte man auch das sich gegenseitige Überbieten („surenchère“) der Russen und Amerikaner in der deutschen Frage, was nur Deutschland helfen konnte, zu vermeiden. Diese Angst vor einem gegenseitigen Überbieten fand sich in vielen Beurteilungen, wurde aber von Daladier in seinem Artikel „Gretchen et ses deux galants“ mit besonderem Nachdruck vorgebracht.²⁹⁶

Wenn bis zu diesem Punkt eine gewisse Übereinstimmung in der Argumentation der EVG-Gegner festgestellt werden kann, so gingen die Ansichten über die Inhalte und Ziele der von allen befürworteten Konferenz weit auseinander und blieben teilweise sehr vage. Bardoux sagte zwar schwierige Verhandlungen voraus, ohne aber genauere Vorstellungen zu entwickeln. Hinsichtlich der Kontrolle freier Wahlen, die er als ersten Schritt zur deutschen Einheit ansah, empfahl er, unter Beteiligung der vier Besatzungsmächte und beider deutscher Staaten eine Konvention auszuarbeiten und die Kontrolle selbst dann den Westdeutschen in Ostdeutschland und umgekehrt anzuvertrauen.²⁹⁷

²⁹⁵ Bardoux am 12. März in *Le Monde* und am 13. Juni und 26. August in *L'Information*; Daladier am 25. März, 8. Mai und 25. Juli in *L'Information*; Herriot, *L'Allemagne devant la paix*, in: *La Nef* 9 (1952) S. 11–13; Hamon am 30. Juni in *Paris-Presse-L'Intransigeant*, am 16. Juli vor dem Ausschuß des Rats der Republik (wie Anm. 274), derselbe, *Warum Frankreich mißtrauisch ist*, in: *Außenpolitik* 3 (1952) S. 216–220, derselbe, *Il y a une politique de rechange*, in: *La Nef* 9 (1952) S. 212–233; Monteil, *Faut-il donc réarmer l'Allemagne?* in: *La Nef* 9 (1952) S. 234–243; Moch am 17. Mai in *L'Information*; D. Mayer am 14. März in *Le Monde*, am 13. Juni in *L'Information* und derselbe, *L'ère des civils une fois encore s'achève*, in: *La Revue Socialiste* 55 (1952) S. 236–245; Naegelen am 14. Juni und 3. Oktober in *L'Information*, derselbe, *Les problèmes économiques et sociaux que posera la réunification de l'Allemagne*, in: *La Nef* 9 (1952) S. 244–256. Gazier am 26. August in *L'Information*.

²⁹⁶ Daladier am 25. März in *L'Information*.

²⁹⁷ Bardoux am 13. Juni und 26. August in *L'Information*.

Jules Moch sah dagegen den Moment für alles umfassende weltweite Entspannungs- und Abrüstungsgespräche gekommen und versprach sich nur davon Erfolgsaussichten:

„Der Frieden formt ein Ganzes, beruhend auf Vertrauen. Dieses kann nur durch gegenseitige, präzise und auf alle Punkte der Uneinigkeit und alle Konfliktzonen ausgeweitete Garantien wiedererstehen. Die Alliierten besitzen schon heute ein ausreichendes Machtpotential, um den Russen ohne Angst die große Gesamtverhandlung („la grande négociation d'ensemble“), die die Völker erwarten, anbieten zu können.“²⁹⁸

Léo Hamon wiederum sah eine Chance in einem Teilarrangement über Deutschland, wobei er ausführte, daß es sich um ein Tauschgeschäft zwischen Ost und West handeln müsse. Er konnte sich vorstellen, daß man den Russen im Gegenzug für ihr Einverständnis zu freien Wahlen, was das Ende der kommunistischen Beherrschung Ostdeutschlands zur Folge hätte, erstens die Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze als endgültiger deutscher Ostgrenze zugestehen und zweitens auf die militärische Integration Westdeutschlands im Rahmen Europas verzichten könne:

„Die Einigung Deutschlands kann infolgedessen für die UdSSR akzeptabel sein, wenn sie dadurch westliche Zugeständnisse erreicht (z. B. die Anerkennung der Ostgrenze oder den Verzicht der Militarisierung), als Gegenleistung für die Abschaffung des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland.“²⁹⁹

Auch hinsichtlich des Status eines Gesamtdeutschlands gingen die Meinungen auseinander. Monteil glaubte, daß eine Neutralisierung Deutschlands zumindest in einer Übergangsphase möglich und erstrebenswert wäre:

„Sicherlich, wir behaupten nicht, daß dieses große Land für eine Ewigkeit entweder eine militärische Leere oder eine ausländische Besetzung erfahren soll. Aber es geht darum, Zeit zu gewinnen und die sofortige Wahl einer endgültigen Lösung, die uns in die Katastrophe zieht, zu vermeiden.“³⁰⁰

Daladier dagegen – und auch Hamon – lehnten die Neutralisierung als utopisch ab. Daladier nannte die Vertreter einer Neutralisierung Deutschlands „pêcheur de lune“ (Traumtänzer).³⁰¹

Hamon führte dies genauer aus, indem er folgendes zu einer Neutralisierung bemerkte:

„Der Begriff der Neutralität [...] ist außerdem mißverständlich. Niemand ist wirklich neutral, und es ist richtig zu sagen: Die Regierenden eines vereinten Deutschland werden niemals gegenüber den für gleichwertig gehaltenen Ideologien indifferent sein [...]“³⁰²

²⁹⁸ Moch am 17. Mai in L'Information.

²⁹⁹ Hamon, Il y a une politique de rechange, (wie Anm. 295) S. 216.

³⁰⁰ Monteil, Faut-il donc réarmer l'Allemagne?, (wie Anm. 295) S. 241 f.

³⁰¹ Daladier am 25. Juli in L'Information.

³⁰² Hamon, Il y a une politique de rechange, (wie Anm. 295) S. 216 f.

b) Die Befürworter der EVG

Im Lager der Befürworter der EVG stimmten die Reaktionen der Vertreter der unterschiedlichen Parteien in hohem Maße überein. Sie traten alle – Alfred Coste-Floret (MRP), Jean Dannemuller in Forces Nouvelles, Edgar Faure, Edouard Bonnefous und Yvon Delbos (RGR), Paul Ramadier und Gérard Jaquet (SFIO) und der Senator Salomon Grumbach in *Le Populaire* und Charles Ronsac in *Franc-Tireur*, André Mutter und Paul Reynaud (Gemäßigte) und Roger Massip und Raymond Aron in *Le Figaro*³⁰³ – der russischen Initiative mit starken Vorbehalten entgegen und vermuteten ein sowjetisches Manöver oder einen Propagandaakt. Wenn man von den geringen Abweichungen und den unterschiedlichen Schwerpunkten absieht, so ergaben sich folgende grundlegende Argumentationsstrukturen: Zuerst fällt auf, daß man in diesen Kreisen das Augenmerk ganz besonders auf die sowjetischen Vorschläge hinsichtlich einer deutschen Nationalarmee lenkte. Zusätzlich führten die von der russischen Seite vorgesehene Amnestie ehemaliger Offiziere und Generale und ehemaliger Nationalsozialisten und die vorgesehene Erlaubnis zur Rüstungsgüterproduktion in Deutschland dazu, daß man im sowjetischen Vorschlag tatsächlich die Wiedererstehung der Wehrmacht zu erkennen glaubte. Dagegen stellte man die Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen der EVG, wenn eine solche Wiederbewaffnung nun schon unumgänglich war, als weniger gefährlich dar.

Hinsichtlich des allgemeinen Verhandlungsangebots der Russen wurde geäußert, daß man keine Gelegenheit zu Verhandlungen auslassen sollte. Es wäre immer besser zu sprechen als nicht zu sprechen. Allerdings war man sich einig, daß man nicht ohne Bedingungen auf solche Gespräche eingehen könne. In diesem Zusammenhang wurden drei Punkte am häufigsten genannt.

Erstens sollte in einer Antwort darauf hingewiesen werden, daß die Voraussetzung für die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung die Veranstaltung freier Wahlen in ganz Deutschland sei. Als Kontrollinstanz verwies man

³⁰³ A. Coste-Floret am 12. März in *Le Monde*, derselbe, *Bilan et perspectives de la politique européenne*, in: *Politique étrangère* 17 (1952/53) S. 321–334; Dannemuller am 22. März in *Forces Nouvelles*; Bonnefous am 13. März in *L'Information*, am 7. Mai in *Paris-Presse-L'Intransigeant*; E. Faure am 13. März in *L'Information*; Delbos am 13. März in *Le Monde*, am 19. März und 1. April in *L'Information*; Ramadier am 24. April und 4. September in *L'Information*; Jaquet am 12. März in *Le Monde*, derselbe, *Pour une armée européenne véritable*, in: *La Revue Socialiste* 55 (1952) S. 225–232; Grumbach u. a. am 12., 15., 18., 21., 28., und 29. März, 12. April, 3. und 6. Mai in *Le Populaire*; Ronsac u. a. am 12. März, 5., 24. und 26. Mai in *Franc-Tireur*; Mutter am 26. August in *L'Information*; Reynaud am 17. März in *Paris-Presse-L'Intransigeant*; Massip u. a. am 12. März, 26. April, 5. und 26. Mai und 25. August in *Le Figaro*; R. Aron am 17. und 23. März, 15. April, 3. Mai und 11. Juni in *Le Figaro* und derselbe, *Le dialogue des quatre sur l'Allemagne*, in: *Politique étrangère* 17 (1952/53) S. 135–142.

auf die kurz vorher geschaffene UN-Kommission und meinte, daß das Zulassen dieser Kommission in Ostdeutschland ein erster Schritt wäre, mit dem die Russen ihren guten Willen bekunden könnten.

Zweitens sollte nach der Begrenzung und Kontrolle der vorgeschlagenen deutschen Nationalarmee gefragt werden.

Drittens sollte man feststellen, inwieweit die Neutralisierung Deutschlands die Zugehörigkeit Deutschlands zur Montan-Union und etwa zum Europarat beeinflussen würde.

Eine weitere Frage, auf die besonders Delbos einging, bestand darin, ob „Demokratie“ und „freie Wahlen“ im östlichen oder im westlichen Sinne zu verstehen seien.³⁰⁴ Eine Neutralisierung Deutschlands hielt man hauptsächlich aus zwei Gründen für gefährlich. Erstens meinte man, daß ein solches Deutschland in eine irgendwie geartete Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten würde. Zweitens bedeute die Neutralisierung das Ende der Besatzungszeit in Deutschland, was zur Folge hätte, daß die Amerikaner Europa verlassen müßten, während die Russen weiterhin 50 km von Berlin entfernt stünden. Dadurch sah man auch die eigene Sicherheit stark gefährdet. Die bisher angeführten Punkte kann man als gemeinsame Grundlage derjenigen ansehen, die sich für die EVG aussprachen, auch wenn nicht alle Punkte so ausführlich in den nicht immer langen Beiträgen behandelt wurden.

An zwei Fällen soll gezeigt werden, an welchen Punkten einzelne Beobachter über das bisher Gesagte hinausgingen. Ein gutes Beispiel sind die Reaktionen auf das Adenauer-Interview vom 24. April. Bonnefous und Grumbach waren sich noch einig, daß das Vertrauen zu Adenauer stark unter solchen Äußerungen leiden würde. Die Konsequenzen, die sie daraus zogen, deckten sich allerdings nicht mehr. Bonnefous konstatierte, daß die europäische Einigung und die deutsche Wiedervereinigung unvereinbar seien:

„Entweder wir unterzeichnen die vertraglichen Vereinbarungen [Deutschlandvertrag], und die Besetzung der Drei ist zu Ende, der Sieg endgültig abgeschafft (*la victoire définitivement liquidé*): aber dann können wir die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr hinnehmen, da sie das, was wir erhalten hätten, in Frage stellen würde, ohne daß wir das zurückbekommen könnten, was wir aufgegeben haben. Oder wir akzeptieren die Idee der Einigung Deutschlands und die Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs, aber dann geben wir unsere Besatzungsrechte nicht für provisorische Abmachungen auf, dann behalten wir unseren letzten Trumpf, um mit einem wiedervereinigten Deutschland zu diskutieren. Das Ende der Besetzung ist unvorstellbar ohne eine endgültige Lösung der deutschen Frage.“³⁰⁵

Daraus muß man aber schließen, daß die überzeugten Europäer – zu denen auch Bonnefous sich damals zählte – die Integration Westdeutschlands einer Wiedervereinigung vorzogen, wissend, daß dies die deutsche Teilung auf

³⁰⁴ Delbos am 19. März in L'Information.

³⁰⁵ Bonnefous am 7. Mai in Paris-Presse-L'Intransigeant.

lange, möglicherweise unabsehbare Zeit unwiderruflich machen würde. EVG- und Deutschlandvertrag hatten für sie einen endgültigen Charakter. Salomon Grumbach dagegen, der dieselbe Unvereinbarkeit erkannte, glaubte nun nicht mehr an die Endgültigkeit einer europäischen Lösung und hielt deswegen nach dem Adenauer-Interview Vier-Mächte-Verhandlungen für völlig unvermeidlich.³⁰⁶ Bei Grumbach, der auch schon vorher immer besonders auf die Gefahr einer deutschen Armee und überhaupt des deutschen Nationalismus hingewiesen hatte, gewannen also nach dem Adenauer-Interview die Vorbehalte gegenüber Deutschland die Oberhand. Die erst noch für tragbar gehaltene Lösung der Integration eines Teildeutschlands wurde jetzt auf lange Sicht als nicht mehr realisierbar verworfen. Dies zeigt auch noch einmal, daß die meisten Unsicherheiten und Schwankungen in den Reihen der Sozialisten herrschten.

Abschließend sei noch ein Blick auf eine zusammenfassende Beurteilung Raymond Arons erlaubt. Er hatte in *Le Figaro* die einzelnen Noten von Mal zu Mal kommentiert und faßte seine Überlegungen in einem im Juni 1952 geschriebenen Artikel zusammen.³⁰⁷ Hierbei analysierte er erst die Deutschlandpolitik der vier Mächte, bevor er den Notenwechsel resümierte und dann abschließend bewertete. Dabei führte er aus, daß es sicherlich einfach sei, den ganzen Notenwechsel als eine Propagandaschlacht zu begreifen. Allerdings meinte er, daß auch eine andere Möglichkeit nicht eindeutig auszuschließen sei. Er stellte die möglichen sowjetischen Absichten folgendermaßen dar:

„Es erscheint mir ausgesprochen wahrscheinlich, daß man im Kreml nicht mehr an ein Vierer-Abkommen über Deutschland glaubt. Es erscheint mir sicher, daß man die Politik für die Zeit nach der Verankerung der Teilung, d. h. die Wiederbewaffnung der Volksdemokratie, vorbereitet. Aber es erscheint mir auch möglich, daß die Sowjetunion eine Wiederaufnahme des Kontakts wünscht, wobei sich die Gespräche über Monate hinziehen würden, wie man es z. B. aus dem Palais Rose und aus Korea kennt. Der einzig wirklich fragliche Punkt ist der folgende: Welche Gegenleistung hätte die Sowjetunion verlangt, um freien Wahlen im westlichen Sinne zuzustimmen, unter der Voraussetzung, daß sie wirklich zugestimmt hätte.“³⁰⁸

Dieses Problem hätten die Westmächte nicht klar genug herausgestellt. Dann führte er zur französischen Haltung im speziellen und zur westlichen Haltung im allgemeinen folgendes aus:

„Aber die Franzosen sind gegen die von den Russen vorgeschlagene Nationalarmee. Sie wünschen – wie es scheint –, daß die zukünftige, gesamtdeutsche Regierung durch die Abmachungen, die die Bonner [Regierung] unterzeichnet hat, gebunden sei. Ich diskutiere hier nicht die Berechtigung dieser Konzeption, ich stelle einfach fest, daß

³⁰⁶ Grumbach am 3. Mai in *Le Populaire*.

³⁰⁷ R. Aron, *Le dialogue des quatre*, (wie Anm. 303), derselbe, *Französische Gedanken über die deutsche Einheit*, in: *Außenpolitik* 3 (1952) S. 576–582, geht auf die fehlenden Voraussetzungen für eine deutsche Einigung ein, ohne hier den Notenwechsel im einzelnen zu analysieren.

³⁰⁸ R. Aron, *Le dialogue des quatre*, (wie Anm. 303), S. 140.

man sich auf der einen wie auf der anderen Seite damit begnügt, Standpunkte in ihrer Gesamtheit zu wiederholen, von denen man weiß, daß sie unvereinbar („incompatibles“) sind.“³⁰⁹

Die starre Haltung des Westens führte er auf inneralliierte Meinungsverschiedenheiten zurück. Ohne weiter aus dieser brillanten Analyse zu zitieren, reicht es festzustellen, daß Raymond Aron über eine Beurteilung des sowjetischen Angebots hinausging und bereits im Juni 1952 aus seiner Sicht – ohne jedes Quellenmaterial – auf die Unvereinbarkeit der Standpunkte hingewiesen hat.

c) Weitere außerparlamentarische Meinungen

Die bisher geschilderten Meinungen können im wesentlichen als repräsentativ für die damals in Frankreich vertretenen Ansichten gelten. Alle erwähnten Gruppen verfügten über unterschiedlich starke parlamentarische Präsenz und die Möglichkeit, sich in der nationalen Presse zu äußern.

Über dieses Spektrum hinaus gab es aber noch Einzelstimmen, die die Akzente etwas anders setzten. Hier wird nicht angestrebt, alle abweichenden Beurteilungen anzuführen, sondern es soll genügen, zwei Beispiele vorzustellen. Dabei kommt der ersten dieser Strömungen insofern eine gewisse Bedeutung zu, als sie unter den Intellektuellen gerade der Linken nicht geringen Einfluß hatte und entsprechend auch in verschiedenen angesehenen Publikationen vertreten wurde. Es handelt sich um die damals als „neutralistisch“ bezeichneten Kreise. Ihre Auffassung, die besonders in *Le Monde* und den Zeitschriften *L'Observateur* und *Esprit* vertreten wurde, war dadurch gekennzeichnet, daß man Frankreich frei sehen wollte vom Einfluß der Supermächte. Frankreich – und das hieß 1952 Frankreich und seine nordafrikanischen und überseeischen Besitzungen – sollte eine eigenständige Politik zwischen den Blöcken betreiben und möglicherweise auch Mittlerfunktionen zwischen ihnen übernehmen.³¹⁰ Verbunden mit dieser Vorstellung von der Rolle Frankreichs lebte die Idee von einem ebenfalls unabhängigen Europa als einer Dritten Kraft. Deutschland sollte in dieses Europa einbezogen werden, auch wenn man bereits vor der Stalin-Note dafür eintrat, vor einer Integration Westdeutschlands alles zu unternehmen, um einen Friedensvertrag mit einem geeinten Deutschland zu erreichen.³¹¹ Hinsichtlich der Europapolitik der Regierung unterstützte man die Bemühungen um die Montan-Union, während die EVG abgelehnt wurde, da man auf diese Weise Europa

³⁰⁹ Ebenda, S. 140f.

³¹⁰ Zum Phänomen des Neutralismus siehe Marcus (wie Anm. 60) und die Artikel von Etienne Gilson am 25. 12. 1948, 2. 3. 1949 und 6./7. 3. 1949 in *Le Monde* und die als Buch erschienenen Artikel von Hubert Beuve-Méry (wie Anm. 60) S. 166–254.

³¹¹ Duverger sprach sich am 14. Februar 1952 in *Le Monde* mit Nachdruck für Vier-Mächte-Verhandlungen aus.

endgültig in eine Abhängigkeit vom Atlantischen Bündnis und somit den Vereinigten Staaten geraten sah. Ausgehend von diesen Voraussetzungen kann man als besondere Kennzeichen dieser Meinung folgendes festhalten³¹²: Grundsätzlich argumentierte man ähnlich wie die linken Gegner der EVG, sah hier eine Chance für Verhandlungen, glaubte an die Notwendigkeit einer deutschen Einigung und hoffte, daß auf diese Weise die EVG überflüssig werden konnte. Darüber hinaus aber sah man hier auch einen Ansatz zur Verwirklichung der eigenen Europavorstellungen. Brauchte doch nach einer Neutralisierung Deutschlands nur noch Frankreich selbst aus dem Blocksystem auszuscheren und gemeinsam mit Deutschland eine unabhängige Politik zu verfolgen. Daß dies ihre Konzeption war, wurde wiederholt von Vertretern dieser Richtung zum Ausdruck gebracht. Domenbach formulierte es so:

„Es gibt eine andere Möglichkeit, und wir wiederholen es unablässig die einzige, die für uns die Hoffnung auf eine dauerhaft friedliche Lösung birgt: Daß sich die europäischen Nationen ihre Politik wieder zu eigen machen und einen unabhängigen Organismus schaffen, in dem Deutschland seinen Platz wiederfinden wird und genug Freiheit, um Europa von seiner Arbeit und seinen Vorzügen Nutzen haben zu lassen, aber nicht die Freiheit der Unentschiedenheit, die es ihm ermöglicht, auf allem die Drohung seiner Konkurrenz und seiner (Rück-)Forderungen lasten zu lassen.“³¹³

Die Neutralisten kann man dabei der unorthodoxen Linken zuordnen, die insgesamt die von der Sowjetunion ausgehende Gefahr für überbewertet hielt. Ähnlich argumentierten auch Marcel Gimont und François Courtet in der Tageszeitung *Combat*.³¹⁴ Diese Zeitung, die aus der Résistance hervorgegangen war und die ursprünglich von Albert Camus, später von Claude Bourdet (dieser gründete 1950 *L'Observateur*) herausgegeben wurde, war ausgesprochen EVG-feindlich. Die Zeitung erwies sich wie *Le Monde* als auffallend gut informiert, besonders auch über die inneralliierten Verhandlungen in Zusammenhang mit den Antwortnoten. In der Berichterstattung über den weiteren Notenwechsel kritisierte sie vor allem die französische Regierung, die sich von den Vereinigten Staaten die Ablehnung der sowjetischen Vorschläge vorschreiben lasse. Daß die westliche Antwort ausweichend oder sogar negativ sein würde, berichtete Marcel Gimont bereits am 14. März, wobei er sich auf Äußerungen Hervé Alphands, des französischen Verhandlungsleiters bei den

³¹² André Fontaine am 13. und 25. März und 5. April in *Le Monde*; Robert Borel am 20. März in *Le Monde*; Jean Schwoebel am 21. April und 7. Mai in *Le Monde*; Jean-Maire Domenbach, La note soviétique sur l'Allemagne, in: *Esprit* 20 (1952) S. 820–825. Claude Bourdet am 20. März, 30. April und 12. Juni in *L'Observateur*; H. de Galard am 13. und 17. März, 17. April, 19. Juni und 17. Juli in *L'Observateur*.

³¹³ Domenbach, La note soviétique, (wie Anm. 312) S. 824.

³¹⁴ Siehe u. a. die Artikel von Marcel Gimont am 12. und 14. März, 11., 12. und 26. April, 5. Mai und 12. Juni; François Courtet am 13. März, 18. April, 5. und 13. Mai und 7. Juni.

Pariser Verhandlungen um die EVG, berief.³¹⁵ Den amerikanischen Vorschlag von Anfang Mai – Gespräche auf der Ebene der Hohen Kommissare zu führen – stellten sie als taktischen Schachzug der Amerikaner dar, um Adenauer in der Bundesrepublik den Rücken frei zu halten.³¹⁶

Aus dem Rahmen der bisher dargestellten Überlegungen fiel auch der in *Aspects de la France* vertretene extreme Nationalismus. Hier trat man grundsätzlich für eine andere Behandlung Deutschlands ein, die eine Aufteilung Deutschlands in die alten dynastischen Staaten aus der Zeit vor der deutschen Einigung verlangte. Man meinte, daß die Politik der Regierung die Fehler aus den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wiederhole und Deutschland zu milde behandle. Die deutsche Einheit war für sie der Grund allen Übels.³¹⁷ Charles Maurras, den man zu den geistigen Vätern dieser Richtung zählen kann, äußerte sich am 16. Mai selbst in einem langen Artikel in diesem Sinne.³¹⁸ Maurras, der in der Zwischenkriegszeit als Royalist hervorgetreten war, war 1945 wegen Kollaboration mit den Deutschen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er starb später im Jahre 1952.

Im Zusammenhang mit der Note legte man besonderen Wert auf die Gefahr einer deutschen Wiederbewaffnung, sei es unter dem Deckmantel einer europäischen Armee oder sei es als Nationalarmee. Die Entwicklung der Dinge, die eine ständige Aufwertung Deutschlands mit sich brächte, führten die Vertreter dieser Richtung auf die falsche Deutschlandpolitik der amerikanischen und vor allem der französischen Regierung zurück. Der Verbreitungsgrad dieser extrem rechten Ansichten ist sehr schwer auszumachen, da die rechte Presse im allgemeinen und die extrem rechte Presse im besonderen von den Zeitungsverboten aus der ersten Phase der Befreiung (*Libération*) betroffen waren.³¹⁹ Erst ganz allmählich begannen wieder Publikationen dieser Denkrichtung zu erscheinen, ohne daß man annehmen kann, daß die Vertreter dieser Ansichten zwischenzeitlich bekehrt worden wären.

³¹⁵ Gimont am 14. März in *Combat*. H. Alphanand war einer der wenigen ganz überzeugten ‚Europäer‘ am Quai d’Orsay. Siehe auch seinen Aufsatz, *Frankreichs Initiative*, in: *Dokumente* 8 (1952) S. 441–446.

³¹⁶ Gimont und Courtet am 5. Mai in *Combat*.

³¹⁷ Jean-Pierre Chevènement, *La droite nationaliste devant l’Allemagne*, (Masch.) FNSP 1960. Siehe die Artikel von Pierre Boutang vom 14. März, Philippe Buren vom 21. März, 11. April und 2. Mai in *Aspects de la France*.

³¹⁸ Ch. Maurras am 16. Mai in *Aspects de la France*.

³¹⁹ Drei Ordonnanzen vom 30. September 1944 verboten das Erscheinen aller Zeitungen und Zeitschriften (*journaux et périodiques*), die nach dem 25. Juni 1940 gegründet worden waren oder die ihr Erscheinen mehr als 15 Tage nach dem Waffenstillstand (22. Juni 1940) in der nördlichen Zone und mehr als 15 Tage nach dem 11. November 1942 in der südlichen Zone fortgesetzt hatten (siehe *Histoire générale de la presse française*, wie Anm. 277, S. 295 f.). Erst im Jahre 1951 hatte der Staatsrat partielle Verbote der Zeitschrift *Aspects de la France*, die in gewissem Sinne die Nachfolge der Zeitschrift *L’Action française* angetreten hatte, aufgehoben (ebenda, S. 248).

4. Konvergenzen und Divergenzen zwischen Regierungsmeinung und öffentlicher Meinung

Es ergab sich, daß in der Presse Vertreter aller Lager im Anschluß an die sowjetische Offerte für Vier-Mächte-Verhandlungen eintraten. Um diesem allgemeinen Wunsch zu entsprechen, hatte sich auch der französische Ministerrat am 11. Juni 1952 für das Prinzip von Vier-Mächte-Verhandlungen ausgesprochen, ohne solche Verhandlungen wirklich anzustreben. Allerdings gingen auch in der Öffentlichkeit die Hoffnungen, die man mit solchen Verhandlungen verband, weit auseinander. Hier zeigte sich bereits ein wesentlicher Unterschied zwischen den EVG-Gegnern und ihren Befürwortern. Während die ersten hier tatsächlich von Erfolgsaussichten ausgingen, traten die EVG-Befürworter – überspitzt ausgedrückt – nur für Verhandlungen ein, um die Unaufrichtigkeit der sowjetischen Regierung zu entblößen. Entsprechend kann man sagen, daß die EVG-Befürworter die Note in erster Linie als ein gegen die EVG-Pläne gerichtetes Propagandamanöver der Russen auffaßten. Die EVG-Gegner sahen dagegen in viel stärkerem Maß eine Chance, zu einer Regelung der deutschen Frage zu kommen, wobei auffiel, daß sie insgesamt eine deutsche Wiedervereinigung für unausweichlich hielten und gerade deswegen auch Vorbehalte gegen eine zu starke Bindung an die nur als Provisorium verstandene Bundesrepublik hatten.

Mit Bezug auf das konkrete Vorgehen sprachen sich die EVG-Befürworter dafür aus, die Verhandlungsbereitschaft an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Diese Bedingungen deckten sich inhaltlich ungefähr mit den Fragen, die der Quai d'Orsay der sowjetischen Regierung vorlegen wollte. Die Grundhaltung allerdings des Quai d'Orsay, nur ein die Westbindung der Bundesrepublik übernehmendes Gesamtdeutschland zu dulden, wurde zwar von manchen Beobachtern geahnt, aber von allen – auch den EVG-Befürwortern – als unrealistisch abgelehnt, da es für die Sowjetunion unakzeptabel sein mußte. Man machte keinen Hehl daraus, daß die Westbindung der Bundesrepublik eine deutsche Wiedervereinigung erst einmal unmöglich machen würde. Dieser Punkt ist insoweit von Interesse, da er zeigt, daß der Quai d'Orsay mit seiner Grundeinstellung nicht nur – wie von den Diplomaten selbst befürchtet – bei der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch bei der französischen Öffentlichkeit auf Ablehnung gestoßen wäre.

Dies wiederum macht abschließend deutlich, daß eine Analyse der in Frankreich veröffentlichten Meinungen zwar zum Schluß kommen kann, Frankreich hätte Verhandlungen gewünscht, damit aber die Haltung des französischen Außenministeriums falsch wiedergegeben hätte, obwohl der Quai d'Orsay gerade im Zusammenhang mit dem taktischen Verhandlungsangebot vom 11. Juni alles getan hatte, um diesem Fehlschluß Nahrung zu geben.

5. Spätere Meinungen und Wertungen in Frankreich

In Gesamtdarstellungen entweder der französischen Außenpolitik oder der Geschichte der IV. Republik tauchten – bei meist ausführlicher Behandlung der EVG-Problematik – meist nur kurze Hinweise auf den Notenwechsel auf. La Gorce etwa widmete ihm folgenden Absatz:

„Die Sowjets haben erfolglos ihre Initiativen vervielfältigt. Noch am 10. März haben sie vorgeschlagen, einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuhandeln, welches wiedervereinigt sein sollte, das die Erlaubnis haben sollte, begrenzte Truppen zu unterhalten, aber keiner Allianz angehören sollte. Der Bewaffnung beider deutscher Staaten stellt sie [die Sowjetunion] ein vereintes aber neutrales Deutschland gegenüber. Einmal mehr antworteten die Westmächte, daß man Deutschland, bevor man mit ihm verhandeln könne, erst mittels freier Wahlen wiedervereinigen müsse. Praktisch kam dies einem Aufsaugen Ost(-Deutschlands) durch West(-Deutschland) gleich. Die Sowjetunion hätte ihre Besatzungszone aufgegeben, ohne vorher über die Neutralisierung eines zukünftigen Gesamtdeutschlands Gewißheit zu haben. Es bestand keine Chance, daß sie dem zustimmte. Die Westmächte wußten das genau, die Mehrzahl glaubte nicht an die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge, alle jedenfalls schlossen sich der amerikanischen Position an: Zuerst und sofort muß das atlantische Bündnis durch die militärische und politische Integration Deutschlands gestärkt werden.“³²⁰

Aber auch Studien, die sich mit begrenzteren Themen beschäftigen, wie den sowjetisch-französischen Beziehungen, der deutschen Wiederbewaffnung oder Aspekten der Entwicklung Deutschlands, gehen nur am Rande auf diese Frage ein.³²¹ Dasselbe Bild ergibt sich bei der Lektüre der Diplomaten- und Politiker-Memoiren.³²² Selbst Raymond Aron geht in seinen umfangreichen Erinnerungen mit keinem Wort auf die Angelegenheit ein.³²³ Der allgemeine Tenor aller dieser im nachhinein gemachten Aussagen bestand darin, daß man die sowjetische Initiative im wesentlichen als ein Störmanöver im Zusammenhang mit der EVG verstand. Dabei ist interessant festzustellen, daß aus den Memoiren der Diplomaten sehr viel größere Vorbehalte gegen die EVG hervorgehen als aus den Akten zum Notenwechsel, in dem sie ja nicht gehalten waren, sich zur EVG zu äußern. Seydoux hatte demnach grundsätzli-

³²⁰ La Gorce (wie Anm. 48) S. 107 f., siehe auch S. 126. Rioux (wie Anm. 47) und Elgey (wie Anm. 48) etwa erwähnen den Notenwechsel ebenso wie Jean Baptiste Duroselle, *Histoire diplomatique de 1919 à nos jours*, 8. Aufl. Paris 1981 und Grosser, *Affaires extérieures*, (wie Anm. 48) höchstens am Rande.

³²¹ André Fontaine, *Histoire de la guerre froide*, Bd. II: 1950–1967, Paris 1967, S. 54 f.; Renata Fritsch-Bournazel, *Die Sowjetunion und die deutsche Teilung: die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1979*, Opladen 1979, S. 49–53; Grosser (wie Anm. 10) S. 417–426; Jules Moch, *Histoire du réarmement allemand depuis 1950*, Paris 1965, S. 231–233; Maxime Mourin, *Les relations franco-soviétiques 1917–1967*, Paris 1967, S. 304 f.

³²² Eine Liste der mit Nutzen eingesehenen Memoiren enthält das Quellen- und Literaturverzeichnis.

³²³ Raymond Aron, *Mémoires: 50 ans de réflexion politique*, Paris 1983.

che Bedenken gegen die europäischen Integrationspläne, auch gegen die Montan-Union.³²⁴ Aber auch Parodi, Guy de la Tournelle und etwa Massigli waren keine ausgesprochenen Befürworter des EVG-Projektes.³²⁵ Der französische Verhandlungsführer Hervé Alphand notierte in diesem Zusammenhang am 15. Juni 1952 in seinem Tagebuch:

„Der Quai d'Orsay zeigt eine nicht versteckte Feindlichkeit. Parodi, nachdem er gewähren ließ, ohne ein Wort zu sagen, erklärte am Tag der Unterzeichnung, daß er mit „dieser Politik mehr und mehr im Gegensatz“ stünde. Das hat er nicht rechtzeitig klar ausgedrückt, und warum läßt er es geschehen, ohne mit Eklat zurückzutreten? La Tournelle ... versorgt Pertinax [Pseudonym eines Journalisten] mit perfiden und meistens falschen Informationen gegen die Verträge. Der Pressedienst, geleitet von Pierre de Leusse, orientiert die Journalisten in Richtung auf den Neutralismus oder einen Ultrationalismus. Die Regierung läßt es geschehen.“³²⁶

Wenn sich die Diplomaten also im Zusammenhang mit der Stalin-Note für einen Vorrang der Westbindung aussprachen, so darf dies nicht mit weitreichender Zustimmung zum EVG-Projekt verwechselt werden. Davon ausgehend lassen sich einige Gesichtspunkte aus den dennoch existierenden Äußerungen der Diplomaten und Politiker ableiten.

Der damalige Leiter der Unterabteilung Osteuropa Jean Laloy strich in einer gegenüber dem Verfasser gemachten Äußerung den taktischen Charakter der sowjetischen Vorschläge heraus. Er hielt das Angebot eher für ein Scheinangebot als für ein wirkliches Angebot: „Offre donc plus apparente que réelle.“³²⁷

Jean Marie Soutou, der 1952 in der Wirtschaftsabteilung des Quai d'Orsay auch mit Deutschland betreffenden Fragen beschäftigt war³²⁸, ging am 20. August 1986 in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auch auf die Situation des Jahres 1952 ein. Hierbei betonte er besonders, daß eine Neutralisierung Deutschlands – gerade auch für die Deutschen – unmöglich sei, wobei er Neutralität über militärische Neutralität hinausgehend sehr umfassend verstand. Dennoch wird aus seinen Bemerkungen deutlich – wenn auch sehr viel abgeschwächter als in den Stellungnahmen des Jahres 1952 –, daß man in Frankreich Angst hatte vor einer unberechenbaren Politik eines unabhängigen Deutschlands, das sich möglicherweise abermals gegen Frankreich gestellt hätte:

³²⁴ François Seydoux, *Mémoires d'outre-Rhin*, Paris 1975, S. 160–163.

³²⁵ René Massigli, *Une comédie des erreurs 1943–1956: Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne*, Paris 1978, S. 275–326 zur EVG, siehe besonders S. 318 f.

³²⁶ Hervé Alphand, *L'étonnement d'être: Journal 1939–1973*, Paris 1977, S. 229 f.

³²⁷ Schreiben von Jean Laloy vom 4. 6. 1986 an den Verfasser.

³²⁸ Er war 1952 „adjoint au Chef de Service de la Coopération économique“ in der Abteilung „Affaires économiques et financières“.

„Ist es vorstellbar, daß die Neutralität einem solchen Staat auferlegt hätte, in einer großen internationalen Erschütterung nicht mit der Sowjetunion und der kommunistischen Welt ein großes Spiel zu spielen?“³²⁹

Daß man ein an den Westen angebundenes Gesamtdeutschland akzeptiert hätte, betonte Etienne de Crouy-Chanel mit aller Klarheit: Die französische Regierung hätte seiner Meinung nach ein geeintes, an den Westen gebundenes Deutschland, nicht aber ein neutralisiertes Deutschland hingenommen.³³⁰

Jean Laloy drückte dasselbe mit anderen Worten aus:

„Die Idee eines geeinten Deutschlands hat mich nie beunruhigt. Entweder sie kam durch freie Wahlen zustande, was ein Zurückweichen für die UdSSR bedeutet hätte, oder sie entstand zu den sowjetischen Bedingungen, und das wollte niemand im Westen.“³³¹

Die Politiker erinnern sich heute in viel geringerem Maße an die Vorfälle des Jahres 1952.³³² Wenn sie sich dennoch zur Thematik äußerten, so gaben sie in der Regel ihre grundsätzlichen Standpunkte zur Frage der deutschen Einheit wieder und die daraus resultierende Einschätzung der sowjetischen Neutralisierungspläne.

Der EVG-Befürworter Gérard Jaquet (SFIO) hält noch heute an seiner Überzeugung von der Unaufrichtigkeit des sowjetischen Angebots fest, Maurice Faure (RGR) als Vertreter einer europäischen Integration konnte die Note vom 10. März 1952 nur als Störmanöver der westlichen Europapolitik auffassen, aber auch der Gemäßigte Antoine Pinay und Jacques Soustelle (RPF) sahen die Note im nachhinein als ein reines Manöver der sowjetischen Außenpolitik.³³³

Auf seiten der Kommunisten ist es aufschlußreich, die Erinnerungen des ehemaligen Parteimitgliedes Dominique Desanti mit den der Parteilinie verpflichteten Erinnerungen Jacques Duclos' zu vergleichen.³³⁴ Desanti brachte hierbei die ganze Bestürzung der kommunistischen Parteigänger über das sowjetische Angebot zum Ausdruck, die sich 1952 in der Parteipresse verständlicherweise nicht hatte artikulieren können:

³²⁹ FAZ vom 20. August 1986, S. 7; im gleichen Sinne Crouy-Chanel im Gespräch mit dem Verfasser vom 9. 4. 1986.

³³⁰ Crouy-Chanel im Gespräch vom 9. 4. 1986.

³³¹ Wie Anm. 327.

³³² Gespräch mit Maurice Faure vom 16. 4. 1986; Schreiben von Maurice Schumann vom 21. 5. 1986 an den Verfasser.

³³³ Schreiben von Gérard Jaquet vom 6. 5. 1986 und von Jacques Soustelle vom 5. 5. 1986 an den Verfasser; Gespräche mit Maurice Faure am 16. 4. 1986 und Antoine Pinay am 14. 4. 1986.

³³⁴ Dominique Desanti, *Les Staliniens: Une expérience politique 1944/1956*, Paris 1975; Jacques Duclos, *Mémoires: Bd. IV: 1945–1952; Sur la brèche: Des débuts de la IV^e république au „complot“ des pigeons*, Paris 1971.

„Im März 1952 schlug die UdSSR zu unserer Bestürzung vor, ein ‚wiedervereinigtes und neutrales Deutschland‘ zu schaffen. Nachdem so lange gegen jede Wiederbewaffnung der ‚Revanchisten‘ protestiert worden war, wollte man ihnen jetzt eine ‚nationale Streitkraft‘ geben und den Ex-Offizieren der Wehrmacht (mit Ausnahme der Kriegsverbrecher) die bürgerlichen Rechte zurückgeben, damit sie die Kader [der neuen Armee] stellen konnten.“³³⁵

Jacques Duclos dagegen legte das Gewicht auf die durch die Note ausgelöste Unruhe in der Bundesrepublik Deutschland und äußerte sich mit keinem Wort zu den Reaktionen der französischen Kommunisten.³³⁶

Abschließend bleibt also festzustellen, daß man heute in Frankreich der Frage der Stalin-Note nur geringes Interesse entgegenbringt. Auch wenn etwa Sauvagnargues anerkennt, daß 1952/53 wichtige Entscheidungen in der Deutschlandfrage gefallen sind, die auf eine fortdauernde Teilung Deutschlands hinausliefen³³⁷, so sah man in den Vorschlägen Stalins keine wirklich ernstzunehmende Alternative zum einmal eingeschlagenen Weg der Westbindung Deutschlands. Jean Laloy faßte diese Erkenntnis in einer Vorlesung des Jahres 1962/63 wie folgt zusammen:

„Das Jahr 1951–52 bis zum Tode Stalins im März 1953 ist ein Jahr, in dem nichts mehr passiert. Die Sowjetunion greift nicht mehr auf Gewaltakte wie die, die in den Jahren 1948–1951 versucht worden waren, zurück. Sie fährt fort, einen Notenkrieg zu führen, einen diplomatischen Krieg mit dem Westen in unterschiedlichen Bereichen, besonders bezüglich Deutschlands.“³³⁸

³³⁵ Desanti (wie Anm. 334) S. 201.

³³⁶ Duclos (wie Anm. 334) S. 385.

³³⁷ Die Äußerung Sauvagnargues' gibt wieder Ernst Weisenfeld, Frankreich und die deutsche Ostpolitik, in: Paris-Bonn, (wie Anm. 58) S. 247–259, hier S. 254 f.

³³⁸ Jean Laloy, La politique extérieure de l'URSS, (Cours à l'institut d'études politiques de l'université de Paris, FNSP) 1962/63, S. 272.

Schlußbetrachtung

In den vorangegangenen Kapiteln sind einerseits taktisches Verhalten und Grundpositionen des französischen Außenministeriums und andererseits die in der Öffentlichkeit geäußerten Meinungen dargestellt worden. Dabei hatte sich ergeben, daß die französische Regierung in ihrem taktischen Verhalten auf die öffentliche Meinung Rücksicht genommen hatte, da viele Stimmen in Frankreich im Jahre 1952 an die Chancen einer Verhandlungslösung der deutschen Frage glaubten. Die französischen Diplomaten hingegen zeigten in der Situation des Jahres 1952 kein Interesse an Verhandlungen: sie wußten, daß ihr eigentliches Ziel – ein in den Westen eingebundenes Gesamtdeutschland – nicht oder noch nicht auf dem Verhandlungswege durchsetzbar war. Es soll nun der Versuch unternommen werden, die zwei zentralen, im Zusammenhang mit der Stalin-Note immer wieder diskutierten Fragen unter Berücksichtigung der Teilergebnisse zur französischen Haltung neu zu beantworten. Es handelt sich um die eingangs gestellten Fragen nach

1. den Möglichkeiten und den Grenzen westdeutschen Einflusses auf die Meinungsbildung in Frankreich und
2. den Chancen, die der Notenwechsel des Jahres 1952 für eine deutsche Wiedervereinigung bot.

Hinsichtlich des westdeutschen Einflusses geht es in besonderer Weise um die Frage nach dem Einfluß Adenauers. In diesem Zusammenhang fällt zuerst auf, daß Äußerungen Adenauers auf die französische Öffentlichkeit anders wirkten als auf die französischen Diplomaten. Die französische öffentliche Meinung reagierte 1952 besonders sensibel auf alle Äußerungen aus Deutschland, die auf ein Wiedererwachen des deutschen Nationalismus hindeuten konnten. Obwohl die französischen Diplomaten diese Sorgen im Grunde teilten, führten sie in diesem Sinne interpretierbare Verlautbarungen Adenauers auf innenpolitische Rücksichtnahmen des westdeutschen Kanzlers zurück. Die französische Presse dagegen reagierte auf solche Ausführungen Adenauers – besonders im Zusammenhang mit dem Friedlaender-Interview vom 24. April – mit größter Aufregung. Dieses Verhalten aber kam den französischen Diplomaten wiederum gelegen, um eine gewisse Distanz zu Adenauer aufrechtzuerhalten: Sie wußten, daß Adenauer als Kanzler unter den gegebenen Umständen die für sie beste Lösung war, sie wollten aber nicht, daß er sich dessen zu sicher war.

Aus dieser Situation ergab sich dann im Zusammenhang mit der Stalin-Note, daß man im französischen Außenministerium einerseits mit der Haltung Adenauers zufrieden war, doch andererseits ihm gegenüber auf Zurückhaltung bestand und ihn über die eigenen Beweggründe letztlich im dunkeln ließ. Vergleicht man aber die Grundpositionen der französischen Diplomaten und Adenauers, so stellt man fest, daß das sowjetische Angebot beiden Seiten – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – nicht ins Konzept paßte. Beiden Seiten lag an einem vorrangigen Abschluß der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland (das hieß 1952 das Voranbringen von EVG- und Deutschlandvertrag). Adenauer ging es dabei darum, im Gegenzug für den westdeutschen Verteidigungsbeitrag die Gleichberechtigung der Bundesrepublik Deutschland mit den Westmächten durchzusetzen und so den „Rückfall“ in eine Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands zu verhindern. Die Franzosen – die an der Gleichberechtigung viel weniger interessiert waren – strebten danach, Deutschland (und sei es erst auch nur ein Teildeutschland) dauerhaft an den Westen anzubinden. Damit sollte vor allem die Gefahr einer erneuten deutsch-französischen Konfrontation ausgeschlossen werden. Aus der Tatsache aber, daß beide Seiten zu einer negativen Einschätzung der Offerte Stalins kamen, kann man noch nicht auf eine gegenseitige Beeinflussung schließen. Es lag hier eine Parallelität der Einschätzungen – von unterschiedlichen Prämissen ausgehend – vor, die für Adenauer nicht einmal offensichtlich war.

Während also Adenauer den Franzosen – wegen seiner mangelnden Einsicht in die französische Grundposition – mißtrauisch gegenüberstand, was vom Quai d’Orsay durchaus beabsichtigt war, begann sich im Quai d’Orsay langsam ein Vertrauen zu Adenauer zu entwickeln. Dieses Vertrauen, das nur allmählich das allgemeine Mißtrauen gegen Deutschland zu verdrängen begann, beruhte aber entscheidend darauf, daß Adenauer eben der Westbindung den Vorrang gab. Ohne diese Voraussetzung wäre ein beginnendes Vertrauen zu Adenauer kaum denkbar gewesen. Man kann die Begrenztheit des Einflusses Adenauers auf die Haltung der französischen Regierung an nichts deutlicher erkennen als an folgender Überlegung:

Ein im Sinne der SPD Schumachers argumentierender Adenauer, der der Wiedervereinigung Deutschlands die Priorität gegeben hätte, hätte kaum mit wachsendem Vertrauen bei den französischen Diplomaten und Politikern rechnen können. Die ohnehin nur geringen Chancen für eine deutsche Einflußnahme wären damit sicherlich verspielt worden. Der vielleicht beste Beleg für diese Überlegung sind die ständigen negativen Äußerungen der französischen Diplomaten über die SPD. Die Einschätzung der SPD Schumachers durch die Franzosen – Regierungsvertreter wie Öffentlichkeit – war zum ganz überwiegenden Teil negativ. Beschwor man – wie etwa François-Poncet – ständig die Frankophobie der SPD, und dies sicher mit einigem Recht, so verbarg sich dahinter eben auch das negative Bild, das man sich von

dieser Partei in Frankreich machte, wo die SPD als nationalistisch und deswegen, besonders in der Außenpolitik, als unberechenbar galt.³³⁹ Gleichsam als Brennpunkt diente in diesem Zusammenhang die immer wieder geäußerte Sorge – ob berechtigt oder nicht – vor einem sozialdemokratischen Wahlsieg bei gesamtdeutschen Wahlen. Einer solchen Regierung traute man zu, die Westbindung nicht weiter zu betreiben und zu einer deutschen Schaukelpolitik zwischen Ost und West zurückzukehren.

Wie die Verantwortlichen in Frankreich auf ein Drängen Adenauers auf Vier-Mächte-Verhandlungen hin reagiert hätten, kann endgültig nicht geklärt werden, aber einige Anhaltspunkte lassen sich dennoch gewinnen. Der wichtigste Punkt bestand darin, daß man am 14. März in Paris entschieden hatte, Verhandlungen mit den Russen erst für die Zeit nach dem Abschluß der Westverträge ins Auge zu fassen. Dies bedeutete nämlich auch, daß man davon ausging, daß eine Unterbrechung der Westverhandlungen – um mit den Russen Gespräche zu führen – das Ende dieser Verhandlungen zur Folge gehabt hätte. Wie die französischen Diplomaten die Entwicklung für den Fall einschätzten, daß man in Deutschland tatsächlich den Argumenten Schumachers gefolgt wäre, zeigte sich am deutlichsten in dem Monatsbericht des französischen Hohen Kommissariats vom 30. April 1952:

„Er [Schumacher] hat nichts Besseres vorzuschlagen als Untätigkeit und Abwarten. Seinen Ratschlägen folgend verlöre Deutschland mit Sicherheit die Unterstützung und das Vertrauen der Westmächte, ohne die geringste Gewißheit über die Ehrlichkeit der sowjetischen Wiedervereinigungsversprechen zu gewinnen.“³⁴⁰

Insgesamt muß man also den Einfluß Adenauers auf die Grundeinschätzung im Quai d’Orsay zur Deutschlandfrage als gering ansehen. Daß man darauf achtete, Adenauer nach außen hin als beteiligt erscheinen zu lassen, war im wesentlichen zu seiner Unterstützung in der innenpolitischen Auseinandersetzung gedacht: Über einen tatsächlichen Einfluß Adenauers sagt auch dies nichts aus. Ebenso wenig kann man aus der geschilderten Parallelität der Beurteilungen einen Einfluß konstruieren. Ein im Sinne Schumachers auf Vier-Mächte-Verhandlungen drängender Adenauer hätte in Paris das mühsam aufgebaute Vertrauen verspielt und entsprechende Abwehrreaktionen

³³⁹ Das Verhältnis zwischen SPD und Frankreich in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist bisher von der Forschung kaum beachtet worden. Siehe den kurzen Beitrag von Klaus-Jürgen Müller, Die SPD und Frankreich, in: Paris-Bonn, (wie Anm. 58), S. 192–196. Allerdings muß der Ansicht Müllers widersprochen werden, daß man am Quai d’Orsay die SPD nicht zur Kenntnis nahm. François-Poncet ging in seinen Berichten und Telegrammen jeweils ausführlich auf die Haltung der SPD ein (siehe auch Anm. 72 und 73), und auch innerhalb des Quai d’Orsay wurde immer wieder über die Möglichkeit einer SPD-geführten deutschen Regierung nachgedacht.

³⁴⁰ MAE, Série Europe 1949–1955, Sous-Série Allemagne: Dépêches mensuelles, mars 1952–mars 1953, vom 30. April, S. 9: „Il n’a rien de mieux à proposer que l’inaction et l’attentisme. A suivre ses conseils, l’Allemagne perdrait à coup sûr l’appui et la confiance des Occidentaux, sans acquérir la moindre certitude sur l’honnêteté des promesses soviétiques d’unification.“

der französischen Regierung provoziert. Dadurch, daß die Bewertung Adenauers auf derselben Linie lag wie die der französischen Regierung, war es dieser möglich, ihre eigene Grundüberzeugung zurückzuhalten – nur in der Diskussion um die Bindungsklausel in den Verhandlungen um den Deutschlandvertrag trat sie klar zutage. Die französische Regierung konnte sogar aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich im Juni für Vier-Mächte-Verhandlungen eintreten, ohne sie im Grunde selbst zu wollen. Daß dieser Schritt Adenauers Mißtrauen Nahrung gab, wurde dabei in Kauf genommen oder gar gewollt.

So wie bei der Beurteilung des Einflusses Adenauers zwischen einerseits seiner tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeit auf die taktische Vorgehensweise und andererseits seinem geringfügigen Einfluß auf die französische Grundhaltung zu unterscheiden ist, so müssen auch bei der Beurteilung der Chancen des Jahres 1952 taktische Überlegungen und Grundüberzeugungen auseinandergehalten werden. Im Zusammenhang mit den inneralliierten Verhandlungen um die jeweiligen Antwortnoten hatte sich der starke französische Einfluß auf das taktische Vorgehen der Westmächte – besonders bei der wichtigen ersten Antwortnote – gezeigt.

Die eigentlich bedeutende Frage ist aber die nach der Vereinbarkeit oder der Unvereinbarkeit der westlichen und der östlichen Grundposition. Nur wenn man hier zu der Überzeugung gelangt, daß es Annäherungsmöglichkeiten gab, kann man mit einigem Recht von einer Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands sprechen. Dies bedeutet gleichzeitig, daß der – nicht zu führende – Nachweis der Ernsthaftigkeit oder der Unaufrichtigkeit Stalins nicht ausreicht. In einer ersten rückblickenden Analyse hatte man am Quai d'Orsay bereits am 23. Januar 1953 festgestellt, daß tatsächlich das zentrale Problem in den unterschiedlichen Grundpositionen bestand:

„Der Gegensatz zwischen der UdSSR und den Westmächten ist also nicht nur eine Meinungsverschiedenheit über die Aufstellung der Tagesordnung, es ist eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit.“³⁴¹

Im folgenden soll nun ein Vergleich der Grundpositionen auf der Grundlage des hier Erarbeiteten unternommen werden.

Hinsichtlich der westlichen Grundhaltung wird im Rahmen dieser Arbeit die französische zugrunde gelegt. Allerdings hatte sich gezeigt, daß es zwischen den drei Westmächten keine grundsätzlichen Divergenzen im Zusammenhang mit der Stalin-Note gab: Man war sich 1952 darin einig, daß die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland Vorrang vor allen Experimenten in der Deutschlandpolitik hatte. Die Gründe, die zu dieser Einstellung führten, mögen dabei unterschiedlich gewichtet gewesen sein. So waren

³⁴¹ MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1) Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 23. Januar 1953, S. 3: „L'opposition entre l'URSS et les Puissances occidentales n'est donc pas seulement une divergence sur la rédaction de l'ordre du jour, c'est une divergence sur le fond.“

für die Amerikaner die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen des Westens bedeutender als die Sorge vor einer deutschen Wiederbewaffnung.

Unter diesen Voraussetzungen erscheint es legitim, sich am Ende dieser Arbeit auf eine vergleichende Betrachtung der französischen und der sowjetischen Grundposition zu beschränken. Die bereits ausführlich dargestellte grundsätzliche Einstellung der französischen Regierung war dadurch gekennzeichnet, daß man das gerade mühsam gewonnene Einvernehmen im Westen – hinsichtlich der Rolle der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis – nicht aufs Spiel setzen und so die angestrebte Lösung der Westbindung der Bundesrepublik vorrangig zu Ende bringen wollte. Daß man in diesem Zusammenhang dem Vertragswerk aus EVG- und Deutschlandvertrag den Vorrang vor den sowjetischen Vorschlägen gab, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es gerade am Quai d'Orsay viele Bedenken gegen die EVG-Pläne gab. Auch dies spricht dafür, daß die Bereitschaft zur Wiederaufnahme dieser Verhandlungen durch die Franzosen nach einer möglichen Unterbrechung als unwahrscheinlich gelten kann. Man wollte die Westbindung der Bundesrepublik nicht gefährden, was aber nicht hieß, daß man bei einer anderen Entwicklung diese Westbindung nicht auf einem anderen Wege als über die wenig geschätzte EVG angestrebt hätte. Diese Position zeichnete sich durch den Verzicht auf jedes Wagnis – wie es Verhandlungen mit der Sowjetunion mit sich gebracht hätten – aus. Sucht man Gründe für diese geringe Risikobereitschaft – die man aus deutscher Sicht für bedauerlich halten kann –, so fallen zwei Tatbestände ins Auge. Zum einen verstanden die in Indochina militärisch engagierten Franzosen den Ost-West-Gegensatz in viel größerem Maße als die Deutschen als eine Einheit, so daß sie 1952 nicht an die Möglichkeit von Teilarrangements glaubten. Auch wenn diese Vorstellung schon 1954/55 mit der Genfer Regelung des Indochina-Konflikts und dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages widerlegt wurde, muß man sie als mitbestimmenden Faktor für die französischen Überlegungen des Jahres 1952 ansehen. Zum anderen war gerade die deutsche Frage aus französischer Sicht für ein solches Teilarrangement besonders ungeeignet, da sie innenpolitisch für eine ausgesprochen starke, die Grenzen der politischen Parteien sprengende Polarisierung sorgte. Wie bereits dargestellt, befand sich die Regierung Pinay/Schuman 1952 in einer Situation, in der sie keine Abstimmung über die Deutschlandpolitik riskieren konnte. Sie führte auf diesem Felde das Mandat der Vorgängerregierung aus, ohne selbst einer parlamentarischen Mehrheit für diese Politik sicher sein zu können. Jede eigene Initiative oder Neuorientierung hätte unweigerlich zu einer Debatte in der Nationalversammlung und aller Voraussicht nach zu einer Niederlage der Regierung geführt.

Erst vor dem Hintergrund dieser beiden Sachverhalte wird die französische Haltung des Jahres 1952 vollständig deutlich, wobei es eben nicht darauf an-

kommt, ob sie heute überzeugt. Wesentlich ist, was sie in der Konstellation des Jahres 1952 bedeutete. Ihren Rang wiederum kann man nur abschätzen, wenn man jetzt versucht, die sowjetischen Interessen abzuwägen. Sieht man einmal von der Möglichkeit ab, daß es sich um ein reines Störmanöver – zur Verzögerung oder gar Verhinderung der auch militärischen Westbindung der Bundesrepublik Deutschland – handelte, was zumindest auch ein beabsichtigter Zweck war, so wird man annehmen können, daß sich hinter dem sowjetischen Angebot eine Reihe eventuell abgestufter Interessen verbarg.

Die Sowjetunion kann ein Interesse an einer Neutralisierung Deutschlands gehabt haben. Selbstverständlich hätte sie alles darangesetzt, um durch die Auflagen im Friedensvertrag einen wie auch immer gearteten Einfluß auf eine gesamtdeutsche Regierung zu gewinnen.

Aber auch wenn ihr dies nicht gelungen wäre, hätte die Neutralisierung Deutschlands in den Potsdamer Grenzen die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens mit sich gebracht. Insofern enthalten die Äußerungen Noblets durchaus interessante Hinweise über die möglichen Absichten der sowjetischen Regierung.³⁴²

Schließlich aber, wenn man die Neutralisierung Deutschlands unter den gegebenen Umständen nicht durchsetzen konnte, hätte man wenigstens die Westmächte für die fortdauernde Teilung Deutschlands verantwortlich machen und gleichzeitig den Zugriff auf die eigene Zone intensivieren können.

Nachdem durch die erste westliche Antwort vom 25. März 1952 klargestellt worden war, daß die Westmächte zu einer Neutralisierung Deutschlands nicht bereit waren (Punkt drei dieser Note forderte die Bündnisfreiheit für eine gesamtdeutsche Regierung vor und nach Abschluß des Friedensvertrages), trat wahrscheinlich bereits seit der zweiten sowjetischen Note vom 9. April 1952 die zuletzt genannte Intention in den Vordergrund. Aber für ein grundsätzliches Interesse der sowjetischen Regierung an einer Neutralisierung Deutschlands spricht auch, daß die Russen sie nicht nur 1952 befürworteten – 1951 auf der Stellvertreterkonferenz in Paris war zwar nur über die Tagesordnung verhandelt und von den Russen kein konkreter Neutralisierungsplan vorgelegt worden –, aber man kann vermuten, daß ihre Vorstellungen hinsichtlich eines vereinten Deutschlands bereits auf ein neutralisiertes Deutschland zielten.³⁴³ Im Januar und Februar 1954 auf der Außenminister-

³⁴² Siehe Kapitel II, 1a.

³⁴³ Zum Ablauf der Stellvertreterkonferenz siehe Papers on the Foreign Relations of the United States: 1951, Bd. III: European security and the German question, S. 1086–1162 und Schwarz, Die Ära Adenauer, (wie Anm. 10) S. 141 und 153. Auch die französischen Diplomaten hoben ja als Besonderheit der sowjetischen März-Note 1952 nicht die Neutralisierungsabsicht als solche hervor, sondern die Tatsache einer bewaffneten Neutralität. Sauvagnargues etwa drückte dies in der Gesprächsrunde am 14. März (MAE, „compte-rendu“, wie Anm. 95, S. 5) wie folgt aus: „*M. Sauvagnargues estime que la seule clause radicalement nouvelle dans la proposition russe est l'idée d'une armée allemande nationale.*“

konferenz in Berlin dagegen wurden die Neutralisierungspläne noch einmal von Molotow vertreten. Auch hier war eine Einigung nicht möglich, und es trat mit besonderer Schärfe zutage, daß man sich über die Frage der Schaffung und der Ausrichtung einer gesamtdeutschen Regierung nicht einigen konnte.³⁴⁴ Nimmt man also an, daß die sowjetische Regierung durchaus zu einer Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung der Neutralisierung und bei Festschreibung der polnischen Westgrenze bereit gewesen wäre, so zeigte sich, daß gerade dies für die Franzosen – und wohl auch für die Amerikaner und Briten – nicht akzeptabel war, ebenso wie die Hinnahme der Westbindung eines Gesamtdeutschlands für die Sowjetunion unannehmbar gewesen wäre. Damit muß man zu dem Schluß kommen, daß die Positionen des Westens und des Ostens 1952 unvereinbar waren und man mithin nicht von einer echten Chance zur Wiedervereinigung sprechen kann – womit sich nach Auswertung der Quellen die Vermutung Raymond Arons bestätigt.³⁴⁵

Diese Feststellung darf aber nicht als Schuldzuweisung an die eine oder andere Seite verstanden werden, sondern als Ergebnis einer Abwägung des im Jahre 1952 Möglichen.

Es bleibt nun noch zu fragen, ob diese Unvereinbarkeit der Positionen auf das Jahr 1952 beschränkt gewesen ist oder ob sie für einen längeren Zeitraum charakteristisch war. Damit wird auf die über den engen Untersuchungszeitraum hinausgehende Bedeutung dieser Fragestellung hingewiesen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß man heute in Frankreich der Stellvertreterkonferenz des Jahres 1951 und den Verhandlungen der Jahre 1954/55 mehr Aussicht auf Erfolg und somit größere Bedeutung zumißt als dem gescheiterten Notenwechsel des Jahres 1952, eben weil es 1951 und 1954/55 zu direkten Verhandlungen gekommen ist. Auch wenn die Franzosen heute die Tragweite des sowjetischen Angebots des Jahres 1952 möglicherweise unterschätzen, so erscheint ihre Beurteilung der Möglichkeiten des Jahres 1952 vor dem Hintergrund der divergierenden Grundpositionen realistisch: Denn auch unter den günstigeren Umständen der Jahre 1951 und 1954/55 erreichten die vier Mächte kein Einvernehmen in der Frage der deutschen Einheit. Allein die Tatsache, daß 1952 nicht verhandelt wurde, daß kein Versuch gemacht wurde, die sowjetischen Angebote „auszuloten“, reicht eben nicht aus, um eine Chance für die Wiedervereinigung zu postulieren, wenn man von einem Vergleich der Grundeinstellungen ausgeht. Man kann auch annehmen, daß der Vorschlag einer bewaffneten Neutralität nicht dazu angetan war, die

³⁴⁴ Molotow legte bei dieser Gelegenheit u. a. den Entwurf eines Friedensvertrages, der der Note vom 10. März 1952 beigelegt worden war, mit geringfügigen Änderungen erneut vor (siehe Siegler, wie Anm. 14, S. 185–188). Zur Analyse der sowjetischen Absichten und den Chancen der Verhandlungen Anfang 1954 siehe inzwischen Hermann-Josef Rupieper, Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954: Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit?, in: VfZ 34 (1986) S. 427–453.

³⁴⁵ R. Aron, Le dialogue des quatre, (wie Anm. 303).

grundsätzlichen Bedenken in Frankreich gegen eine Neutralisierung Deutschlands zu verringern. So liegt die Vermutung nahe, daß im ganzen Zeitraum zwischen der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 und ihrer endgültigen Eingliederung in die sich gegenüberstehenden Blocksysteme 1955 die Grundhaltungen des Westens und des Ostens zu weit auseinanderlagen, um im Auf und Ab der internationalen Entwicklung eine Einigung in der deutschen Frage zuzulassen.

Anhang

Zentrale Dokumente zur Haltung des französischen Außenministeriums³⁴⁶

1. Lagebeurteilung der Europaabteilung vom 11. März 1952

1. Das sowjetische Angebot einer Vierer-Konferenz tritt zu einem ausgesprochen gut gewählten Zeitpunkt ein, um eine maximale Verwirrung in die westlichen Pläne in Europa zu bringen, während die Situation der Westmächte in Asien jeden Tag ungewisser erscheint.

2. Hinsichtlich Deutschlands an sich sind zwei Tatsachen in Erinnerung zu rufen:

Zuallererst die baldige Ankunft der Untersuchungskommission in Westdeutschland, die von der UNO beauftragt ist zu untersuchen, ob die Verhältnisse in den vier Zonen die Organisation wirklich freier Wahlen erlauben. Es handelt sich um die neueste Entwicklung der westlichen Offensive in der Frage der Einheit. Bisher haben die Behörden der Ostzone erklärt, daß sie der Kommission die Einreise in ihre Zone verbieten würden. Andererseits ist die sowjetische Initiative durch die Note der Deutschen Demokratischen Republik, die den schnellen Abschluß eines Friedensvertrages forderte, angekündigt worden, eine Note, auf die nur die sowjetische Regierung geantwortet hatte.

Die sowjetische Erwiderung hat den Akzent von dem Problem der Wahlen auf das schnelle Abschlußes des Vertrages verschoben und hat von neuem unterstrichen, daß das deutsche Problem nur durch Verhandlungen der vier mit der Kontrolle Deutschlands beauftragten Mächte geregelt werden kann.

3. Die UdSSR unterbreitet uns die Grundlinien einer Friedensregelung, die die folgenden Charakteristika aufweist:

a) Deutschland ist militärisch und ohne Zweifel auch politisch neutralisiert, obwohl die sowjetische Formulierung diesen letzten Punkt bewußt offenläßt (Punkt 7).

³⁴⁶ Die Dokumente befinden sich in MAE, Echanges de notes (wie Anm. 1), unter dem jeweiligen Datum.

b) Die Grenzen Deutschlands sollen die von Potsdam sein; mit anderen Worten, das Saarland kommt an Deutschland zurück, während die Gebiete, die östlich der Oder-Neiße liegen, endgültig zu Polen kommen.

c) Deutschland soll die zur Verteidigung des Landes nötigen nationalen Streitkräfte besitzen und die Rüstungsgüter zur Ausstattung dieser Streitkräfte produzieren können. Diese Klausel stellt die eigentliche Neuerung des Vertragsentwurfs dar. Die UdSSR meint damit offensichtlich dem Argument zu entsprechen, daß es für ein Land unmöglich ist, neutral zu sein, ohne über eine Armee zu verfügen, um diese Neutralität zu verteidigen. Sie versucht gleichzeitig, die Pläne der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu hintertreiben.

Es stellt sich die Frage, ob im Sinne der Sowjets die Respektierung dieser Militärklauseln eine Vierer-Kontrolle nach sich ziehen soll. Der völlige Rückzug der Besatzungstruppen ist binnen eines Jahres nach Abschluß des Vertrages vorgesehen, wie die UdSSR es seit November 1947 ununterbrochen vorschlägt. Neu ist die Auflösung aller ausländischen Militärbasen auf deutschem Gebiet.

d) Wirtschaftliche Klauseln

Die UdSSR nimmt die von Molotow seit Juli 1946 vertretene Position hinsichtlich der Befreiung der deutschen Friedenswirtschaft von allen Beschränkungen wieder auf. Die entscheidende Bestimmung ist die, die auf die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen zwischen Deutschland und den anderen Ländern zielt. Diese Bestimmung würde aus Deutschland eine „Freizone“ machen und zu einer Aufhebung aller Beschränkungen strategischen Charakters zwischen Ost und West führen.

e) Politische Klauseln

In diesem Bereich bringt der Vorschlag kein neues Element. Die Klausel Nr. 5, die das Verbot von Organisationen vorsieht, die der Demokratie feindlich sind, ist eindeutig daraufhin angelegt, Beschränkungen der normalen politischen Freiheit nicht-kommunistischer Parteien zu ermöglichen.

Es ist ratsam zu unterstreichen, daß eine spezielle Klausel (Nr. 6) das Unterlassen jeder Diskriminierung ehemaliger Militärs und ehemaliger Nazis vorsieht.

4. Die Anlage des Vorschlages ist identisch mit der der Zusatzanträge, die die sowjetische Delegation in San Franzisko hinsichtlich des japanischen Vertrages vorgelegt hat.

In beiden Fällen ist der angestrebte Vorgang derselbe. Es handelt sich zuallererst darum, die fraglichen Staaten vom Westen loszulösen, um sie dann an die UdSSR anzubinden, unter maximaler Ausnutzung der ökonomischen Vorteile, die die Märkte der unterentwickelten Gebiete mit sich bringen, die die UdSSR kontrolliert.

Die Milieus, die am ehesten bereit sind, sich zu diesem Manöver herzuge-

ben, sind offensichtlich die der Industriellen und Militärs nationalistischer und expansionistischer Tendenz beider Länder, die mit der Klausel Nr. 6 genau angesprochen sind.

5. Dies sind die langfristigen Ziele, die der Vertragsentwurf überdeckt. Es ist sicher, daß die Unterzeichnung eines solchen Instruments aus unserer Sicht außerdem die Konsequenz hätte, Deutschland in einem von den amerikanischen Truppen verlassenen und der sowjetischen Bedrohung ausgesetzten Europa zum Schiedsrichter zu machen.

6. Die Sowjets wissen genau, daß ein solcher Vertrag keine Aussicht hat, unter den gegenwärtigen Umständen unterzeichnet zu werden. Unter diesen Bedingungen ist das, was sie zur Zeit wünschen, nicht die Unterzeichnung eines Textes auf der Basis ihres Vorschlages, sondern die Eröffnung von Vierer-Verhandlungen unter Bedingungen, die geeignet wären, die Ausführung unserer Pläne zum Stillstand zu bringen. Deshalb sehen sie vor, daß die vier Mächte zur selben Zeit das Problem der Schaffung einer deutschen Regierung untersuchen sollten, die selbst an der Ausarbeitung des Vertrages beteiligt sein soll. Es ist eindeutig, daß die Schaffung einer solchen Regierung ipso facto die Neutralisierung Deutschlands nach sich zöge, zumindest das Aussetzen der militärischen Integration Westdeutschlands in das westliche Lager. Das augenblickliche Ziel der sowjetischen Regierung bleibt also wahrscheinlich die provisorische Einigung Deutschlands, die ihr ohne irgendeine Gegenleistung von ihrer Seite das Entscheidende bringt, was sie anstrebt. Währenddessen zögen sich die Verhandlungen über den Vertrag ohne Ende hin, ähnlich den Verhandlungen über den österreichischen Vertrag.

7. Ausgehend von diesen Überlegungen, ist der sowjetische Vertragsentwurf in seiner einfachen und scheinbar vernünftigen Form zweifelsohne dazu geeignet, die französische Öffentlichkeit tief zu beunruhigen, die sich besonders seit einiger Zeit gegenüber einer deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen des westlichen [Bündnisses] sehr zurückhaltend zeigt und die fürchtet, daß diese in letzter Konsequenz die Rückeroberung der Ostgebiete bedeuten würde.

Originaltext

1° L'offre soviétique d'une conférence à quatre intervient à un moment particulièrement bien choisi pour jeter un trouble maximum dans les projets occidentaux en Europe alors que la situation des Puissances occidentales en Asie apparaît chaque jour plus précaire.

2° Sur le plan purement allemand, deux faits sont à rappeler: Tout d'abord la venue prochaine en Allemagne occidentale de la Commission d'Enquête, chargée par l'ONU d'examiner si les conditions dans les quatre zones permettent l'organisation d'élections réellement libres. Il s'agit du dernier développement de l'offensive occidentale sur la question de l'unité. Pour le moment les autorités de zone orientale ont déclaré qu'elles interdiraient l'entrée de leur zone à la Commission. (S. 2)

D'autre part, l'initiative soviétique a été annoncée par la note de la République démocratique allemande aux quatre Puissances, demandant la conclusion rapide d'un traité de paix, note à laquelle seul le gouvernement soviétique avait répondu.

La riposte soviétique a déplacé l'accent du problème des élections sur celui de la conclusion rapide du traité et a souligné à nouveau que le problème allemand ne peut être réglé que par des conversations entre les quatre Puissances, chargées de la responsabilité du contrôle en Allemagne.

3° L'URSS nous soumet les lignes générales d'un règlement de paix qui présente les caractéristiques suivantes:

a) L'Allemagne est neutralisée militairement et sans doute aussi politiquement, bien que la rédaction soviétique laisse volontairement planer un doute sur ce dernier point (point 7).

b) Les frontières de l'Allemagne seront celles de Potsdam; autrement dit, la Sarre fait retour à l'Allemagne tandis que les territoires situés à l'Est de l'Oder-Neisse sont remis définitivement à la Pologne.

c) L'Allemagne pourra posséder les forces armées nationales nécessaires à la défense du pays et pourra produire le matériel militaire en vue d'équiper ces forces. Cette clause constitue l'innovation essentielle du projet de traité. L'URSS entend manifestement répondre (S. 3) à l'argument selon lequel il est impossible à un pays d'être neutre sans disposer d'une armée pour défendre cette neutralité. Elle cherche également à compromettre les projets de communauté européenne de défense. La question se pose de savoir si, dans l'esprit des Soviétiques, le respect de ces clauses militaires doit s'accompagner d'un contrôle des quatre. Comme l'URSS l'a constamment proposé depuis novembre 1947, l'évacuation totale des forces d'occupation est prévue dans un délai d'un an après la conclusion du traité. Le fait nouveau est la liquidation de toutes les bases militaires étrangères situées sur le territoire allemand.

d) Clauses économiques

L'URSS reprend la position prise par M. Molotov depuis juillet 1946 sur la libération de l'économie de paix allemande de toute entrave. La clause importante est celle qui vise la suppression de toute limitation au commerce de l'Allemagne et des autres pays. Cette clause ferait de l'Allemagne une zone franche et aboutirait à la suppression de toutes restrictions de caractère stratégique entre l'Est et l'Ouest.

e) Clauses politiques

Le projet n'apporte aucun élément nouveau dans ce domaine. La clause n° 5, prévoyant l'interdiction d'organisations hostiles à la démocratie, est évidemment calculée pour permettre des limitations à la liberté politique normale des partis non communistes.

Il convient de souligner qu'une clause spéciale (n° 6) prévoit l'absence de toute discrimination à l'égard des anciens militaires et des anciens nazis. (S. 4)

4° L'économie du projet est identique à celle des amendements qui ont été présentés à San Francisco par la délégation soviétique en ce qui concerne le traité japonais.

Dans les deux cas, le processus envisagé est le même. Il s'agit tout d'abord de détacher les Etats en question de l'Occident, puis de les accrocher à l'URSS en utilisant au maximum tous les avantages économiques que peuvent procurer les débouchés des territoires sous-développés que contrôle l'URSS. Les milieux les plus propres à se prêter à cette manœuvre sont évidemment les milieux industriels et militaires à tendance nationaliste et expansionniste des deux pays, qui sont précisément visés par la clause n° 6.

5° Tels sont les objectifs à long terme que recouvre le projet de traité.

Il est certain que la signature d'un tel instrument aurait en outre pour conséquence, à

notre point de vue, de faire de l'Allemagne l'arbitre d'une Europe évacuée par les troupes américaines et soumise à la menace militaire soviétique.

6° Les Soviets savent parfaitement qu'un tel traité n'a aucune chance d'être signé dans les circonstances actuelles. Dans ces conditions, ce qu'ils souhaitent, ce n'est pas pour le moment la signature d'un texte sur les bases qu'ils proposent, mais l'ouverture de négociations à quatre dans des conditions propres à arrêter l'exécution de nos plans. Aussi, prévoient-ils que les quatre Puissances devront examiner en même temps le problème de la formation d'un gouvernement pour l'Allemagne, ce gouvernement devant lui-même participer à l'élaboration du traité. Il est clair que la constitution d'un (S. 5) tel gouvernement entraînerait ipso facto la neutralisation de l'Allemagne et, à tout le moins, l'arrêt de l'intégration militaire de l'Allemagne de l'Ouest dans le camp de l'Occident. L'objectif immédiat du gouvernement soviétique reste donc probablement l'unification provisoire de l'Allemagne qui lui donne, sans aucune contrepartie de sa part, l'essentiel qu'il désire. Pendant ce temps, les négociations sur le traité se prolongeraient indéfiniment, à l'instar des négociations sur le traité autrichien.

7° Les considérations étant exposées, il n'est pas douteux que le projet de traité soviétique, sous sa forme simple et apparemment raisonnable, est de nature à troubler profondément l'opinion française, qui se montre, surtout depuis quelque temps, très réticente à l'égard d'un réarmement allemand, dans le cadre occidental, et qui craint que celui-ci n'ait pour conséquence ultime la reconquête des territoires de l'Est.

2. Lagebeurteilung der Generaldirektion Politik vom 12. März 1952

Wenn man den sowjetischen Vertragsentwurf studiert, der den drei Westmächten am 10. März unterbreitet wurde, kann man endlos darüber diskutieren, ob die vorgeschlagene Formel eines geeinten, wenn auch in seinen Grenzen verkleinerten Deutschlands, das wiederbewaffnet, jedoch nicht im angestrebten Maße frei in seiner Rüstung wäre, für uns äußerstenfalls annehmbar wäre. Die Gefahr ist, daß dieses Deutschland – ohne Zweifel sich selbst überlassen, obwohl der vorgeschlagene Text nicht klar erkennen läßt, ob es ihm verboten wäre, bestimmten „europäischen“ Organisationen wie dem Europarat oder der Montan-Union anzugehören – eines Tages versucht sein könnte, sich mit der UdSSR zu verbinden und den Versuch von Rapallo oder von 1939 zu wiederholen, um seine Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zurückzugewinnen.

Aber wenn wir die Vor- und Nachteile der sowjetischen Initiative abwägen wollen, dann müssen wir uns auch über die Risiken im klaren sein, die der andere Teil der Alternative mit sich bringt: Westdeutschland wird mit allen Mitteln versuchen, in den Besitz der verlorenen Provinzen zu gelangen. Wir dürfen auch die Tatsache nicht außer acht lassen, daß der uns zugewandene Entwurf selbstverständlich keinen endgültigen Charakter hat, daß er abgeändert werden kann und daß wir die Unmöglichkeit geltend machen können, in der wir uns befinden, eine sich auf Deutschland beschränkende Regelung ins Auge zu fassen.

Unterdessen ist es, im Sinne der Moskauer Regierung, nicht der Vertrag, dessen Grundzüge sie darlegt, der entscheidend ist. Ihr Hauptanliegen ist es, das westliche Lager in Verwirrung zu bringen, die Bonner Regierung zu erschüttern, in Frankreich und England die Kreise zu unterstützen, die den europäischen und atlantischen Plänen feindlich gesinnt sind, den Abschluß der vertraglichen Vereinbarungen [Deutschlandvertrag] und die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Armee aufzuhalten oder zumindest zu bremsen. Das Manöver ist bekannt; schon 1948, als der Parlamentarische Rat in Bonn im Begriff war, die Grundlagen des zukünftigen Westdeutschlands zu legen, hatte Stalin darauf zurückgegriffen. Dieses Mal ist es von Vorschlägen begleitet, die zumindest scheinbar vernünftig sind und von daher der Moskauer Propaganda nützlich sein sollen. Wir müssen uns also im wesentlichen auf das Feld der Taktik verlegen, ohne uns in übertriebener Weise am sowjetischen Dokument selbst aufzuhalten. Wir müssen unser Programm unter solchen Bedingungen voranbringen, daß uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, eine Gelegenheit verpaßt zu haben.

Wir können beim Zustand der französischen öffentlichen Meinung und auch der deutschen öffentlichen Meinung nicht weitermachen, ohne zu fragen, abschließen, ohne bis zum letzten Moment Zeugnis von unserem guten Willen abgelegt zu haben.

Diese Haltung ist um so nötiger, als Amerika einen wachsenden Einfluß auf uns hat, die deutschen Forderungen im Laufe der nächsten Monate nicht aufhören werden sich zu entfalten und die Tür zu Gesprächen mit der UdSSR heute zu schließen bedeutet, daß sich diese Tür danach nicht wieder öffnen wird, ohne daß wir Gewißheit haben, ob die Sowjets dann nicht Initiativen einer ganz anderen Art wagen werden.

Entsprechend sollte es unsere Position sein, die Debatte nicht abzulehnen, den sowjetischen Vorschlägen Gegenvorschläge entgegenzustellen und nicht die Sitzungen eines neuen Palais Rose zu fürchten. Aber gleichzeitig sollte alles in Bewegung gesetzt werden, damit wir die laufenden Verhandlungen in Paris und Bonn abschließen. Unter diesen Bedingungen wären wir imstande abzuschätzen, ob die Russen von der Gefahr, die der endgültige Eintritt Westdeutschlands in das westliche Lager darstellt, wirklich beeindruckt sind und ob sie folglich bereit sind, schnell die Konzessionen zu machen, die wir für unumgänglich halten, oder ob ihr neuer Versuch ohne jeden praktischen Wert ist. Wenn sich die drei Westmächte für diesen Weg entschieden, müßten natürlich die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, damit die Bonner Regierung nicht abseits stände und somit in eine schwierige Lage gegenüber ihrer öffentlichen Meinung geriete. Es bestände ohne Zweifel Grund dazu, zwischen den Vierer-Treffen andere Vierer-Treffen vorzusehen, bei denen Westdeutschland an die Stelle der UdSSR träte; es wäre so indirekt, aber auf spektakuläre Weise an den Verhandlungen beteiligt.

Keine Formel hinsichtlich Deutschlands wird uns je genügen. Es gibt eine, für die wir uns dennoch ausgesprochen haben. Wir könnten sie nur aufgeben, wenn weltweit eine andere Lösung Konsequenzen von großer Tragweite und eine wahrhafte Entspannung zwischen Ost und West mit sich brächte. Solange wir nicht mehr über die Absichten der Sowjets wissen, müssen wir annehmen, daß sie manövrieren, wie sie es bisher gemacht haben; wir müssen also auch manövrieren.

Originaltext

Lorsqu'on étudie le projet de traité soviétique, soumis, le 10 mars, aux trois Puissances occidentales, on peut discuter à perte de vue sur le point de savoir si la formule qu'il propose d'une Allemagne unifiée, tout en étant limitée dans ses frontières, et réarmée tout en n'étant pas libre de s'armer comme elle l'entendrait, serait à la rigueur acceptable pour nous. Le danger est que cette Allemagne – sans doute livrée à elle-même; encore que le texte proposé n'indique pas clairement s'il lui serait interdit de faire partie de certains organismes „européens“, tel que le Conseil de l'Europe ou l'Autorité Charbon-Acier – ne soit tentée, un jour ou l'autre, pour récupérer ses territoires de l'au-delà de l'Oder-Neisse, de s'associer à l'URSS et de renouveler l'expérience de Rapallo ou de 1939.

Mais si nous voulons peser les avantages et les inconvénients de l'initiative soviétique, nous devons nous rendre compte également des risques que comporte l'autre terme de l'alternative; par tous les moyens (S. 2) l'Allemagne occidentale cherchera à rentrer en possession des provinces perdues. Nous devons aussi ne pas négliger le fait que le

projet dont nous avons été saisis ne revêt pas, bien entendu, un caractère définitif, qu'il peut être remanié et que nous pouvons faire valoir l'impossibilité où nous nous trouvons d'envisager un règlement qui se limiterait à l'Allemagne.

Cependant, ce n'est pas, dans l'esprit du gouvernement de Moscou, le traité, dont il vient de poser les grandes lignes qui importe. Sa préoccupation est de jeter le trouble dans le camp occidental, d'ébranler le gouvernement de Bonn, de favoriser en France et en Angleterre, les éléments hostiles aux plans européens et atlantiques, d'arrêter ou, tout au moins, de différer la conclusion des accords contractuels et la signature du projet de traité sur l'armée européenne. La manœuvre est connue; dès 1948, au moment où le Conseil parlementaire de Bonn était à la veille de poser les bases de la future Allemagne occidentale, Staline y avait eu recours. Cette fois-ci, elle s'accompagne de propositions qui, en tous cas en apparence, sont raisonnables et, de ce fait, de nature à servir utilement la propagande de Moscou.

C'est donc essentiellement sur le terrain de la tactique, et sans nous attacher d'une manière excessive au document soviétique lui-même, que nous devons nous placer. Il nous faut poursuivre l'exécution de notre programme dans des conditions telles que le reproche ne puisse pas nous être adressé de laisser passer une occasion. Nous ne pouvons pas, dans l'état de l'opinion française, (S. 3) dans l'état aussi de l'opinion allemande, continuer sans interroger, conclure sans avoir montré que, jusqu'au dernier moment, nous avons témoigné de notre bonne volonté.

Cette attitude est d'autant plus nécessaire que l'Amérique pèse sur nous d'un poids toujours plus lourd, que les revendications allemandes, au cours des prochains mois ne cesseront de se développer et que fermer la porte, aujourd'hui, à toute discussion avec l'URSS signifierait que cette porte ne pourra plus ensuite s'ouvrir, sans que nous sachions si les Soviétiques ne se lanceront pas, alors, dans des initiatives d'un autre genre.

Notre position devrait être, en conséquence, de ne pas refuser le débat, d'opposer aux propositions soviétiques des contre-propositions, de ne pas redouter les séances d'un nouveau Palais Rose. Mais en même temps tout devrait être mis en œuvre pour que nous en terminions avec les négociations en cours à Paris et à Bonn. Nous serions dans ces conditions, à même d'apprécier si les Russes sont effectivement impressionnés par la menace que constitue l'entrée définitive de l'Allemagne de l'Ouest dans le cercle occidental et s'ils sont disposés, en conséquence, à faire rapidement les concessions que nous jugerions indispensables ou si leur nouvelle tentative est dépourvue de toute valeur pratique. Si les trois Alliés occidentaux s'engageaient dans cette voie, les précautions nécessaires devraient naturellement être prises pour que le gouvernement de Bonn ne fût pas mis à l'écart et placé dans une situation difficile vis-à-vis de son opinion. Il y aurait lieu sans (S. 4) doute de prévoir, dans l'intervalle des réunions à quatre, d'autres réunions à quatre, auxquelles l'Allemagne occidentale se substituerait à l'URSS; elle participerait ainsi indirectement, mais d'une manière spectaculaire, aux pourparlers.

Toute formule concernant l'Allemagne ne nous donnera jamais satisfaction. Il en est une en faveur de laquelle nous nous sommes cependant prononcés. Nous ne pourrions y renoncer que si, sur le plan de la politique mondiale, une autre solution pouvait comporter des conséquences d'une vaste portée et une véritable détente entre l'Ouest et l'Est. Tant que nous ne sommes pas davantage fixés sur les dispositions des Soviétiques, nous devons présumer que, comme ils l'ont fait jusqu'à maintenant, ils manœuvrent; nous devons donc, nous aussi, manœuvrer.

3. Ausgehendes Telegramm vom 13. März 1952

Unterzeichnet von Robert Schuman, gerichtet an die Vertretungen in London, Washington, Rom, Brüssel, Den Haag und Bonn. Verteiler: Prc. de la République et du Conseil, MM. Parodi, de la Tournelle, de Bourbon Busset et Beck.

Ich habe Ihnen in einem gesonderten Telegramm die ersten Überlegungen übermittelt, zu denen mich der am 10. März von der sowjetischen Regierung vorgeschlagene Vertragsentwurf hinsichtlich Deutschlands veranlaßt hat.

Wir wissen aufgrund wiederholter Erfahrungen zu genau, woran wir uns halten müssen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit, die üblicherweise sowjetischen Initiativen dieser Art beigemessen werden kann, um uns große Illusionen mit Blick auf den Willen der Moskauer Regierung zu machen, zu einem befriedigenden Abkommen zu kommen. Ich begnüge mich damit, hier exemplarisch die endlosen Verhandlungen über Österreich und die Konferenz des Palais Rose von 1951 aufzuführen. Außerdem ist es eindeutig, daß die UdSSR, indem sie sich zumindest bis jetzt der Einreise der von den Vereinten Nationen eingesetzten Untersuchungskommission in die Ostzone widersetzt, nicht gerade einen versöhnlichen Geist bewiesen hat.

Unter diesen Umständen müssen wir vor allem die nötigen Vorkehrungen treffen, um zu verhindern, uns in dem sehr wahrscheinlichen Falle, daß der neue russische Vorschlag im wesentlichen von taktischen Überlegungen bestimmt wäre, ausmanövrieren zu lassen. Ich bin also der Ansicht, daß wir – weit davon entfernt, unsere Bemühungen zu verlangsamen – auf dem eingeschlagenen Weg entschieden und so schnell wie möglich voranschreiten müssen, um die laufenden Verhandlungen in Bonn und Paris zu Ende zu bringen. Wir müssen es um so mehr, als aus dem Moskauer Angebot hervorzugehen scheint, daß man im Kreml anfängt, sich wegen der Ergebnisse unserer Politik zu beunruhigen, und daß in dem Maße, in dem wir das westliche Gebäude errichten, wir die Sowjets zu einem exakteren Verständnis der wirklichen Situation und einer Diskussion der europäischen Probleme auf einer akzeptableren Basis bringen.

Es besteht jedenfalls Grund dazu anzunehmen, daß sich in mehreren europäischen Ländern und gerade in Deutschland eine gewisse Strömung zugunsten des sowjetischen Projekts abzeichnen wird. Die Aussichten, die die Note der deutschen Öffentlichkeit bietet, sind geeignet, sie tief zu erschüttern und die Opposition von rechts und von links gegen die gegenwärtige Politik der Integration zu verstärken: Versprechen der Einheit, der [militärischen] Räumung, der Freiheit der wirtschaftlichen Expansion, der politischen Neutralität, der militärischen Autonomie, der Rehabilitierung für die Vergangenheit. Deswegen sind wir gezwungen, auf das Manöver in der Weise zu antworten, daß wir nicht den Eindruck erwecken, uns durch eine glatte Ablehnung der uns gemachten Geste zu entziehen. Das beste wäre, Fragen zu stellen, Klärungen zu erbitten und abzuschätzen, unter Berücksichtigung der Antworten,

die wir erhalten werden, bis wohin die Sowjets wirklich bereit sind zu gehen. Im übrigen kann man schon jetzt festhalten, daß die sowjetische Regierung sich plötzlich bereit zeigt, die Wiederherstellung einer deutschen Nationalarmee zuzulassen, und das unter Bedingungen, die geeignet sind, starke Beunruhigung hervorzurufen.

Ein grundsätzlicher Punkt ist in jedem Falle sicher: Die Sowjets dürfen zu keinem Moment außer acht lassen, daß eine auf Verzögerung ausgerichtete Haltung ihrerseits uns nicht daran hindern wird, die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, zu Ende zu führen.

Ich füge hinzu, daß aufgrund der Entwicklung der Beziehungen zwischen den drei Mächten und der Bundesregierung ein sehr enger Kontakt zwischen ihr und uns sichergestellt werden muß. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Vorüberlegungen dem Foreign Office (dem State Department) mitteilen würden. Ich bin außerdem mit dem von Eden gemachten und von Massigli präzisierten Vorschlag hinsichtlich der Gespräche, die zwischen den Westmächten stattfinden müssen, einverstanden [...].

Originaltext

Je vous ai communiqué, par télégramme séparé, les premières considérations qu'appelle de ma part le projet de traité proposé le 10 mars, par le gouvernement soviétique en ce qui concerne l'Allemagne.

Nous savons trop à quoi nous en tenir, par expériences répétées, sur le crédit qu'il convient d'attacher à des initiatives soviétiques d'un genre analogue, pour nous faire beaucoup d'illusions au sujet de la volonté du gouvernement de Moscou d'aboutir à un accord satisfaisant. Je me borne à citer ici, à titre d'exemple, les interminables pourparlers sur l'Autriche et la conférence du Palais Rose en 1951. Il est évident, d'autre part, que l'URSS en s'opposant, jusqu'à maintenant du moins, à l'entrée dans la zone orientale de la Commission d'Enquête instituée par les Nations Unies, n'a pas précisément fait preuve d'un esprit de conciliation.

Dans ces conditions, nous devons avant tout prendre des précautions nécessaires pour éviter de nous laisser manœuvrer dans le cas très probable où la nouvelle proposition russe s'inspirerait essentiellement d'un souci d'ordre tactique. J'estime donc que, loin de ralentir nos efforts, nous devons poursuivre résolument et aussi rapidement que possible sur la voie où nous nous sommes engagés pour mener à leur terme les négociations en cours à Bonn et à Paris. (S.2) Nous le devons d'autant plus qu'il semble bien résulter de l'offre de Moscou que l'on commence à s'émouvoir au Kremlin des résultats de notre politique et que, dans la mesure même où nous construirons l'édifice occidental, nous amènerons les Soviétiques à une compréhension plus exacte de la véritable situation et à une discussion des problèmes européens sur une base plus acceptable.

Il y a lieu de penser, en tous cas, que, dans plusieurs pays européens, et notamment en Allemagne, un certain courant se dessinera en faveur du projet soviétique. La note offre à l'opinion allemande des satisfactions dont la perspective est susceptible de la troubler profondément et de renforcer toutes les oppositions de droite et de gauche à l'actuelle politique d'intégration: promesse d'unification, d'évacuation, de liberté d'expansion économique, de neutralité politique, d'autonomie militaire, de réhabilitation pour le passé. Force nous est, en conséquence, de répondre à la manœuvre de manière

à ne pas donner l'impression que nous nous dérobons, par une fin de non recevoir, à l'invite qui nous a été adressée. Le mieux serait de poser des questions, de demander des précisions et d'apprécier, compte tenu des réponses que nous recevrons, si et jusqu'où les Soviétiques sont effectivement disposés à aller. On peut, au reste, noter d'ores et déjà que le gouvernement soviétique se montre soudain prêt à admettre la reconstitution d'une armée nationale allemande et cela dans des conditions propres à inspirer de vives inquiétudes.

Un point fondamental est, de toute façon, certain: les Soviétiques ne devraient à aucun moment ignorer qu'une attitude dilatoire de leur part ne saurait nous empêcher de terminer la tâche que nous nous sommes assignées.

J'ajoute qu'en raison de l'évolution des rapports des trois Puissances avec le gouvernement fédéral, des contacts très étroits devraient être assurés entre lui et nous. (S. 3)

Je vous serais obligé de faire part de ces considérations préliminaires au Foreign Office (au Département d'Etat). Je serais d'autre part, d'accord avec la suggestion présentée par M. Eden et précisée par M. Massigli au sujet des conversations qui devraient avoir lieu entre les Occidentaux [...].

4. Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 15. März 1952

Punkte, hinsichtlich welcher die sowjetische Regierung um Erläuterungen gefragt werden könnte.

a) In welchem Moment sieht die sowjetische Regierung die Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung an den Vorbereitungen des Friedensvertrages vor?

b) Wird der Rückzug der Truppen der vier Mächte aus Deutschland von der UdSSR dahingehend verstanden, daß er die Räumung Polens und die Entfernung aller Reste der sowjetischen Militärmacht aus diesem Land nach sich ziehen soll?

c) Ist die sowjetische Regierung bereit, ihre Besatzungszone der Untersuchungskommission der UNO zu öffnen?

d) Versteht es sich, um die Schaffung einer deutschen Zentralregierung zu erlauben, daß die von der UdSSR vorgeschlagenen Klauseln hinsichtlich der Wiedereinführung der demokratischen Freiheiten unmittelbar in den vier Besatzungszonen in Kraft treten sollen? Ist die sowjetische Regierung infolgedessen bereit, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die politischen Parteien in ihrer Besatzungszone eine vollständige Handlungsfreiheit genießen?

e) Wird die Klausel Nr. 7 des Vertragsentwurfs von der sowjetischen Regierung so verstanden, daß sie die politische Souveränität der zukünftigen deutschen Regierung beschränken soll und daß sie ihr zum Beispiel verbieten soll, weiter in den europäischen Organisationen mitzuwirken?

f) In Potsdam ist keine klare Regelung hinsichtlich der endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen, mit Ausnahme des Gebiets um Königsberg, getroffen worden. Zieht die UdSSR in Erwägung, daß die Ostgrenze Deutschlands auf einer anderen Linie als der Oder-Neiße-Linie gezogen werden kann?

g) Was wäre die zahlenmäßige Stärke, die die UdSSR für zukünftige deutsche Nationalstreitkräfte vorschlägt? Sollte, im Sinne der UdSSR, die Einhaltung der Militärklauseln des Vertrages von einer Aufrechterhaltung der alliierten Kontrolle Deutschlands begleitet sein?

h) Ist die UdSSR wie die Westmächte der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Deutschland frei ausgehandelt werden darf?

Originaltext

Points au sujet desquels des éclaircissements pourraient être demandés au gouvernement soviétique.

a) A quel stade le gouvernement soviétique envisage-t-il la participation d'un gouvernement de toute l'Allemagne à la préparation du traité de paix?

b) L'évacuation de l'Allemagne par les troupes des quatre puissances est-elle considérée par l'URSS comme devant entraîner l'évacuation de la Pologne et l'élimination de tout vestige de l'empire militaire soviétique sur ce pays?

- c) Le gouvernement soviétique est-il disposé à ouvrir sa zone d'occupation à la Commission d'Enquête de l'ONU?
- d) Est-il entendu qu'en vue de permettre la constitution d'un gouvernement central allemand, les clauses proposées par l'URSS en ce qui concerne le rétablissement (S.2) des libertés démocratiques devraient être immédiatement mises en vigueur dans les quatre zones d'occupation? Le gouvernement soviétique est-il disposé, en conséquence, à prendre toutes mesures nécessaires pour que les partis politiques jouissent d'une liberté d'action complète dans sa zone d'occupation?
- e) La clause n° 7 du projet de traité est-elle considérée par le gouvernement soviétique comme devant restreindre la souveraineté politique du futur gouvernement allemand et comme devant, par exemple, l'empêcher de continuer à participer aux organisations européennes?
- f) Aucune disposition précise concernant la fixation définitive des frontières allemandes n'ayant été prise à Potsdam, sauf en ce qui concerne le territoire de Königsberg, l'URSS considère-t-elle que les frontières orientales de l'Allemagne peuvent être fixées sur une autre ligne que la ligne Oder-Neisse?
- g) Quel serait le chiffre proposé par l'URSS pour les futures forces nationales de l'Allemagne? Le respect des clauses militaires du traité devrait-il, dans l'esprit de l'URSS, s'accompagner du maintien d'un contrôle allié sur l'Allemagne?
- h) L'URSS estime-t-elle, comme les Puissances occidentales, que le traité de paix doit être librement négocié par l'Allemagne?

5. Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 25. Juni 1952

Es ist seit drei Jahren ein leitendes Prinzip der französischen Deutschlandpolitik, die Möglichkeit eines Dialogs mit der UdSSR über das deutsche Problem zu erhalten. Die Fortschritte der Integrationspolitik haben nur die Bedeutung dieses Prinzips und die Notwendigkeit seiner Aufrechterhaltung verstärkt.

Es ist nicht weniger wichtig, die Grenzen eines solchen Dialogs klarzustellen.

Die deutsche wie die französische Öffentlichkeit pflegen beide die Illusion, daß auf Deutschland beschränkte Vierer-Gespräche zu einer mehr oder weniger endgültigen *Lösung* des deutschen Problems führen können, wobei die UdSSR bereit wäre, wichtige Zugeständnisse zu machen, um die in ihren Augen gefährliche Möglichkeit einer Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern.

Auf deutscher Seite erhofft man sich von diesen Gesprächen als Ergebnis die Vereinigung, auf französischer Seite eine dauerhafte Entspannung zwischen Ost und West.

Es ist ziemlich leicht, die Reihe der möglichen „Lösungen“ durchzugehen, zu denen eine Vierer-Konferenz führen könnte. Diese Lösungen würden die Einigung Deutschlands entweder auf provisorischer Basis bei Beibehaltung des Besatzungsregimes oder im Rahmen eines Friedensvertrages beinhalten.

Bei der zweiten Hypothese wäre Deutschland, ausgestattet mit nationalen Streitkräften, entweder neutralisiert oder frei in seinen politischen Entscheidungen.

In beiden Fällen bliebe es aufgrund seiner geographischen Lage am Scharnier der beiden Lager und wäre somit in der Lage, die Rolle eines Schiedsrichters zu spielen.

Bei der Hypothese einer provisorischen Einigung wäre Deutschland unter eine mehr oder weniger erleichterte Vier-Mächte-Kontrolle gestellt. Selbst wenn diese Kontrolle verschwinden sollte, bliebe die Regierung Deutschlands dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht ausgesetzt und somit in Wirklichkeit neutralisiert.

Bei all diesen Lösungen verhindern wir die Charybdis der Schaukelpolitik nur, um in die Scylla der Neutralisierung zu fallen.

Die zweite dieser Gefahren ist übrigens die sehr viel wahrscheinlichere, da die UdSSR selbst kein Interesse daran hat, die Rückkehr Deutschlands als unabhängige Größe in die Weltpolitik zu fördern. Deshalb ist es wichtig zu unterstreichen, daß die Neutralisierung Deutschlands die Gesamtheit der westlichen Verteidigungspläne in Frage stellen würde und zur Aufgabe der Strategie der kontinentalen Verteidigung, auf der sie basieren, führen würde.

Bei der gegebenen internationalen Situation erscheint es also, daß alle

möglichen Lösungen des deutschen Problems, die auf einer Einigung mit der UdSSR und einer deutschen Einigung aufbauen, für uns sehr schwerwiegende Gefahren bergen.

Es bleibt alles in allem festzuhalten, daß keine der Lösungen für die UdSSR Opfer bedeutet, die auch nur im entferntesten mit denen vergleichbar sind, die sie für den Westen nach sich ziehen würden.

Es bleibt das letzte Argument zu untersuchen, wonach die Beendigung der Teilung Deutschlands für sich selbst genommen ein wichtiges Ziel darstellt, um die Entspannung zwischen Ost und West zu sichern. Es ist die Teilung der Welt und ihre Aufteilung in zwei feindliche Systeme, die der tiefere Grund der gegenwärtigen Spannung ist. Die Teilung Deutschlands ist nur die Folge davon. Sie resultiert daraus, daß keiner der beiden Blöcke akzeptieren kann, Deutschland, dessen Potential eine entscheidende Unterstützung darstellen kann, in den Bannkreis seines Rivalen gleiten zu lassen. Diese Teilung stellt also einen stabilen Faktor dar, der nicht an sich konfliktauslösend ist, obwohl er natürlich dazu Gelegenheit geben könnte.

Es erscheint, daß man aus den vorhergehenden Überlegungen folgende Schlußfolgerungen ziehen kann: keine Vierer-Konferenz, beschränkt auf die deutsche Frage, kann zu vorteilhaften und bleibenden Ergebnissen für den Westen führen, es sei denn die Errichtung eines *Modus vivendi*, der darauf zielt, die Erhaltung des Status quo zu erleichtern. Eine *auf Deutschland beschränkte* Vierer-Konferenz kann also nur sehr begrenzte Zielsetzungen haben: entweder ein rein taktisches Ziel oder die Suche nach einem *Modus vivendi*.

Originaltext

Un des principes directeurs de la politique française vis-à-vis de l'Allemagne est, depuis trois ans, de sauvegarder la possibilité d'un dialogue avec l'URSS sur le problème allemand. Les progrès de la politique d'intégration n'ont fait que renforcer l'importance de ce principe et la nécessité de son maintien.

Il n'en est pas moins important de préciser les limites d'un tel dialogue.

L'opinion allemande et l'opinion française nourrissent également l'illusion que des conversations à quatre, limitées à l'Allemagne, peuvent aboutir à une *solution* plus ou moins définitive du problème allemand, l'URSS étant disposée à consentir d'importants (S. 2) sacrifices pour éviter l'éventualité, redoutable à ses yeux, du réarmement de l'Allemagne.

Du côté allemand, le résultat espéré de ces entretiens est l'unification. Du côté français, une détente durable entre l'Est et l'Ouest.

Il est assez facile de faire le tour des „solutions“ possibles auxquelles une conférence à quatre pourrait aboutir. Ces solutions comporteraient l'unification de l'Allemagne, soit sur une base provisoire avec maintien du régime de l'occupation, soit dans le cadre du traité de paix.

Dans la deuxième hypothèse, l'Allemagne, dotée de forces nationales, serait soit neutralisée, soit libre de ses décisions politiques.

Dans les deux cas, elle resterait en vertu même de sa position géographique, placée à la charnière des deux camps et serait ainsi en mesure de jouer un rôle d'arbitre.

Dans l'hypothèse de l'unification provisoire, l'Allemagne serait placée sous un contrôle quadripartite, plus ou moins allégé. Même si ce contrôle devait disparaître, le gouvernement de l'Allemagne resterait exposé à la pression de l'occupant soviétique et serait donc, en fait, neutralisé. (S. 3)

Dans toutes ces solutions, nous n'évitons la Charybde de la politique de bascule que pour tomber dans la Scylla de la neutralisation.

Le deuxième de ces risques est d'ailleurs de beaucoup le plus probable, l'URSS elle-même n'ayant aucun intérêt à favoriser la rentrée de l'Allemagne, en tant que sujet indépendant, dans la politique mondiale. Aussi, est-il important de souligner que la neutralisation de l'Allemagne remettrait en cause l'ensemble des plans de défense de l'Occident et conduirait à l'abandon de la stratégie de défense continentale sur laquelle ils sont fondés.

Etant donnée la situation internationale, il apparaît donc que toutes les solutions possibles du problème allemand, fondées sur une entente avec l'URSS et sur l'unification de l'Allemagne, présentent pour nous de très graves dangers.

Il est à noter, au demeurant, qu'aucune de ces solutions n'implique, de la part de l'URSS, des sacrifices de loin comparables à ceux qu'elle entraînerait pour l'Occident.

Reste à examiner le dernier argument selon lequel la suppression de la division de l'Allemagne constituerait en soi un objectif essentiel en vue d'assurer (S. 4) la détente entre l'Est et l'Ouest. C'est la coupure du monde et son partage en deux systèmes hostiles qui est la cause profonde de la tension actuelle. La division de l'Allemagne n'en est que la conséquence. Elle résulte du fait qu'aucun des deux blocs ne peut accepter de laisser graviter dans l'orbite de son rival l'Allemagne dont les ressources peuvent constituer un appoint décisif. Cette coupure représente donc un fait stable, qui n'est pas en soi générateur de conflit, bien qu'il puisse évidemment en fournir l'occasion.

Il semble qu'on puisse déduire des considérations qui précèdent les conclusions suivantes: Toute conférence à quatre, réduite à la question allemande, ne peut conduire à des résultats avantageux et durables pour l'Occident, si ce n'est à l'établissement d'un *modus vivendi*, destiné à faciliter le maintien du status quo. Une conférence à quatre *réduite à l'Allemagne* ne peut donc avoir que des buts très limités: soit un objectif purement tactique, soit la recherche d'un *modus vivendi*.

6. Lagebeurteilung der Unterabteilung Zentraleuropa vom 26. September 1952

a) Die Note der sowjetischen Regierung vom 25. August hat nicht direkt auf unsere Frage hinsichtlich der Handlungsfreiheit geantwortet, von der die Regierung eines vereinten Deutschlands vor und nach [dem Abschluß] des Friedensvertrages profitieren soll. Die sowjetische Regierung hat sich begnügt festzustellen, daß sie „nicht die Wiederherstellung des vierseitigen Kontrollsystems“ ins Auge fasse, „sondern die Notwendigkeit, die Prinzipien des Potsdamer Abkommens über die Wiederherstellung Deutschlands als unabhängigen, friedlichen und demokratischen Einheitsstaat zu respektieren“. Diese scheinbar zweideutige Antwort enthält in Wirklichkeit das Wesentliche der sowjetischen Doktrin mit Hinblick auf die Beziehungen, die zwischen den vier Mächten und der Bundesregierung, sowohl vor wie nach dem Friedensvertrag, bestehen sollen.

b) In dieser Hinsicht beleuchtet ein kürzlich in der „Prawda“ zum Thema des verkürzten österreichischen Vertrags[entwurfs] erschienener Artikel die Haltung der UdSSR zum deutschen Problem.

Der entscheidende Einwand der „Prawda“ ist, daß die Autoren des verkürzten Vertrags[entwurfs] alle vorher Österreich aufgrund der Potsdamer Prinzipien auferlegten Verpflichtungen entfernt haben, besonders hinsichtlich der Entnazifizierung und der Demokratisierung, und daß sie im Gegensatz zum österreichischen Vertrag[sentwurf] keine präzisen Klauseln (d.h. qualitative und quantitative Beschränkungen enthaltend) vorsehen in bezug auf das Recht Österreichs, nationale Streitkräfte zu unterhalten.

Der verkürzte Vertrag[sentwurf] ist nach den Redakteuren der „Prawda“ jetzt ein „Fetzen Papier, der niemanden zu nichts verpflichtet“ und der die „Vier-Mächte-Verpflichtungen hinsichtlich Österreichs“ überhaupt nicht erwähnt.

c) Es ist also klar, daß sich auch die gesamtdeutsche Regierung im Sinne der sowjetischen Regierung streng an eine gewisse Anzahl von Verpflichtungen halten muß, deren Formulierungen im Osten und Westen einen unterschiedlichen Klang haben.

Die Klauseln des österreichischen Vertrags[entwurfs] (alter Art) sowie die des Vertragsentwurfs für Deutschland, enthalten in der Antwort [sic] vom 10. März, erlauben, sich von diesen Verpflichtungen eine ziemlich genaue Vorstellung zu machen. Der deutsche Staat soll „unabhängig“ sein, das heißt in Wirklichkeit *neutralisiert*. Er soll einen demokratischen Charakter haben. Um die Bedeutung dieses Begriffs im sowjetischen Vokabular zu verstehen, ist es angebracht, auf die sowjetischen Vorschläge auf der Moskauer Konferenz (1947) zurückzugreifen, bei denen der Begriff einen ganzen Komplex politisch-wirtschaftlicher Fragen umfaßte: wie die Entnazifizierung, das Verbot tendenziell „faschistischer oder militaristischer“ Parteien (siehe Klausel Nr. 5

des Vertragsentwurfs vom 10. März); die Teilnahme „demokratischer Organisationen“ am politischen Leben; die gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht zu ergreifenden Maßnahmen (Landreform, Trusts) etc. ... Eine so verstandene „Demokratisierung“ ist offensichtlich der erste Schritt der Sowjetisierung.

Die fraglichen Klauseln wären selbstverständlich, wie es übrigens im österreichischen Vertragsentwurf der Fall ist, allgemein und vage genug formuliert, um der UdSSR zu erlauben, jederzeit angebliche Verletzungen geltend zu machen. Auf militärischem Gebiet präzisiert der sowjetische Text vom 10. März, direkt vom österreichischen Präzedenzfall beeinflusst, daß es Deutschland erlaubt sein soll, für die *Verteidigung seines Territoriums notwendige*, das heißt zahlenmäßig beschränkte Streitkräfte zu unterhalten.

Die Herstellung von Waffen wäre ebenfalls erlaubt, aber nur die Mengen und Arten, die die für das vertraglich erlaubte Militärpersonal erforderlichen Mengen nicht überschreiten.

d) Es stellt sich die Frage, wie die vier Mächte für die Respektierung der fraglichen Beschränkungen und Verpflichtungen sorgen würden. Die sowjetische Note vom 25. August schließt eine Wiederherstellung des „vierseitigen Kontrollsystems“ aus, aber es ist ganz klar, daß sie sich nicht deswegen dazu versteht, den fraglichen Verpflichtungen einen platonischen Charakter zu geben. In der Zeit vor dem Friedensvertrag verläßt sich die UdSSR ohne Zweifel mehr auf die direkte Aktion und auf die Druckmöglichkeiten, die die Anwesenheit ihrer Truppen und die Situation Berlins bieten, als auf einen Mechanismus der Vierer-Kontrolle. Hinsichtlich des Vertrages selbst strebt die UdSSR vielleicht ein System analog dem des österreichischen Vertrags[entwurfs] an, bei dem mögliche Streitpunkte zuerst vor die vier Missionschefs gebracht würden, die sich nicht einigen könnten, und dann vor ein Gremium, wo die Deutschen und die Sowjets praktisch unter vier Augen wären.

Bei jeder Hypothese ist es offensichtlich die Absicht der Moskauer Regierung, weiterhin die Regierung eines vereinten Deutschlands auf die eine oder andere Weise zu kontrollieren, indem diese mehr oder weniger genau definierten Verpflichtungen unterworfen ist, die genügend Vorwände für sowjetische Einmischung abgeben würden.

e) Die Antwort vom 25. August ist also völlig klar. Für Moskau könnte die Regierung des vereinten Deutschland nicht völlig frei in ihren Entscheidungen sein. Die UdSSR ist der Ansicht, daß eine solche Regierung nur unter Bedingungen zu schaffen wäre, die eine Aufrechterhaltung einer gewissen sowjetischen Bevormundung erlauben.

Originaltext

a) La note du gouvernement soviétique du 25 août n'a pas répondu directement à notre question relative à la liberté d'action dont devrait bénéficier le gouvernement de l'Allemagne unifiée avant et après le traité de paix. Le gouvernement soviétique s'est

borné à affirmer qu'il envisageait „non pas le rétablissement du système de contrôle quadripartite, mais la nécessité de respecter les principes de l'accord de Potsdam sur le rétablissement de l'Allemagne en tant qu'Etat uni, indépendant, pacifique et démocratique“.

Cette réponse, d'apparence ambiguë, contient en réalité l'essentiel de la doctrine soviétique quant aux relations qui doivent s'instituer entre (S.2) les quatre Puissances et le gouvernement fédéral, aussi bien avant qu'après le traité de paix.

b) A cet égard, un article paru récemment dans la Prawda, au sujet du traité abrégé autrichien, éclaire l'attitude de l'URSS vis-à-vis du problème allemand.

L'objection fondamentale de la Prawda est que les auteurs du traité abrégé ont fait litière de toutes obligations précédemment imposées à l'Autriche en vertu des principes de Potsdam, notamment en matière de dénazification et de démocratisation, et ne prévoient pas, à la différence du traité autrichien, de clauses précises (c'est-à-dire comportant des *limitations* qualitatives et quantitatives) quant au droit pour l'Autriche d'entretenir des forces armées nationales.

Le traité abrégé, selon les rédacteurs de la Prawda, est maintenant un „chiffon de papier qui n'oblige personne à quoi que ce soit“ et qui ne fait aucune mention des „obligations quadripartites relatives à l'Autriche“.

c) Il est donc clair que pour le gouvernement soviétique le gouvernement allemand unifié doit, lui aussi (S.3), se conformer strictement à un certain nombre d'obligations, celles-ci étant elles-mêmes formulées en des termes qui ont de sons différents à l'Est et à l'Ouest.

Les clauses du traité autrichien (ancienne manière), ainsi que celles du projet de traité pour l'Allemagne contenues dans la réponse [sic] du 10 mars permettent de se faire une idée assez précise de ces obligations. L'Etat allemand devra être „indépendant“, c'est-à-dire, en fait, *neutralisé*. Il devra avoir un caractère „démocratique“. Pour apprécier la portée du terme dans le vocabulaire soviétique, il convient de se reporter aux propositions soviétiques de la conférence de Moscou (1947), dans lesquelles ce terme recouvre tout un complexe de questions politico-économiques: comme la dénazification, l'interdiction des partis à tendance „fasciste ou militariste“ (cf. clause 5 du projet de traité du 10 mars); la participation à la vie politique des „organisations démocratiques“; les mesures à prendre contre les concentrations de puissance économique (réforme agraire, trusts) etc... La „démocratisation“ ainsi entendue est évidemment la première étape de la soviétisation.

Bien entendu, comme c'est d'ailleurs le cas dans le projet de traité autrichien, les clauses en (S.4) question seraient formulées de façon suffisamment vague et générale pour permettre à l'URSS d'invoquer constamment de prétendues violations.

Dans le domaine militaire, le texte soviétique du 10 mars, inspiré directement du précédent autrichien, précise que l'Allemagne sera autorisée à posséder les forces armées *essentielles pour la défense de son territoire*, c'est-à-dire limitées en effectifs. Des fabrications d'armement seront également autorisées, mais dans des quantités et des types ne devant pas dépasser les quantités nécessaires pour les effectifs militaires autorisées par le traité.

d) La question se pose de savoir comment les quatre Puissances feraient respecter les limitations et obligations en question.

La note soviétique du 25 août exclut le rétablissement du „système du contrôle quadripartite“, mais il est bien clair qu'elle n'entend point pour autant donner un caractère platonique aux obligations en question. Dans la période précédant le traité de paix, l'URSS se fie sans doute plus à l'action directe et aux possibilités de pression que lui offrent la présence des ses troupes et la situation de Berlin qu'à un mécanisme de

contrôle à quatre. En ce qui concerne le traité lui-même, l'URSS (S.5) envisagerait peut-être un système analogue à celui du traité autrichien, dans lequel les litiges éventuels seraient portés d'abord devant les quatre chefs de mission qui ne pourraient s'entendre, puis devant un organisme où les Allemands et les Soviétiques seraient pratiquement en tête à tête.

En toutes hypothèses, l'intention évidente du gouvernement de Moscou est de continuer à contrôler d'une manière ou d'une autre le gouvernement de l'Allemagne unifiée en assujettissant celui-ci à des obligations plus ou moins bien définies, qui constitueraient autant de prétextes à l'ingérence soviétique.

e) La réponse du 25 août est donc parfaitement claire. Pour Moscou, le gouvernement de l'Allemagne unifiée ne saurait être laissé entièrement libre de ses décisions. L'URSS considère qu'un tel gouvernement ne saurait être créé que dans des conditions permettant le maintien d'une certaine tutelle soviétique.

Abkürzungen

AAN	Archives de l'Assemblée Nationale
AAT	Archives de l'Armée de Terre
AS	Archives du Sénat
CED	Communauté européenne défense
CNRS	Centre nationale de la recherche scientifique
DocF	La Documentation française
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FNSP	Fondation nationale des sciences politiques
HZ	Historische Zeitschrift
JOAN	Journal officiel de la République française, Débats parlementaires, Assemblée Nationale
JOCR	Journal officiel de la République française, Débats parlementaires, Conseil de la République
MAE	Archives du Ministère des Affaires étrangères
MRP	Mouvement républicain populaire
PCF	Parti communiste français
RGR	Rassemblement des gauches républicains
RPF	Rassemblement du peuple français
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière
UDSR	Union démocratique et socialiste de la résistance
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Quellen

1. Ungedruckte Quellen

- a) Archives du Ministère des Affaires étrangères (MAE)
 - Série Europe 1949–1955, Sous-Série URSS 1949–1955:
 - N^o 48 «Politique extérieure (Nov. 1951–Oct. 1952)»
 - N^o 61 «France–URSS (Août 1949–Sept. 1952)»
 - Série Europe 1949–1955, Sous-Série Allemagne 1949–1955:
(Zentral zum Notenwechsel, bei Bearbeitung noch ohne Numerierung)
«Echanges de notes entre l'URSS et les Occidentaux, préliminaires à une conférence à quatre (14. Fév. 1952–Jan. 1953)»
 - N^o 37/38 «Défense nationale allemande (1 Sept. 1951–Mai 1952)»
 - N^o 58/59 «Dépêches mensuelles (Juillet 1951–Mars 1953)»
 - N^o 113–115 «Elections générales et Enquête de l'ONU (Dec. 1951–Oct. 1952)»
 - N^o 172 «Réunification (1949–1955)»
- b) Archives de l'Armée de Terre (AAT)
 - Section contemporaine: 3 U 1, 3 U 2, 3 U 8 et 3 U 9, 3 U 23, 3 U 28, 3 U 29 et 3 U 52
- c) Archives de l'Assemblée Nationale (AAN)
 - Commission des Affaires étrangères, Procès-verbaux (1952)
 - Commission des Affaires étrangères, Documents: N^o 15 (RDA); N^o 17 (Bonn); N^o 24–28 (CED); N^o 42 (Allemagne)
- d) Archives du Sénat (AS)
 - Commission des Affaires étrangères, Procès-verbaux (1952)

2. Periodische Publikationen des Jahres 1952

- a) Durchgesehene Tages- und Wochenzeitungen, deren Beiträge hier nicht namentlich aufgeführt werden. Sie waren zu einem guten Teil über folgende Presseauschnittsarchive erschließbar.
Bibliothèque de la Fondation nationale des sciences politiques (FNSP)
 - Problème de la réunification de l'Allemagne (bis 23. 10. 1954)
 - Problème allemand (bis Ende 1955)

La Documentation française (DocF)

- Politique extérieure, généralités 1952
- Politique de l'Est: Réunification de l'Allemagne (1950–1954)
- Le problème allemand 1952

Titel der Zeitungen

Aspects de la France
 Bulletin Intérieur du Parti Socialiste
 Carrefour
 Ce Matin
 Ce Soir
 Combat
 La Croix
 Les Echos
 L'Economie
 Le Figaro
 Force Ouvrière
 Forces Nouvelles
 Franc-Tireur
 L'Humanité
 L'Information
 L'Information Radicale-Socialiste
 Libération
 Le Monde
 L'Observateur
 Le Parisien Libéré
 Paris-Presse – L'Intransigeant
 Le Peuple
 Le Populaire
 Le Rassemblement
 Rivarol
 Syndicalisme
 Tribune des Nations
 La Vie Ouvrière

- b) Folgende weniger häufig erschienene Periodika des Jahres 1952 sind herangezogen worden. Wichtigere Artikel sind hier namentlich aufgeführt.

L'Année politique et économique 25 (1952)

Lavergne, Bernard, La «Petite Europe», succédané imprévu du Saint-Empire romain germanique, but de la politique cléricale de MM. Robert Schuman, Adenauer et Gasperi, S. 421–458.

–, «L'Europe Unie» ou le nouveau Munich: L'Allemagne dominant l'Europe, S. 4–118.

- , *La France décapitée par la perte de toute armée nationale. Les premiers fruits de l'Europe Unie*, S. 201–230.
- Debré, Michel, *La communauté européenne de défense*, S. 401–404.
- , *Pour une politique extérieure française*, S. 405–407.
- Außenpolitik 3 (1952)
- Aron, Raymond, *Französische Gedanken über die deutsche Einheit*, S. 576–582.
- Hamon, Léo, *Warum Frankreich mißtrauisch ist*, S. 216–220.
- Dokumente 8 (1952)
- Alphand, Hervé, *Frankreichs Initiative*, S. 441–446.
- Erb, Alfons, *Ein Grundgesetz für Europa*, S. 200–204.
- Healey, Denis, *Wendepunkt in Deutschland*, S. 329–333.
- Esprit 20 (1952)
- Domenbach, Jean-Marie, *La note soviétique sur l'Allemagne*, S. 820–825.
- Ricoer, Paul, *Propositions de compromis pour l'Allemagne*, S. 1005–1011.
- Europaarchiv 7 (1952)
- Guiton, Jean, *Die französische Außenpolitik nach dem Kriege: Eine Übersicht*, S. 4651–4656.
- Pegg, C. H., *Die Résistance als Träger der europäischen Einigungsbestrebungen in Frankreich während des Zweiten Weltkrieges*, S. 5137–5206.
- La Nef 9 (1952)
- (Das letzte Heft des Jahres im Dezember war dem «Problème allemand» gewidmet. Daraus waren von Interesse:)
- Boris, Georges, *D'une pierre deux coups*, S. 205–211.
- Denis, André, *Oui, c'est encore possible*, S. 190–204.
- Duverger, Maurice, *L'Allemagne entre l'unité et l'Europe*, S. 184–189.
- Fontaine, André, *La fin de l'histoire de France?*, S. 134–148.
- Hamon, Léo, *Il y a une politique de rechange*, S. 212–233.
- Herriot, Edouard, *L'Allemagne devant la paix*, S. 11–13.
- Monteil, André, *Faut-il donc réarmer l'Allemagne?*, S. 234–243.
- Naegelen, Marcel-Edmond, *Les problèmes économiques et sociaux que posera la réunification de l'Allemagne*, S. 244–256.
- Stéphane, Roger, *Conséquences politiques du réarmement allemand*, S. 164–169.
- Vermeil, Edmond, *Mythes et réalités en Allemagne*, S. 170–183.
- Politique étrangère 17 (1952/53)
- Aron, Raymond, *Le dialogue des quatre sur l'Allemagne*, S. 135–142.
- Coste-Floret, Alfred, *Bilan et perspectives de la politique européenne*, S. 321–334.

- Réalités allemandes N^{os} 37–44 (jan.–août 1952)
 Revue de Défense Nationale 8 (1952)
 Lauret, René, Perspectives allemandes, S. 507–522.
 Maggiar (Capitaine de Vaisseau), Armée européenne et responsabilités françaises, S. 627–633.
- Revue politique et parlementaire 206–208 (1952)
 Guiard, Marcel, La communauté européenne de défense, 208, S. 150–159.
 Jaray, Gabriel-Louis, La position de l'Europe occidentale et le relèvement de l'Allemagne, 207, S. 248–260.
 Pezet, Ernst, Traité contre Traité, 207, S. 261–273.
- La Revue Socialiste 53–62 (1952)
 Gazier, Albert, L'Internationale socialiste et le réarmement, 58, S. 1–13.
 Jaquet, Gérard, Pour une armée européenne véritable, 55, S. 225–232.
 Mayer, Daniel, L'ère des civils une fois encore s'achève, 55, S. 236–245.
 Steiner-Julien, Joseph, Il ne faut pas dire le contraire de ce qu'on veut, 58, S. 14–22.
 –, La tragédie de l'Allemagne post-hitlérienne, 55, S. 233–235.
- Les Temps modernes 7/8 (1952)
 Dzelepy, E. N., Le grand tournant?, 8, S. 144–163.
 Stéphane, Roger, Le «Problème allemand» est celui des frontières orientales, 8, S. 872–879.
 –, L'Allemagne: unité ou réarmement, 7, S. 1322–1330.

3. Gedruckte Quellen

- Alphand, Hervé, L'étonnement d'être : Journal 1939–1973, Paris 1977.
- Aron, Raymond, Hat Europa noch Aufbaukräfte?, Frankfurt a. M. 1948.
- Auriol, Vincent, Journal du septennat 1947–1954, Bd. VI: 1952. Hrsg. Dominique Boché, Paris 1978.
- Bérard, Armand, Un Ambassadeur se souvient, Bd. II: Washington et Bonn 1945–1955, Paris 1978.
- Beuve-Méry, Hubert, Réflexions politiques 1932–1952, Paris 1951.
- Billotte, Pierre, Noch ist es Zeit: Kritik und Vorschläge zur Verteidigung des Westens, Baden-Baden 1951 (fr. Original: Le temps du choix, Paris 1950).
- Colliard, Claude-Albert (Hrsg.), Actualité internationale et diplomatique 1950–1956, 2 Bde., Paris 1957.
- Debré, Michel, La république et ses problèmes, Paris 1952.
- François-Poncet, André, Adenauer als historische Gestalt, in: Die Politische Meinung 8 (1963), H. 88, S. 25–31.
- Gaule, Charles de, Discours et messages, Bd. II: Dans l'attente, février 1946–avril 1958, Paris 1970.

- , *Lettres, Notes et Carnets*, Bd. VII: Juin 1951–Mai 1958, Paris 1985.
- Grosser, Alfred, *L'Allemagne de l'Occident 1945–1952*, 2. Aufl. Paris 1953.
- Harcourt, Robert d', *Des armes à l'Allemagne?*, in: *Revue de Défense nationale* 5 (1949), S. 563–572 und 687–698.
- Jäckel, Eberhard (Hrsg.), *Die deutsche Frage 1952–1956: Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte*, Frankfurt a. M./Berlin 1957.
- Journal officiel de la République française*:
- *Débats parlementaires, Assemblée Nationale* (1952).
 - *Débats parlementaires, Conseil de la République* (1952).
- Lademacher, Horst/Mühlhausen, Walter (Hrsg.), *Sicherheit, Kontrolle, Souveränität: Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949*, Melsungen 1985.
- Larminat, E. de, *L'armée européenne, Préface du Président René Plevin*, Paris 1952.
- Minder, Robert, *Les Allemagnes et les Allemands*, Paris 1948.
- Papers on the Foreign Relations of the United States*:
- 1951, Bd. III: *European security and the German question*.
 - 1952–1954, Bd. V: *Western European security*.
- Plevin, René, *Interview de René Plevin (21 janvier 1980)*, in: *Bulletin du Centre d'Histoire de la France contemporaine* I (1981), S. 14–37.
- Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972.
- Schuman, Robert, *French policy towards Germany since the war*, London 1954.
- Sethe, Paul, *Zwischen Bonn und Moskau*, Frankfurt a. M. 1956.
- , *In Wasser geschrieben: Porträts, Profile, Prognosen*, Frankfurt a. M. 1968.
- Siegler, Heinrich von (Hrsg.), *Dokumentation zur Deutschlandfrage*, Bd. I: *Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961*, 2. Aufl., Bonn/Wien/Zürich 1961.
- Steininger, Rolf, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten*, Bonn 1985.
- Terrenoire, Louis, *De Gaulle 1947–1954: pourquoi l'échec? Du RPF à la traversée du désert*, Paris 1981.

4. *Memoiren*

- Adenauer, Konrad, *Erinnerungen*, Bd. II: 1953–1955, Stuttgart 1966.
- Aron, Raymond, *Mémoires: Cinquante ans de réflexion politique*, Paris 1983.

- Bidault, Georges, Noch einmal Rebell: Von einer Resistance in die andere, Frankfurt a. M./Berlin 1966.
- Chauvel, Jean, Commentaire, Bd. III: De Berne à Paris (1952–1962), Paris 1973.
- Desanti, Dominique, Les Staliniens: Une expérience politique 1944/1956, Paris 1975.
- Duclos, Jacques, Mémoires, Bd. IV: 1945–1952. Sur la brèche: Des débuts de la IV^e république au «complot» des pigeons, Paris 1971.
- Faure, Edgar, Mémoires, Bd. I: «Avoir toujours raison ... c'est un grand tort», Paris 1982.
- Grewe, Wilhelm, Rückblenden 1976–1951: Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979.
- Lapie, Pierre-Oliver, De Léon Blum à de Gaulle: Le caractère et le pouvoir, Paris 1971.
- Massigli, René, Une comédie des erreurs 1943–1956: Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne, Paris 1978.
- Mauriac, François, Mémoires politiques, Paris 1967.
- Monnet, Jean, Erinnerungen eines Europäers, München/Wien 1978.
- Seydoux, François, Mémoires d'outre-Rhin, Paris 1975.
- Sonnenhol, Gustav Adolf, Untergang oder Übergang? Wider die deutsche Angst, Stuttgart/Herford 1984.
- Soustelle, Jacques, Vingt-huit ans de gaullisme, Paris 1968.
- Stehlin, Paul, Auftrag in Berlin, Frankfurt a. M./Berlin 1965 (Gekürzte deutsche Fassung von: Témoignage pour l'histoire, Paris 1964).

5. Liste der befragten Zeitzeugen

Etienne de Crouy-Chanel
Maurice Faure
Gérard Jaquet
Jean Laloy
Antoine Pinay
Maurice Schumann
Jacques Soustelle

II. Literatur

1. Hilfsmittel

Les Affaires étrangères et le corps diplomatique français: Bd. II 1870–1980, hrsg. durch den CNRS, Paris 1984.

L'Année politique: Revue chronologique des principaux faits politiques, diplomatiques, économiques et sociaux de la France et de l'Union française. (1952).

Annuaire diplomatique et consulaire de la République française, 58 (1954).

Bellanger, Claude/Godechot, Jacques/Guiral, Pierre/Terrou, Fernand (Hrsg.), Histoire générale de la Presse française, Bd. IV: De 1940 à 1958, Paris 1975.

Bibliographie annuelle de l'histoire de la France (1975–1982).

Bulletin des Commissions

– Bd. I: Assemblée Nationale, 2^o Legislature, du 24 juillet 1951 au 10 juin 1952, Paris 1956.

– Bd. II: Assemblée Nationale, 2^o Legislature, du 17 juin 1951 au 18 mai 1953, Paris 1956.

Dictionnaire biographique français contemporain, 2. Aufl., Paris 1954–55.

Guide des Centres d'Information et de Documentation des Administrations: Paris et Ile-de-France, hrsg. von der DocF, Paris 1982.

Lasserre, René (Hrsg.), La France contemporaine: Guide bibliographique et thématique, Tübingen 1978.

Manfrass, Klaus, Politik und Politische Wissenschaften in Frankreich: Verzeichnis der Dokumentationsstätten, Forschungseinrichtungen, politischen Organisationen und Publikationen, München 1979.

Menyesch, Dieter/Manac'h, Bérénice, Deutschland – Frankreich: Internationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtung. Eine Bibliographie 1962–1982, München u. a. 1984.

Miquel, Pierre, La IV^e république: Hommes et pouvoirs, Paris/Montreal 1972.

Schenk, Fritz, Deutschland – Frankreich: Bibliographie 1945–1962, Stuttgart 1966.

2. Gesamtdarstellungen

Badstübner, Rolf/Thomas, Siegfried, Restauration und Spaltung: Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975.

Carmoy, Guy de, Les politiques étrangères de la France 1944–1966, Paris 1967.

Chapsal, Jacques, La vie politique en France de 1940 à 1958, Paris 1984.

Doering-Manteuffel, Anselm, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Darmstadt 1983.

- Düwell, Kurt, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1961, Köln/Wien 1981.
- Elgey, Georgette, Histoire de la IV^e république, Bd. I: La république des illusions (1945–1951); Bd. II: La république des contradictions (1951–1954), Paris 1965 und 1968.
- Eschenburg, Theodor, Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart 1983.
- Fauvet, Jacques, La IV^e république, Paris 1959.
- Fontaine, André, Histoire de la guerre froide, Bd. II: 1950–1967, Paris 1967.
- Goguel, François/Ziebur, Gilbert, Das französische Regierungssystem, Bd. I: Leitfaden; Bd. II: Quellenbuch, Opladen/Köln 1957.
- Grosser, Alfred, La IV^e république et sa politique extérieure, 1. Aufl., Paris 1961.
- , Affaires extérieures: La politique de la France 1944–1984, Paris 1984.
- , Geschichte Deutschlands seit 1945: Eine Bilanz, 10. Aufl., München 1982.
- Hillgruber, Andreas, Deutsche Geschichte 1945–1982: Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, 4. Aufl., Stuttgart 1983.
- Julliard, Jacques, La IV^e république (1947–1958), Paris 1968.
- Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung: Deutsche Geschichte 1945–1952, Bonn 1982.
- La Gorce, Paul-Marie de, Naissance de la France moderne, Bd. II: Apogée et mort de la IV^e république 1952–1958, Paris 1979.
- Rioux, Jean-Pierre, La France de la quatrième république, Bd. I: L'ardeur et la nécessité 1944–1952; Bd. II: L'expansion et l'impuissance 1952–1958, Paris 1980 und 1983.
- Schwarz, Hans-Peter, Die Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981.
- Weisenfeld, Ernst, Frankreichs Geschichte seit dem Krieg: Von de Gaulle bis Mitterrand, 2. Aufl., München 1982.

3. Spezialliteratur

- a) Studien zum Frankreich der IV. Republik
- Bichet, Robert, La démocratie chrétienne en France – le mouvement républicain populaire, Besançon 1980.
- Bloch, Charles, Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik in Frankreich 1870–1970, in: Innen- und Außenpolitik: Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Hofer, Hrsg. U. Altermatt/J. Garamvöjgyi, Bonn/Stuttgart 1980, S. 149–171.
- Charlot, Jean, Le gaullisme d'opposition 1946–1958: Histoire politique du gaullisme, Paris 1983.
- Chevènement, Jean-Pierre, La droite nationaliste devant l'Allemagne, Masch. (FNSP) 1960.

- Descamps, Henri, *La démocratie chrétienne et le MRP de 1946 à 1959*, Paris 1981.
- Ehrmann, Henry W., *Organized business in France*, Princeton (New Jersey) 1957.
- Goguel, François, *Chroniques électorales*, Bd. I: *La quatrième république*, Paris 1981.
- Guillaume, Sylvie, Antoine Pinay: *Ou la confiance en politique*, Paris 1984.
- Guiton, R. J., *Paris–Moskau: Die Sowjetunion in der auswärtigen Politik Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1956.
- Hänsch, Klaus, *Frankreich zwischen Ost und West: Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konfliktes 1946–1948*, Berlin/New York 1972.
- Hermann, Lutz, *Robert Schuman: Ein Porträt*, Freudenstadt 1968.
- Jeanneney, Jean-Noël/Julliard, Jacques, „Le Monde“ de Beuve-Méry ou le métier d’Alceste, Paris 1979.
- Kiersch, Gerhard, *Parlament und Parlamentarier in der Außenpolitik der IV. Republik*, phil. Diss., Berlin 1971.
- Lacouture, Jean, *De Gaulle*, Bd. II: *Le politique 1944–1959*, Paris 1985.
- Laloy, Jean, *La politique extérieure de l’URSS (Cours à l’institut d’études politiques de l’université de Paris, FNSP), 1962–1963 und 1978*.
- Lipgens, Walter, *Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946*, in: *VfZ* 24 (1976), S. 136–198.
- , *Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946*, in: *VfZ* 21 (1973), S. 52–102.
- Marcus, John T., *Neutralism and nationalism in France*, New York 1958.
- Marès, Antoine, *Un siècle à travers trois républiques: Georges et Edouard Bonnefous, 1880–1980*, Paris 1980.
- Martelli, Roger, *Le PCF et la guerre froide, 1947–1953*, in: *Le PCF, étapes et problèmes 1920–1972*. Roger Bourderon u. a., Paris 1981, S. 291–338.
- Meynaud, Jean, *Les groupes de pression*, 3. Aufl., Paris 1965.
- Michel, Henri, *Histoire de la Résistance en France*, 7. Aufl., Paris 1975.
- Moch, Jules, *Histoire du réarmement allemand depuis 1950*, Paris 1965.
- Mourin, Maxime, *Les relations franco-soviétiques 1917–1967*, Paris 1967.
- Nordmann, Jean-Thomas, *Histoire des radicaux 1820–1973*, Paris 1974.
- Parodi, Maurice, *L’économie et la société française de 1945 à 1970*, Paris 1971.
- Planchais, Jean, *Une histoire politique de l’armée*, Bd. II: *1940–1967, de de Gaulle à de Gaulle*, Paris 1967.
- Poidevin, Raymond, *Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik zwischen Tradition und Neuorientierung*, München 1976.
- Pondaven, Philippe, *Le parlement et la politique extérieure sous la IV^e république*, Paris 1973.
- Quillot, Roger, *La SFIO et l’exercice du pouvoir 1944–1958*, Paris 1972.

- Rémond, René, *Les droites en France*, Paris 1982.
- Rieber, Alfred J., *Stalin and the French communist party 1941–1947*, New York/London 1962.
- Robrieux, Philippe, *Histoire intérieure du parti communiste*, Bd. II: 1945–1972, Paris 1981.
- Rochefort, Robert, *Robert Schuman*, Paris 1968.
- Tarr, Francis de, *The French radical party: From Herriot to Mendès-France*, London/Oxford 1961.
- Thibau, Jacques, *Le Monde: Histoire d'un journal, un journal dans l'histoire*, Paris 1978.
- Touchard, Jean, *Le gaullisme 1940–1969*, Paris 1978.
- Williams, Philip Maynard, *Politics in post-war France: Parties and the constitution in the fourth republic*, 2. Aufl., London/Tonbridge 1958 (in französischer Sprache: *La vie politique sous la IV^e république*, Paris 1971).
- b) Studien zu den deutsch-französischen Beziehungen
- Albertini, Rudolf von, *Die französische Deutschlandpolitik 1945–1955*, in: *Schweizer Monatshefte* 35 (1955/56), S.364–376.
- Fritsch-Bournazel, Renata, *Rapallo: naissance d'un mythe: La politique de la peur dans la France du bloc national*, Paris 1974.
- Gillingham, John, *Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans: Eine Neubewertung*, in: *VfZ* 35 (1987), S.1–24.
- Gilmore, Richard, *France's postwar cultural policies and activities in Germany, 1945–1956*, Washington 1973.
- Hauser, Oswald, *Der Botschafter François-Poncet und Deutschland*, in: *Lebendige Romania. Festschrift für Hans-Wilhelm Klein*, Hrsg. A. Barrera-Vidal/E. Ruhe/P. Schnuck, Göppingen 1976, S.125–142.
- Henke, Klaus-Dieter, *Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *VfZ* 30 (1982), S.500–537.
- Hillel, Marc, *L'occupation française en Allemagne, 1945–1949*, Paris 1983.
- Hudemann, Rainer, *Wirkungen französischer Besatzungspolitik: Forschungsprobleme und Ansätze zu einer Bilanz*, in: *Westdeutschland 1945–1955*, Hrsg. L. Herbst, München 1986, S.167–181.
- Kiersch, Gerhard, *Den Status quo anerkennen – den Wandel suchen*, in: *Dokumente* 42 (1986), S.123–127.
- , *Die französische Deutschlandpolitik 1945–1949*, in: *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949*, Hrsg. C. Scharf/H.-J. Schröder, Wiesbaden 1977, S.61–76.
- Korff, Adalbert, *Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950*, Ambilly-Annemasse 1965.

- Laloy, Jean, *Un tournant des relations franco-allemandes: De la crise de Berlin à la Communauté européenne (1948–1950)*, in: Paris–Bonn, Hrsg. K. Manfrass, Sigmaringen 1984, S. 179–185.
- Manfrass, Klaus (Hrsg.), *Paris–Bonn: Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949*, Sigmaringen 1984.
- Möller, Horst, *Konrad Adenauers Frankreichpolitik bis zum Amtsantritt Charles de Gaulles*, in: Paris–Bonn, Hrsg. K. Manfrass, Sigmaringen 1984, S. 170–178.
- Müller, Klaus-Jürgen, *Die SPD Kurt Schumachers und Frankreich*, in: Paris–Bonn, Hrsg. K. Manfrass, Sigmaringen 1984, S. 192–196.
- Picht, Robert (Hrsg.), *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, Berlin 1982.
- Poidevin, Raymond, *La France devant le danger allemand (1944–1952)*, in: *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für A. Hillgruber zum 60. Geburtstag*, Hrsg. K. Hildebrand/R. Pommerin, Köln/Wien 1985, S. 253–267.
- , *Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948–1949*, in: *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, Hrsg. J. Foschepoth, Göttingen/Zürich 1985, S. 129–144.
- , *Frankreich und die deutsche Frage 1942–1949*, in: *Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, Hrsg. J. Becker/A. Hillgruber, München 1983, S. 405–420.
- , *La question de la Sarre entre la France et l'Allemagne en 1952: Quelques aspects de la «bataille diplomatique»*, in: *L'historien et les relations internationales. Recueil d'études en hommage à J. Freymond*, Hrsg. S. Friedländer/H. Kapur/A. Reszler, Genf 1981, S. 387–396.
- , *Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951*, in: *HZ* 228 (1979), S. 317–334.
- Poidevin, Raymond/Bariéty, Jacques, *Les relations franco-allemandes 1815–1975*, Paris 1977 (In dt. Übers.: *Frankreich und Deutschland: Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975*, München 1982).
- Rovan, Joseph, *Gegen ein deutsches Abdriften – was tun? Ein Plädoyer für assoziierte Unabhängigkeit*, in: *Dokumente* 42 (1986), S. 133–139.
- Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983.
- Schreiner, Reinhard, *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik, 1944–1948*, Frankfurt a. M./Bern/New York 1985.
- Soutou, Jean-Marie, *Deutsches Nationalbewußtsein – Bedingung europäischer Politik: Der Westen braucht ein Deutschland ohne Arroganz und ohne Komplexe*, in: *FAZ* (20.08.1986), S. 7.
- , *Eine Stimme zur Frage der deutschen Einheit*, in: *Dokumente* 42 (1986), S. 140.

- Weisenfeld, Ernst, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986.
- , *Ostpolitik und deutsche Frage: Französische Initiativen und deutsche Ostpolitik*, in: Paris–Bonn, Hrsg. K. Manfrass, Sigmaringen 1984, S. 247–259.
- Ziebura, Gilbert, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970.
- c) *Studien zur deutschen Nachkriegsgeschichte, insbesondere zur Stalin-Note und zur Frage der deutschen Einheit*
- Anonym, *Warum offenhalten? Die deutsche Einheit aus heutiger französischer Sicht*, in: *Dokumente* 42 (1986), S. 112–116.
- Bucerius, Gerd, *Adenauer, Preußen und der Kreml: Über den Umgang mit Geschichte – eine Polemik unter Freunden*, in: *Die Zeit* 14 (28.03.1986), S. 3.
- , *Als die Bomben-Angst noch wirkte ... Aufgrund neuer Quellen die erste wissenschaftliche Darstellung vom Aufstieg Konrad Adenauers und den Anfängen der Bundesrepublik*, in: *Die Zeit* 41 (03.10.86), S. 23 f.
- , *Dann wären nur Scherben geblieben ...*, in: *Die Zeit* 49 (29.11.1985), S. 15 f.
- Buchheim, Hans, *Deutschlandpolitik 1949–1972: Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984.
- Dittmann, Knud, *Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung: Die politische Diskussion des Jahres 1952*, Düsseldorf 1981.
- Dohse, Rainer, *Der dritte Weg: Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*, Hamburg 1974.
- Dönhoff, Marion Gräfin, *Von der Schwäche starker Politik: Das Streben nach Überlegenheit gefährdet die Chancen, aus der Geschichte zu lernen*, in: *Die Zeit* 13 (21.03.1986), S. 3.
- Fischer, Alexander, *Anmerkungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik in der Phase der EVG*, in: *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*, Hrsg. H.-E. Volkmann/W. Schwengler, Boppard 1985, S. 221–238.
- Fritsch-Bournazel, Renata, *Die Sowjetunion und die deutsche Teilung*, Opladen 1979.
- Foschepoth, Joseph (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage: Deutschland im Widerstreit der Mächte (1945–1952)*, Göttingen/Zürich 1985.
- Graml, Hermann, *Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat. Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik*, in: *VfZ* 25 (1977), S. 821–861.
- , *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952*, in: *VfZ* 29 (1981), S. 307–341.
- , *Die deutsche Frage*, in: Theodor Eschenburg, *Jahre der Besetzung 1945–1949*, Stuttgart 1983, S. 281–374.

- Grewe, Wilhelm, Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung: Zeitgeschichtliche Kontroversen der achtziger Jahre, Herford 1986.
- Herbst, Ludolf (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955: Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986.
- Hillgruber, Andreas, Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Hrsg. D. Blumenwitz u. a., Bd. II, Stuttgart 1976, S. 111–130.
- , Eine Chance – oder nicht? Die Stalin-Note/Neue Dokumente, in: FAZ (18.02.1986).
- , Das Moment des Tragischen, in: Die Welt (20.05.1986), S. 9.
- Hrbek, Rudolf, Die SPD – Deutschland und Europa: Die Haltung der Sozialdemokraten zum Verhältnis von Deutschlandpolitik und Westintegration (1945–1957), Bonn 1972.
- Kimminich, Otto, Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1970.
- Koch, Dieter, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.
- Kosthorst, Erich, Jakob Kaiser: Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1949–1957, Stuttgart u. a. 1972.
- Lademacher, Horst, Zur Bedeutung des Petersberger Abkommens vom 22. November 1949, in: Kalter Krieg und Deutsche Frage, Hrsg. J. Foschepoth, Göttingen/Zürich 1985, S. 240–268.
- Loth, Wilfried, Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Westdeutschland 1945–1955, Hrsg. L. Herbst, München 1986, S. 37–49.
- Mai, Gunther, Westliche Sicherheitspolitik im kalten Krieg: Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung, Boppard a. Rh. 1977.
- Malanowski, Wolfgang, Kurz: Wir sitzen zwischen zwei Stühlen, in: Der Spiegel 4 (1986), S. 74–82.
- März, Peter, Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten: Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik, Frankfurt a. M. 1982.
- Meissner, Boris, Die Sowjetunion und die deutsche Frage 1949–1955, in: Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955, Hrsg. D. Geyer, Köln/Wien 1972, S. 449–501.
- Menudier, Henri, ... Eigentlich will sie niemand, in: Die deutsche Einheit: Hoffnung, Alptraum, Illusion?, Hrsg. G. Knopp, Aschaffenburg 1981, S. 48–71.
- Meyer, Gerd, Die sowjetische Deutschland-Politik im Jahre 1952, Tübingen 1970.
- Noack, Paul, Die Legende der vertanen Chance: Stalins Note vom 10. März 1952 über die Wiedervereinigung, in: Süddeutsche Zeitung (21.01.1986).

- Plischke, Elmer, *History of the allied High Commission for Germany*, Bad Godesberg 1953.
- Rupieper, Hermann-Josef, *Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952: Das Gespräch Stalin–Nenni*, in: VfZ 33 (1985), S. 547–557.
- , *Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954: Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit?*, in: VfZ 34 (1986), S. 427–453.
- Schwarz, Hans-Peter, *Adenauer: Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986.
- , (Hrsg.), *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit: Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Stuttgart/Zürich 1982.
- Steininger, Rolf, *Eine vertane Chance: Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten*, Berlin/Bonn 1985.
- Stürmer, Michael, *Wie offenhalten? Deutschlandpolitik: Nicht Traum, nicht Alptraum*, in: Dokumente 42 (1986), S. 117–122.
- , *Kein Weg nach Rapallo*, in: FAZ (17. 4. 1986), S. 1.
- Wettig, Gerd, *Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952. Wiedervereinigungsangebot oder Propagandaaktion?*, in: Deutschland-Archiv 15 (1982), S. 130–148.
- , *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955: Internationale Auseinandersetzung um die Rolle der Deutschen in Europa*, München 1967.
- Wylick, Christine von, *Das Besatzungsstatut: Entstehung, Revision, Wandel und Ablösung des Besatzungsstatuts*, Masch., Jur. Diss., Köln 1956.
- d) *Studien zur europäischen Integration, insbesondere zur EVG*
- Aron, Raymond/Lerner, Daniel (Hrsg.), *La querelle de la CED*, Paris 1956.
- Baring, Arnulf, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie: Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München/Wien 1969.
- Bjøl, Erling, *La France devant l'Europe: La politique européenne de la IV^e république*, Kopenhagen 1966.
- Fursdon, Edward, *The European defense community: A history*, London/Basingstoke 1980.
- Guillen, Pierre, *Les chefs militaires français, le réarmement de l'Allemagne et la CED (1950–1954)*, in: *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre mondiale* 33 (1983), S. 3–33 (In dt. Übers.: *Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG (1950–1954)*, in: *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*, Hrsg. H.-E. Volkmann/W. Schwengler, Boppard a. Rh. 1985, S. 125–158).
- Latte, Gabriele, *Die französische Europapolitik im Spiegel der Parlamentsdebatten 1950–1965*, Berlin 1979.
- Loth, Wilfried, *Die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg in*

- französischer Perspektive, in: Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Hrsg. H. Berding, Göttingen 1984, S. 225–246.
- Mende, Erich, Das Spannungsverhältnis zwischen der Deutschlandpolitik und der Europapolitik, in: Paris–Bonn, Hrsg. K. Manfrass, Sigmaringen 1984, S. 186–191.
- Noack, Paul, Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft: Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954, Düsseldorf 1977.
- Poidevin, Raymond, Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949), in: VfZ 33 (1985), S. 406–419.
- , La France devant le problème de la CED: Incidences nationales et internationales (été 1951 à été 1953), in: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre mondiale 33 (1983), S. 35–57 (In dt. Übers.: Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Hrsg. H.-E. Volkmann/W. Schwengler, Boppard a. Rh. 1985, S. 101–124).
- Rémond, René, Un anniversaire pour l'Europe: quand la CED divisait les Français, in: L'Histoire 13 (Juni 1979), S. 14–21.
- Rideau, Joël (Hrsg.), La France et les Communautés européennes, Paris 1975.
- Rioux, Jean-Pierre, L'opinion publique française et la Communauté européenne de défense: Querelle partisane ou bataille de la mémoire?, in: Relations internationales 37 (1984), S. 37–53 (In dt. Übers.: Die französische öffentliche Meinung und die EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen?, in: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Hrsg. H.-E. Volkmann/W. Schwengler, Boppard a. Rh. 1985, S. 159–176).
- Schwarz, Hans-Peter, Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung: Forschungsstand und Perspektiven, in: VfZ 31 (1983), S. 555–572.
- Volkmann, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Stand und Probleme der Forschung, Boppard a. Rh. 1985.

Studien **zur Zeitgeschichte**

Band 25

Gerhard Hirschfeld
**Fremdherrschaft und
Kollaboration**

Die Niederlande unter
deutscher Besatzung
1940–1945
1984. 380 Seiten.

Band 26

Leonid Luks
**Entstehung der
kommunistischen
Faschismustheorie**

Die Auseinandersetzung
der Komintern mit Fa-
schismus und National-
sozialismus 1921–1935
1984. 330 Seiten.

Band 27

Heinz Dieter Hölsken
Die V-Waffen
Entstehung–Propaganda–
Kriegseinsatz
1984. 220 Seiten.

Band 28

Patrick Moreau
**Nationalsozialismus
von links**

Die „Kampfgemeinschaft
Revolutionärer National-
sozialisten“ und die
„Schwarze Front“
1930–1935
1985. 280 Seiten.

Band 29

Marie-Luise Recker
**Nationalsozialistische
Sozialpolitik im
Zweiten Weltkrieg**

1985. 325 Seiten.

Band 30

Michael Prinz
**Vom neuen Mittel-
stand zum Volksge-
nossen**

Die Entwicklung des
sozialen Status der An-
gestellten von der Wei-
marer Republik bis zum
Ende der NS-Zeit
1986. 362 Seiten.

Band 31

Wolfgang Zank
**Wirtschaft und Arbeit
in Ostdeutschland
1945–1949**

Probleme des Wiederauf-
baus in der Sowjetischen
Besatzungszone Deutsch-
lands
1987. 214 Seiten.

Band 32

Klaus Segbers
**Die Sowjetunion im
Zweiten Weltkrieg**

Die Mobilisierung von
Verwaltung, Wirtschaft
und Gesellschaft im
„Großen Vaterländi-
schen Krieg“ 1941–1943
1987. 314 Seiten.

Band 33

Peter Longerich
**Propagandisten im
Krieg**

Die Presseabteilung des
Auswärtigen Amtes
unter Ribbentrop
1987. 356 Seiten.

Band 34

Kai-Uwe Merz
**Kalter Krieg als anti-
kommunistischer
Widerstand**

Die Kampfgruppe gegen
Unmenschlichkeit
1948–1959
1987. 264 Seiten.

Band 35

Margit Szöllösi-Janze
**Die Pfeilkreuzlerbe-
wegung in Ungarn**

Historischer Kontext,
Entwicklung und Herr-
schaft
In Vorbereitung.

Oldenbourg

Zeitgeschichte

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herausgegeben von Karl
Bracher und Hans-Peter
Schwarz

Band 49 Hans Buchheim Deutschlandpolitik 1949–1972

Der politisch-diplomati-
sche Prozeß
1984. 179 Seiten.

Band 50 Gerald D. Feldman/ Irmgard Steinisch Industrie und Gewerk- schaften 1918–1924

Die überforderte Zentral-
arbeitsgemeinschaft
1985. 222 Seiten.

Band 51 Arthur L. Smith Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg

Die Entlassung der deut-
schen Kriegsgefangenen
1985. 200 Seiten.

Band 52 Norbert Frei Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Presse- tradition

Die Geschichte der Nach-
kriegszeitung Südost-
Kurier
1986. 204 Seiten.

Band 53 Werner Bührer Ruhrstahl und Europa

Die Wirtschaftsvereini-
gung Eisen- und Stahlin-
dustrie und die Anfänge
der europäischen Integra-
tion 1945–1952
1986. 236 Seiten.

Band 54 Das Tagebuch der Hertha Nathorff

Berlin – New York.
Aufzeichnungen 1933 bis
1945.

Herausgegeben von
Wolfgang Benz.
Vergriffen.

Band 55 Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland

Berichte der Schweizer
Gesandtschaft in Bonn
1949–1955.

Herausgegeben von
Manfred Todt.
1987. 187 Seiten.

Band 56 Nikolaus Meyer-Landrut Frankreich und die deutsche Einheit

Die Haltung der franzö-
sischen Regierung und
Öffentlichkeit zu den
Stalin-Noten 1952.
1988. 162 Seiten.

Oldenbourg